Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main



Band 1

Klaus Werner:
Unter der Herrschaft des Nationalsozialismus

Herausgeber: Magistrat der Stadt Offenbach am Main

Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main

Band 1:

Klaus Werner

Unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933–1945

mit einem Anhang von Hans-Georg Ruppel

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

Herausgeber: Magistrat der Stadt Offenbach am Main

Magistrat der Stadt Offenbach:
Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main.
Offenbach: 1988
1. Werner, Klaus: Unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 /
mit einem Anhang von Hans-Georg Ruppel. 1988
[ISBN: 3-980-1846-0-9]

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

Titelbild: Veranstaltung der NSDAP zum 1. Mai 1936 auf dem Wilhelmsplatz (Stadtarchiv Offenbach)
Graphische Gestaltung: Sigrid Schneider
Druck: Druckhaus Beltz, 6944 Hemsbach/Bergstr.
© Magistrat der Stadt Offenbach am Main (alle Rechte vorbehalten)

Klaus Werner

Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main

Für Wida und Daniel

Dem Andenken meines Vaters Friedrich Werner

Inhalt

		Seite
Zum Geleit		VII
Vorwort des Verfassers		IX
1.	*Einleitung*	1
2.	*Zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Offenbachs*	4
3.	*Zum Gemeindeleben der Juden in Offenbach*	11
3.1	Religiöse und soziokulturelle Folgewirkungen der Emanzipation	11
3.2	„Ostjuden" in Deutschland	13
3.3	Geschichte, Organisation und „Religiöses Leben" der Jüdischen Gemeinde	16
3.3.1	Zur Geschichte der Gemeinde	16
3.3.2	Organisation und Struktur der Gemeinde	20
3.3.3	Religiosität – Religiöser Unterricht – Gottesdienst	25
3.4	„Jüdisches Vereinsleben" in Offenbach	28
4.	*Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur der Juden in Offenbach*	31
4.1	Wirtschaftliche und demographische Folgewirkungen der Emanzipation	31
4.2	Zur Entwicklung und Situation in Offenbach bis 1933	36
5.	*Von der Diskriminierung zur Entrechtung*	47
5.1	Der historische Stellenwert des Antisemitismus	47
5.2	Der „nationalsozialistische" Antisemitismus	52
5.3	Die Verwirklichung antisemitischer Politik 1933–1939	56
6.	*Die Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben*	80
6.1	Der Boykott vom 1. April 1933	80
6.2	Die Verdrängung bis zum Herbst 1937	83
6.3	Die endgültige Ausschaltung	88
7.	*Die „Reichskristallnacht" in Offenbach*	98
8.	*Emigration – Deportation – „Vernichtung"*	114
8.1	Die Jüdische Bezirksschule in Offenbach	114
8.2	Möglichkeiten und Hindernisse der Emigration	116
8.3	Möglichkeiten des Vermögenstransfers	121
8.4	Zum Verlauf der Emigration	123
8.5	Zweiter Weltkrieg – Deportationen – „Lebensvernichtung"	128
9.	*Die Wiederentstehung der Jüdischen Gemeinde nach 1945*	145
10.	*Zusammenfassung und Ausblick*	153
11.	*Verzeichnis der Abkürzungen*	158
12.	*Quellen- und Literaturverzeichnis*	159
12.1	Archive	159
12.2	Periodika	159

12.3 Persönliche Auskünfte (Interviews) 160
12.4 Schriftliche Auskünfte 161
12.5 Gedruckte Quellen und Literatur 161

Register 169

Nachweis der Abbildungen 178

Anhang: Die Opfer von Verfolgung und Deportation 1933–1945 179

Zum Geleit

50 Jahre nach der sogenannten „Reichskristallnacht" am 10. November 1938, mit der die Judenverfolgung in ihre letzte und bitterste Phase eintrat, ist es an der Zeit, daß endlich die Geschichte der Jüdischen Gemeinde Offenbach am Main geschrieben wurde und veröffentlicht wird.

Dies ist insbesondere drei Herren zu danken, die sich darum besonders bemühten: Herrn Magistratsdirektor Karl Faß, der seit vielen Jahren auf dieses fehlende Kapitel Offenbacher Geschichtsforschung und -schreibung verwies; Herrn Stadtarchivar Hans-Georg Ruppel, der die Konzeption erarbeitete und die Autoren gewann, und ganz besonders Herrn Klaus Werner, der als Student mit großem Engagement, Fleiß und Fingerspitzengefühl die notwendige Grundlagenforschung betrieb, ehemalige Offenbacher Juden und Archive im In- und Ausland aufsuchte und die Ergebnisse in einer Magisterarbeit zum Abschluß seines Studiums niederschrieb. Hier ist für die Zeit nach 1918 eine Dokumentation entstanden, die nicht nur die Jüdische Gemeinde in Offenbach beschreibt, sondern darüber hinaus Entwicklungen und Strömungen im damaligen Deutschen Reich und im europäischen Raum aufzeigt, die Folgen für das Leben der Juden in Offenbach hatten.

In 2 Bänden, deren erster nunmehr mit dem Untertitel „Unter der Herrschaft des Nationalsozialismus" vorliegt, wird die Geschichte der Jüdischen Gemeinde Offenbachs und ihr Einfluß auf die Entwicklung unserer Stadt im 19. und 20. Jahrhundert zu einer bedeutenden Gewerbe- und Industriestadt dargestellt, die durch eine Schilderung des Lebens bedeutender Persönlichkeiten dieser Gemeinde bereichert wird. Der erste Band zeigt, daß sich die Juden in Offenbach – wie auch anderswo – in erster Linie als Deutsche und Bürger ihrer Stadt fühlten und der gegen sie geschürte Haß und die Verfolgung keinerlei Berechtigung hatten. Er zeigt aber auch, mit welcher Menschenverachtung und mit welcher Rigorosität die Nazis gegen die Juden auch in unserer Stadt vorgingen und welches Unrecht und Leid diesen angesehenen Mitbürgern in der Zeit zwischen 1933 und 1945 zugefügt wurde.

Möge deshalb diese Dokumentation, die eine schmerzliche Lücke in der Geschichtsschreibung unserer Stadt schließt, mit dazu beitragen, daß das Verständnis für Menschen anderer Rasse oder Religion wächst, Toleranz statt Intoleranz und Liebe statt Haß sich weiter ausbreiten.

Allen, die an der Vorbereitung und Gestaltung dieser Dokumentation mitgewirkt haben, danke ich im Namen des Magistrats der Stadt Offenbach am Main herzlich. In diesen Dank schließe ich auch die Kulturstiftung der Städtischen Sparkasse Offenbach am Main ein, die durch ihre finanzielle Hilfe den Druck dieses Werkes erst ermöglicht hat.

Mein Wunsch ist es, daß sich Ähnliches wie zwischen 1933 und 1945 nie wiederholen möge.

Offenbach am Main, im April 1988

Wolfgang Reuter
Oberbürgermeister

Anamnesis –

das „Sich-erinnern" ist ein zentraler Begriff der Lehre Platons. Er beschreibt damit die Fähigkeit des Menschen, aus dem „Sich-erinnern" Wissen zu schöpfen. Leider hat uns die Geschichte Deutschlands in diesem Jahrhundert gelehrt, daß diese Fähigkeit verloren gehen kann, und zwar gerade dann, wenn das Ausmaß des Geschehens so bedrohlich für unser Menschsein wird, daß wir uns der Trauerarbeit verweigern. Margarete und Alexander Mitscherlich haben in ihrer klassischen Studie „Die Unfähigkeit zu trauern" (Frankfurt 1967) den Finger auf diese Wunde gelegt. Inzwischen haben amerikanische Langzeitstudien über die Kinder der Opfer und der Täter der Judenmorde während des Naziregimes (Kurt Grünberg, Psyche, Heft 6/87) die Thesen des Ehepaares Mitscherlich erhärtet.
Es stellte sich heraus, daß in der zweiten Generation die Zahl der Depressionen, der Suizide und der psychischen Erkrankungen weit über dem Durchschnitt der vergleichbaren Bevölkerungsanteile lag. Der psychische Grund für dieses katastrophale Bild ist die Tatsache, daß die Opfer und die Täter als Eltern jenen Teilbereich aus der Erinnerung gelöscht hatten, der sie, so darf man annehmen, zentral aus ihrer Lebensbahn geworfen hatte – nach dem Motto: „Das ist halt passiert, da wollen wir nicht mehr daran rühren". Gerade diese Leerstelle erleben die Kinder wiederum als „Nichts", und das Nichts ist für die Psyche die Abwesenheit von Leben, eine Todesbedrohung also.

Auch in Offenbach hat die Judenverfolgung Straßennamen und Hausnummern. Auch in Offenbach haben Menschen gelebt, gelitten, zu schweigen gelernt und das Vergessen gesucht.
Aber es waren der Namen zuviele, die aus aller Welt zurückriefen, die Erinnerungen waren zu schwer, als daß sie von einer Woge des Vergessens hätten weggetrieben werden können.
Die Auseinandersetzung mit den Ereignissen und den Haltungen, die zur Verfolgung und Ausrottung der Juden führten, ist hier schon lange und intensiv geführt worden. Auch dieses Buch, das zum 50. Jahrestag des Reichsjudenpogroms, das mancherorts immer noch euphemistisch als „Reichskristallnacht" bezeichnet wird, erscheint, ist ein erneuter Anlaß, sich der Judenverfolgungen des Nazi-Regimes, seiner Anhänger/innen und seiner Mitläufer/innen erinnern.
So wird dieses Buch auch ein Punkt sein, an dem sich die Erinnerung kristallisieren kann. Die Trauerarbeit und die Erinnerung sind Leistungen, die Jahre erfordern.

Ich wünsche diesem Buch eine gute Aufnahme.

Offenbach am Main, im April 1988

Dr. Ursula Beul
Stadträtin für Schule und Kultur

Vorwort des Verfassers

Nachfolgende Untersuchung ist die geringfügig überarbeitete Fassung meiner im Wintersemester 1986/1987 am Fachbereich Geschichtswissenschaften der Universität Frankfurt am Main angenommenen Magisterarbeit. Als ich den Plan faßte, die Geschichte der jüdischen Bürger meiner Geburtsstadt während der Jahre nationalsozialistischer Herrschaft zu schreiben, konnte ich nicht im Entferntesten ahnen, welche Mühen, Anstrengungen und seelische Belastungen es bedeuten würde, die Studie in der vorliegenden Form zu erstellen. Es ist mir daher ein besonderes Anliegen, all denen zu danken, die mit verschiedenartigen Hilfeleistungen zu ihrem Gelingen beigetragen haben.

Zunächst möchte ich meinen verehrten Lehrer – Herrn Professor Dr. Hans-Günter Hockerts – nennen, bei dem ich wissenschaftlich zu arbeiten lernte, und dessen stete Gesprächsbereitschaft und konstruktive Kritik mir eine unentbehrliche Hilfe waren. Dank gebührt ferner meinen weiteren Lehrern an der Universität Frankfurt am Main, Herrn Professor Dr. Arnold Goldberg, Herrn Professor Dr. Karl-Erich Grözinger und Herrn Professor Dr. Franz Greß für die mir zuteil gewordene wissenschaftliche Ausbildung.

Ganz besonders hervorheben möchte ich bei der Nennung der Archive und Institutionen den Leiter des Stadtarchives in Offenbach – Herrn Oberamtsrat Hans-Georg Ruppel – welcher das Projekt als stets geduldiger, hilfreicher und kompetenter Ansprechpartner begleitete. Gedankt sei auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtarchives in Offenbach, vor allem Frau Gisela Walendie, Frau Astrid Wechsung und Herrn Kurt Matschulat.

Bereitwillige Unterstützung gewährten mir ferner Esther Aran, Bronia Klibanski, Dr. Shmuel Krakowski, Dr. Herbert Rosenkranz, Dr. Leon Volovici und Dr. Henry Wassermann (alle vom Archiv der Forschungs- und Gedenkstätte „Yad VaShem" in Jerusalem), Dr. Daniel Cohen und Dr. Aryeh Segall vom „Zentralarchiv für die Geschichte des Jüdischen Volkes" in Jerusalem, Miriam Broshee von der Universtität Tel Aviv („Wiener Library") Pinda Shefa vom „Beyt Theresienstadt" im Kibbutz Givat Chaijim (Ichud), sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Judaica-Lesesaales der National- und Universitätsbibliothek in Jerusalem.

Diane R. Spielman vom „Leo Baeck-Institute" in New York übersandte mir auf Anfrage hin unverzüglich bedeutendes Material, Herr Archivrat A. Hildebrandt vom Hessischen Staatsarchiv in Darmstadt gab – neben seiner umfangreichen Betreuung – wichtige Hinweise auf bestimmte Prozeßakten.

Karl Schild von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" stellte mir eines seiner Interviews zur Verfügung, Sven Beckert führte auf meinen Wunsch hin sogar ein Gespräch in New York. Hans-Joachim Bauch erstellte mittels seines PC annähernd 200 Schreiben an ehemalige Gemeindemitglieder, Paul F. Dundá las und korrigierte geduldig das Manuskript meiner Magisterarbeit. Max Willner stellte neben seinen persönlichen Erinnerungen vielfältige Unterlagen des „Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen" sowie der Offenbacher Nachkriegsgemeinde zur Einsicht zur Verfügung. Der

ehemalige Kulturdezernent der Stadt Offenbach – Ferdi Walther – unterstützte meine Arbeit durch ein Empfehlungsschreiben nach Israel. Dr. Günter Gall – der Leiter des Deutschen Ledermuseums in Offenbach – gewährte mir Einblick in die unveröffentlichten Protokolle der „Landesinnung der Feintäschner und Feinsattler für Hessen". Das Register des vorliegenden Buches erstellte Jörg Füllgrabe, M.A.

Besonders erwähnen möchte ich an dieser Stelle zunächst Clary und Sigi Keren in Nahariya, bei denen ich während meines Israelaufenthaltes für einige Zeit wohnen konnte, und die erste Kontakte zu meinen Interviewpartnern im Lande herstellten. Die Kulturstifung der Sparkasse in Offenbach – hier war mein ständiger und hilfsbereiter Ansprechpartner Herr Direktor Hans-Peter Kloppenburg – unterstützte meine Studien im Ausland ferner durch die Gewährung eines Reisekostenzuschusses.

Die Stadt Offenbach am Main – vertreten durch die Kulturdezernentin Frau Dr. Ursula Beul und den Hauptamtsleiter Herrn Magistratsdirektor Karl Faß – sowie die bereits erwähnte Kulturstiftung der Sparkasse in Offenbach am Main – vertreten durch die Herren Sparkassendirektoren Horst Klepzig, Hans-Peter Kloppenburg und Dieter Ollech – übernahmen sodann die Kosten der Veröffentlichung meiner Studie.

All den vorgenannten Personen und Institutionen bin ich zu herzlichem Dank verpflichtet!

Schließlich möchte ich nicht versäumen, meinen Brief- und Gesprächspartnern im In- und Ausland, die mir ihre Erinnerungen zur Verfügung stellten und so manche Lücke in der Überlieferung zu schließen halfen, meinen Dank und meine Verbundenheit auszudrücken. Gerade die persönlichen Gespräche mit den Betroffenen und Überlebenden brachten mir die Problematik und die Atmosphäre oft näher, als dies noch so viele Dokumente vermögen. Es entstand eine Ahnung der erlittenen unmenschlichen Behandlung, des erlebten Grauens und des verzweifelten, überlebenswichtigen Bemühens, noch rechtzeitig ein Aufnahmeland zu finden. Allzuoft kamen meine Gesprächspartner an einen Punkt, da sie die Erinnerung überwältigte, und auch mir nur hilflose Betroffenheit und Schweigen blieb. Ich habe daher Verständnis für all diejenigen ehemaligen jüdischen Bürger unserer Heimatstadt, welche sich nach den Erlebnissen der Vergangenheit zu einem Schreiben oder sogar zu einem Interview nicht mehr in der Lage sahen.

Wie sehr die Zeit drängte, die vorliegende Studie der Öffentlichkeit zu präsentieren, zeigte der Tod Ernst Oppenheimers im Sommer 1987. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß es ausgerechnet ihm – der den Tod seiner Schwester Trude nie verwinden konnte und dem eine Publikation zum Schicksal der Offenbacher Juden so sehr am Herzen lag – nun nicht mehr vergönnt war, die Herausgabe des Buches zu erleben.

Obertshausen, im November 1987. *Klaus Werner*

1. Einleitung

„Wir dürfen zu all dem Unrecht, das in unserem Namen verübt wurde, nun nicht noch das Unrecht des Vergessens hinzufügen. Noch trauern Angehörige um diese Toten, und schon sollen sie vergessen werden, weil sie uns als Schatten der Vergangenheit peinlich sind? Wir können hier nicht wiedergutmachen. Aber wir können das Gedächtnis der Opfer bewahren. Das ist die heilige Pflicht, die uns die Schuld an unseren jüdischen Mitbürgern auferlegt“ [1].

Im Gegensatz zu vielen anderen deutschen Städten lag für Offenbach bisher noch keine umfassende wissenschaftliche Bearbeitung der Geschichte der jüdischen Bürger vor. Zwar existierten kleinere Werke zu Teilaspekten, doch harrte das Archivmaterial – zudem weit verstreut – einer grundlegenden Sichtung und Aufarbeitung. Ziel der nachfolgenden Studie soll daher die Darstellung des Leidensweges der Juden in Offenbach am Main während der zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft über Deutschland sein.

Die Untersuchung kann nun selbstverständlich nicht erst unmittelbar mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus beginnen, würde sie doch ohne Hintergrundinformationen in Teilen unverständlich bleiben. So sind mehrere einleitende und kontextschaffende Kapitel notwendig, die über die Entwicklung Offenbachs, über die Geschichte der Juden in der Stadt sowie über die allgemeine Geschichte der Juden in Deutschland unter verschiedenen Aspekten informieren.

Gerade die regionalgeschichtliche Forschung über den Nationalsozialismus zeigt, daß keineswegs eine Machtmonopolisierung Hitlers gegeben war, sondern durchaus politisch wirksame Rivalitäten zwischen den einzelnen Funktionsträgern Partei, Staat, SA, SS und Wehrmacht existierten, und daß die Gau- und Kreisleiter mehr Macht in Händen hielten und Eigeninitiative entwickelten, als bisher angenommen wurde.[2]

In der Untersuchung der Judenverfolgung auf regionaler und lokaler Ebene jedoch deutet sich eine Grenze der Leistungsfähigkeit der zeitgeschichtlichen Regionalforschung an, da die Gesetze und Anordnungen alle direkt aus der Führung des Reiches zu kommen scheinen. Für die Einordnung der gesamten „Judenpolitik“ des „Dritten Reiches“ mit ihren Phasen und ihrem Radikalisierungsprozeß kommt der „Mikroananlyse“ jedoch erneut stärkere Bedeutung zu. Sie kann unser Wissen über das „Makrosystem“ ergänzen und präzisieren, und ermöglicht eine stärkere Differenzierung des Forschungsstandes.[3]

Die hauptsächlichen Fragen werden daher innerhalb der Studie sein, inwieweit die „polykratische“ Struktur des institutionellen Gegeneinanders lokaler Entscheidungen im nationalsozialistischen Herschaftssystem auch für den Bereich der zu untersuchenden Stadt nachweisbar ist. Andererseits wird die Frage gestellt, ob Offenbach im Gegensatz zur

1 H. Vogt, S. 192.
2 Vgl. K. Düwell, Regionale Geschichte, S. 287f.
3 Vgl. ebd., S. 300ff.

reichsweiten Praxis – aufgrund seiner besonderen sozialen und politischen Struktur und Ausgangssituation als Arbeiterstadt und sozialdemokratischer Hochburg – in der Behandlung seiner jüdischen Einwohner eine Sonderstellung erkennen läßt. So jedenfalls ist es von älteren Bürgern häufig zu hören!

Eine derartige Untersuchung bedingt nun die Verknüpfung von allgemeiner NS-Geschichte und Lokalstudie, da die Ereignisse in Offenbach natürlich in die übergeordnete Behandlung der Juden während des Nationalsozialismus eingebettet sind. Weiterhin ist die Darstellung teilweise auch eine Lokalgeschichte des Nationalsozialismus selbst. Da für den Bereich der Stadt Offenbach am Main auf diesem Gebiet bislang ebenfalls keine umfassende Abhandlung existiert, mußte die nachfolgende Studie zusätzliche „Pionierarbeit" leisten.

Aus Zeit- und Raumgründen, sowie aufgrund der Breite des Themas, können naturgemäß nicht all die vielfältigen Aspekte des jüdischen Lebens in Deutschland tiefgreifend erörtert werden. Manches muß daher überblickartig bleiben, vor allem, um den zum Verständnis der eigentlichen Untersuchung notwendigen Kontext zu schaffen, ohne daß Vergröberungen beabsichtigt wären.

Es kann und soll somit keine minutiöse Darstellung des Ablaufes der Behandlung der Offenbacher Juden während der nationalsozialistischen Herrschaft entstehen. Diese würde ohnehin bruchstückhaft bleiben, da nicht annähernd für jede Begebenheit und Verordnung im Reich auch lokale Dokumente und Berichte vorliegen. Vielmehr wollte ich versuchen, die wichtigsten Etappen der Verfolgung der deutschen und somit auch der Offenbacher Juden darzustellen, und ferner ein wenig von der Atmosphäre und der Stimmung innerhalb der jüdischen Gemeinde Offenbachs seit den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts zu vermitteln. Dieser zeitliche Vorbegriff erscheint notwendig, da sich in diesen Jahren das jüdische Leben in Deutschland und somit auch in Offenbach auf seinem Höhepunkt befand. Weiterhin sollen, sofern dies im Einzelfall überhaupt möglich ist, anhand exemplarischer persönlicher Schicksale und des Lebensweges einzelner Personen und ganzer Familien abstrakt bekannte Zusammenhänge greifbar werden. Erhaltene Dokumente sollen so oft wie möglich für sich selbst sprechen, um auf diese Weise einen Eindruck der Geisteshaltung und der Denkweisen der NS-Verantwortlichen in Offenbach zu vermitteln.

Bei der so beabsichtigten Vorgehensweise stößt man natürlich sehr schnell auf eine Grenze der Quellenlage, da die Stimmung und die Atmosphäre auch der jüdischen Gemeinde über die vorhandenen Quellen nur indirekt erschlossen werden kann, wenn überhaupt.

Ein nicht unbedeutender Teil meiner Untersuchung stützt sich daher auf die sogenannte „oral history", bei welcher vom Historiker selbst Quellen geschaffen werden, die wir in die Gruppe der Traditionsquellen zählen. Dabei können Lebenserfahrungen und Erinnerungen derjenigen erreicht werden, die sich sonst selbst schriftlich nicht äußern würden. Weiterhin können – und das ist in vorliegendem Fall sicherlich der wichtigste Aspekt – Erkenntnisse gewonnen werden, die sich entweder nicht schriftlich niedergeschlagen

haben, oder die kaum schriftlich faßbar sind, wie Handlungsmotive, Gruppenerfahrungen, „Alltagsleben". Dadurch ist es vielfach möglich, „Lücken" in der Überlieferung zu füllen. Die Schwächen der Methode liegen aber in den Grenzen des Erinnerungsvermögens, in der Anekdotenhaftigkeit vieler Erzählungen und in der Möglichkeit zu Beschönigungen und Apologie.

Die Basis der für die nachfolgende Untersuchung aus der „oral-history" gewonnenen Erkenntnisse bilden insgesamt 26 persönliche Gespräche mit, und 60 Antwortschreiben von Zeitzeugen, die überwiegende Mehrzahl davon überlebende ehemalige Gemeindemitglieder. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die Generation, welche die Zeit seit den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts bewußt miterlebte, entweder hochbetagt, oder aber schon verstorben ist. Eine Befragung hätte sinnvollerweise schon bald nach Kriegsende erfolgen müssen.

Zur Abgrenzung sei schließlich noch angemerkt, daß im Jahre 1933 zur jüdischen Gemeinde Offenbachs auch die Juden der ehemals selbstständigen Vororte Bürgel und Rumpenheim gehörten. Bürgel besaß noch bis 1939 eine eigenständige jüdische Gemeinde, die dem Rabbinat Offenbach unterstand, obgleich sie älter war als die Gemeinde Offenbachs.[4] Die Juden des Nachbarortes Bieber waren der Gemeinde Heusenstamm angeschlossen, die ebenfalls zum Rabbinat Offenbach zählte.[5] Innerhalb der vorliegenden Studie werden auch sie – gewissermaßen im Vorgriff auf die im Jahre 1938 erfolgte Eingemeindung Biebers – als zu Offenbach gehörend behandelt.

Ein technischer Hinweis am Schluß: Bei der Verwertung der diversen Archivalien sind die Namen aller Verfahrensbeteiligten in der Weise anonymisiert, daß ein Rückschluß auf ihre Identität ausgeschlossen ist. Dies gilt jedoch nicht für die „Personen der Zeitgeschichte". Bezüglich der Nennung von Namen jüdischer Personen gehe ich davon aus, daß diese daran interessiert sind, das ihnen zugefügte Unrecht ans Tageslicht kommen zu lassen. Die Bereitschaft meiner Gesprächs- und Briefpartner, Informationen und Erinnerungen zur Verfügung zu stellen, beinhaltet ohnehin die Erlaubnis zur Angabe von Namen und Tatbeständen.

4 Vgl. P. Arnsberg, Hessen, Band 1, S. 99; YVS, Signatur 08/27..
5 Vgl. Zentralwohlfahrtsstelle, S. 386.

2. Zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Offenbachs

Offenbach am Main entstand aus einer fränkischen Siedlung, deren Bezeichnung höchstwahrscheinlich den Eigennamen „Ovo" beinhaltet.[6] Erstmals urkundlich erwähnt wurde die Ansiedlung in der Bestätigung einer Schenkung an die Salvatorkirche (Dom) in Frankfurt durch Otto II. vom 12. April 977.[7]

Im Laufe der Jahrhunderte wechselte die Herrschaft über das mittelalterliche Fischer- und Bauerndorf mehrfach, bis Offenbach schließlich im Jahre 1486 durch Erbschaft und Kauf in den Besitz der Herren von Isenburg-Büdingen (später: Isenburg-Birstein) gelangte. Bis 1816 blieben die Grafen und späteren Fürsten Landesherren und legten durch ihre merkantilistische Wirtschaftspolitik den Grundstein für den Aufstieg Offenbachs zur Industriestadt. Sie erlaubten 1698/1699 und 1703 hugenottischen, jüdischen und waldensischen Flüchtlingen die Niederlassung. Unter den Ansiedlern befanden sich vorwiegend Strumpfweber und Wollfabrikanten, wodurch bis ins ausgehende 18. Jahrhundert die Textilindustrie in Offenbach vorherrschte und erst seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts von der lederverarbeitenden Industrie verdrängt wurde.[8]

Fürst Carl Ludwig Moritz von Isenburg schloß sich 1806 dem Rheinbund an und trat als Generalmajor in die Dienste Napoleons ein. Dies bedeutete zwar kurzfristig eine Erweiterung seines Einflusses, der Sturz Napoleons aber auch das Ende des Fürstentums Isenburg. Im Jahre 1816 wurde Offenbach dem neu formierten Großherzogtum Hessen-Darmstadt zugeteilt.[9]

In den napoleonischen Kriegen hatte die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der Stadt durch Einquartierungen, Plünderungen und Naturallieferungen ein vorläufiges Ende gefunden,[10] es folgte darauf jedoch wieder eine Phase der Konsolidierung, und Offenbach entwickelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einer modernen Industriestadt. Der bedeutendste Industriezweig war dabei die Lederwarenfabrikation, einen weiteren Bereich bildete das graphische Gewerbe. Die Herstellung von Lederwaren rief zudem eine Reihe von Zulieferindustrien ins Leben, aus denen sich dann selbständige Industriezweige entwickelten. So entstanden aus Gürtlereien und Schlossereien die Metallwarenfabrikation und der Maschinenbau.[11]

„Bis etwa in die fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts hinein hatte Offenbach das Gepräge einer kleinbürgerlichen Stadt, und die politische Welt der Offenbacher Einwohnerschaft war wohl gleich derjenigen der süddeutschen Kleinbürger"[12]. In der zweiten Hälfte des

6 Vgl. F. Grünewald, S. 9.
7 Vgl. F. Kesselschläger, S. 9ff.
8 Vgl. M. Meissner, S. 19ff. und H. Bösch, S. 11.
9 Vgl. A. Kurt, Gebietshoheit, S. 80ff.
10 Vgl. M. Meissner, S. 65.
11 Vgl. A. Kurt, Gebietshoheit, S. 90 und H. Bösch, S. 12.
12 H. Bösch, S. 28.

19. Jahrhunderts entstand aber ziemlich rasch eine sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die bald zur stärksten politischen Kraft in der Stadt wurde.[13]

Bei der Stadtverordnetenwahl im Jahre 1904 erreichten die Sozialdemokraten erstmals eine Zweidrittelmehrheit. Dies „brachte Offenbach endgültig den Namen ‚das rote Offenbach' ein"[14]. Trotz dieser Mehrheit war es aber bis zum Jahre 1919 nicht möglich, einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister zu wählen, da dieser vom Großherzog sicher nicht bestätigt worden wäre.[15]

Im Verlaufe der Novemberrevolution kam es in Offenbach zu keinen spontanen Aktionen, „die politische Umwälzung vollzog sich vielmehr ganz im Rahmen der SPD"[16]. Die Sozialdemokraten gingen dann auch mit 55,2% der abgegebenen Stimmen als klarer Sieger aus den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 hervor.[17] Diesen deutlichen Erfolg konnte die SPD zwar in keiner der folgenden Wahlen wiederholen, sie blieb jedoch fast immer während den Jahren der Weimarer Republik stärkste politische Kraft in Offenbach.

Die KPD wurde erst mit der Spaltung der USPD im Oktober 1920 zu einer nennenswerten politischen Kraft in der Stadt. Sie konnte im Laufe der nächsten Jahre ständig Stimmen gewinnen, umfaßte aber ebenfalls mehrere politische Strömungen. Vermutlich infolge seiner gewerkschaftlichen Erfolge setzte sich seit 1925 der gemäßigte Flügel der Offenbacher KPD durch.[18] Bei den Landtagswahlen 1927 (31,5%) und bei den Reichstagswahlen 1928 (32,1%) erhielt die Partei sogar die meisten Wählerstimmen in Offenbach.[19] Ende des Jahres 1928 wurden führende Vertreter des rechten Flügels aus der Partei ausgeschlossen, da sie gegen den politischen Kurs der Komintern und die damit verbundene Bekämpfung der SPD als „sozialfaschistisch" opponierten. Im Gegensatz zu vielen anderen Orten blieben die Ausgeschlossenen in Offenbach nicht isoliert. Die Mehrzahl der Funktionäre und Mitglieder der KPD traten zur neugegründeten „Kommunistischen Partei-Opposition" (KPO) über, die bei den Kommunalwahlen am 17. November 1929 dann 22,9% der Wählerstimmen erreichen konnte. Die SPD wurde von der KPO daraufhin aufgefordert, die Koalition mit der DVP und dem „Zentrum" zu lösen, und eine „Rote Mehrheit" zu bilden, lehnte jedoch ab.[20]

„Trotz oder vielleicht auch gerade wegen dieser Zerrissenheit und Feindschaft blieb Offenbach bis 1933 ‚rot'"[21]. Die „Linke" war also zeitweise in drei Parteien zersplittert, jedoch die vorherrschende politische Strömung in der Stadt. Die Position der bürgerlichen Par-

13 Vgl. H. Bösch, S. 28ff.
14 Ebd., S. 35.
15 Vgl. B. Klemm, S. 40.
16 B. Klemm, S. 40f.
17 Vgl. ebd., S.41.
18 Vgl. ebd., S. 44f.
19 Vgl. ebd., S. 48 (Tabelle der Wahlergebnisse).
20 Vgl. ebd., S. 50f.
21 Ebd., S. 52.

teien nahm dagegen in der Weimarer Republik in Offenbach ständig ab, während das „Zentrum" seinen Stimmenanteil von durchschnittlich ca. 12% in etwa behaupten konnte.[22]

Über die Offenbacher NSDAP hingegen liegen kaum Informationen vor. Sie soll zwar schon frühzeitig eine Ortsgruppe besessen haben, doch organisatorisch und zahlenmäßig schwach gewesen sein.[23] Ende des Jahres 1926 bildete sich dann in Offenbach eine SA- wie auch eine SS-Gruppe.[24] Bei den Wahlen blieb die NSDAP meist deutlich unter dem Reichsdurchschnitt, und konnte trotz ihres absoluten Stimmenzuwachses bis 1933 kaum Einfluß auf die lokale Politik ausüben.[25]

Im Rahmen des Wahlkampfes zur hessischen Landtagswahl veranstaltete die NSDAP in Offenbach am 16. Juni 1932 eine Kundgebung, auf welcher Adolf Hitler sprach. Um diesen Auftritt ranken sich bis heute Geschichten und Mythen.[26]

Das sozialdemokratische „Offenbacher Abendblatt" berichtete vom „Zirkus Hitler in Offenbach", daß er „Schleichwege" zum Versammlungsort habe benutzen müssen, und ferner, daß „alle geistig Armen" und „fast die gesamte Elite politischer Doofheit Offenbachs" vertreten gewesen seien. Die geschilderten Umstände der An- und Abfahrt des „Führers" der NSDAP weisen zwar erneut darauf, daß es die Nationalsozialisten in Offenbach bis zur eigentlichen Machtergreifung sehr schwer hatten, immerhin soll Hitler an diesem Tag aber vor fast 20.000 Menschen gesprochen haben.[27]

Auch in Offenbach standen die letzten Monate der Weimarer Republik ganz im Zeichen scharfer politischer Auseinandersetzungen, in deren Verlauf es immer wieder zu Zusammenstößen und Schlägereien vor allem zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam.[28]

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 führte in der Stadt zu Demonstrationen der Arbeiterorganisationen, die sich nun endlich zum gemeinsamen Handeln entschlossen. Obwohl das „Offenbacher Abendblatt" am 2. Februar 1933 euphorisch vermeldete: „Das rote Offenbach bleibt rot! Einmütiger Protest gegen das Hitler-Kabinett. Der Streit ist begraben"[29], fand der Zusammenschluß der Linksparteien in Offenbach nicht statt. Die KPD lehnte die Beteiligung an einer weiteren Protestkundgebung ab, zudem wurden zahlreiche Funktionäre der Kommunisten verhaftet. Die SPD hingegen führte nach der Auflösung des Reichstages am 1. Februar 1933 einen konventionellen Wahlkampf.[30]

22 Vgl. B. Klemm, S. 48 (Tabelle der Wahlergebnisse) und A. Kurt, Wahlen, S. 111.
23 Vgl. B. Klemm, S. 52 und H. Galm, S. 116.
24 Vgl. E. Hennig, S. 383.
25 Vgl. B. Klemm, S. 52.
26 Vgl. R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 11.
27 Vgl. OA vom 17. Juni 1932. Zitiert bei: R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 13ff.
28 Vgl. R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 42ff.
29 Zitiert bei: B. Klemm, S. 53f.
30 Vgl. R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 85ff. und S. 96.

In dem bis zur Neuwahl des Reichstages andauernden Wahlkampf richtete sich der staatlich gedeckte Terror der Nationalsozialisten nun offen gegen ihre politischen Gegener. Einen ganz entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Festigung der Macht bedeutete die nach dem Brand des Reichstages am 28. Februar 1933 vom Reichspräsidenten Hindenburg erlassene „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat"[31], welche die politischen Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft setzte. In Offenbach wurden daraufhin Umzüge verboten, die Wohnungen von KPD- und SPD-Funktionären durchsucht, und verschiedene Personen verhaftet.[32] Das „Offenbacher Abendblatt" forderte in dieser Situation erneut „Bekennermut"[33], während die „Offenbacher Nachrichten" meldeten: „Die Ausräucherung beginnt"[34].

Für die Reichstagswahlen am 5. März 1933 hatten sich die Offenbacher Sozialdemokraten vorgenommen, Ruhe zu bewahren und Provokationen aus dem Wege zu gehen. Trotzdem kam es zu einem folgenschweren Zwischenfall, bei dem drei Mitglieder des „Reichsbanners" (eines politischen Kampfverbandes der Linken) durch Messerstiche schwer verletzt, und der Reichsbanner-Mann und arbeitslose Portefeuillearbeiter Christian Pleß (geb. 1908) von einem Nationalsozialisten erschossen wurde.[35]

In Offenbach ergaben die Wahlen zwar für die NSDAP bei einer Rekordwahlbeteiligung von 93,7% einen deutlichen Stimmenzuwachs und machten sie zur stärksten Partei, die traditionelle Vormachtstellung von SPD und KPD blieb jedoch erhalten. Auch lag das Ergebnis der Nationalsozialisten erneut weit unter dem Reichsdurchschnitt. Es erhielten einen prozentualen Stimmenanteil in Offenbach (in Klammern das Ergebnis im Reich): SPD 30,4 (18,3), KPD 18,5 (12,3) und die NSDAP 32,0 (43,9).[36]

Sofort nach der Wahl übernahmen die Nationalsozialisten auch in Offenbach die Polizeigewalt. Am 7. März 1933 wurden im Stadtgarten 230 Männer als Hilfspolizisten vereidigt.[37] In der Folgezeit kam es zu Entlassungen von den neuen Machthabern unliebsamen Beamten, ferner wurden viele Offenbacher Politiker nach teilweise tagelangem Gefängnisaufenthalt in das neuerrichtete Konzentrationslager Osthofen bei Worms gebracht.[38] Leiter dieses Lagers war der Offenbacher SS-Sturmbannführer Karl Heinrich d'Angelo.[39] Verzeichnete das Offenbacher Arrestantenregister im gesamten Jahr 1932 lediglich 119 Arrestierungen, so waren es vom 1. Januar bis zum 5. März 1933 insgesamt 22, in den vier Monaten vom 6. März bis zum 30. Juni 1933 dagegen 442 Arrestierungen.[40]

31 RGBl I, S. 83.
32 Vgl. R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 108ff.
33 OA vom 1.03.1933. Zitiert bei: R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 110.
34 ON vom 2.03.1933. Zitiert bei: Ebd.
35 Vgl. R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 114 und J. Fritz, S. 13f.
36 Bericht des Statistischen Amtes Offenbach 1933. ASO, Signatur 18.
37 ON vom 8.03.1933. Zitiert bei: R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 122.
38 Vgl. R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 119 und P. Grünewald, S. 40.
39 Vgl. J. Fritz, S. 20.
40 Vgl. R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 119.

Da die Koalition von NSDAP und DNVP reichsweit über insgesamt 51,9% der abgegebenen Stimmen verfügte, hätte sie mit dieser einfachen Mehrheit in parlamentarischer Weise regieren können. Durch das umstrittene, am 23. März 1933 verabschiedete, „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" („Ermächtigungsgesetz")[41] wurde die rechtsstaatliche Ordnung jedoch vollends aufgehoben. Das Gesetz räumte der Regierung das Recht ein, zunächst für vier Jahre ohne Mitwirkung des Reichstages Gesetze zu erlassen.

Die „Offenbacher Nachrichten" berichteten in der Folgezeit häufig und unverhüllt von „Gleichschaltungen", Verhaftungen und Einweisungen in das Konzentrationslager Osthofen.[42] Am 31. März 1933 hieß es zudem: „Offenbach muß umgeändert werden"[43].

Diese Änderung bzw. Anpassung an die neuen Machthaber vollzog sich überraschend schnell und ohne den eigentlich für eine sozialdemokratische und kommunistische Hochburg zu erwartenden massiven Widerstand. Als der Gewerkschaftsfunktionär Heinrich Galm am Nachmittag des 1. Mai 1933 aus dem Konzentrationslager Osthofen entlassen in Offenbach eintraf, war er nach eigenen Aussagen erschüttert: „Ich habe die Stadt nicht wiedererkannt: Offenbach im Hakenkreuz! Überall Hakenkreuzfahnen. Auf dem Marktplatz haben wir gestaunt. Da sind wir in den Biergrund, in die Ziegelgasse, in die Arbeiterviertel, wo unsere Stimmen her waren, in die Kantstraße, Biebererstraße (sic!)... Der Kleine Biergrund hat so voll gehangen, daß man fast nicht durchkonnte (...). Die Hasenbachgass, mein Hauptstützpunkt: aus jedem Fenster eine Hakenkreuzfahne. Das war schwer zu verkraften. Das war eine große Enttäuschung. Wo sie nur alle die Fahnen hergebracht hatten? Nun mußte man ja wissen, es war viel Verzweiflung dabei (...) wir konnten gar nicht verstehen, wie diese Veränderung zustande kommen konnte. Eigentlich konnte das ja nur so gewesen sein, daß auch viele in den Arbeiterparteien organisierte Arbeiter zu den Nazis übergegangen sind ..."[44].

„Währenddessen ‚erklärten' (...) gerade 140 Oppositionelle auf der Eirundwiese beim Forsthaus Gravenbruch ‚Adolf Hitler den Krieg'"[45].

Am 2. Mai nahm sich der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Georg Kaul das Leben. Freunde fanden einen Zettel mit dem Text: „Vor so viel Gesinnungslumperei schäme ich mich. Ich werde versuchen zu gehen. K"[46].

In der Folgezeit setzte sich der Nationalsozialismus auch in Offenbach mehr und mehr mit den ihm eigenen Mitteln durch. Das Gewerkschaftshaus wurde besetzt, die SPD verboten, sowie erneut eine ganze Reihe von unliebsamen Personen ins Konzentrationslager Osthofen eingeliefert.[47]

41 RGBl I, S. 141.
42 Vgl. R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 143.
43 ON vom 31.03.1933. Zitiert bei: R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 143.
44 H. Galm, S. 124.
45 J. Fritz, S. 23.
46 A. Bratu, S. 9f.
47 Vgl. R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 180ff.

Während im Reich die öffentlichen Bücherverbrennungen als ein nicht mehr zu übersehendes Zeichen der Abkehr von allen althergebrachten Werten schon am 10. Mai 1933 erfolgt waren, wurde diese in Offenbach erst am 22. Mai 1933 anläßlich einer Richard Wagner-Feier durchgeführt.[48]

Sozio-ökonomisch betrachtet war Offenbach in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts die größte Arbeiter- und Industriestadt des Volksstaates Hessen. Ca. 70% aller Erwerbstätigen arbeiteten 1925 in den Bereichen Industrie und Handwerk, fast doppelt so viel als im Reichsdurchschnitt. Der Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen betrug 57,2%, und lag damit wesentlich höher als in den anderen hessischen Städten. Dominierende Wirtschaftssektoren waren nach wie vor die Leder- und Metallwarenindustrie, ferner die chemische- und die Papierindustrie.[49]

Aufgrund der gesunkenen Auslandsnachfrage und durch die Konkurrenz von Kleinbetrieben geriet die Offenbacher Lederwarenindustrie seit 1924/1925 in eine schwere Krise. Infolge des spezifischen Produktionsablaufes in der Lederwarenfabrikation konnte diese Krise nicht durch Rationalisierungen abgefangen werden, und es kam zwangsläufig zu Lohnsenkungen, Entlassungen und zur Vergabe von Produktionsteilen an untertariflich arbeitende Heimarbeiter in der südlichen Peripherie. Im Gegensatz zum vielseitigen und auch weiterhin konkurrenzfähigen Maschinenbau wurde auch die Metallwarenindustrie, zu der eine größere Zahl von Zulieferfabriken der Lederwarenherstellung gehörten, von der Krise betroffen.

Diese Probleme führten ab 1925 zu einem allgemeinen Rückgang der Beschäftigungszahlen. Auch an der reichsweiten Stabilisierung und Konjunktur der Jahre 1924–1929 konnte Offenbach nicht teilhaben. Weiterhin setzte damit in der Stadt eine bis in die Mitte der dreißiger Jahre anhaltende Massenarbeitslosigkeit ein, die in den Jahren 1925–1933 das Doppelte bis Dreifache des Reichsdurchschnittes betrug. Da der Arbeitsmarkt zudem nur wenig Ausweichsmöglichkeiten bot, waren viele der Erwerbslosen langfristig ohne Arbeit. „Seitdem auch die Metallindustrie bzw. der Maschinenbau von der Weltwirtschaftskrise schwer getroffen wurde, entwickelte sich Offenbach zu einem der schlimmsten Elendsgebiete in Deutschland“[50].

Die Wirtschaftskrise wirkte sich in Offenbach derart schwerwiegend aus, daß sie sich auch nach 1933/1934 nur langsam abschwächte. Im Jahre 1936 kamen in der Stadt auf 1.000 Einwohner immer noch 18,3 Erwerbslose (Reichsdurchschnitt 5,3). Selbst im Oktober 1937 mußten noch etwa 16% der Bevölkerung unterstützt werden.[51]

48 OZ vom 23.03.1933. Zitiert bei R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 194f.
49 Vgl. dazu und zum Folgenden B. Klemm, S. 36ff.
50 B. Klemm, S. 39.
51 Vgl. ebd., S. 39f.

Der Exilvorstand der SPD meldete für den Berichtszeitraum 1934: „In Offenbach ist die Lederindustrie nur soweit beschäftigt, als es sich um Heereslieferungen handelt, sonst liegt sie nach wie vor brach“[52].

52 SoPaDe, Erster Jahrgang 1934, S. 62.

3. Zum Gemeindeleben der Juden in Offenbach

3.1 Religiöse und soziokulturelle Folgewirkungen der Emanzipation

„Wesentliches Kennzeichen des traditionellen Judentums vor Beginn der jüdischen Aufklärungsbewegung war die Einheit von religiösem, kulturellem und sozialem Leben. Da es eine profane Kultur außerhalb des religiös Gebotenen nicht gab, erschienen Religion und Kultur als identisch“[53].

Im Inneren besaßen die Jüdischen Gemeinden eine weitgehende Autonomie, und sie konnten so ihre religiösen, erzieherischen und sozialen Angelegenheiten und Aufgaben selbst regeln. Dies bedeutete aber auch eine „Abschließung von der weithin bereits säkularisierten, aber immer noch christlich geprägten Umwelt“[54], die teilweise beabsichtigt war, da sie als religiös notwendig angesehen wurde. Die Juden lebten auch ohne Ghettos vielfach dicht beieinander und heirateten in der Regel keine Andersgläubigen. Hinzu kamen weitere trennende Auffälligkeiten wie die besondere Kleidung und die jiddische Sprache.[55]

Die Epoche der Emanzipation, welche noch vor der Französischen Revolution begann und mit der Reichsgründung zum Abschluß kam, war eingebettet in die Ausbildung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, und bedeutete trotz aller Hindernisse und weiterhin gültigen gesellschaftlichen Beschränkungen für die Juden sozialen Aufstieg und Integration.[56] „Die bürgerlich-liberale Bewegung mit ihrer Forderung nach Menschenrechten, Verfassung und politischer Selbstbestimmung mußte auch für die Gleichberechtigung der Juden eintreten, wollte sie nicht in Widerspruch zu sich selbst geraten“[57].

Einher mit der Emanzipation ging die Assimilation an die christliche Gesellschaft und ihre Vorstellungen. Dies bewirkte einen tiefgreifenden Veränderungsprozeß innerhalb des Judentums und seines Selbstverständnisses als religiös-soziale Einheit.[58]

Zunächst wurde die Autonomie der Gemeinden beseitigt, welche fortan als kirchengemeindeähnliche Körperschaften fungierten. Als Aufgaben verblieben ihnen jedoch die religiösen Einrichtungen, die Schulen, die Armenfürsorge und die Erhebung der Kultussteuer zur Finanzierung dieser Institutionen.[59]

Die Reformen der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts betrafen zuerst vordringlich die formale Neuordnung des Gottesdienstes, der sich nun zum Teil sehr deutlich am Vorbild christlicher Liturgie orientierte (Orgelspiel – Chorgesang – deutsche Predigt).

53 M. Richarz, 1780–1871, S. 44.
54 Ebd., S. 45.
55 Vgl. ebd.
56 Vgl. ebd., S. 19 und S. 23f.
57 Ebd., S. 20.
58 Vgl. R. Rürup, S. 7.
59 Vgl. dazu und zum Folgenden M. Richarz, 1780–1871, S. 48ff.

Während sich in kleineren Gemeinden die traditionellen Lebensformen länger hielten, hatte in den Städten die fortschreitende Angleichung und Integration konkrete Auswirkungen auch auf das praktisch-religiöse Leben: Speisevorschriften und Sabbathruhe wurden immer weniger befolgt, oft nur noch die hohen Feiertage gehalten.

Auch wenn sich viele assimilierte Juden mehr und mehr von ihrer Religion entfernten, nahm doch die Zahl der Taufen nach 1850 wieder ab, was darauf deutet, daß diese eher sozial als religiös bedingt waren. Bei aller Angleichung und zunehmendem sozialen und kulturellen Kontakt mit der christlichen Umwelt bedeutete die rechtliche Gleichstellung bei einem Großteil der Juden keineswegs eine Aufgabe des Zusammengehörigkeitsgefühls. Die Familie erfüllte weiterhin die Funktion der Tradierung des Judentums, und es blieb fast immer das Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft erhalten.

Ein wichtiger Aspekt ist in diesem Zusammenhang sicherlich, daß sich die Juden spätestens nach dem Erhalt der Staatsbürgerrechte mit dem Staat zu identifizieren begannen, und an der Ausbildung eines nationalen deutschen Bewußtseins teilhatten.

Im Zuge der allgemeinen Wandlungen erfuhr auch die Ausbildung und das Amt des Rabbiners Veränderungen, und es entstanden Reformbewegungen, bei denen sich „drei Hauptgruppen unterscheiden lassen: die Liberalen, das Reformjudentum und die Neuorthodoxie. Die meisten größeren Gemeinden waren in Liberale und Orthodoxe gespalten, während das radikale Reformjudentum nur in Berlin und Frankfurt Bedeutung erlangte“ [60].

Wesentlichstes Merkmal des „liberalen Judentums“ – welches wiederum verschiedene Abstufungen umfaßte – war dessen Bereitschaft für Annäherung und Ausgleich. Die „radikale Reformbewegung“ hatte umfassende Erneuerungen wie die Einführung des Sonntagsgottesdienstes vor Augen, und die „Neuorthodoxie“ schließlich strebte „im Gegensatz zur älteren Orthodoxie danach, die volle Gesetzestreue mit dem bürgerlichen Leben und der modernen Kultur zu vereinen“ [61].

Während der Emanzipationsepoche gab es in fast allen jüdischen Gemeinden Konflikte zwischen den vorhandenen religiösen Strömungen. Sofern sich die Gemeinde aber nur einen Rabbiner leisten konnte, mußte dieser auf die religiöse Haltung der Mehrheit der Gemeindemitglieder Rücksicht nehmen. In größeren Gemeinden hingegen wurden je ein liberaler und ein orthodoxer Rabbiner angestellt. Die religiöse Haltung der Gemeindemitglieder ist somit nicht quantifizierbar, doch dürfte die Orthodoxie im Laufe der für das Leben der deutschen Juden in vielen Bereichen so bedeutsamen Urbanisierung ihre Mehrheit verloren haben. In den Städten wurde sie sogar vielfach als Hindernis einer weitergehenden sozialen Integration angesehen. Die Mehrheit der Gemeinden wurde dann nach 1850 von gemäßigt liberalen Rabbinern geführt, die aus dem Rabbinerseminar in Breslau

60 M. Richarz, 1780–1871, S. 47.
61 Ebd., S. 48.

hervorgingen.[62] Die Kontroversen zwischen Liberalen und Orthodoxen ließen jedoch im Kaiserreich nach, und „innerhalb der Einheitsgemeinde lebten die verschiedenen religiösen Richtungen relativ tolerant nebeneinander“[63].

Auch am Übergang zur hochdeutschen Sprache und an den Veränderungen in den Bereichen Erziehung und Bildung zeigte sich die kulturelle Assimilation. Die religiöse Unterrichtung in den kleinen einklassigen Gemeindeschulen fand ihre Ablösung zunächst in jüdischen Elementarschulen unter staatlicher Aufsicht, die jüdische und allgemeine Bildung vereinten. Da jedoch bereits zu Beginn der Emanzipationsbewegung alle deutschen Regierungen die Möglichkeit des Besuchs der staatlichen Schulen eröffnet hatten, schickten jüdische Eltern ihre Kinder zunehmend auf die allgemeinen und höheren Schulen. Dies führte jedoch nicht nur zu einem Rückgang des jüdischen Schulwesens, sondern auch der jüdisch-religiösen Bildung. Beschleunigt wurde dieser Prozeß zudem durch die Urbanisierung der deutschen Juden, da den kleineren Gemeinden bald die finanziellen Möglichkeiten zur Erhaltung eines jüdischen Schulwesens fehlten.[64]

Infolge des traditionell hohen Stellenwertes des Lernens besaßen die deutschen Juden verglichen mit der Gesamtbevölkerung „bereits nach Abschluß des Emanzipationsprozesses einen durchschnittlich höheren Bildungsgrad und waren auf vielen Gebieten der Kunst und Wissenschaft hervorragend tätig“[65].

Ebenso wie im deutschen Bildungsbürgertum trat aber oft die Bildung ganz an die Stelle der Religion. Selbst der Weihnachtsbaum wurde von manchen Familien als Teil der deutschen Kultur und als Zeichen der Assimilation übernommen. So aber stieß die Integration und Assimilation innerhalb des Judentums nicht nur auf Befürworter, sondern auch auf den Widerstand vornehmlich orthodoxer Kreise, die den Verlust der jüdischen Identität befürchteten. Die Zahl der nach dem Ersten Weltkrieg noch orthodox lebenden deutschen Juden lag aber nur noch bei schätzungsweise 15%, die übrigen galten als liberal.[66]

3.2 „Ostjuden“ in Deutschland

Da sich aus Osteuropa ausgewanderte bzw. geflohene Juden in großer Zahl auch in Offenbach niederließen, soll an dieser Stelle kurz auf die Bedingungen dieser „Westwanderung“ eingegangen werden.

In der besonderen Abgeschlossenheit der osteuropäischen jüdischen Ansiedlungen hielten sich traditionelle Lebensformen, Frömmigkeit und Orthodoxie wesentlich länger als im Westen. Politische und soziale Veränderungen in den osteuropäischen Ländern bedeuteten jedoch auch dort in erster Linie für die Juden eine Gefahr, und führten so häufig zu einer Flucht nach Westen und damit auch nach Deutschland.

62 Vgl. M. Richarz, 1780–1871, S. 48.
63 M. Richarz, Kaiserreich, S. 47.
64 Vgl. M. Richarz, 1780–1871, S. 49ff.
65 M. Richarz, Kaiserreich, S. 46.
66 Vgl. ebd., S. 48f.

In den Jahren 1880–1900 und 1905/1906 gab es durch Pogrome und Verfolgungen in Osteuropa immer wieder größere Auswanderungen, doch war die Zahl der sich in den deutschen Staaten niederlassenden Juden infolge der allgemeinen restriktiven Einwanderungspolitik und wiederholter Ausweisungen zunächst größeren Schwankungen unterworfen. Armut, Not und Verfolgungen erwiesen sich jedoch als stärkere Faktoren, und so stieg die Zahl der nichtdeutschen Juden osteuropäischer Herkunft allmählich.[67]

Doch auch wer eine Aufenthaltserlaubnis erhalten konnte, mußte weiterhin immer mit seiner polizeilichen Ausweisung rechnen. Manchen der „Ostjuden" gelang es erst nach zwanzigjähriger oder längerer Wartezeit, in Deutschland eingebürgert zu werden. Bis zum Ersten Weltkrieg verliefen die Zuwanderungen immer in ähnlicher Weise: Niederlassung in den großen Städten und Konzentrierung auf bestimmte Stadtteile, sowie die Ergreifung einer eng begrenzten Zahl bestimmter Berufe.

Die Mehrzahl der ausländischen Juden bestand aus kleinen Kaufleuten, Hausierern, Schustern, Schneidern, Uhrmachern, Zigaretten- und anderen Arbeitern. Durch diesen hohen Anteil an handarbeitenden Berufen wurde die berufliche Gliederung des jüdischen Bevölkerungsanteils verändert. Auch für die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft war die Anwesenheit der „Ostjuden" von Bedeutung, da sie Handels- und Industriebeziehungen in den Osten aufbauten, und im Import von Eisen, Holz, Leder und Pelzwaren aller Art, sowie bei der Erschließung neuer Märkte für die deutsche Industrie in Rußland, eine wichtige Rolle spielten.

Da das jüdische Leben in Osteuropa noch wesentlich länger als im Westen traditionell verlief, stellten die „Ostjuden" zudem „eine erhebliche Anzahl von Personen, die zur Ausübung des jüdischen religiösen Dienstes in Deutschland benötigt wurden; aus ihren Kreisen kamen Rabbiner, Lehrer, Schächter, Kantoren, Thoraschreiber und hebräische Schriftsetzer"[68].

Doch nicht nur bei den Behörden, sondern auch bei den „alteingesessenen" Juden in Deutschland traf der Zustrom ausländischer Glaubensbrüder auf Widerstände und führte zu wiederholten Kontroversen zwischen den beiden Gruppen.[69]

Den nicht assimilierten „Ostjuden" gegenüber entwickelten die alteingesessenen deutschen Juden ein Gefühl der kulturellen und sozialen Überlegenheit, da sich in ihnen der Zustand vor der Emanzipation verkörperte. Daß die Zuwanderer zudem vielfach das Ziel des Antisemitismus' waren, verstärkte noch das ambivalente Verhalten und Gefühl ihnen gegenüber. Vordringlich befürchteten die deutschen Juden ein neuerliches Anwachsen der Judenfeindlichkeit und eine eigene Verstrickung in derartige Probleme.[70]

67 Vgl. dazu und zum Folgenden S. Adler-Rudel, Ostjuden, S. 11ff.
68 Ebd., S. 25.
69 Vgl. ebd., S. 13 und S. 21.
70 Vgl. M. Richarz, Kaiserreich, S. 50

Außer der gesetzlich geregelten gemeinsamen Zugehörigkeit zur Jüdischen Gemeinde hatten die Juden deutscher Staatsangehörigkeit und die „Ostjuden" dann auch nur wenige soziale und gesellschaftliche Kontakte. Die Zuwanderer versuchten, ihr eigenes gesellschaftliches und kulturelles Leben durch Errichtung eigener Synagogen und Betstuben, sowie eigener Wohltätigkeitsvereine und Hilfseinrichtungen, aufzubauen. Trotz dieser gewollten und ungewollten Absonderung waren auch die „Ostjuden" sicherlich keine homogene Gruppe.[71]

Die im deutschen Judentum eher unterrepräsentierte Zionistische Bewegung hatte dagegen eine positivere Einstellung zu den „Ostjuden" und machte sich auch in Situationen der Anfeindung zu deren Fürsprecher.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges bedeutete einen entscheidenden Einschnitt im Leben der ca. 90.000 ausländischen Juden in Deutschland, denn sie wurden nun nach ihrer Staatsangehörigkeit in zwei Gruppen aufgeteilt. Die in Österreich-Ungarn Geborenen mußten ihrer Wehrpflicht nachkommen, was vielfach das Ende einer mühsam aufgebauten Existenz bedeutete. Die russischen Staatsangehörigen jedoch – eigentlich aus Rußland geflohen oder vertrieben – wurden interniert oder zumindest an ihre Bewegungsfreiheit einschränkende Sonderbestimmungen gebunden.[72]

Nach dem Krieg wurden die als feindliche Ausländer verhafteten „Ostjuden" allmählich wieder entlassen und mußten sich nun teilweise sogar neue Papiere besorgen, da der Krieg auch neue politisch-geographische Verhältnisse geschaffen hatte. Zudem bedurften sie vielfach der Hilfe bei der Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Schon bald nach dem Ende des Krieges entstanden zu diesem Zweck Gruppen und Organisationen, in welchen die Notlage der „Ostjuden" überwunden werden sollte.[73]

Die Pogrome in der Ukraine und in Polen im Jahre 1919, sowie die Beschränkung der jüdischen Einwanderung in die USA führte in den Nachkriegsjahren zur weiteren Konzentration von „Ostjuden" in Deutschland und in Westeuropa. Der Höhepunkt wurde im Jahre 1924 erreicht, danach nahm die Zuwanderung wieder ab, die Auswanderung stetig zu, und auch die Durchwanderung verlief schneller[74].

Die genaue Zahl der von den Wanderungsbewegungen nach Deutschland betroffenen Personen ist aufgrund der immer wieder erfolgten Ausweisungen nicht exakt feststellbar. Jedoch betrug der Zuwachs ausländischer Juden in Deutschland 1910–1925 nur ungefähr 30.000, sodaß bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 63 Millionen nicht von einer „Masseneinwanderung" gesprochen werden kann, wie dies von antisemitischer Seite geschah.[75]

71 Vgl. dazu und zum Folgenden S. Adler-Rudel, Ostjuden, S. 25f.
72 Vgl. ebd., S. 34f.
73 Vgl. ebd.
74 Vgl. ebd., S. 112f. und S. 130.
75 Vgl. ebd., S. 164f.

Der Anteil der ausländischen Juden an der jüdischen Gesamtbevölkerung im Deutschen Reich stieg allmählich von 2,7% im Jahre 1880 über 3,9% (1890), 7% (1900) auf 12,8% (1910). Nach der Volkszählung von 1925 betrug der jüdische Anteil an der Gesamtbevölkerung in Deutschland 564.000, davon 107.747 (19,1%) Ausländer. Unter ihnen befanden sich wiederum 50.993 (47,3%) Polen und 9.505 (8,8%) Russen. Im Jahre 1933 lebten unter den 499.682 Juden im Reichsgebiet 98.747 (19,8%) Ausländer, davon 56.480 (57,2%) aus Polen, aber nur noch 1.650 (1,7%) aus Rußland.[76]

Infolge der in der Weimarer Republik kaum gemilderten Einwanderungsschwierigkeiten erhielten auch die Kinder der Zuwanderer nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, was zu dem oben erwähnten relativ hohen Anteil von Ausländern an der jüdischen Bevölkerung führte[77].

3.3 Geschichte, Organisation und „Religiöses Leben" der Jüdischen Gemeinde

3.3.1 Zur Geschichte der Gemeinde

Erstmals erwähnt finden wir Offenbacher Juden möglicherweise im Gedenkbuch der Jüdischen Gemeinde Deutz bei Köln für das Jahr 1348 im Zusammenhang mit den Verfolgungen anläßlich des Wütens der Pest in Europa[78].

Im Jahre 1614 flohen viele Juden infolge des Aufstandes des Vincenz Fettmilch, und der damit verbundenen Ausschreitungen, aus Frankfurt am Main. Einigen Familien gelang es, sich in Offenbach niederzulassen, obwohl die Flüchtlinge zunächst mit Gewehrschüssen empfangen worden waren[79].

Nicht nur ihre schon erwähnte merkantilistische Wirtschaftspolitik, sondern auch eine allgemeine liberale Haltung veranlaßte die Isenburger, neben den Hugenotten und den Waldensern, auch den Juden die Ansiedlung in der Grafschaft zu ermöglichen. Um 1693 wurde aus Osthofen vertriebenen Familien erneut Aufnahme gewährt[80].

Im 17. Jahrhundert unterstanden die Offenbacher Juden noch dem Oberrabbinat Friedberg und besuchten den Gottesdienst im nahegelegenen Bürgel. Nachdem im Jahre 1706 besondere Gemeindestatuten geschaffen worden waren, entstand ein Jahr später eine selbständige Jüdische Gemeinde. Durch das Judenprivileg von 1708 strömten erneut auswärtige Juden in die Stadt. Diese Privilegien erfuhren ihre Bestätigung bzw. Erweiterung in den Jahren 1719 und 1764[81].

76 Vgl. S. Adler-Rudel, Ostjuden, S. 165f.
77 Vgl. ebd., S. 149.
78 Vgl. E. Roth/ M. Willner, S. 159.
79 Vgl. P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 161.
80 Vgl. ebd.
81 Vgl. ebd.

Dem im Jahre 1791 vom Fürsten von Isenburg zum Hofagenten ernannten Wolf Breidenbach gelang es 1803, die Abschaffung des Leibzolles zu erreichen. 1824 wurde auch das Schutzgeld aufgehoben[82]. Durch das großherzogliche Gesetz vom 2. August 1848 erhielten die hessischen und damit auch die Offenbacher Juden die volle bürgerliche Gleichberechtigung[83].

Nach der Gründung der eigenständigen jüdischen Gemeinde in Offenbach wurde für den Gottesdienst zunächst eine Betstube, und nach dem Brand in der Judengasse von 1721 eine an gleicher Stelle errichtete Synagoge mit 254 Plätzen genutzt. Von 1913 bis 1916 entstand dann die neue und wesentlich größere Synagoge in der Goethestraße/Ecke Kaiserstraße[84].

Das neue Gotteshaus bestand aus einem 30 Meter hohen Kuppelbau mit ungefähr 800 Sitzplätzen. Im Ostflügel des Gebäudes befanden sich die Wochentagssynagoge mit 40 Plätzen sowie die Verwaltungs- und Schulungsräume, im Westflügel ein Festsaal für 300 Personen[85].

Auch in Offenbach ließen sich im Laufe der Jahre manche der bereits erwähnten aus Osteuropa geflohenen „Ostjuden" nieder. Im Jahre 1906 kamen David Introligator (geb. 1882) und seine Frau Berta geb. Inowloki (geb. 1882) aus Polen in die Stadt[86]. Nach den Pogromen von 1905 wanderte Isaac Fuchs (geb. 1888) nach Offenbach, und lernte hier seine spätere Frau Berta Mitbreit (geb. 1888) kennen, die 1908 mit ihren Eltern aus Rußland kam[87].

Wie viele Juden in Osteuropa waren auch die Eltern von Julius (Idel) Mokotow (geb. 1885) sehr fromm, und so sollte der Sohn den Beruf des Rabbiners ergreifen. Er verließ die Ausbildung jedoch im Alter von sechzehn Jahren und kam ungefähr im Jahre 1909 nach Offenbach. Auch seine Frau Czesja geb. Zimdiowicz (geb. 1885) stammte aus Polen[88].

Salomon Sch. (geb. 1883) und seine Frau Sara geb. Friedrich waren aus einem kleinen Städtchen in der Nähe von Lemberg gebürtig, und kamen aufgrund der dortigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nach Offenbach. Salomon Sch. war ebenfalls ein sehr frommer Mann, und unterrichtete als Hebräisch-Lehrer Kinder in Offenbach, ohne jedoch von der Gemeinde angestellt zu sein[89].

82 Vgl. P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 162.
83 Vgl. W. Kropat, S. 346.
84 Vgl. P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 162.
85 Vgl. ebd., S. 162f.
86 Persönliche Auskünfte durch Rahel Schlafmann geb. Introligator; ASO, Signatur 16/47.
87 Persönliche Auskünfte durch Shimon Fuchs.
88 Persönliche Auskünfte durch Leni Hirschfeld geb. Mokotow.
89 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch.

Ebenfalls aus Osteuropa stammten von den Offenbacher Juden u.a. die Familien Boxenbaum, Obritzki, Rochwerg und Rozanski[90].

Im Jahre 1905 wurden in Offenbach 117 russisch-polnische und weitere 189 österreichisch-galizische Ausländer registriert, die fast ausschließlich Juden waren[91].

Wie bereits dargestellt, erfolgte recht häufig die Ausweisung der Zuwanderer aus dem Osten. Dies stellt sich auch in Offenbach nicht anders dar. Die „Allgemeine Zeitung des Judentums" brachte am 5.Februar 1909 eine diesbezügliche Meldung:

„Fortgesetzt beschäftigt sich die Offenbacher Polizei mit den dort ansässigen russisch-polnischen und galizischen Juden. Neuerdings haben wieder Ausweisungen verschiedener Familien stattgefunden. Auch in den frühen Morgenstunden läßt die Polizei Revisionen abhalten, die sich besonders auf die gesundheitlichen Verhältnisse erstrecken. Erscheinen irgendwo hygienische Vorschriften verletzt, so wird sofort Antrag auf Ausweisung gestellt"[92].

Am 19.April des gleichen Jahres taucht das „Problem" in einem Bericht an das Kreisamt in Offenbach erneut auf. Dort ist zu lesen:

„Dadurch, daß die Polizeibehörde in Frankfurt a/Main grundsätzlich alle zuziehenden mittellosen polnischen Juden mit Oesterreichischer oder Russischer Staatsangehörigkeit ‚aus allgemein polizeilichen Gründen' grundsätzlich (sic!) aus dem Königreich Preussen ausweist, wird die Stadt Offenbach ein Sammelpunkt für derartige Ausländer. Die Ansammlung solcher Ausländer stellt sich hier als ein allgemeiner Übelstand dar. Die Leute sind meist nur halb gebildet, und ihre Lebensgewohnheiten gefährden die öffentliche Gesundheit in der Stadt. (...) Wir empfehlen daher solche Ausländer, ebenso wie dies in Frankfurt a/Main geschieht, als Lästige sofort auszuweisen. Zu dieser Massnahme zwingt das Verhalten der Preussischen Behörden. Es ist nicht angängig, daß im Großherzogtum alle diejenigen Aufnahme finden, die einem anderen Bundestaate lästig fallen und deshalb dort nicht geduldet werden. Unsere Bevölkerung wird sonst mehr, als ihre Wohlfahrt zulässt, von halbgebildeten fremdländischen Zuziehenden durchsetzt"[93].

Angesichts vorliegender Dokumente erhebt sich die Frage, ob Offenbach – zumindest in jener Zeit – in seiner Aufnahme- und Ansiedlungspolitik wirklich so liberal war, und ferner, ob im konkreten Fall mit den „hygienischen Verhältnissen" nur ein vordergründiger Anlaß zur Entfernung der osteuropäischen Juden gesucht wurde.

Im Jahre 1910 befanden sich dann aber dennoch 1.131 vornehmlich russische Juden in der Stadt.[94]

90 Diverse persönliche Auskünfte.
91 Vgl. P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 166.
92 Allgemeine Zeitung des Judentums 73/6, S. 4.
93 ASO, Signatur 1094/53.
94 Vgl. P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 166.

In einem Bericht des Polizeiamtes aus dem Jahre 1913[95] heißt es dann ferner:

„In dem Verfassungsausschuss am 12. August 1913 hat der Stadtverordnete Heilmann darüber Klage geführt, daß in letzter Zeit wieder viele galizische und polnische Juden zugezogen seien, nachdem eine Zeitlang der Zuzug dieser Elemente (!) erfreulicherweise nachgelassen habe. Insbesondere sollen diese Leute im Biergrund und in der Ziegelstraße Wohnung gefunden und dort schon wiederholt zu Beschwerden der Umwohner Anlaß gegeben haben".

Die Zahl der Zugewanderten habe dabei in den Monaten Januar bis Juli 442 – also durchschnittlich 63 Personen im Monat – betragen. In der Zeit vom 1. April 1912 bis zum 20. August 1913 habe man 39 Ausländer ausgewiesen.

Der Rechtsanwalt Dr. Siegfried Guggenheim – Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde Offenbachs – sandte am 6. April 1914 für den „Verein zur Förderung der Bodenkultur unter den Juden Deutschlands. Ortsgruppe Offenbach a/M" ein Exposé und einen Sitzungsbericht an den Regierungsrat Gassner.[96] Darin teilte er mit, man habe in Offenbach seit den russischen Pogromen einen verstärkten Zustrom russischer und galizischer Juden feststellen können. Die Russen – soweit sie in den Fabriken beschäftigt wären – seien fleißige Leute, die Galizier aber vielfach „arbeitsscheu und lassen sich lieber von ihren Frauen ernähren, als selbst tätig zu werden".

Die aus humanitären Gründen gewährte Aufnahme müsse aber in gewissen Grenzen bleiben, „ist doch die ausländische jüdische Bevölkerung größer als die einheimische". Daher sollten auch die jüdischen Mitbürger Verständnis für die Beschränkung des Zuzuges durch die Regierung haben, die dem Schutz der heimischen Interessen dienen würden.

Da sich aber trotz der strengen Maßnahmen der Fremdenpolizei doch noch eine große Zahl ausländischer Juden in Offenbach aufhalten würde, müsse man Mittel und Wege finden, „diese Ausländer auf ein höheres Kulturniveau zu bringen". Bei der älteren Generation sei dies sicher schwer zu verwirklichen, daher müsse man den Augenmerk auf die Unterweisung der Jugend – besonders in den Bereichen „Gartenbau und Handfertigkeit" – richten. Die Stadtverwaltung habe dafür schon ein geeignetes Gebäude zur Verfügung gestellt. Der an der Volksschule in der Friedensstraße wirkende Lehrer Strauss werde gegebenenfalls den Unterricht übernehmen.

Dr. Guggenheim hat später – Paul Arnsberg zufolge – seinen Standpunkt geändert, seine Stellungnahme sei jedoch „ein kulturhistorisches Dokument der damaligen Zeit für die Einstellung der deutschen, insbesondere der Offenbacher Juden, zu den aus Osteuropa nach Deutschland gekommenen Juden"[97].

95 ASO, Signatur 250/3/2.
96 ASO, Signatur 250/3/7–13.
97 P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 166.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde von den in der Stadt lebenden ausländischen Juden Isaac Fuchs – sowie alle männlichen Mitglieder der Familie – als feindliche Ausländer verhaftet und in ein Gefangenenlager gebracht. Aus Mangel an Arbeitskräften wurden sie jedoch im Jahre 1917 aus dem Lager entlassen und in einem Elektrizitätswerk bei Hannover zwangsweise beschäftigt.[98]

3.3.2 Organisation und Struktur der Gemeinde

Nach dem Tod des Rabbiners Dr. Goldschmidt übernahm im Jahre 1919 Dr. Max Dienemann aus Ratibor dieses Amt eines Gemeindeangestellten mit den Funktionen des Experten im religiösen Recht, des Richters und Predigers in Offenbach am Main.

Max Dienemann wurde im Jahre 1875 in Krotoschin nahe der russisch-polnischen Grenze geboren, studierte ab 1894 orientalische Philologie in Breslau und absolvierte im Anschluß an seine Promotion im Jahre 1898 die Rabbinerausbildung am Breslauer „Jüdisch-Theologischen Seminar". Von 1901 bis 1903 war er als Religionslehrer in Breslau tätig, von 1903 bis 1919 als Rabbiner in Ratibor. Zwei Berufungen an bedeutende deutsche Gemeinden (1911 nach Berlin und 1914 nach Leipzig) blieben unrealisiert, letztere durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges.[99]

Im Jahre 1919 kam es durch die Vermittlung des Frankfurter Rabbiners Dr. Seligmann zur Berufung Max Dienemanns nach Offenbach. Nur eine Stunde später erhielt Max Dienemann die telegraphische Aufforderung zu einer Probepredigt nach Stuttgart. Obwohl dies für ihn ein sehr verlockendes Angebot war, stand er zu seinem Wort und blieb in Offenbach.[100]

Die Frau des Rabbiners – Mally Dienemann – schilderte die neue Wirkungsstätte ihres Mannes folgendermaßen: „Offenbach, als Stadt beinahe mit Frankfurt verschmolzen, war als Gemeinde völlig anders gegliedert als Frankfurt. Es war eine einheitlich liberale Gemeinde. Hier deckte sich Indifferenz und religiöser Liberalismus nicht; viele führende Mitglieder der Gemeinde waren aktive und bewußte Juden, die es mit dem religiösen Liberalismus ernst nahmen"[101].

Im Jahre 1919 befanden sich nach den Erinnerungen Mally Dienemanns immer noch eine große Zahl von Juden aus Polen und Rußland in der Stadt, die aber zum Teil nach dem Krieg und der Inflation weitergewandert seien.[102] Viele polnische Juden seien zudem nach 1920 nach Frankfurt am Main übergesiedelt.[103]

98 Persönliche Auskünfte durch Shimon Fuchs.
99 Vgl. M. Dienemann, S. 9ff.
100 Vgl. ebd., S. 28.
101 Ebd., S. 29.
102 Vgl. ebd.
103 Vgl. P. Arnsberg, Frankfurt, Band 2, S. 42.

Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Offenbach war in den Jahren 1911 bis 1933 der Justizrat Dr. Max Goldschmidt, ein Enkel des früheren Rabbiners Salomon Formstecher. Der Junggeselle widmete sich sehr stark der Verwaltung der Gemeinde. Ferner hatte Dienemann das Glück, daß ihm viel soziale Kleinarbeit von einem Mitglied des Gemeindevorstandes – Nathan Grünewald – abgenommen wurde. So blieb ihm mehr Zeit für seine schriftstellerische und rednerische Tätigkeit.[104]

Max Dienemann erwarb sich in Offenbach bald einen Freundeskreis, zu dem nicht nur Juden, sondern auch beispielsweise die Würdenträger der christlichen Konfessionen gehörten.[105] Seinen Vorträgen in den großen Gemeinden Deutschlands über die Grundfragen der jüdischen Religion wohnte auch immer ein zahlreiches christliches Publikum bei. Er befaßte sich intensiv mit den Gegenwartsfragen des jüdischen religiösen Lebens (z. B. der Reform der Scheidungsgesetze) und veröffentlichte eine Anzahl von theologischen und religionsphilosophischen Schriften.[106]

Max Dienemann lehnte in den späten zwanziger Jahren weitere Berufungen der Gemeinden von Berlin und Mannheim ab. „In dem Jahrzehnt zwischen 1920 und 1930 wuchs sein Einfluß so, daß er für den ganzen westdeutschen Kreis der vielen dicht beieinanderliegenden Gemeinden zur Autorität wurde“[107]. Er fungierte daher auch als stellvertretendes Vorstandsmitglied im „Landesverband der israelitischen Religionsgemeinden Hessens“,[108] als Schriftführer und Vorstandsmitglied des „Allgemeinen Deutschen Rabbinerverbandes“[109] und war Mitherausgeber des „Morgen“.[110]

Zu Max Dienemanns Freundeskreis gehörten so bedeutende Persönlichkeiten wie Martin Buber, Franz Rosenzweig, Ismar Elbogen, Leo Baeck und Rudolf Kittel.[111]

Der Schweizer Nationalökonom Heinrich Ritzmann schrieb den Dienemanns ins Gästebuch: „Toleranz – vielen ein Greul, manchen Aufgabe, einigen selbstverständlich – behält als die Fähigkeit, Menschen anderer Art zu ertragen, auch in ihrer feinsten Form immer noch etwas, was den anderen verneint. Im Hause dieser frommen Juden aber fühlte ich – weder Jude noch fromm – mich nie geduldet, sondern stets daheim. Man steht hier über, nicht unter der Idee der Toleranz“[112].

Der letzte Offenbacher Rabbiner fand bei seinem Amtsantritt im Jahre 1919 eine gut organisierte Gemeinde sowie ein lebhaftes Gemeindeleben vor. Wir müssen uns jedoch bei vielen Erkenntnissen und Aussagen in diesem Zusammenhang immer vor Augen halten,

104 Vgl. M. Dienemann, S. 29.
105 Persönliche Auskünfte durch Gabi Jacobi geb. Dienemann.
106 Vgl. M. Dienemann, S. 32ff. und E. Roth/ M. Willner, S. 172.
107 M. Dienemann, S. 32.
108 Mitteilungsblatt des Landesverbandes der israelitschen Religionsgemeinden Hessens vom Juli 1928.
109 Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Rabbinerverbandes Nr. 4 (11. Mai 1932), S. 7 sowie Nr. 5 (17. September 1932), S. 4.
110 CV-Zeitung 9/20 vom 7. März 1930, S. 122.
111 Persönliche Auskünfte durch Gabi Jacobi geb. Dienemann. Vgl. dazu auch M. Dienemann, S. 11.
112 M. Dienemann, S. 30.

daß dies weniger für den zu untersuchenden Zeitraum, als gerade für die zwanziger Jahre Gültigkeit besitzt. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten kam das Gemeindeleben nach und nach zum Erliegen.

Max Dienemann war als Bezirksrabbiner des Rabbinats Offenbach zudem für die jüdischen Gemeinden der Orte Dietzenbach, Groß-Steinheim (mit Klein-Anheim (sic!), Haidenstadt (sic!), Dietesheim), Heusenstamm (mit Bieber, Obertshausen), Klein-Krotzenburg, Mühlheim am Main, Offenbach am Main (mit Dreieichenhain), Seligenstadt, Sprendlingen (mit Neu-Isenburg) und Weiskirchen (mit Hainhausen, Jägersheim (sic!), Dudenhofen) zuständig.[113]

In Offenbach am Main gehörten neben dem Vorsitzenden Justizrat Dr. Goldschmidt im Laufe der Jahre u.a. noch Dr. Siegfried Guggenheim, Sally Gumb, Nathan Grünewald, Max Kamberg, Ludwig Rothschild, Theodor Fürth und Friedrich Stein dem Gemeindevorstand an, wobei der Zeitpunkt ihrer Wahl und die Dauer ihrer Amtszeit nicht mehr exakt festzustellen sind.[114]

Die Funktion des Vorbeters („Kantor") und damit des Leiters des Gottesdienstes begleitete Markus Gottlieb.[115] Der Gemeindediener („Schammes") war verantwortlich für die Verwaltung, Instandhaltung und Sauberkeit der Synagoge, und leistete zudem eventuelle Hilfe bei der Leitung des Gottesdienstes. Er versah jedoch manchmal noch weitere Aufgaben als Sekretär der Gemeinde. Der Offenbacher Gemeindediener Julius Schaul stammte aus der traditionelleren und auch konservativeren Provinz Posen, in welcher die Emanzipation am spätesten verwirklicht wurde. Schaul stand offensichtlich ganz in dieser religiösen Tradition und wird als sehr frommer Mann geschildert. Ungefähr im Jahre 1924 erfolgte seine Ausweisung aus Posen, da er für Deutschland optiert hatte. Seit 1925 war er für die Gemeinde in Offenbach tätig.[116]

Der Lehrer Jakob Strauß begleitete ab 1924 nebenamtlich die Stellung eines Gemeindesekretärs und Gemeinderechners. Nach seinem zwangsweisen Ausscheiden aus dem Staatsdienst im Jahre 1933 konnte er sich verstärkt den Belangen der Gemeinde widmen, deren Aufgabenbereich aufgrund der veränderten Verhältnisse ständig wuchs. Dabei kamen Jakob Strauß seine guten Kontakte zu den verschiedenen Behörden sehr zugute.[117]

An einem männlichen jüdischen Kind muß am achten Tag nach seiner Geburt als Zeichen der Aufnahme in den Bund Abrahams (Gen. 17.9–14) die Beschneidung vorgenom-

113 Vgl. Zentralwohlfahrtsstelle, S. 386ff. Es handelt sich natürlich um die Orte Klein-Auheim, Hainstadt und Jügesheim!

114 Vgl. P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 164; ASO, Signatur 252/1; Diverse persönliche und schriftliche Auskünfte. Die Adressbücher der Stadt sind für den entsprechenden Zeitraum nicht lückenlos erhalten.

115 Vgl. zu den Funktionen M. Ydit, Schaddchen, S. 57; Vgl. zur personellen Besetzung diverse persönliche und schriftliche Auskünfte.

116 YVS, Signatur 02/1057.

117 Schriftliche Auskünfte durch Walter Strauß.

men werden. Ausgeführt wird sie im Regelfall von einem dafür medizinisch geschulten und streng religiös lebenden „Beschneider" („Mohel").[118] Ob es auch in Offenbach einen solchen Beschneider gab, ist nicht mehr feststellbar. Möglicherweise wurde er bedarfsweise aus der bedeutend größeren Gemeinde Frankfurts hinzugezogen.[119]

Die jüdischen Speisevorschriften unterscheiden u.a. verbotene („unreine") und erlaubte („reine") Tierarten. Sie verbieten ferner den Genuß von Blut und die Vermischung von Fleisch- und Wurstwaren mit Milch oder Milchprodukten. Obwohl das rituelle Schlachten („Schächten") eines Tieres von judenfeindlicher Seite immer wieder als tierquälerisch und grausam angeprangert wurde, ist es wissenschaftlich erwiesen, daß das Tier durch den raschen Eintritt der Bewußtlosigkeit nicht leiden muß.[120] Wie lange in Offenbach selbst geschächtet wurde, ist ebenfalls nicht mehr feststellbar, die Schlachthofordnung von 1904 sieht die Möglichkeit des Schächtens in § 15 aber ausdrücklich vor.[121] Auch der Schächter war für seine Tätigkeit eigens ausgebildet und mußte ein traditionstreues Leben führen. Er nahm auch die Fleischbeschau vor, und sonderte kranke Tiere aus.[122] Zumindest in den Jahren 1916/1918 bekleidete in Offenbach Peter Wildmann dieses Amt.[123]

Der Verkauf des geschächteten und rituell reinen („koscheren") und daher zum Verzehr geeigneten Fleisches wurde von den jüdischen Metzgern übernommen.[124] In Offenbach existierten mehrere dieser jüdischen Metzgereien, z.B. die der Familie Fried. Die Metzgerei Fried verkaufte anfänglich nur „koscher", im Laufe der Jahre aber immer mehr nichtkoschere Fleisch- und Wurstwaren, da zu ihren Kunden sehr viele Nichtjuden zählten.[125]

Auch in Offenbach existierte ein gut organisiertes und funktionierendes Wohlfahrtssystem. Es bestanden u.a. Männer- und Frauenkrankenkassen, eine Israelitische Hilfskasse, sowie ein Chanukkah-Verein (Beschenkung bedürftiger Kinder anläßlich dieses Festes),[126] welcher 1905 gegründet wurde und 200 Mitglieder hatte. Im Bereich des Chanukkah-Vereines und der Israelitischen Hilfskasse war der 1924 verstorbene Volksschullehrer und jüdische Religionslehrer Emil Gabriel tätig.[127]

Eine überaus wichtige Einrichtung einer Jüdischen Gemeinde stellt die Beerdigungsgesellschaft („Chewra Kadischa" = „Heilige Bruderschaft" bzw. „Schwesterschaft") dar. Sie

118 Vgl. M. Ydit, Judentumkunde, S. 114.
119 Persönliche Auskünfte durch Shimon Fuchs.
120 Vgl. M. Ydit, Judentumkunde, S. 98.
121 ASO, Signatur M 21.
122 Vgl. M. Ydit, Judentumkunde, S. 98.
123 ASO, Signatur 253/3.
124 Vgl. M. Ydit, Judentumkunde, S. 98.
125 Persönliche Auskünfte durch Erich Fried (Meir Tamir).
126 Nachbiblisches Fest zur Erinnerung an den Makkabäeraufstand im Jahre 164 v. Chr. Heute ist es vor allem ein Fest für Kinder.
127 Vgl. P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 160 und S. 165.

kümmert sich um die Organisation und Durchführung der Totenbestattung. Es gilt als Ehrendienst, einen Verstorbenen würdig zur letzten Ruhe zu führen.[128]

Zu Beginn des Jahres 1928 wurden in Offenbach Theodor Fürth, Carl Nathan Mayer, Hermann Kaufmann und Magnus Oppenheim für ihre 25-jährige Zugehörigkeit zur „Chewra" geehrt, gleichzeitig Frau Burg und Frau Gottlieb als neue Mitglieder der „Frauen-Chewra" begrüßt.[129] Auch Sigmund Fried[130] und Hermann Bachenheimer[131] gehörten der Beerdingungsgesellschaft an.

Die „Ostjuden" in Offenbach besaßen zum Teil ihre eigenen Organisationen. Im Mai 1908 gründeten in der Stadt ansässige russische Juden einen Wohltätigkeitsverein, der schlecht situierte Händler und Arbeiter durch zinslose Darlehen unterstützen sollte.[132] Im Jahre 1925 existierte daneben in Offenbach der „Ostjüdische Unterstützungsverein",[133] in dem beispielsweise David Introligator Mitglied war.[134]

Nach dem Ableben des seitherigen Vorsitzenden Dr. Goldschmidt im Jahre 1933 übernahm das langjährige Vorstandsmitglied Dr. jur. Siegfried Guggenheim die Leitung der jüdischen Gemeinde in Offenbach.[135]

Siegfried Guggenheim wurde am 12. Oktober 1873 in Worms geboren, studierte in Gießen Rechtswissenschaften und ließ sich im Januar des Jahres 1900 in Offenbach am Main – dem Geburtsort seiner Mutter Bertha geb. Merzbach – nieder. Er wurde Sozius des Rechtsanwalts Otto von Brentano di Tremezzo, des nachmaligen Justiz- und Innenministers im Volksstaat Hessen. Am 4. August 1901 heiratete Siegfried Guggenheim in Offenbach Eugenie Bloch, die Tochter von Jacob Bloch, dem Gründer der Firma Bloch und Hirsch.

Wie viele andere Mitglieder der jüdischen Gemeinde hatte auch Siegfried Guggenheim über den beruflichen Bereich hinaus eine Reihe von nichtjüdischen Freunden und Bekannten. Er stand in guter Verbindung mit Hugo Eberhardt – dem Gründer des Deutschen Ledermuseums – und war freundschaftlich verbunden mit dem Schriftkünstler Rudolf Koch. Seine vielfältigen Interessen galten der Geschichte Offenbachs und seiner Heimatstadt Worms, sowie der jüdischen Tradition und der rituellen Kunst. Siegfried Guggenheim war ferner ein Mäzen und Förderer der Offenbacher Kunstgewerbeschule, sowie einer der Mitbegründer des „Offenbacher Geschichtsvereins".

128 Vgl. M. Ydit, Judentumkunde, S. 119ff.
129 Mitteilungsblatt des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessens vom April 1928.
130 Persönliche Auskünfte durch Erich Fried (Meir Tamir).
131 Persönliche Auskünfte durch Fritz Bachenheimer (Micha Bachan).
132 Der Israelit vom 21.05.1909, S. 9.
133 Der Israelit vom 10.12.1925, S. 10.
134 Persönliche Auskünfte durch Rahel Schlafmann geb. Introligator.
135 Vgl. dazu und zum Folgenden OP vom 03.10.1973 (Erinnerungen Dr. Karl Kankas); P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 164; B. Knapp, S. 30ff.; W. Röder/ H. Strauss, Handbuch, S. 253.

Der Religionsforscher und Religionsphilosoph Martin Buber schrieb ihm am 16. April 1921 in sein Gästebuch: „Jedes wirkliche Menschenhaus ist dem Chaos abgetrotzt, ist Überwindung der unendlichen Vielfältigkeit durch eindeutige Gestalt, ist Gehäuse der Seele. Jedes ist eine Bürgschaft, dass Gott den Menschen nicht bloss wollte: dass er ihn immer noch und immer neu *will* – den bauenden, sammelnden, hegenden, den schaffenden Menschen. Jedes wirkliche Menschenhaus ist Schöpfung einer Welt“ [136].

Im Jahre 1927 veröffentlichte Siegfried Guggenheim im Selbstverlag die „Offenbacher Haggadah“, welche er von seinen Eltern übernommen, im Laufe der Jahre aber ständig weiterentwickelt hatte. Wiederum hatte der Schriftkünstler Rudolf Koch großen Anteil an der künstlerischen Ausgestaltung des Werkes. [137]

Der spätere Offenbacher Bundestagsabgeordnete Dr. Karl Kanka trat im Jahre 1929 als junger Rechtsanwalt zu Dr. Siegfried Guggenheim und Dr. Eduard Lachmann, den dieser nach dem Weggang Otto von Brentanos aufgenommen hatte, in die Praxis ein.

3.3.3 Religiosität – Religiöser Unterricht – Gottesdienst

Obwohl Mally Dienemann die jüdische Gemeinde Offenbachs als eine „einheitlich liberale Gemeinde“ schilderte, und auch Siegfried Guggenheim seine Einstellung zu den „Ostjuden“ geändert haben soll, muß das Verhältnis zwischen den einheimischen und den aus Osteuropa zugezogenen Gemeindemitgliedern doch differenzierter gesehen werden.

In Offenbach existierte insofern eine „Einheitsgemeinde“, als die Mehrheit der Gemeindemitglieder für liberal und assimiliert gelten kann, ein liberaler Rabbiner angestellt war, und in der Stadt weder eine zweite Gemeinde bestand noch eine weitere Synagoge existierte. Doch auch in Offenbach bestanden während der zwanziger und dreißiger Jahre unseres Jahrhunders immer noch zumindest gesellschaftliche Schranken zwischen den „deutschen “ Juden und den „Ostjuden“.

Zumindest unterschwellig sah ein Teil der schon länger ansässigen Juden ihre Glaubensbrüder nach wie vor als kulturell unterentwickelt an. [138] Vordringlich die ältere Generation der aus Polen und Rußland zugewanderten Juden war zudem oder gerade deshalb zumeist nur untereinander befreundet, bei den jüngeren Menschen verwischten sich diese Grenzen eher. [139]

Die zahlenmäßige Relation beider Gruppen ist für Offenbach nur im Jahre 1928 mit 271 ostjüdischen Menschen (19%) genau feststellbar, [140] und lag damit im Reichsdurchschnitt.

136 LBInst, Signatur AR-C 51 180, G. 51.
137 Es handelt sich dabei um liturgische Texte, die vom Familienvater anläßlich des Beginns des Pesach-Festes verlesen werden.
138 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch.
139 Persönliche Auskünfte durch Erich Fried, Fritz Bachenheimer und Leni Hirschfeld geb. Mokotow.
140 LBInst, Signatur AR-C 51 180, B.I. 15.

Da in Offenbach keine jüdische Elementarschule existierte, besuchten die schulpflichtigen Kinder die allgemeinen Schulen. In diesen Schulen erhielten sie auch den jüdischen Religionsunterricht, der parallel zum christlichen Religionsunterricht stattfand. In den unteren Klassen lehrte der Kantor Markus Gottlieb, in der Oberstufe der Rabbiner selbst.[141]

Aus Frankfurt kam weiterhin regelmäßig ein Lehrer, der zusätzliche Stunden außerhalb des regulären Schulbesuches auf freiwilliger Basis erteilte. Diesen Unterricht besuchten vorwiegend Kinder aus den durchweg frömmeren „ostjüdischen" Familien.[142]

Mit dreizehn Jahren gilt ein jüdischer Junge als religiös volljährig und ist fortan verpflichtet, alle Gebote zu befolgen („Bar Mitzwah" = Sohn des Gebotes).[143] Die Vorbereitung auf den damit verbundenen feierlichen Akt der Aufrufung zur öffentlichen Verlesung der Torah[144] im Synagogengottesdienst erfolgte in Offenbach ebenfalls durch den Kantor.[145]

Wie bereits erwähnt, befand sich innerhalb des Synagogenkomplexes auch eine „Wochentagssynagoge" mit 40 Plätzen. Genutzt wurde sie täglich einmal morgens und abends zu den vorgeschriebenen Gebetszeiten. An diesen Gottesdiensten nahmen im Regelfall zwölf bis fünfzehn Männer teil, es kam also immer die vorgeschriebene Mindestzahl von zehn religiös mündigen männlichen Juden zusammen („Minjan"). Dabei handelte es sich in der Praxis überwiegend um ältere „Ostjuden", welche die religiösen Vorschriften noch genauer befolgten. Zudem fanden sich manchmal Trauernde ein, die den Todestag eines nahen Verwandten begingen („Jahrzeittag").[146]

Zu Beginn des jüdischen Ruhe- und Freudentages – des „Sabbath" – am Freitagabend, fand in der großen Synagoge ein Gottesdienst statt, der stärker als wochentags besucht war. Das Gleiche galt für den Samstag selbst. Die Angaben über die Anzahl der Teilnehmer schwanken zwischen dreißig und achtzig Personen. An den hohen Feiertagen aber, zum Neujahrsfest ("Rosh Ha Shanah") und zum Versöhnungstag („Jom Kipur"), fanden sich auch viele der nicht mehr religiös und traditionell lebenden Gemeindemitglieder ein und die Synagoge war bis auf den letzten Platz besetzt.[147]

Wie bereits geschildert, brachten die Reformen des 19. Jahrhunderts eine gewisse Anlehnung an die christliche Liturgie in den jüdischen Gottesdienst. Auch in Offenbach befand sich in der Hauptsynagoge eine Orgel, und es bestand ein Chor, in dem Gabi Dienemann, Rahel Introligator und Erich Fried mitsangen.[148]

141 Persönliche Auskünfte durch Paula Schindler geb. Dienemann.
142 Persönliche Auskünfte durch Rahel Schlafmann und Shimon Fuchs.
143 Vgl. M. Ydit, Judentumkunde, S. 116.
144 Hier benennt der Begriff die fünf dem Moses zugeschriebenen Bücher der Bibel („Pentateuch").
145 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch. und Andere.
146 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch. und Andere.
147 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch. und Andere.
148 Persönliche Auskünfte durch Gabi Jacobi, Rahel Schlafmann und Erich Fried.

Jedoch gerade sehr fromme und orthodoxe Juden wie Salomon Sch. konnten sich mit dem Vorhandensein einer Orgel in der Synagoge nicht abfinden. Sofern sich die erforderlichen zehn Männer zusammenfanden, hielten diese strenger religiös lebenden Juden auch an den hohen Feiertagen einen eigenen Gottesdienst in der Wochentagssynagoge ab, oder besuchten eine der Synagogen in Frankfurt.[149]

Am Sabbath soll der Jude sich selbst und seinen Bediensteten zur Erinnerung an das Schöpfungswerk, und zur ethischen und moralischen Erziehung des Menschen, einen arbeitsfreien Tag sichern. An diesem Tag sind ihm zudem verschiedene Tätigkeiten, wie z.B. Feuermachen, Textilerzeugung, Schreibarbeiten und Autofahren nicht gestattet.[150] Aus diesem Grund beschäftigten die dieses Gebot Beachtenden häufig einen sogenannten „Schabbes-Goj", d.h. einen Nichtjuden, der aus Freundschaft oder gegen Entgelt beispielsweise das Licht einschaltete oder den Herd in Betrieb setzte.

Höchstwahrscheinlich nur wenige der Offenbacher Juden hielten sich noch an dieses Gebot. Vor allem die vielen Geschäftsleute arbeiteten überwiegend auch samstags, ebenso wie ihre christlichen Kollegen. Auch die jüdischen Schüler besuchten weitgehend samstags den Unterricht.

Hermann Bachenheimer war allerdings ein verhältnismäßig frommer Mann und besuchte am Samstagmorgen auch die Synagoge. Daher mußte an diesem Tag ein Lehrmädchen den Schlüssel zur Firma abholen.[151] Einen „Schabbes-Goj" beschäftigte nach vorliegenden Informationen nur die Familie Sch., hingegen nicht einmal die Familie des Rabbiners.[152]

Einen koscheren Haushalt führten u.a. die Familien Bachenheimer[153] Sch.,[154] Introligator[155], Oppenheimer[156], Wolf[157] und natürlich die Familie des Rabbiners Dienemann.[158]

Manche der wohlhabenderen jüdischen Familien beschäftigten zudem – wie dies in christlichen bürgerlichen Häusern nicht anders war – ein Hausmädchen. So arbeiteten beispielsweise Thea Frey einige Zeit im Haushalt der Familie des Lehrers Gustav Gabriel, Elisabetha Frey bei der Familie Homburger.[159]

Die breite Palette religiösen und traditionellen Bewußtseins wird neben den bisherigen Erkenntnissen vor allem durch die Tatsache illustriert, daß die Familie Gottlob – welche

149 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch. und Gabi Jacobi.
150 Vgl. M. Ydit, Judentumkunde, S. 52f.
151 Persönliche Auskünfte durch Fritz Bachenheimer.
152 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch. und Gabe Jacobi.
153 Persönliche Auskünfte durch Fritz Bachenheimer.
154 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch.
155 Persönliche Auskünfte durch Rahel Schlafmann.
156 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.
157 Persönliche Auskünfte durch Berthold Wolf.
158 Persönliche Auskünfte durch Gabi Jacobi.
159 Persönliche Auskünfte durch Thea Faust geb. Frey.

nur an den hohen Feiertagen die Synagoge besuchte – zu diesem Zweck mit dem Automobil bis außer Sichtweite des Gebäudes fuhr, und die letzten Meter dann zu Fuß zurücklegte.[160]

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Mehrzahl der Juden in Offenbach integriert und assimiliert, sowie liberal eingestellt war. Sie fühlten sich als Deutsche jüdischen Glaubens. Auch hier hielt sich aber das Verbundenheitsgefühl der besonderen Schicksalsgemeinschaft, man blieb dem Judentum zumindest in traditioneller Weise verbunden und hielt wenigstens die hohen Feiertage. Somit finden wir für die Jüdische Gemeinde in Offenbach die allgemeinen Erkenntnisse über die religiösen und soziokulturellen Folgewirkungen der Emanzipation weitgehend bestätigt.

3.4 „Jüdisches Vereinsleben" in Offenbach

Die Gründung eigener jüdischer Organisationen wurde immer dann notwendig, wenn die deutschen Vereine Juden nicht aufnahmen. Waren diese aber dementgegen verhältnismäßig liberal eingestellt, so befanden sich unter ihren Mitgliedern natürlich auch Juden.[161]

Über die sozial und kulturell ausgerichteten jüdischen Organisationen in Offenbach haben wir dabei schon gesprochen; sie betrafen ja auch ausschließlich das jüdische Gemeindeleben. An dieser Stelle wollen wir uns nun den ebenfalls rein innerjüdischen Organisationen „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" (CV), „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten" (RjF), sowie den jüdischen Jugendorganisationen in Offenbach zuwenden. Ferner soll die Integration der Juden in die nichtjüdischen Offenbacher Sportvereine angesprochen werden.

Der „CV" wurde am 26. März 1893 als Abwehrorganisation gegen den Antisemitismus gegründet. Er wuchs allmählich zur größten jüdischen Organisation, die für die Stärkung des jüdischen Selbstbewußtseins und für die Erhaltung des Judentums eintrat.[162]

Auch in Offenbach bestand eine Sektion des „CV", wie aus dem Adressbuch von 1922 hervorgeht.[163] Vorsitzender war zu diesem Zeitpunkt Dr. Siegfried Guggenheim, Schriftführer Dr. Max Dienemann und Kassierer der Bankier Wilhelm Merzbach. Als weitere Mitglieder sind uns lediglich Hugo Hirschfeld[164] und der Arzt Dr. Mayer bekannt.[165]

Der „RjF" wurde unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg von dem ehemaligen Hauptmann Leo Löwenstein als Gegengewicht zum Antisemitismus und zu dem Vorwurf,

160 Persönliche Auskünfte durch Hilde Lampert geb. Gottlob.
161 Vgl. M. Richarz, Kaiserreich, S. 55.
162 Vgl. M. Richarz, 1780–1871, S. 41f. und A. Paucker, Antisemitismus, S. 143ff.
163 ASO, Signatur AdO 1922.
164 Schriftliche Auskünfte durch Otto Hirschfeld.
165 Israelitisches Familienblatt vom 23. August 1928, S. 2.

die Juden wären im Krieg ihrer Wehrpflicht nicht ausreichend nachgekommen, gegründet.[166]

Gerade letztere Beschuldigung hielt sich hartnäckig und gehörte fortan zum grundlegenden Repertoire der Judengegner, obwohl nachweislich 96.000 der deutschen Juden am Ersten Weltkrieg teilnahmen, und 12.000 von ihnen fielen.[167] Die Jüdische Gemeinde Offenbachs hatte fünfundzwanzig Gefallene zu verzeichnen.[168]

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten bemühte sich der „RjF" um ein gewisses Maß der Anpassung mit dem Ziel, „eine ‚ehrenhafte Lösung der Judenfrage' zu erreichen"[169].

Einer Aufstellung der Bundesleitung des „RjF" in Berlin vom 19. April 1934 zufolge fungierte der Lehrer Gustav Gabriel als Vorsitzender der Ortsgruppe Offenbach.[170] Der 1877 in Hillesheim bei Oppenheim am Rhein geborene Gabriel hatte im Krieg das EK II erhalten und war zum Leutnant befördert worden.[171] Er unterrichtete zunächst an der Maschinenbauschule in Offenbach, später an der Technischen Lehranstalt und zuletzt als Direktor an der Berufsschule. Von 1933 bis 1938 betreute er verschiedene Umschulungsmaßnahmen.[172]

Mitglieder im „RjF" waren in Offenbach nach den Erinnerungen ehemaliger Gemeindemitglieder u.a. ferner Leopold Feibuschewitz (geb. 1886)[173], Siegmund Fried (geb. 1877)[174], Julius Hess (geb. 1881)[175], Hugo Hirschfeld (geb. 1876)[176], Heinrich Lichtenstein (geb. 1889)[177] und Dr. Felix Manko (geb. 1889).[178]

Als Jugendorganisationen existierten in Offenbach einerseits die „Gesellschaft der Freunde", in welcher u.a. Paula Dienemann tätig war.[179] Weiterhin bestand der Turn- und Sportverein „Bar-Kochba", in welchen Erich Fried am 6. Juli 1935 als Mitglied Nr. 031 aufgenommen wurde.[180] Im Jahre 1937 fungierte Hermann Bachenheimer als Vorsitzender dieses Vereines.[181]

166 Vgl. U. Dunker, S. 27ff.
167 Vgl. W. Scheffler, S. 18.
168 LBInst., Signatur AR-C 51 180, B.I. 14 (siehe auch Abb. 5).
169 U. Dunker, S. 178.
170 YVS, Signatur 08/20.
171 HStA, Signatur 1/10069.
172 Vgl. P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 165.
173 Schriftliche Auskünfte durch Ernst Feibusch (ewitz).
174 Persönliche Auskünfte durch Erich Fried.
175 Ebd.
176 Schriftliche Auskünfte durch Otto Hirschfeld.
177 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch.
178 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.
179 Mitteilungsblatt des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessens vom August 1928, S. 7.
180 Kopie der Mitgliedskarte im Besitz des Verfassers.
181 YVS, Signatur 08/30.

Weiterhin existierte der Pfadfinderbund „Makkabi Hazair" für die jüngeren, und der „Jüdische Jugendbund" für die älteren Jugendlichen, in welchem sich u.a. Ernst Oppenheimer,[182] Fritz Bachenheimer,[183] Paul Wolpe,[184] Manfred Fürth,[185] Lea Nathan,[186] Hermann Kiesel,[187] Martin Hirsch,[188] und Philipp Rochwerg[189] organisierten. In leitender Funktion waren dabei Ernst Oppenheimer,[190] Fritz Bachenheimer[191] und Hermann Kiesel tätig.[192]

Zumindest bis zum Jahre 1933 bestand zudem eine weitgehende Aufnahmemöglichkeit in die allgemeinen Offenbacher Sportvereine, jedenfalls ist nichts Gegenteiliges bekannt.

So betätigte sich Erich Fried 1930 aktiv im „Offenbacher Ruder-Verein" (O.R.V.), allerdings als einziger Jude in seiner Mannschaft.[193] Weiterhin war der in Rußland geborene Leopold Feibuschewitz einer der Mitbegründer des Offenbacher Fußballvereins „Kickers".[194]

Auf kultureller Ebene bestanden in Offenbach ferner ein jüdischer Chorverein[195] und der „Verein für Jüdische Geschichte und Literatur". Für das Jahr 1933 werden bei Letzterem als Vorsitzender Dr. Guggenheim, und als Beisitzer Dr. Dienemann, Hedwig Merzbach und Ludwig Rothschild genannt.[196] Dieser Verein veranstaltete noch bis 1938 Abende und Vorträge.[197]

182 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.
183 Persönliche Auskünfte durch Fritz Bachenheimer.
184 Persönliche Auskünfte durch Lea Kaminetzki geb. Nathan.
185 Ebd.
186 Ebd.
187 Persönliche Auskünfte durch Shimon Fuchs.
188 YVS, Signatur 08/30.
189 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.
190 Ebd.
191 Persönliche Auskünfte durch Fritz Bachenheimer.
192 Ebd.
193 Persönliche Auskünfte durch Erich Fried.
194 Schriftliche Auskünfte durch Ernst Feibusch(ewitz).
195 Mitteilungsblatt des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessens vom April 1928.
196 Adressbuch der Stadt Offenbach 1933. ASO, Signatur AdO 1933.
197 Israelitisches Familienblatt vom 19.05.1938, S. 15.

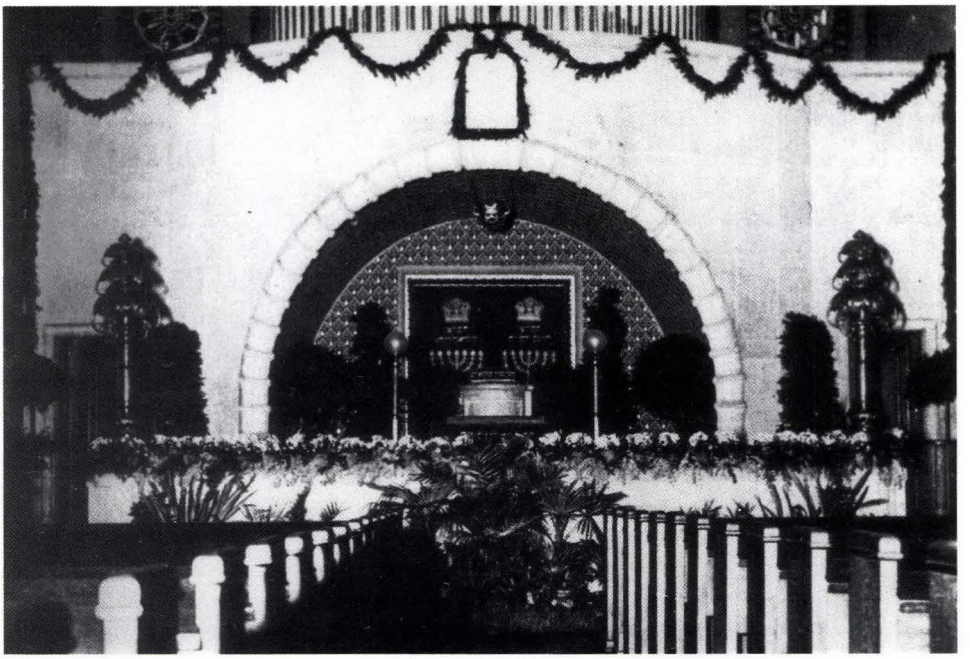


Abb. 1 Innenraum der ehemaligen Synagoge in der Goethestraße.

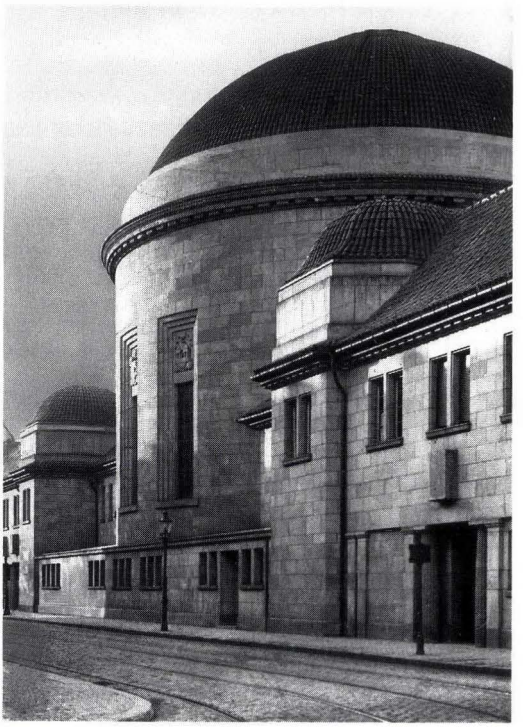


Abb. 2 Außenansicht der ehemaligen Synagoge in der Goethestraße.



Abb. 3 Kleiner Saal der ehemaligen Synagoge in der Goethestraße.

ISRAELITISCHE RELIGIONSGEMEINDE
OFFENBACH AM MAIN

*

FRAUEN-SYNAGOGE

PLATZ Nr. 10

FÜR FRAU Dr Dienemann

GÜLTIG BIS 1. SEPTEMBER 1927 · PREIS MARK [redacted]

Lageplan der Plätze umseitig.

Abb. 4 Platzkarte der ehemaligen Synagoge in der Goethestraße, ausgestellt für Mally Dienemann.



Abb. 5 Gedenktafel für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges (Alter Friedhof).



Abb. 6 Pyramide aus Grabsteinen des früheren Friedhofes an der Bismarckstraße (Alter Friedhof).

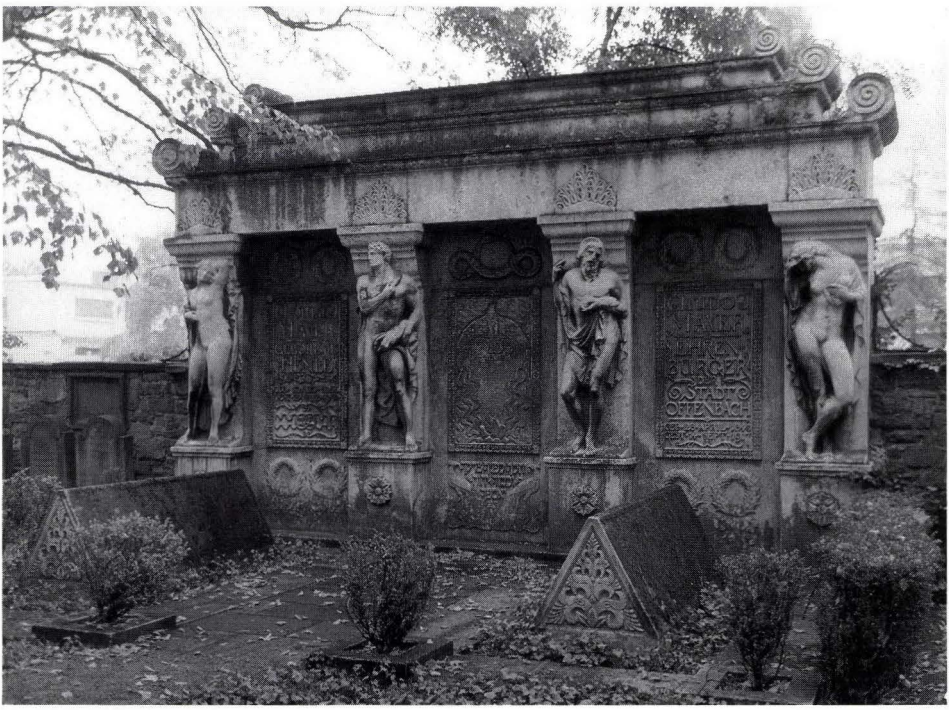


Abb. 7 Grabstätte Ludo Mayer (Alter Friedhof).

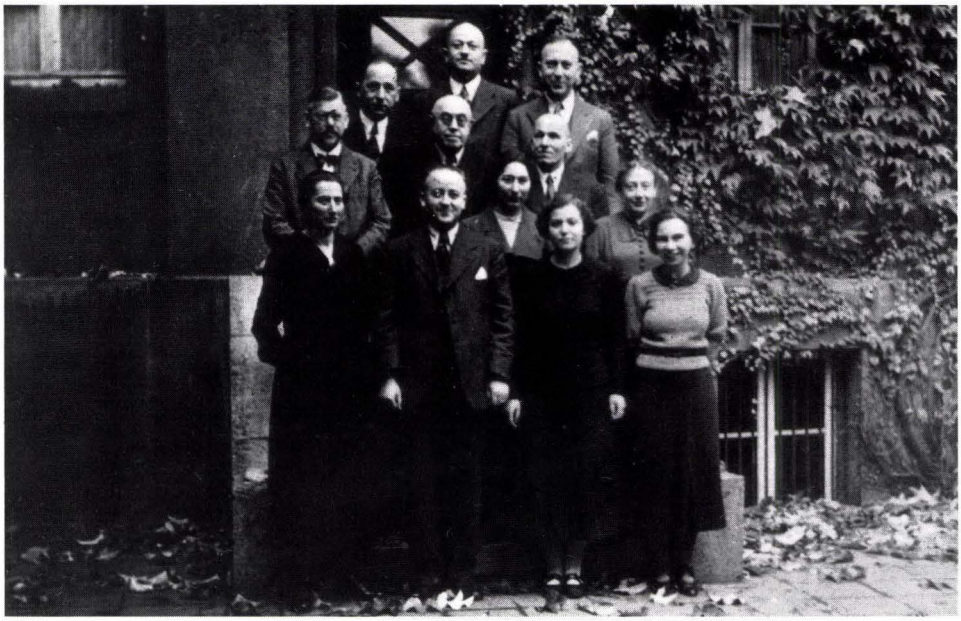


Abb. 8 Kollegium der Jüdischen Bezirksschule (ca. 1934):
Vorne v.l.n.r.: Fräulein Hedwig Jacobi, Dr. Strauß, Fräulein Mirjam Nothmann, Fräulein Selma Nathan; zweite Reihe: Fräulein Heumann, Fräulein Dr. Edith Joel; dritte Reihe: Jakob Strauß, Dr. Max Dienemann, Professor Schwarzschild; oben: Dr. Albert Chambré, Heinrich Lichtenstein, Hugo Heyum.



Abb. 9 Ausflug von Kindern der Jüdischen Gemeinde Offenbachs zusammen mit dem Kantor Markus Gottlieb (ca. 1925/1927).

4. Zur Wirtschafts- und Sozialstruktur der Juden in Offenbach

4.1 Wirtschaftliche und demographische Folgewirkungen der Emanzipation

In der ständischen Gesellschaft waren die Juden nur Geduldete und Fremde – mit ungesichertem Existenzrecht und vielfachen Beschränkungen – außerhalb der Sozialordnung. Obwohl nur an wenigen Orten Deutschlands ein abgeschlossenes Ghetto bestand – wie z. B. in Frankfurt am Main – lebten sie dennoch weitgehend isoliert und von ihrer christlichen Umwelt abgelehnt. Kontakte gab es fast nur durch den Handel und die Geldgeschäfte, die den Juden in ihrer ökonomischen Sonderstellung zugestandenen Tätigkeiten. Dagegen konnten sie im Regelfall keinen landwirtschaftlichen Boden erwerben und sich als Bauern niederlassen. Gerade die Geldgeschäfte aber – den Christen verboten und daher den Juden zugewiesen – prägten jedoch das Negativklischee vom Juden in der christlichen Gesellschaft.[198]

Abgesehen von einer jeweils nur sehr kleinen Ober- und Mittelschicht von Bankiers und Kaufleuten lebten jedoch über drei Viertel der Juden in Armut, von denen wiederum die meisten Kleinsthändler waren. Die unterste soziale Schicht aber stellten die in der Gemeinde selbst lebenden Almosenempfänger und die von Ort zu Ort ziehenden Betteljuden dar.[199]

Die schon angesprochene Emanzipation der Juden bedeutete jedoch nicht nur die politische Gleichstellung und deren religiöse Folgewirkungen, sondern hatte auch entscheidende Auswirkungen auf die berufliche Situation. Der Übergang von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft mit der Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit bedingten eine verstärkte Urbanisierung der bisher vordringlich auf dem Lande oder in Kleinstädten lebenden Juden. Gerade diese Verstädterung aber war der entscheidende Faktor für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg des deutschen Judentums. Dadurch boten sich sodann auch bessere Möglichkeiten des Bildungserwerbs, was wiederum den Grundstein für den Wechsel in akademische Berufe legte.[200]

Die voranschreitende Industrialisierung und die Entwicklung des modernen Verkehrswesens führte zu einem Bedeutungsanstieg der Berufe in Handel und Verkehr. Dies – und ein gewisser Konservatismus im deutschen Judentum – bewirkte, daß viele Juden auf die ihnen von jeher zugewiesenen Betätigungsfelder zurückgriffen. Sie verblieben zwar zu ca. 50% im Bereich des Handels tätig, doch änderte sich die Berufsstruktur innerhalb dieses Sektors. Vom Kleinhandel gelang vielen die Verbesserung zum bürgerlichen Großkaufmann. Ein wesentlicher Umschichtungsprozeß fand also innerhalb des Handelssektors statt.[201]

198 Vgl. M. Richarz, 1780–1871, S. 20f.
199 Vgl. ebd., S. 21.
200 Vgl. ebd., S. 26ff.
201 Vgl. ebd., S. 38.

„Hier hatten sie jahrhundertelang unter den schwierigsten äußeren Bedingungen Erfahrungen gesammelt, kannten Handels- und Werbemethoden, besaßen überregionale Verbindungen und Warenkenntnisse in vielen verschiedenen Branchen, so daß sie beim allgemeinen Übergang zur freien Wirtschaft über einen Vorsprung an wirtschaftlicher Praxis und Mobilität verfügten, der erheblich zu ihrem Aufstieg beitrug (...) während der Übergang in andere Berufsgruppen eine vergleichsweise nur zweitrangige Rolle spielte“ [202].

Zudem wollten die Juden aus negativer Erfahrung heraus sicherlich möglichst von nichtjüdischen Arbeitgebern unabhängig sein, was mit die Bereitschaft zu Unternehmertum und größtmöglicher Selbständigkeit erklärt.

Das Handwerk hingegen bedeutete vor allem für die Unterschicht die Möglichkeit des sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs, bei den „Ostjuden“ besaß die handwerkliche Tätigkeit ohnehin Tradition. „Eine Eigentümlichkeit der jüdischen Handwerker war, daß sie Handwerkszweige mit einer starken Handelskomponente bevorzugten. Diese erlaubten (...) nicht selten den späteren Übergang zu fabrikmäßiger Produktion und Unternehmertum“ [203].

Mit der Ausbildung der neuen Wirtschaftsordnung stieg dann auch der Bedarf an Kapital, was wiederum zu einer Ausweitung des Kreditgeschäftes führte. In diesem Bereich besaßen die Juden notgedrungen ebenfalls schon eine jahrhundertelange Erfahrung, und damit die besten Voraussetzungen für den entstehenden modernen Bankbetrieb. [204]

Die Juden erwiesen sich also aufgrund ihrer vorherigen Randexistenz und ihrer besonderen Ausgangsposition als quasi besser auf die Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in Deutschland vorbereitet. Sie nutzten ihre aufgestauten intellektuellen Energien in den sich bietenden Möglichkeiten, und füllten die Lücken, die sich durch den Mangel an den nun erforderlichen Unternehmungen ergaben. Das dabei eingegangene Risiko war groß, kann aber sicherlich relativiert werden, denn nach all den in den vorangegangenen Jahrhunderten erduldeten Beschränkungen und Bedrückungen hatten sie eigentlich nichts zu verlieren und alles zu gewinnen.

Obwohl rechtlich gleichgestellt, erhielten die Juden in den staatlichen Laufbahnen von Verwaltung, Justiz und Armee nur vergleichsweise geringe Ein- und Aufstiegschancen. Diese soziale Diskriminierung führte zu einer starken Konzentration in den freien akademischen Berufen. So waren die Juden schon bald als Rechtsanwälte, als Ärzte und im Journalismus im Gegensatz zu ihrem relativen Bevölkerungsanteil stark überrepräsentiert. Begrenzte Aufstiegsmöglichkeiten fanden sie aber an den Universitäten. [205]

Der relativ hohe Drang in die akademischen Berufe muß aber mit Sicherheit auch „im Zusammenhang mit der traditionell hohen Bewertung des religiösen Lernens gesehen wer-

202 M. Richarz, 1780–1871, S. 32.
203 Ebd., S. 34.
204 Vgl. ebd., S. 34ff.
205 Vgl. ebd., S. 42 und M. Richarz, Kaiserreich, S. 32.

den, die von nicht wenigen Juden auf die weltlichen Wissenschaften übertragen wurde“[206].

Aufgrund ihrer auch im Tuchhandel gewonnenen Erfahrungen bildete in den Städten „der Einzelhandel in Ladengeschäften den wichtigsten Erwerbszweig. Die von Juden bevorzugte Branche war das Textilgeschäft. Dank der sich immer mehr durchsetzenden Konfektion entstand ein ganz neuer Markt für den Massenkonsum von Fertigkleidung, an dessen Schaffung Juden führend beteiligt waren“[207].

Daß Deutschland den Vorsprung des Auslandes bei dem um die Jahrhundertwende dort neu entstandenen Sektor des Warenhauses aufholte, war ebenso ein Verdienst der Juden. Traditionell ebenfalls sehr stark vertreten waren die Juden sodann im Druckerei – und von dort aus später im Presse- und Verlagswesen.[208]

Über die Berufsstruktur der „Ostjuden“ haben wir an anderer Stelle bereits gesprochen. Da sie neben vielen Tätigkeiten des religiösen Dienstes auch handwerkliche Berufe – so das Schneiderhandwerk – ausübten, führte sie diese Tatsache als Arbeiter in die Konfektion.[209]

Für die demographische Entwicklung des deutschen Judentums war zunächst wichtig, daß mit der Emanzipation auch die bestehenden Heiratsbeschränkungen wegfielen. Dies führte zu einem vorübergehenden verstärkten Bevölkerungszuwachs, der jedoch nach 1871 innerhalb des jetzt verbürgerlichten deutschen Judentums wieder zurückging.[210] Nach 1880 nahm die jüdische Bevölkerung prozentual, nach 1925 sogar absolut ab. Ihr Bevölkerungsanteil lag seit 1900 fortwährend unter einem Prozent. Tabellarisch stellt sich diese Entwicklung folgendermaßen dar:[211]

Jahr	Juden in Tsd.	Gesamtbev. in Tsd.	Anteil Juden in %
1816	214	22.062	0,97
1871	383	36.323	1,05
1880	437	40.218	1,09
1890	465	44.230	1,05
1900	497	50.626	0,98
1910	539	58.451	0,92
1925	568	63.181	0,90
1933	503	66.029	0,76

206 M. Richarz, 1780–1871, S. 42.
207 M. Richarz, Kaiserreich, S. 28.
208 Vgl. ebd., S. 28ff.
209 Vgl. ebd., S. 30.
210 Vgl. ebd., S. 26ff.
211 E. Bennathan, S. 94 (Tabelle 5). Die Angaben beziehen sich auf den Gebietsstand von 1934 einschließlich des Saarlandes. Die Zahlen des Jahres 1816 sind entnommen aus: S. Adler-Rudel, Selbsthilfe, S. 4.

Wie ebenfalls schon erwähnt, stellte die Urbanisierung einen der wesentlichsten Faktoren beim wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg des deutschen Judentums dar. Während noch im Jahre 1871 nur 19,5% der Juden in Großstädten lebten, waren es 1900 bereits 47,8%, 1925 dann 66,6% und 1933 schließlich 70,7%. Allein in Berlin wohnten im Jahre 1933 mit 161.000 Menschen etwa ein Drittel aller deutschen Juden. Damit betrug der jüdische Anteil an der Gesamtbevölkerung Berlins dennoch lediglich 3,8%. Insgesamt lebten 1933 in den sechs Städten Berlin, Frankfurt am Main, Breslau, Hamburg, Köln und Leipzig ungefähr die Hälfte der deutschen Juden.[212]

Weiterhin war das deutsche Judentum in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts gekennzeichnet von einem in Relation zur Gesamtbevölkerung höheren Grad der Überalterung und des Frauenüberschusses.[213]

Wie bereits erörtert, vollzog sich der wirtschaftliche Aufstieg der deutschen Juden vordringlich innerhalb des Handelssektors. Bis 1933 verblieben immer ca. 60% der Erwerbstätigen in diesem Bereich.[214] Nach der Volkszählung vom 16. Juni 1933 ergab sich für den jüdischen Bevölkerungsanteil folgende – historisch bedingte – Wirtschaftsgliederung:[215]

Wirtschaftsgruppe	Juden in %	Gesamtbev. in %
1. Handel und Verkehr	61,3	18,4
2. Industrie und Handwerk	23,1	40,4
3. Öffentliche Dienste und private Dienstleistungen	12,5	8,4
4. Land- und Forstwirtschaft	1,7	28,9
5. Häusliche Dienste	1,4	3,9
	100,0	100,0

Deutlich ist an dieser Tabelle das schon geschilderte jahrhundertealte Ungleichgewicht zwischen der Gesamtbevölkerung und dem jüdischen Bevölkerungsanteil innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige zu erkennen.

Auch nach der sozialen Stellung im Beruf zergliedert, ergeben sich auffällige Diskrepanzen zwischen den beiden Gruppen. Zwar nahm der Anteil der wirtschaftlich Selbständigen in den vier Jahrzehnten vor 1933 in der jüdischen wie in der gesamten Bevölkerung ab, wesentlich schneller jedoch außerhalb der jüdischen.[216] Dies bestätigt wohl die zuvor getätigte Aussage, daß für die Juden die Selbständigkeit aus bestimmten Gründen nach wie vor erstrebenswert erschien.

212 Vgl. S. Adler-Rudel, Selbsthilfe, S. 5.
213 Vgl. J. Lestschinsky, S. 67ff.
214 Vgl. E. Bannathan, S. 104ff.
215 S. Adler-Rudel, Selbsthilfe, S. 7. E. Bannathan nennt die gleichen Verhältniszahlen, allerdings ohne die „häuslichen Dienste".
216 Vgl. E. Bannathan, S. 124.

Für die soziale Stellung im Beruf ergibt sich im Jahre 1933 folgendes Bild, wobei die Heimarbeiter den Arbeitern zugerechnet werden:[217]

Soziale Stellung der Erwerbspersonen	Alle Erwerbspersonen Deutschlands in %	Jüdische Erwerbspersonen in %
1. Selbständige	16,4	46,0
2. Mithelfende Familienangehörige	16,4	9,6
3. Beamte und Soldaten	4,6	1,0
4. Angestellte	12,5	33,5
5. Arbeiter	46,3	8,7
6. Hausangestellte	3,8	1,2
	100,0	100,0

Sehen wir uns die Aufteilung der für 1933 erfaßten 240.487 jüdischen Erwerbspersonen nach ihren hauptsächlichen Berufen an, so finden wir u.a. folgende Relationen vor:[218]

	Anteil an den jüdischen Erwerbspersonen in %	Anteil an allen Erwerbspersonen in %
Eigentümer und Pächter	27,8	5,1
Kaufmännische Berufe insgesamt	34,7	2,9
– nicht näher bezeichnete kaufmännische Berufe und Büroangestellte	12,5	2,3
– Reisende, Vertreter, Agenten	10,1	9,2
– Verkäufer	5,3	2,4
Berufe des Bekleidungsgewerbes (Schneider, Näher, Schuhmacher etc.)	4,9	0,8
Mediziner und hygienische Gewerbe	3,3	6,8
– Ärzte	2,3	10,9
Juristen	1,9	7,2
– Rechtsanwälte und Notare	1,3	16,3
– Patentanwälte	0,03	13,3
Andere akademische Berufe (Lehrer, Ingenieure etc.)	2,0	0,8
Kulturelle und künstlerische Berufe (Musiker, Sänger, Regisseure)	1,8	2,5
Fleischer	1,5	1,5
Hausangestellte	1,2	0,24
Nicht näher bezeichnete Arbeiter	1,7	0,11

217 E. Bannathan, S. 123 (Tabelle 15).

218 Ebd., S. 111f. (Tabelle 14). Die Verhältniszahlen des Anteiles an den jüdischen Erwerbspersonen wurden vom Verfasser erstellt.

Diese Auswahl des Anteiles verschiedener Berufe innerhalb der jüdischen Erwerbspersonen einerseits, und deren Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen in Deutschland andererseits, zeigt erneut, daß die jüdische Minorität innerhalb der deutschen Wirtschaft eine auffallende Sonderstellung einnahm. Die historischen Voraussetzungen dieser Tatsache haben wir schon beschrieben, auf manche der Besonderheiten sei nochmals hingewiesen. Sehr deutlich zeigt sich der infolge der geringen Beschäftigungsmöglichkeiten im Staatsdienst erfolgte Drang in die freien akademischen Berufe wie Medizin und Jurisprudenz. Dagegen haben diese Berufe innerhalb der Gesamtzahl der jüdischen Erwerbspersonen einen eher geringen Anteil. Das Schwergewicht liegt eindeutig auf den Gruppen der „Eigentümer und Pächter", den „Kaufmännischen Berufen" sowie der Berufe des „Bekleidungsgewerbes". Innerhalb der Position der „nicht näher bezeichneten Arbeiter" schließlich waren die Juden dagegen stark unterrepräsentiert. Wir finden hier also die Aussagen über die klassische Berufsstruktur der Juden völlig bestätigt.

„*Die*" deutschen Juden waren allerdings keineswegs wohlhabend oder sogar reich. Die Mehrzahl gehörte der Mittelklasse an, und nur jeweils ein kleiner Teil lebte in ärmlichen Verhältnissen oder in sehr guter wirtschaftlicher Situation.[219]

4.2 Zur Entwicklung und Situation in Offenbach bis 1933

Im Abriß der Geschichte Offenbachs erfuhren wir bereits, daß die merkantilistische Wirtschaftspolitik der Landesfürsten den Anstoß zum wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt gab. Wesentlichen Anteil an der Entwicklung Offenbachs zur modernen Industriestadt hatten dabei auch die in der Stadt ansässigen oder später zugezogenen Juden.

Das wahrscheinlich älteste in Offenbach gegründete jüdische Geschäft war die Firma „J. Simon & Dürkheim". Wolf Dürkheim kam im Jahre 1770 aus dem damals schwedischen Stralsund in die Stadt, lernte zunächst die Lichtermacherei, und gründete 1783 eine eigene Seifen- und Lichterfabrik. Er starb im Jahre 1858 im Alter von 101 Jahren und soll noch bis wenige Monate vor seinem Tode im Geschäft tätig gewesen sein. Die Fabrikationspalette der Firma weitete sich im Laufe der Zeit aus, und umfaßte schließlich weiterhin u.a. Kühlmittel, Rostschutzmittel und Spezialreinigungsmittel.[220]

Auch ein jüdisches Druckereiwesen nahm schon sehr früh in Offenbach eine bedeutende Rolle ein. Seit 1714 wurde mit hebräischen Lettern gedruckt. Zu nennen sind besonders die Drucker Seligmann und Hirz Reis (ab 1714), Hirsch und Abraham Spitz (ab 1767) und Wolf Heidenheim (ab 1788).[221]

Am 15. Oktober 1832 gliederte Siegmund Merzbach – dessen Vater schon in Offenbach wohnte – seinem seit einigen Jahren bestehenden Speditionsgeschäft ein Wechselgeschäft an, aus dem sich das Bankhaus Merzbach entwickelte. Die Gründung fiel in die Zeit der

219 Vgl. R. Vogel, S. 36.
220 LBInst, Signatur AR-C 51 180, B.I. 65.
221 Ebd.

Offenbacher Messen (1828–1835), als der Preussisch-Hessische Zollvertrag von 1828 das benachbarte Frankfurt zum Zollausland machte, und Offenbach als Messeplatz an Bedeutung gewann. Durch die Verschiedenartigkeit der Währungen der einzelnen Länder war ein solches Wechsel- und Bankgeschäft für einen Messeplatz unabdingbar. Auch als die Offenbacher Messen verschwanden, blieb das Bankhaus Merzbach bestehen und hatte großen Anteil an der Entwicklung der Offenbacher Industrie, da so der Kreditbedarf aufstrebender kleiner Handwerksbetriebe gedeckt werden konnte. Verschiedene der männlichen Nachkommen Siegmund Merzbachs gründeten in Frankfurt, Berlin und Paris eigene Bankhäuser. Seine Söhne Heinrich und Hermann jedoch übernahmen das Offenbacher Bankgeschäft.[222]

Ebenfalls im Jahre 1832 gründete der Drucker und Lithograph Louis Kramp – ein Nichtjude – die Firma Kramp & Co. Im Jahre 1847 wurde der schon seit 1845 mitarbeitende Jude Leopold Nickelsberg sein Teilhaber. Die Firma stellte anfänglich die lithographischen Arbeiten nur handwerklich her, vollzog dann aber ebenfalls den Wechsel zur maschinellen Fabrikation. Etwa seit 1880 spezialisierte man sich zudem auf die Herstellung von Parfümerie- und Seifenausstattung.[223]

Besonders auf dem schon angesprochenen Gebiet der Leder- und Lederwarenindustrie spielten die Juden in Offenbach eine große Rolle, „wo einige als ‚Pioniere' anzusehen sind"[224].

Bereits im Jahre 1811 gründete Eduard Posen eine Ganlanteriewarenhandlung, und im Jahre 1831 ein Speditions- und Kommissionsgeschäft. Die dabei gewonnenen Erfahrungen und Auslandsbeziehungen führten im Jahre 1838 zur Entstehung der Portefeuille-Etuis-Fabrik Eduard Posen & Co., die erst 1930 mit dem Tod des letzten Inhabers erlosch.[225]

Der im Jahre 1845 in Offenbach geborene und 1917 in Bad Nauheim gestorbene Ludo Mayer trat 1860 in die bereits im Jahre 1857 von seinem Vater zusammen mit Josef Feistmann gegründete Gerberei ein. Bis 1870 erwarb er sich in Offenbach, London und Paris die zur Herstellung von Glanz-Chevreauxleder notwendigen Kenntnisse, da die Firma diesen Artikel in ihre Fabrikation aufnehmen wollte. Durch Ludo Mayers kaufmännischen Weitblick entwickelte sich aus der ehemaligen Gerberei zu Beginn dieses Jahrhunderts eines der größten Werke Europas auf diesem Gebiet. Die Firma J. Mayer & Sohn wurde nach dem Tode Ludo Mayers von seinem Neffen Robert von Hirsch weitergeführt.[226]

Auf sozialem und kulturellem Gebiet erwies sich Ludo Mayer als großer Gönner. Er stiftete mehrfach bedeutende Summen für die Tuberkulose- und Säuglingsvorsorge (66.000

222 LBInst, Signatur AR-C 51 180, B.I. 65; CAHJP, Signatur KGe 14/60; Vgl. G. Gutsch, S. 14 und S. 34.
223 LBInst, Signatur AR-C 51 180, B.I. 65.
224 P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 168.
225 LB Inst, Signatur AR-C 51 180, B.I. 65.
226 Vgl. dazu und zum Folgenden B. Knapp, S. 18ff.

Mark), den Aufkauf von Häusern für den Neubau der Technischen Lehranstalten (150.000 Mark) und einen Witwen- und Waisen-Pensions-Fond (100.000 Mark).

Für seine Verdienste auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet wurde Ludo Mayer vom Großherzog zum Kommerzienrat, und von der Stadt Offenbach im Jahre 1915 zum Ehrenbürger ernannt.

Wie bereits mehrfach angesprochen, war die Urbanisierung einer der entscheidenden Faktoren für den wirtschaftlich-sozialen Aufstieg des deutschen Judentums. Auch für die Stadt Offenbach gilt dies in vergleichbarem Maße.

Hugo Oppenheimer wurde im Jahre 1877 in Weinheim an der Bergstraße geboren und kam um die Jahrhundertwende nach Offenbach. Dort gründete er 1904 ein Kaufhaus in der Herrnstraße/Ecke Frankfurter Straße. Er wurde 1916 zum Militärdienst eingezogen, und so erfolgte der Umzug in das neue Kaufhausgebäude während des Weltkrieges ohne seine Anwesenheit. In den zwanziger Jahren expandierte das Kaufhaus Oppenheimer ständig, erwarb einige der umliegenden Häuser, und beschäftigte zum Zeitpunkt seiner größten Ausdehnung 1927/1928 ca. 130 Mitarbeiter. Der Erfolg des Geschäftes wird vordringlich auf das freundliche und aufgeschlossene Wesen des Gründers zurückgeführt, der die Kunden häufig schon am Eingang selbst empfing und auch später wieder verabschiedete. Ein geflügeltes Wort in Offenbach sei daher schon bald seine Frage gewesen: „Na Frausche, hawwe se alles nach Wunsch bekomme?“ [227]

Auch Albert Mayer (geb. 1882) kam aus einem kleinen Ort nach Offenbach. Sein Vater besaß im nahegelegenen Seligenstadt noch einen Tuchladen und war zudem Viehhändler. Auch konnte er – eine Seltenheit wie wir wissen – etwas Landwirtschaft betreiben. Als junger Mann trat Albert Mayer in die Firma Kahn AG ein, wurde dort Junior-Direktor, gründete aber später selbst die Lederwarenfabrik Albert Mayer G. m. b. H. [228]

Max (geb. 1882) und Siegfried (geb. 1887) Gottlob stammten aus Rothenburg o. d. Tauber und gründeten im Jahre 1912 die Lederhandlung M. & S. Gottlob in der Löwenstraße. [229]

Hermann Bachenheimer (geb. 1878) kam aus Holzhausen, Kr. Marburg, nach Offenbach und errichtete seine Kunsthornwarenfabrik, nachdem er aus dem Ersten Weltkrieg zurückkehrte. Schon während des Krieges betrieb er ein Geschäft, und seine Frau mußte während seiner Abwesenheit mit Koffern über Land fahren, um Strick- und Häkelnadeln zu verkaufen. [230]

Von den aus Russland und Polen zugewanderten Juden gründeten manche ebenfalls eigene Betriebe. Die Firma Idel Mokotow beschäftigte ca. ein dutzend Personen, daneben noch

227 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.
228 Persönliche Auskünfte durch Helmut K. Meyer.
229 Persönliche Auskünfte durch Hilde Lampert geb. Gottlob und schriftliche Auskünfte durch Anneliese Wolff-Gottlob.
230 Persönliche Auskünfte durch Fritz Bachenheimer.

Heimarbeiter z. B. aus dem nahegelegenen Obertshausen. Sie fabrizierte Lederwaren und arbeitete wiederum für Grossisten, welche die Waren im In- und Ausland verkauften.[231]

Isaac Fuchs eröffnete seine Lederhandlung ca. 1910/1912. Seine Frau mußte den Betrieb infolge seiner schon geschilderten Verhaftung im Ersten Weltkrieg ebenfalls alleine fortführen.[232]

Um einen Vergleich der Juden in Offenbach zu den vorangegangenen allgemeinen Aussagen zur wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung des deutschen Judentums zu ermöglichen, wollen wir zunächst die absolute und relative Entwicklung der Anzahl der jüdischen Einwohner Offenbachs darstellen:[233]

Jahr	Zahl der Juden	Anteil an der Bevölkerung Offenbachs in %
1828	848	11,4
1861	1.078	6,4
1871	1.003	4,4
1900	1.213	2,4
1905	1.764	2,9
1910	2.361	2,23
1925	1.682	2,12
1933	1.435	1,76

Im Gegensatz zu der Gesamtentwicklung zeichnet sich Offenbach durch einen teilweise wesentlich höheren Anteil jüdischer Bevölkerung aus. Doch auch in der Stadt sank dieser in relativen Zahlen fast ständig. In absoluten Zahlen verzeichnete die Gemeinde in den Jahren 1910–1913 ihren höchsten Stand,[234] danach setzte eine stark rückläufige Entwicklung ein. Wie aus einem Aufsatz im „Mitteilungsblatt" hervorgeht, war die Abnahme der jüdischen Bevölkerung in Offenbach zwischen 1910 und 1925 die stärkste der größeren Städte in Hessen. Bedingt sei sie hauptsächlich durch den Wegzug ins angrenzende Frankfurt gewesen.[235] Mit einem relativen Anteil von 1,76 an der Gesamtbevölkerung lag Offenbach dann bei der Volkszählung im Jahre 1933 noch immer deutlich über dem Reichsdurchschnitt von 0,76.

Eine Quantifizierung der jüdischen Einwohner der Stadt Offenbach nach ihrem Anteil an den einzelnen Wirtschaftsgruppen durchzuführen, ist anhand der zur Verfügung stehenden Quellen nicht möglich. Nach all den bisher gewonnenen Erkenntnissen sind jedoch keine grundlegenden Abweichungen zu erwarten.

231 Persönliche Auskünfte durch Leni Hirschfeld.
232 Persönliche Auskünfte durch Shimon Fuchs.
233 LBInst, Signatur AR-C 51 180, B.I. 23. Die Angaben für 1925 und 1933 sind entnommen aus ASO, Signatur 18.
234 LBInst, Signatur AR-C 51 180, B.I.23.
235 Mitteilungsblatt des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessen vom Mai 1926.

Ersatzweise soll nachfolgend eine notgedrungen sehr subjektive und auch unvollständige Auswahl von jüdischen Firmen, Handwerkern und Rechtsanwälten vorgestellt werden. Grundlage dieser Aufstellung ist das Adressbuch der Stadt Offenbach für das Jahr 1933,[236] nach welchem die aufgrund schriftlicher und mündlicher Quellen mitgeteilten Namen von Firmen und Personen überprüft wurden. Nach den im Adressbuch vorgefundenen Rubriken, die noch durch die dort nicht aufgeführten Mediziner ergänzt wurden, ergibt sich folgendes Bild:

Ärzte und Zahnärzte

- Dr. Richard Baer
- Dr. Felix Manko
- Dr. Ludwig Mayer
- Dr. Hilde Wolpe

Bankhaus

- S. Merzbach

Bein-, Celluloid- und Kunsthornwarenfabrik

- S. Bachenheimer

Frucht- und Getreidegroßhandlung

- M. Kamberg AG
- Hermann Löwenstein

Haushaltungsartikel

- Benjamin Preminger Ehefrau

Hosenträgerfabrik

- Pinto

Kistenfabrik

- David Introligator

Kaufhäuser

- Hugo Oppenheimer
- Leonhard Tietz AG Köln
- S. Wronker & Co. Nachfolger (Inhaber: Julius Wiener und Emil Fuld)

Konfektionsgeschäfte

- Berger & Schmelzer
- Hermann Hirschen

236 ASO, Signatur AdO 1933.

– Adolf Kahn
– Julius Weinberg

Lederfabrik

– Mayer & Sohn (Vorstand: Robert von Hirsch, Karl Stern, Otto Feistmann, Max Weil)

Lederhandlungen und Fabrikvertreter

– L. Feibuschewitz
– Fleisch & Gumb
– Isaac Fuchs
– M. & S. Gottlob
– Friedrich Grünebaum
– Max Grünebaum
– M. Löwenstein & Co
– Josef Heilbrunn (Inhaber: Nathan Grünewald)

Lederwarenfabriken und selbständige Portefeuiller

– Hammel und Rosenfeld
– Josef Lehahn
– Alfred Liepmannssohn
– Albert Meyer G.m.b.H.
– Moczydlower

Lederwarengrossisten und -händler

– Alligator-Lederwaren G.m.b.H.
– Adolph Merzbach
– Michels & Fürth
– Idel Mokotow

Lederwarenbedarfsartikel

– Max Oppenheim
– Julius Wolffenstein
– Julius Wolf
– Max Hammel
– Eduard Dreyfuß

Manufaktur-, Kurz-, Woll-, Strickwaren etc.

– Jakob Andorn
– Jakob Fuld
– Moritz Katz
– Johann Kisselbach
– Max Rozanski
– Leijbos Sznicer
– Rubin Wolpert

Metallwarenfabriken

- Mojseh Krakowsky
- Adolph Merzbach
- Weintraud & Co. G.m.b.H. (Vorstand: Zeno Vogel und Salli Lorch)

Metzgereien

- Siegmund Fried
- Siegmund Grünebaum
- Julius Oppenheimer
- Alfred Rosenberg
- Albert Wolf
- Hermann Wolf

Papier- und Pappengroßhandlung

- J. Oppenheimer jr. Nachfolger G.m.b.H. (Inhaber: Otto Nathan und Alfred Berg)

Schneidermeister

- Moses Najmann

Schreinereien

- Chaim Introligator

Schuhfabriken

- Hassia AG
- Eugen Wallerstein
- Mainperle G.m.b.H.

Schuhhandlungen

- Abraham Nathan
- J. Speier
- Schuhhaus Strauß

Schuhmacher

- David Boxenbaum
- Jankel Boxenbaum
- Israel Obritzki
- Salomon Sch.

Rechtsanwälte

- Dr. A. Eulau
- H. Eulau
- Justizrat Dr. Goldschmidt
- Dr. S. Guggenheim
- Dr. A. Levinger
- Dr. Merzbach
- Dr. Weinberg

Textilwarengroßhandlung

– Jakob Levi

Tierarzt

– Dr. Jakob Strauß

Tuchhandlung und Herrenmaßschneiderei

– Julius Weinberg (Inhaber: Isidor Ladenburger)

Diese Aufstellung gibt uns zwar keinen Aufschluß über die Verteilung der Offenbacher Juden nach einzelnen Wirtschaftszweigen, einige Hinweise enthält sie dennoch. Einerseits erkennen wir eine gewisse jüdische Präsenz im Kaufhaus-, Konfektions- und Schuhbereich, daneben einen hohen Anteil jüdischer Rechtsanwälte. Weiterhin scheint aus der Aufstellung hervorzugehen, daß die jüdischen Firmen innerhalb der Lederwarenbranche auf dem Handelssektor stärker, und auf dem der eigentlichen Lederverarbeitung (Lederdrucker, Lederpresser, Lederglätter) geringer oder kaum vertreten waren. Durch die starke Offenbacher Konzentration auf die Leder- und Metallwaren wäre jedoch auch eine gewisse Verschiebung innerhalb der Sektoren „Handel und Verkehr" bzw. „Industrie und Handwerk", und damit eine Abweichung von der reichsweiten Gesamtsituation, denkbar.

Da von der Offenbacher Gesamtbevölkerung im Jahre 1933 ohnehin nur 919 Personen (1,1%) im Sektor „Land- und Forstwirtschaft" beschäftigt waren,[237] dürfte der jüdische Anteil in diesem Bereich gleich Null gewesen sein.

Auch in bezug auf die soziale Stellung der jüdischen Erwerbspersonen sind wir nicht in der Lage, für Offenbach genaue Vergleichszahlen zu nennen. Für die soziale Stellung der Gesamtbevölkerung der Stadt liegt uns dagegen Material vor.[238] Danach entfiel im Jahre 1933 folgender prozentualer Anteil auf:

Selbständige und mithelfende Familienangehörige (einschließlich der bäuerlichen Bevölkerung und Beamten und Angestellten in leitender Stellung)	13,1
Beamte	4,8
Angestellte	21,1
Arbeiter	57,2
Hausangestellte	3,4

Deutlich zu erkennen ist an dieser Tabelle der weit über dem Reichsdurchschnitt von 46,3% liegende Anteil der Arbeiter in Offenbach. Dies ist sicherlich ein weiterer Anhaltspunkt, läßt aber dennoch keine Rückschlüsse auf eine entsprechende Verteilung beim jüdischen Bevölkerungsanteil der Stadt zu.

237 Vgl. E. Schneider, S. 42.
238 H. Pingel-Rollmann, S. 23.

Die Frau des letzten Offenbacher Rabbiners schilderte die wirtschaftlich-soziale Struktur der Gemeinde folgendermaßen: „Viele erfolgreiche Fabrikanten, weit gereiste, weltoffene Männer und Kaufleute großen Stils lebten in der Gemeinde; aber es gab auch viele jüdische Arbeiter und Handwerker“ [239].

Über die in der Stadt verbliebenen „Ostjuden“ merkte sie weiterhin an: „Diese Leute waren ausgezeichnete Portefeuillearbeiter, Schneider und Schuster. Sie standen sehr gut mit der Offenbacher christlichen Arbeiterschaft, und bei Festen wie Barmizwah oder Hochzeit, Festen, die genau in derselben Form gefeiert wurden, wie man sie in den Ländern gefeiert hatte, aus denen diese Juden gekommen waren, traf man als Gäste viele christliche Arbeiter. Dieses enge Zusammenleben und das Anpassen der jüdischen Arbeiter an die Lebens- und Denkweise der Offenbacher Arbeiter führte zu vielen Mischehen“ [240].

Wieviele Mischehen es tatsächlich zwischen den „ostjüdischen“ und den christlichen Arbeitern in der Stadt Offenbach gab, ist unmöglich quantifizierbar. Bei den zum Zwecke dieser Untersuchung persönlich und schriftlich befragten ehemaligen Gemeindemitgliedern wurde nur äußerst selten auf die Tatsache einer Mischehe hingewiesen. Mally Dienemanns Aussage deutet eigentlich daraufhin, daß gerade in den anderen sozialen Schichten der Offenbacher Juden Mischehen eher selten waren. Geht man weiterhin davon aus, daß zumindest ein größerer Teil der aus Osteuropa stammenden Juden – wie Mally Dienemann dies ja ausdrücklich bestätigt – traditioneller oder sogar strenger religiös lebte, so muß eine derartige Vermischung und Angleichung in Frage gestellt werden. Eine Anpassung an die Lebens- und Denkweise der christlichen Umwelt träfe hingegen nach den bisher gewonnenen Erkenntnissen viel eher auf die „deutschen“ Juden zu.

Dagegen werden die Erinnerungen Mally Dienemanns bezüglich der beruflichen Konzentration der osteuropäischen Zuwanderer durch die vorangegangene Aufstellung bestätigt. Viele von ihnen waren offensichtlich als Schneider, Schuster etc. tätig. Die lohnabhängig Beschäftigten sind dabei jedoch nicht erfaßbar. Der Anteil der „Ostjuden“ an der Gesamtzahl der Juden in Offenbach lag im Jahre 1928 bei ca. 19%, [241] und damit ziemlich genau im Reichsdurchschnitt.

Ohnehin finden wir bisher für Offenbach viele der schon zuvor angesprochenen Faktoren und Triebkräfte des wirtschaftlich-sozialen Aufstiegs und Lebens der Juden in Deutschland bestätigt.

Bezüglich der Aufteilung der jüdischen Erwerbspersonen der Stadt nach ihren hauptsächlichen Berufen finden wir einen – ebenfalls nur sehr ungenauen – Anhaltspunkt in

239 M. Dienemann, S. 29.
240 Ebd., S. 29f.
241 LBInst, Signatur AR-C 51 180, B.I. 24.

einer Gemeindeliste vom 21. Juni 1938, welche bei insgesamt 903 aufgeführten Personen in 461 Fällen eine Berufsbezeichnung enthält.[242] Davon entfielen u. a. auf:

	Absolut	Prozentual
Kaufmännische Berufe insgesamt	267	57,9
– Vertreter und Agenten	15	3,3
Berufe des Bekleidungsgewerbes	21	4,6
Ärzte	11	2,4
Rechtsanwälte	3	0,7
Andere akademische Berufe	11	2,4
Fleischer	15	3,3
Hausangestellte	30	6,5
Nicht näher bezeichnete Arbeiter	17	3,7
Portefeuiller	20	4,3

Auch diese Aufstellung ist nicht genügend aussagekräftig und daher distanziert zu betrachten. Ihre Basis ist schließlich eine Gemeindeliste des Jahres 1938 – als schon eine Anzahl der Offenbacher Juden emigriert war –, die zudem lediglich für ein Drittel der im Jahre 1933 erfaßten Gemeindemitglieder eine Berufsbezeichnung ausweist. Verglichen mit der reichsweiten Berufsstruktur des jüdischen Bevölkerungsanteiles ergeben sich größere Abweichungen, die aber nur die mangelnde Aussagekraft dieser Zusammenstellung, nicht aber grundlegende Differenzen, wiederzugeben scheinen. Auffallend ist jedoch der hohe Anteil an „Kaufmännischen Berufen", „Hausangestellten" und „Arbeitern".

Zusammen mit den vielen schriftlichen und persönlichen Auskünften ergeben diese subjektiven und unvollständigen Aufstellungen jedoch mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit folgendes Bild:

In Offenbach am Main waren in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts – und in abnehmendem Maße in unserem Untersuchungszeitraum – die schon länger ansässigen „deutschen" Juden zu einem großen Teil als Unternehmer (Lederwaren, Kaufhäuser, Textilbranche), kaufmännische Angestellte, Akademiker, Rechtsanwälte und Ärzte tätig. Die branchenorientierte Konzentration auf die Lederwarenindustrie ergab sich dabei aus der allgemeinen Entwicklung und Situation der Stadt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang sicherlich, daß nach den Erinnerungen der Tochter des Rabbiners, Paula Schindler geb. Dienemann, der erfolgreiche Geschäftsmann innerhalb der Jüdischen Gemeinde ein höheres Ansehen genoß als der Akademiker.[243]

242 YVS, Signatur 08/27.
Die Erstellung der Tabelle und Errechnung der Verhältniszahlen erfolgte durch den Verfasser.
243 Persönliche Auskünfte durch Paula Schindler.

Ein zumindest größerer Teil der sogenannten „Ostjuden" hingegen betrieb industrielle Handarbeit in der Lederwarenbranche,[244] etablierte sich als kleiner Handwerker (Schneider, Schuster) oder gründete vereinzelt auch ein größeres Unternehmen.

244 Vgl. M. Richarz, Kaiserreich, S. 30.



Abb. 10 Rabbiner Dr. Max Dienemann (1875–1939).



Abb. 11 Dr. Siegfried Guggenheim (1873–1961) im Jahre 1958.



Abb. 12 Berta und David Introligator mit ihrem Enkelkind vor dem Büsing-Palais (in den zwanziger Jahren).





Abb. 13–16 Offenbacher Haggadah von 1927.

Die Tischgenossen schenken das zweite Glas ein. Dann fragt das jüngste Kind am Tische, zuerst hebräisch, dann deutsch:

MA NISCHTANO

מַה נִּשְׁתַּנָּה הַלַּיְלָה הַזֶּה מִכָּל־הַלֵּילוֹת: שֶׁבְּכָל־הַלֵּילוֹת אָנוּ אוֹכְלִין חָמֵץ וּמַצָּה. הַלַּיְלָה הַזֶּה כֻּלּוֹ מַצָּה: שֶׁבְּכָל־הַלֵּילוֹת אָנוּ אוֹכְלִין שְׁאָר יְרָקוֹת הַלַּיְלָה הַזֶּה מָרוֹר: שֶׁבְּכָל־הַלֵּילוֹת אֵין אָנוּ מַטְבִּילִין אֲפִילוּ פַּעַם אֶחָת. הַלַּיְלָה הַזֶּה שְׁתֵּי פְעָמִים: שֶׁבְּכָל־הַלֵּילוֹת אָנוּ אוֹכְלִין בֵּין יוֹשְׁבִין וּבֵין מְסֻבִּין. הַלַּיְלָה הַזֶּה כֻּלָּנוּ מְסֻבִּין:

Warum unterscheidet sich diese Nacht von allen anderen Nächten? In allen anderen Nächten genießen wir Gesäuertes und Ungesäuertes, in dieser Nacht nur Ungesäuertes.
In allen anderen Nächten essen wir verschiedene Kräuter, in dieser Nacht auch Bitterkraut.
In allen anderen Nächten brauchen wir auch nicht einmal einzutauchen, in dieser Nacht müssen wir es zweimal tun.
In allen anderen Nächten essen wir kurz und ohne Umstand, heute ist alles so stolz und feierlich und voll heiterer Freude.

Der Hausherr antwortet:

עֲבָדִים הָיִינוּ לְפַרְעֹה בְּמִצְרָיִם. וַיּוֹצִיאֵנוּ יְיָ אֱלֹהֵינוּ מִשָּׁם בְּיָד חֲזָקָה וּבִזְרוֹעַ נְטוּיָה. וְאִלּוּ לֹא הוֹצִיא הַקָּדוֹשׁ בָּרוּךְ הוּא אֶת־אֲבוֹתֵינוּ מִמִּצְרַיִם הֲרֵי אָנוּ וּבָנֵינוּ וּבְנֵי בָנֵינוּ מְשֻׁעְבָּדִים הָיִינוּ (לְפַרְעֹה) בְּמִצְרָיִם. וַאֲפִילוּ כֻּלָּנוּ חֲכָמִים. כֻּלָּנוּ נְבוֹנִים. כֻּלָּנוּ זְקֵנִים. כֻּלָּנוּ יוֹדְעִים אֶת־הַתּוֹרָה. מִצְוָה עָלֵינוּ לְסַפֵּר בִּיצִיאַת מִצְרָיִם. וְכָל־הַמַּרְבֶּה לְסַפֵּר בִּיצִיאַת מִצְרַיִם הֲרֵי זֶה מְשֻׁבָּח:

KRIAS SCHMA

Das Schmagebet von dem die Schüler des Rabbi Akiba sprachen, beten wir am heutigen Abend nicht. Deshalb will ich nicht viel darüber sagen. Nur an das eine sollt ihr denken, daß der fromme Jude mit ihm den Tag beginnt und beschließt und daß auch jedes Mal, wenn eines Menschen Seele heimkehrt, die Worte gerufen werden

שמע ישראל יהוה אלהינו יהוה אחד:

SCHMA JISROEL ADONOJ ELOHENU ADONOJ ECHOD

Höre Israel / der Ewige unser Gott / der Ewige ist einzig



Abb. 17 Helene Mayer im Fechtclub Offenbach (1928).

Turn- und Sportverein „Bar Kochba" Offenbach-M

Mitgliedskarte Nr. 031 *

für Fried, Erich

Geburtsdatum: 11. 7. 1913

Wohnort: Offenbach/M., Bismarck straße 36

Tag des Eintritts: 6. 7. 1935

Offenbach a. M., den 15. März 1936

Der Vorstand

i. A.:

Abb. 18 Mitgliedskarte des „Bar-Kochba" für Erich Fried.

JEWISH AGENCY FOR PALESTINE
PALÄSTINA-AMT :: BERLIN

Vom Herrn Reichsminister des Innern durch Verf. vom 25. Juli 1924, Nr. 6174 B. als gemeinnützige Auswanderungs-Beratungsstelle anerkannt.

משרד ארצישראלי

PALESTINE-OFFICE

TELEGRAMM-ADRESSE: OROHIP PALAMT
TELEFON: J 1 BISMARCK 7165/70
POSTSCHECK-KONTO: BERLIN NR 16708

HANDWERKER-ALIJAH
BERLIN W 15, MEINEKESTRASSE 10

18.September 1933

Si./F.

Herrn
Erich Fried,
Offenbach / Main,
Geleitstr.17.

Betr.: Schreiben vom 14.d.M.

Sehr geehrter Herr Fried,

Wir halten es für ratsam, dass Sie das Einreisevisum der Kategorie A 3 (selbständige Handwerker mit 250 £) nicht beantragen, da einerseits der Beruf eines Portefeuillers in Palästina keine günstigen Aussichten hat und andererseits die Palästina-Regierung auf dem Standpunkt steht, dass Sie sich, da Sie erst 20 Jahre alt sind, noch nicht als selbständiger Handwerker niederlassen können.

Wir empfehlen Ihnen, aus diesen Gründen ein Zertifikat der Kategorie C bei der Zionistischen Ortsgruppe in Frankfurt am Main, Unterlindau 21, zu beantragen.

Wir senden Ihnen in der Anlage RM 2.-- zurück und zeichnen

hochachtungsvoll

Palästina-Amt
HANDWERKER-ALIJAH

Anlagen: RM 2.-- in Briefmarken.

Abb. 19 Schreiben der „Jewish Agency for Palestine“ an Erich Fried.

5. Von der Diskriminierung zur Entrechtung

5.1 Der historische Stellenwert des Antisemitismus

In den frühen Tagen des Christentums wurden die Christen von den Juden als Mitglieder einer jüdischen Sekte angesehen. Die Verhältnisse änderten sich aber spätestens im 4. nachchristlichen Jahrhundert, als die beiden Religionen immer deutlicher polarisierten, und das Christentum zudem Staatsreligion in Rom wurde.

Die wesentlichsten Gegensätze waren dabei einerseits christliche Dogmen wie die „Dreifaltigkeit", die „Fleischwerdung Christi", die „Jungfrauengeburt" und „Christus als Messias", andererseits von jüdischer Seite die „Beschneidung", die „Speisevorschriften" und die „Gültigkeit der Torah (Weisung, Gesetz)". Die Vorwürfe gegen die Juden gipfelten alsbald – neben ihrer hartnäckigen und bewußten Leugnung der „christlichen Wahrheit" – in der Anklage des Gottesmordes. So wurden die Juden – obwohl sie der gleichen monotheistischen Wurzel entstammen – als Häretiker und Ketzer angesehen. Diese antijüdischen Motive gewannen aber im Gebiet des späteren Deutschland erst an Bedeutung, als die Juden als Gruppe zahlenmäßig spürbar wurden.[245]

An den Rhein und die Donau waren jüdische Händler und Kaufleute schon in der Spätantike gekommen, doch ist eine kontinuierliche Ansiedlung bis in die Karolingerzeit nicht gesichert. Über die ersten eintausend Jahre des Zusammenlebens kann somit nur wenig ausgesagt werden, doch brachte der starke demographische Wachstumsprozeß seit dem 10. Jahrhundert – von dem die Juden nicht ausgenommen waren – verstärkt Probleme im Miteinander von Juden und Christen.[246]

Der geschilderte religiöse Gegensatz sollte noch jahrhundertelang das wesentliche Element der Judenfeindlichkeit bleiben, obgleich die christliche Haltung keineswegs einheitlich war. Bereits die Kirchenväter und später die Päpste waren der Auffassung, die Juden seien aus christlicher Nächstenliebe, und ferner, um beim „Jüngsten Gericht" von der Gottheit Christi Zeugnis abzulegen, zu tolerieren. Im lokalen Bereich waren kirchliche Personen und Institutionen hingegen häufig aktiv an den Verfolgungen und Bedrückungen beteiligt, da sich unterhalb der Ebene offizieller Theologie schon seit der Antike abergläubische Vorstellungen vom Juden als Teufelsanbeter, Feind des Menschen und Antichristen hielten. Diese Denkweise entsprang aber vielfach allein der Unkenntnis jüdischer Religion und Riten. In der Verbindung der Vorstellung vom gottesmordenden Juden und dem zeitgenössischen Aberglauben entstand weiterhin die sogenannte „Ritualmordbeschuldigung". Den Juden wurde vorgeworfen, christliche Kinder zu töten, um deren Blut für rituelle Zwecke zu benutzen. Auch die Beschuldigung der „Hostienschändung" ist auf dieser Ebene angesiedelt.[247]

245 Vgl. P. Herde, S. 1f.
246 Vgl. ebd., S. 2.
247 Vgl. ebd., S. 2ff. und S. 7.

Neben der religiösen und der abergläubisch-mystischen besitzt der historische Judenhaß noch eine wirtschaftliche Komponente. Den Christen war es ursprünglich verboten, für den Geldverleih Zinsen zu erheben, und so füllten die von einer Vielzahl von Berufen ausgeschlossenen Juden notgedrungen diese wirtschaftlich erforderliche Tätigkeit. Dies brachte ihnen allerdings wieder den Ruf des permanenten Sünders und des Wucherers ein.[248]

Die kaiserliche Judengesetzgebung wurde in der Karolingerzeit grundgelegt, die Adressaten – stets waren offenbar Gruppen gemeint – befanden sich samt ihres Besitzes im Schutz des Kaisers bzw. des Königs. Sie durften u.a. nach jüdischem Recht leben, christliches Gesinde beschäftigen und waren vor Zwangstaufen geschützt. Das kaiserliche Judenrecht war somit im wesentlichen ein die religiösen Bedürfnisse der Juden berücksichtigendes Kaufmannsrecht, kein Fremdenrecht.[249]

Die Massaker, die 1096 und 1099 im Zusammenhang mit dem ersten Kreuzzug verübt wurden, bedeuteten dann eine einschneidende Zäsur in der Geschichte der Juden und des Verhältnisses der Christen zu ihnen.

Schon vor den eigentlichen Kreuzzügen kam es in den Jahren 1010 und 1063 zu Judenverfolgungen in Europa; in beiden Fällen schritt aber der Papst zugunsten der Juden ein. Jedesmal handelte es sich dabei um Auseinandersetzungen der Christen mit dem Islam, und die Juden wurden in Konflikte hineingezogen, die sie unmittelbar gar nicht betrafen.

Der erste Kreuzzug unterschied sich alsdann von den vorausgegangenen Auseinandersetzungen dadurch, daß er vom Papst selbst initiiert und in seinem Auftrag unternommen wurde, daß Grab-Christi-Wallfahrt und Heidenkrieg miteinander verbunden wurden, und daß es sich um eine Unternehmung nahezu der ganzen lateinischen Christenheit handelte.

Am 27. November 1095 – gegen Ende des Konzils von Clermont – rief Papst Urban II. vor einer großen Menge meist niederen französischen Adels zum Heidenkrieg auf, zur Waffenhilfe für die von den muslimischen Seldschuken bedrängte östliche Christenheit, und gewährte dafür den Teilnehmern den Nachlaß aller kirchlichen Bußstrafen.

In Rouen gab es um die Jahreswende 1095/1096 eine erste Judenverfolgung – „Taufe oder Tod" – durch Kreuzfahrer. 1096er Pogrome sind u.a. aus folgenden Orten bekannt: Speyer, Worms, Mainz, Trier, Metz, Köln, Neuß, Xanten – und zwar in dieser Reihenfolge und Himmelsrichtung, die freilich nicht nach Jerusalem weist. Innerhalb zweier Monate (Mai/Juni) – bevor sich das reguläre Kreuzritterheer gesammelt hatte – waren alle wichtigen Judengemeinden des rheinfränkisch-lothringischen Raumes nahezu vernichtet. Hinzu kamen auf dem Weg der Kreuzfahrer Regensburg und Prag. Nach vorsichtiger Schätzung betrug die Zahl der Opfer von 1096 insgesamt 4.000 bis 5.000.

248 Vgl. P. Herde, S. 3.
249 Vgl. dazu und zum Folgenden D. Mertens, S. 46ff.

Die Pogrome verliefen fast immer in gleicher Weise: Die Judengemeinde war in einer Bischofstadt oder bischöflichen Stadt angesiedelt und vertraute auf die ansässigen Herrschaftsträger. Dem Stadtherren, seinen Ministerialen und den großen Kaufleuten gelang es aber nicht, die Juden gegen die sich mit anderen städtischen Schichten verbündenden stadtfremden Scharen zu schützen.

Die aktuelle Schwäche des Kaisertums zur Zeit des ersten Kreuzzuges war ein wesentlicher Grund für das Versagen des Judenschutzes im Reich. Der machtvolle Aufstieg des Papsttums bedeutete weiterhin eine fortschreitende Reduzierung der Rechtssicherheit und des bisherigen Status der Juden.

Im Jahre 1236 dehnte Friedrich II. das Privileg für Worms auf ganz Deutschland aus, nun allerdings mit einer Einleitung, die von der kirchlichen Beurteilung des Judenstatus geprägt war: Die Juden wurden als Minderheit von „Ungläubigen" einem Sonderrecht unterworfen. Die so juristisch fixierte „Knechtschaft" der Juden gab den Rechtstitel her für die seit dem 13. Jahrhundert erheblich beschleunigte Absonderung, Diskriminierung und Unterdrückung der Minderheit, deren ökonomische Unentbehrlichkeit abnahm.

Zu einem neuerlichen Höhepunkt in der Bedrückung und Verfolgung der Juden kam es in den Jahren 1348 bis 1350, als die Pest in Europa wütete. Wie so oft, wenn in Notzeiten keine rationalistische Erklärung für ein hereinbrechendes Unglück zu erkennen ist, wurden dafür Sündenböcke gesucht. Diese wurden auch schnell in den Juden gefunden, die man der Brunnenvergiftung anklagte, folterte, tötete oder vertrieb.[250]

Viele der so Vertriebenen flohen nach Osteuropa, Norditalien oder sogar ins türkische Herrschaftsgebiet. Zu einer völligen Vertreibung kam es erneut nicht, da manche der Flüchtlinge immer wieder von benachbarten Städten oder Adeligen aufgenommen wurden.[251]

Spätestens nach dieser erneuten Bedrückungswelle begann aber die völlige Ausgrenzung der zurückgebliebenen und zurückkehrenden Juden durch besondere Kleidung, Konzentrierung in eigenen Wohngebieten („Judengassen" und Ghettos) und eine Fülle von Einschränkungen. Sie galten nun nicht mehr als Bürger der Städte und Dörfer, sondern nur noch als geduldete Einwohner. Selbst ihre verbliebenen ökonomischen Möglichkeiten im Geldverleih begannen zu schwinden, nachdem sich die Vorschriften für die Christen allmählich lockerten.[252]

Dieser Zustand des geduldeten, außerhalb der Wirtschafts- und Sozialordnung stehenden, jederzeit von gesetzlichen und ungesetzlichen Übergriffen bedrohten, Fremden dauerte im Prinzip bis zur schon geschilderten Emanzipation an. Infolge der durch die Französische Revolution hervorgerufenen Umwälzungen in Europa erfolgte bis zur Gründung des

250 Vgl. F. Graus, S. 39f.
251 Vgl. P. Herde, S. 12.
252 Vgl. F. Graus, S. 40f.

Deutschen Reiches im Jahre 1871 die schrittweise Gleichstellung der Juden, die in engem Zusammenhang mit dem Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft stand.

Der moderne „Antisemitismus" jedoch ist im Gegensatz zur jahrhundertealten Judenfeindlichkeit ein postemanzipatorisches Phänomen, da er sich gegen die vorgefundene rechtliche Gleichstellung und den wirtschaftlich-sozialen Aufstieg der Juden wandte.

Die Juden spielten – wie bereits erwähnt – bei der Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in Deutschland aufgrund ihrer besonderen Ausgangsposition eine relativ bedeutende Rolle. Judenemanzipation und Gewerbefreiheit erfolgten annähernd gleichzeitig, und vielen der mittelständischen Leidtragenden des Zerfalls der alten Wirtschaftsordnung erschienen die Juden nicht nur als Nutznießer, sondern als Verursacher der grundlegenden Umwälzungen.[253]

Eine weitere Komponente für die Entstehung des modernen Antisemitismus stellte die schon geschilderte Einwanderung der armen „Ostjuden" dar. Zwar haben wir bereits gesehen, daß es sich keinesfalls um eine „Masseneinwanderung" handelte, doch befürchtete gerade der Mittelstand durch sie weitere Konkurrenz.[254]

Die moderne Judenfeindlichkeit entwickelte sich also nicht zufällig im Laufe der großen wirtschaftlich-sozialen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts und der Wirtschaftskrise von 1873.

„Die wirtschaftliche Position der Juden war der Hauptanlaß für die Ausbreitung des modernen kleinbürgerlichen Antisemitismus, der den völkischen Antisemitismus zu einer Massenbewegung machte"[255].

Der moderne Antisemitismus ist eigentlich mehr als ein Antiliberalismus zu verstehen, die Juden – in Anknüpfung an alte religiöse Vorurteile – als ein greifbares und angreifbares Symbol für die Ablehnung des Wandels der Zeit durch die mittelständischen Schichten.

Aus dieser Abwehrhaltung heraus entwickelten sich in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts mehrere antisemitische Parteien, unter ihnen die „Antisemitenliga" Wilhelm Marrs, welcher den Begriff des „Antisemitismus" erst prägte. Zu nennen ist an dieser Stelle noch der für Hessen bedeutende erste antisemitische Reichstagsabgeordnete (1887) Otto Böckel.[256]

Die Antisemitenparteien verloren zwar infolge des neuerlichen Wirtschaftsaufschwunges von 1895 an Bedeutung und Massenwirksamkeit, der Antisemitismus hielt sich jedoch

253 Vgl. H. Genschel, S. 29ff. und M. Richarz, 1780–1871, S. 58.
254 Vgl. ebd.
255 H. Genschel, S. 32.
256 Vgl. ebd., S. 35.

als wesentlicher Bestandteil der Weltanschauung völkisch-nationaler Gruppen.[257] Diese rezipierten dann auch die pseudowissenschaftlichen Aussagen des „Sozialdarwinismus" und des „Rassenantisemitismus":

Durch die Arbeit des französischen Grafen Gobineau („Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen") wurde eine willkürliche Rangfolge der Rassen aufgestellt. Aus Verschiedenartigkeit wurde Verschiedenwertigkeit. Dem wertvollsten Zweig, den schöpferischen „Ariern" (von diesen wiederum die Germanen oder Nordischen), stellte man den unschöpferischen „Semiten" gegenüber. Die rassische Zugehörigkeit war somit festgelegt, der sich ein Jude (nun definiert als Rasse- und nicht als Religionszugehörigkeit) auch durch die christliche Taufe nicht mehr entziehen konnte. War aber die Rasse der bestimmende Faktor, wie es die neue Lehre behauptete, so blieb der Jude immer minderwertig und unverbesserlich. Vielen Judengegnern bot diese „Rassenlehre" eine „wissenschaftliche" Legitimierung ihres Hasses. Zur Verbreitung der rassenantisemitischen Theorien trug weiterhin das Hauptwerk des Engländers Houston Stewart Chamberlain („Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts") bei.[258]

Charles Darwin lehrte in seiner Abhandlung über den Ursprung der Arten aus dem Jahre 1859, die Ausbildung der Lebewesen sei im Rahmen einer langen, stufenweisen Entwicklung durch einen ständigen Kampf ums Dasein erfolgt, in welchem das jeweils stärkere und lebenstüchtigere Element siegte. Der „Sozialdarwinismus" übertrug diese wissenschaftlichen und wertneutralen Erkenntnisse auf die sozialen und politischen Verhältnisse und kam zu dem Schluß der natürlichen Ungleichwertigkeit der Rassen im „Kampf ums Dasein" innerhalb der menschlichen Gesellschaft, bei gleichzeitig angenommener Überlegenheit der „arischen" Rasse in diesem Kampf. Die Weiterführung ihrer Thesen ergab für die Sozialdarwinisten die Erkenntnis, daß das Prinzip der christlich-humanitären Ethik in der modernen Gesellschaft hemmend auf die natürliche Auslese wirke, und das „lebensuntüchtigere" Element schütze. Dies führte zu der Forderung einer gezielten Auslese durch „Rassenhygiene", Sterilisation und Heiratsverbote.[259]

Eine wesentliche Bedingung für die Rezeption dieser abstrusen Thesen war die damit gegebene Entlastung der sozialen und ökonomischen Verlierer des Strukturwandels, die nun über die Unwandelbarkeit der Rassezugehörigkeit wieder Selbstwertgefühl entwickeln konnten und plötzlich zu den Gewinnern gehörten.

Der Antisemitismus hatte in Deutschland eigentlich seinen Höhepunkt schon überschritten, als nach 1918 latent vorhandene judenfeindliche Gefühle wieder hervorbrachen. Die Juden mußten erneut als Sündenböcke herhalten, diesmal für die Niederlage im Ersten Weltkrieg. Weiterhin wurden sie bezichtigt, als „Kriegsgewinnler" den Krieg im Wohlstand verbracht und sich auf Kosten des deutschen Volkes bereichert zu haben, sowie ihrer Militärpflicht nicht nachgekommen zu sein. Zudem sei die Revolution von 1918/1919

257 Vgl. H. Genschel, S. 36f.
258 Vgl. H. Krausnick, S. 242.
259 Vgl. ebd., S. 243ff.

TUTTLEMAN LIBRARY OF GRATZ COLLEGE
Melrose Park, PA

von den Juden initiiert worden, um ihre Vorherrschaft auszubauen. Auch die Inflation und die Weltwirtschaftskrise wurden ihnen späterhin angelastet. Eben durch diese Schuldzuweisung für politische und wirtschaftliche Krisen erlangte die neue Form der Judengegnerschaft wiederum Massenwirksamkeit.[260]

Der Antisemitismus war aber auch in der Weimarer Republik im Grunde nur ein Symbol für antikapitalistische, antisozialistische, antiliberale und antikommunistische Haltungen mittelständischer Schichten (Bauern, Handwerker, Händler). Hinzu kam seine Instrumentalisierung in intellektuellen Kreisen angesichts eines immer stärker hervortretenden „Akademikerengpasses" und der Möglichkeit der Ausschaltung unliebsamer Konkurrenz.

Die Jahre der Weimarer Republik brachten für die Juden in Deutschland eine eigentlich paradoxe Entwicklung: Einerseits erfolgte die rechtliche und reale Gleichstellung und somit die Vollendung der Emanzipation, gleichzeitig verbreitete sich aber ein Antisemitismus von bislang unbekannter Stärke, und es wuchsen jene Kräfte, die das deutsche Judentum letztendlich nahezu vernichten sollten.[261]

5.2 Der „nationalsozialistische" Antisemitismus

Die antisemitische „Rassenlehre" war zu Beginn des 20. Jahrhunderts so weit entwickelt, daß sie von den Nationalsozialisten und Hitler so gut wie unverändert übernommen werden konnte. Deren zweifelhafter Anteil bestand allein in der Radikalisierung der Thesen in Theorie und Praxis. Der rein wirtschaftliche Ursprung moderner Judenfeindschaft trat dabei immer mehr hinter die Rassenspekulationen zurück.[262]

Die Wurzeln für den pathologischen Judenhaß Adolf Hitlers sind kaum auszumachen, da einerseits offensichtlich ein Schlüsselerlebnis fehlt, und er sich andererseits in seinen frühen Jahren zu diesem Thema nicht äußerte.

Nach den Erinnerungen seines Jugendfreundes August Kubizek sei Hitler schon 1904 entschieden antisemitisch eingestellt gewesen,[263] obwohl er selbst es später in seiner Schrift „Mein Kampf" anders darstellte: „Es ist für mich heute schwer, wenn nicht unmöglich zu sagen, wann mir zum ersten Mal das Wort ‚Jude' Anlaß zu besonderen Gedanken gab. Im väterlichen Haus erinnere ich mich überhaupt nicht, zu Lebzeiten des Vaters das Wort auch nur gehört zu haben"[264].

Neuere psychoanalytisch orientierte Studien – die sogenannte „Psychohistorie" – sehen im Haß auf den Vater, der Behandlung der an Brustkrebs verstorbenen Mutter durch den jüdischen Arzt Dr. Bloch, Hitlers Gasvergiftung im Ersten Weltkrieg und dem Trauma

260 Vgl. H. Genschel, S. 40.
261 Vgl. M. Richarz, 1918–1945, S. 13.
262 Vgl. H. Genschel, S. 38f.
263 Vgl. A. Kubizek, S. 94.
264 A. Hitler, Mein Kampf, S. 51.

der deutschen Niederlage die Ursachen der psychischen Deformation Hitlers,[265] „und deren Selbstbefreiungsversuche mit Hilfe antijüdischer Projektionen“[266].

Die Aussagekraft der „Psychohistorie“ muß aber, auch wenn ihre Thesen sehr interessant klingen, begrenzt bleiben, da sie keine empirischen Beweise zur Untermauerung ihrer Ergebnisse vorweisen kann.

Wesentlich wahrscheinlicher erscheinen für die Ausbildung des speziellen Judenhasses Adolf Hitlers seine eigenen Einschätzungen der Jahre, die er in Wien verbrachte: „In dieser Zeit bildete sich mir ein Weltbild und eine Weltanschauung, die zum granitenen Fundament meines derzeitigen Handelns wurden. Ich habe zu dem, was ich einst mir so schuf, nur weniges hinzulernen gemußt, zu ändern brauchte ich nichts (...) Wien aber war und blieb für mich die schwerste, wenn auch gründlichste Schule des Lebens“[267].

Hitlers Antisemitismus entstand m.E. sehr wahrscheinlich schon früh durch Beeinflussungen im Elternhaus, in der Schule und in der judenfeindlichen Atmosphäre Wiens um die Jahrhundertwende. Dabei handelte es sich aber wohl ursprünglich mehr um eine emotionelle Fremdenfeindlichkeit. Erst die Kenntnis spezieller rassenantisemitischer und sozialdarwinistischer Literatur – in welchen Jahren sie ihm auch zugänglich wurde – und die Aufnahme seiner politischen Tätigkeit nach dem Kriege verschärfte und fanatisierte seinen Judenhaß.

Nach dem Ersten Weltkrieg blieb Hitler zunächst als politischer Agent bei der Reichswehr. Erstes vorliegendes Dokument einer Beschäftigung mit der „Judenfrage“ ist ein Brief vom 16. September 1919 an Adolf Gemlich, einen Münchner Kameraden aus diesem „Aufklärungskommando“. Darin schrieb er: „Der Antisemitismus als politische Bewegung darf nicht und kann nicht bestimmt werden durch Momente des Gefühls, sondern durch die Erkenntnis von Tatsachen. Tatsachen aber sind: Zunächst ist das Judentum unbedingt Rasse und nicht Religionsgemeinschaft (...) Und daraus ergibt sich folgendes: Der Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen wird seinen letzten Ausdruck finden in der Form von Progromen (sic!). Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muß führen zur planmäßigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte der Juden, die er zum Unterschied der anderen zwischen uns lebenden Fremden besitzt (Fremdengesetzgebung). Sein letztes Ziel aber muß unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein“[268].

Dieser Brief zeigt schon eine sehr geschlossene Auffassung des Wesens der Juden und der Vorgehensweise gegen sie. Hitler wollte sie zunächst unter eine Sondergesetzgebung stellen und später dann gänzlich entfernen. Der Begriff der Entfernung – ob als Auswanderung, Ausweisung oder gar Tötung zu verstehen – wurde dabei nicht näher erläutert.

265 Vgl. E. Jäckel, Hitlerwelle, S. 700 und A. Hillgruber, S. 608f.
266 B. Martin, S. 297.
267 A. Hitler, Mein Kampf, S. 21.
268 A. Hitler, Aufzeichnungen, S. 88ff.

In München lernte Hitler im September 1919 die „Deutsche Arbeiterpartei" kennen, eine Gruppe mit antisemitischen und nationalistischen Tendenzen. Im Jahre 1920 erfolgte die Umbenennung der Partei in „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (NSDAP). In diesem Jahr wurde auch unter maßgeblicher Beteiligung Hitlers das Parteiprogramm aufgestellt. Es enthielt die schon in seinem Brief von 1919 angesprochenen Kernsätze: Die Juden seien unabhängig von der Konfession als fremde Rasse anzusehen, und könnten somit nicht Staatsbürger sein. Demnach müssten sie als Gäste in Deutschland unter Fremdenrecht stehen.[269]

Über die Anfänge der Propaganda der NSDAP und Hitlers Reden ist nur spärliches Material vorhanden. In einem Fall liegt uns der vollständige Text einer Rede zum grundlegenden Thema „Warum sind wir Antisemiten?"[270] vor, gehalten am 13. August 1920 im Hofbräuhaus-Festsaal. Die Vorbereitung der Rede läßt den Schluß zu, daß hier durch den wirkungsvollsten Redner der Bewegung eine grundlegende Stellungnahme erfolgen sollte. Zum Zeitpunkt der Rede war Anton Drexler Vorsitzender der NSDAP, Hitler aber hatte mit seinen Redekünsten erheblichen Anteil am Erfolg der Partei.

Zunächst ging Hitler in seiner Rede auf das Thema „Arbeit" ein: Die „Arier" hätten nicht nur den „sittlichen Arbeitsbegriff" geschaffen, sondern sie allein seien die Träger von Kultur und hätten die Kraft zur Staatenbildung. Damit kam die Sprache auf den arbeitsscheuen Juden ohne kulturschaffendes Vermögen, der die Schuld an der Zerstörung der Volksgemeinschaft – der „Rassensenkung" – trüge, und eine Gefahr für die Kultur des Volkes darstelle. Eine aufschlußreiche Stelle der Rede ist sicher diese: „Unsere Sorge muß es sein, das Instinktmäßige gegen das Judentum in unserem Volke zu wecken und aufzupeitschen und aufzuwiegeln, solange bis es zum Entschluß kommt, der Bewegung sich anzuschließen, die bereit ist die Konsequenzen daraus zu ziehen"[271].

Interessanterweise sprach Hitler nun ganz klar vom „Instinktmäßigen", und nicht mehr von einem „Antisemitismus der Vernunft".

Reginald Phelps bemerkte zu der Rede resümierend: „Originell war er in dieser traurigen Sache nicht. Was er sagte oder nachsprach, war seinem Publikum zumindest in großen Umrissen bekannt"[272] und ferner: „Nicht große Gedanken haben in dieser politischen Atmosphäre auf die Menschen gewirkt, sondern Hitlers fast unmenschliche Gabe, ‚Historisches', Aktuelles, kurze Hinweise auf die Tagespolitik und der Tagesereignisse zusammenzukneten im Zeichen des Ressentiments und des Hasses – aber auch im Zeichen der Hoffnung – bis alles auf den einzigen Punkt konzentriert ist: Die NSDAP befreit euch von der Judenherrschaft"[273].

269 Vgl. U. D. Adam, S. 24.
270 Vgl. A. Hitler, Aufzeichnungen, S. 184–204 und R. Phelps, S. 390–420.
271 A. Hitler, Aufzeichnungen, S. 390f.
272 R. Phelps, S. 396.
273 Ebd., S. 400.

Bemerkenswert und daher häufig zitiert ist auch eine Stelle aus Hitlers programmatischer Schrift „Mein Kampf", in welcher er erklärte: „Hätte man zu Kriegsbeginn und während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie Hunderttausende unserer allerbesten deutschen Arbeiter aus allen Schichten und Berufen es im Felde erdulden mußten, dann wäre das Millionenopfer der Front nicht vergeblich gewesen. Im Gegenteil: Zwölftausend Schurken zur rechten Zeit beseitigt, hätte vieleicht eine Million ordentlicher, für die Zukunft wertvoller Deutscher das Leben gerettet"[274].

Für Adolf Hitler waren der „Rassenantisemitismus" und der Eroberungskrieg im Osten – d.h. die zumindest kontinental-europäische Hegemonie – die programmatischen Kernpunkte seiner Weltanschauung.[275] Keinesfalls übersehen werden darf an dieser Stelle aber die taktische Funktion des Antisemitismus als integrativer Faktor der divergierenden Kräfte des Nationalsozialismus,[276] und ferner die Aufgabe der Ablenkung von der entscheidenden Tatsache, daß die NSDAP eine auf Hitler bezogene Bewegung ohne wirkliche politische und wirtschaftliche Konzeption war.[277] Der Nationalsozialismus beinhaltete ein Sammelsurium von widersprüchlichsten Verheißungen,[278] und seine Aussagen reduzierten sich vielfach allein auf Negation.[279]

Im Endeffekt bedeutet der nationalsozialistische Antisemitismus die Verbindung des „Sozialdarwinismus" und des „Rassenantisemitismus" mit einer Fülle von oft wiederholten Vor- und Pauschalurteilen. Nach dem nationalsozialistischen Weltbild hielten die Juden trotz ihres geringen Bevölkerungsanteiles alle Schlüsselstellungen im geistigen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben in Deutschland besetzt, und erschienen als die Inkarnation des Bösen schlechthin.

Hinzu kamen manche neue – romantisierende und ebenfalls völlig unwissenschaftliche – Spekulationen wie die „Verbundenheit von Blut und Boden" (Walter Darré), die „Abwehr des nach Weltherrschaft strebenden Judentums" (Dietrich Eckart), das „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes" (Gottfried Feder) und die gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion", welche eine jüdische Weltverschwörung vortäuschen sollten.[280] „Bestimmte verhaßte Ideen werden dialektisch mit verhaßten Gruppen zusammengeklammert. Das Maßgebende dabei ist der Haß"[281].

Die von den Nationalsozialisten hervorgehobene Unterscheidung zwischen „jüdisch" und „deutsch" muß eigentlich erneut als Unterscheidung zwischen „liberal" und „antiliberal" – bzw. nach nationalsozialistischem Verständnis zwischen „liberal" und „nationalistisch" – angesehen werden, obwohl sich viele der deutschen Juden durchaus als national den-

274 A. Hitler, Mein Kampf, S. 772.
275 Vgl. E. Jäckel, Weltanschauung, S. 66.
276 Vgl. I. Kershaw, S. 344 und D. Rebentisch/ A. Raab, S. 229.
277 Vgl. K.D. Erdmann, S. 31.
278 Vgl. B. Martin, S. 294.
279 Vgl. U.D. Adam, S. 42.
280 Vgl. M. Michalka, S. 211ff.
281 R. Weltsch, S. 543.

kend verstanden. Das deutsch-jüdische nationale Denken bezog sich dabei auch ganz konkret auf Deutschland, und nicht etwa auf das Dasein als eine ausgegrenzte eigene „Nation".[282]

Obwohl sich der Nationalsozialismus nicht nur den Juden, sondern auch den christlichen Konfessionen, gegenüber als antireligiös darstellte, bediente er sich selbst vielfach pseudoreligiöser Rituale wie Fahnenweihen, Strahlendome und des mystifizierenden Zeichens des Hakenkreuzes. Darin lag ein weiterer integrativer Faktor der „Bewegung", da somit die Erfüllung von Befreiungszuversichten vorweggenommen schien.[283]

Auf jeden Fall gelang es erst Hitler und der von ihm geführten Partei, aus der schon lange vorhandenen Judenfeindlichkeit und dem Antisemitismus politisches Kapital zu schlagen.[284] Der bereits mehrfach angesprochene antisemitisch eingestellte Mittelstand bildete das Hauptreservoir der nationalsozialistischen Bewegung und Wählerschaft. „Seine wirtschaftliche Bedrängnis war eine ganz wesentliche unter mehreren notwendigen Voraussetzungen für die nationalsozialistische Machtergreifung"[285].

Andere Wählerschichten akzeptieren diesen eigentlich sehr offen hervorgetretenen Punkt „Antisemitismus" zumindest stillschweigend, auch wenn manche ihn als reines taktisches Wahlkampfmittel ansehen mochten.

Anders stellte sich die Situation aber bei den Parteimitgliedern – der „Bewegung" – dar. Diese mußten sich sehr wohl aktiv zu einer antisemitischen Grundhaltung bekennen, obgleich der Nationalsozialismus nie eine ideologisch geschlossene Partei darstellte.[286]

5.3 Die Verwirklichung antisemitischer Politik 1933–1939

Bei allen weiterbestehenden und wiedererstarkenden judenfeindlichen Tendenzen stellten die Zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts doch die Zeit der größten Integration und praktischen Gleichstellung der Juden in der deutschen Gesellschaft dar. Sie bildeten eine Minorität, die sich durch Assimilation und Vermischung mit der Majorität in der Auflösung befand.[287]

Für Offenbach wird das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden in diesen Jahren sogar als besonders gut geschildert, was erneut auf die spezielle politische Situation der Stadt mit ihrer starken kommunistischen, sozialdemokratischen und liberalen Komponente zurückgeführt wird. Latenter Antisemitismus sei jedoch trotz allem auch hier vor-

282 Vgl. R. Weltsch, S. 555.
283 Vgl. K.D. Erdmann, S. 41.
284 Vgl. U.D. Adam, S. 22.
285 H. Genschel, S. 42.
286 Vgl. B. Martin, S. 294.
287 Vgl. R. Weltsch, S. 559.

handen gewesen, habe sich aber zumeist nur in vereinzelten persönlichen Beschimpfungen ausgedrückt.[288]

Aus dem 19. Jahrhundert ist uns dazu eine interessante Begebenheit überliefert. Am 14. März 1893 kam es auch in Offenbach zu einer Antisemitenkundgebung. Hauptredner war Liebermann von Sonneberg, welcher über die „Macht des jüdischen Kapitals" sprach. Der sozialdemokratische Abgeordnete Carl Ulrich griff dabei den Redner tätlich an, und wurde daraufhin aus dem Saal entfernt. Zwei Tage später berief Ulrich eine Protestversammlung ein, und hob seine Verbundenheit mit dem Judentum hervor.[289]

Dennoch waren auch später in der Stadt ganz konkrete judenfeindliche Haltungen erkennbar, denn die „CV"-Zeitung meldete am 4. September 1931: „Auf dem jüdischen Friedhof in Offenbach a. M. wurden in der Nacht vom 16. zum 17. August d. J. zwei Grabsteine von ihren Sockeln gestürzt. Anhaltendes Regenwetter hatte jede Spur verwischt, so daß die Täter bis heute nicht ermittelt werden konnten. Es war dies die 103. Friedhofsschändung seit 1923"[290].

Judenfeindliche Haltungen und Äußerungen bedeuteten für die davon Betroffenen natürlich keineswegs neue Erscheinungen, doch wurden sich breite Schichten politisch uninteressierter und zudem assimilierter Juden der Gefahr durch den Nationalsozialismus nicht bewußt, und wollten häufig auch nicht glauben, daß diese ihre antisemitischen Aussagen in die Tat umsetzen würden.[291]

Auch in Offenbach nahmen viele der jüdischen Einwohner die antisemitischen Parolen des aufstrebenden Nationalsozialismus nicht besonders ernst.[292] Manche von ihnen waren sogar der Auffassung, nicht die eingesessenen, sondern allein die „Ostjuden" seien davon betroffen.[293] Die „Ostjuden" selbst waren wiederum für derartige Bedrohungen infolge schmerzlicher Erfahrungen viel sensibler, und empfanden den aufstrebenden Nationalsozialismus durchaus als ernsthafte Bedrohung.[294] Andere Gemeidemitglieder – wie z. B. die Familie Bachrach – waren sich der Gefahr wohl bewußt, gaben sich aber der trügerischen Hoffnung hin, daß die Nationalsozialisten nicht an die Macht kommen und ihre Vorstellungen verwirklichen würden.[295]

Die zionistische „Jüdische Rundschau" schrieb allerdings schon am 8. Juli 1930 in weiser Voraussicht: „Es ist höchstwahrscheinlich, daß die ersten Opfer in der großen Auseinandersetzung zwischen altem und neuem Deutschland die Juden sein werden. Der Kampf

288 Persönliche Auskünfte durch Erich Fried, Rahel Schlafmann, Shimon Fuchs, Berthold Wolf, Philipp Kohlmann und Andere.
289 Vgl. T. Reichert, S. 18f. Die Glaubwürdigkeit dieser Episode wird sicherlich durch die Tatsache gestützt, daß der seinerzeitige Stadtarchivar Reichert dem NS sehr nahe gestanden haben soll.
290 CV-Zeitung vom 4. September 1931, S. 431.
291 Vgl. A. Paucker, Abwehrkampf, S. 406.
292 Persönliche Auskünfte durch Paula Schindler.
293 Persönliche Auskünfte durch Rahel Schlafmann.
294 Persönliche Auskünfte durch Shimon Fuchs.
295 Schriftliche Auskünfte durch H. A. Bachrach.

um das neue Deutschland wird auf dem Rücken und auf Kosten der Juden zur Austragung gelangen"[296].

Die sich den Juden bietenden Möglichkeiten der Abwehr der Gefahr waren jedoch beschränkt auf Apelle an die Vernunft und Argumentation, die aber scheiterten, „weil es gar nicht um Erkenntnis der Wahrheit ging, sondern um einen Machtkampf, bei dem die Juden als politisches Schlagwort einen Symbolwert hatten"[297].

Einen Hinweis auf einen solchen Versuch der Aufklärung finden wir für die Stadt Offenbach erneut in der „CV"-Zeitung, die bereits am 21. März 1930 berichtete: „Auch in Offenbach a. M. legte Dr. Hollander am 15. März vor zahlreichen geladenen nichtjüdischen Gästen den Fragenkomplex klar, der infolge der völkischen Verhetzung jeden wohlmeinenden Nichtjuden zur Stellungsnahme zwingt"[298]. Es gab jedoch – so R. Weltsch – in Deutschland keine „spontane, nicht von Juden getragene oder inspirierte Abwehrbewegung gegen den Antisemitismus"[299].

Wie bereits angedeutet, bestanden die Zielvorstellungen der Nationalsozialisten um Hitler in der weitgehenden Ausschaltung der Juden aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens und einem „judenfreien" Deutschland vor dem Ausbruch des geplanten Eroberungskrieges im Osten. Allerdings hatte Hitler keinerlei Konzept, wie die weltanschaulichen Programmpunkte verwirklicht werden sollten.[300] „Mit dem zynischen Opportunismus des Machttechnikers verstand er es allerdings meisterhaft, seine weltanschaulichen Grundüberzeugungen kurzfristigen Zweckmäßigkeitserwägungen unterzuordnen"[301].

Der Nationalsozialismus war dagegen stets bemüht, den Eindruck einer administrativen, zentralistischen Entscheidungsfindung – eines „monolithischen" Blocks – zu vermitteln. Die Zeitgeschichtsschreibung rückt jedoch – gestützt auf neuere Untersuchungen der inneren Struktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems – immer mehr von dieser zunächst auch von ihr übernommenen Vorstellung ab. Betont wird dementgegen nun die „Polykratie" des Systems, das nahezu undurchdringliche Neben- und Gegeneinander miteinander konkurrierender Machtgruppen und Interessenskonstellationen, Ämter und Kompetenzen.[302]

Die Ämtervielfalt hatte ihren Ursprung in der Struktur der NSDAP vor der Machtergreifung als reine Wahlorganisation. Die Partei war nicht straff organisiert und mit einer durchgehenden Befehlsstruktur ausgestattet, „sondern beruhte auf dem Prinzip weitgehender Handlungsfreiheit ihrer Unterorganisationen"[303].

296 Zitiert bei D. Michaelis, S. 16.
297 R. Weltsch, S. 553.
298 CV-Zeitung vom 21. März 1930, S. 147.
299 R. Weltsch, S. 553.
300 Vgl. U.D. Adam, S. 357f.
301 U.D. Adam, S. 358.
302 Vgl. U.D. Adam, S. 355ff., M. Michalka, S. 219, M. Broszat, Motivation, S. 392ff., P. Hüttenberger, S. 417ff.
303 H. Mommsen, S. 51.

Im Anschluß an die Machtergreifung sah sich die NSDAP zunächst den Kräften der alten Ordnung – verkörpert durch Reichswehr, Wirtschaft und Verwaltung – gegenüber. Nach einer Zeit des Gleichgewichtes der einzelnen Herrschaftsträger wurden die traditionellen Kräfte allmählich von den totalitären Elementen des Nationalsozialismus durchdrungen und schließlich ganz verdrängt. Das dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem eigene Kompetenzenchaos ließ sodann keine planmäßige, kalkulierte und zielgerichtete Politik mehr zu. Gerade die Desorganisation bildete das Fundament, auf welchem der totale Staat errichtet wurde, nachdem die konservativen Kräfte unterlegen waren. Hitler selbst begünstigte durchaus das schon herrschende Chaos durch die Schaffung immer neuer Sonderbehörden.[304]

In diesem Zustand der Kompetenzenvielfalt und Kompetenzenunsicherheit hatte sodann gerade der Radikalste die besten Aussichten, als systemkonform zu gelten, bzw. Kompetenz zu beweisen, und seine Vorstellungen durchzusetzen. Dies bedingte eine sich immer mehr verschärfende und radikalisierende Politik (Dynamik des Systems).

Entscheidungen waren im nationalsozialistischen Herrschaftssystem selten das Resultat langfristiger Planungen, vielmehr spitzten sich Konflikte regelmäßig zu, führten zu anscheinden ausweglosen Situationen und kamen in einer „Ausnahmesituation" zur Lösung. „Politik war im Dritten Reich letztenendes nichts anderes als eine unablässige Kette politischer, militärischer und moralischer Ausnahmesituationen"[305].

Diese Erkenntnisse auf die „Judenpolitik des Dritten Reiches" anzuwenden, ist nicht unproblematisch. Zumindest in der Rückschau erscheint die Praxis der Entrechtung und Diskriminierung als konsequente und kontinuierliche Durchführung eines vorgefaßten Planes.

Uwe Dietrich Adam erarbeitete jedoch, daß die Judenpolitik, obwohl schon im Jahre 1933 umfassende Ausschaltungsmaßnahmen formuliert waren, keineswegs kontinuierlich verlief. Es wechselten vielmehr Phasen der Ruhe mit Zeiten hektischer Aktivität. „Diese Eruptionen, die die Judenpolitik jeweils ruckartig politisch verschärften, sind der äußere Widerschein des Kampfes zwischen dem totalitären Anspruch des Nationalsozialismus mit den Rudimenten der normenstaatlichen Ordnung. In eben dem Maße, in dem das Judentum sukzessive verfolgt und entrechtet wurde, drangen die totalitären Elemente, das Gerüst der rechtsstaatlichen Ordnung immer weiter unterhöhlend, vor"[306]. Solange es sich vermeiden ließ, griff Hitler nicht direkt in die Judenpolitik ein, sondern hoffte offenbar, daß die dynamisch-totalitären Kräfte das „Problem" in seinem Sinne lösen würden.[307] Den einzelnen Instanzen wurde es somit überlassen, „die Leitlinien auszufüllen, also nach Wegen und Mitteln zu suchen, die die konkrete Umsetzung der nationalsoziali-

304 Vgl. U.D. Adam, S. 358ff.
305 H. Mommsen, S. 66.
306 U.D. Adam, S. 359.
307 Vgl. ebd., S. 358

stischen Rassendoktrin in die Wirklichkeit erlaubten. Einflußnahme und Profilierung waren damit gewährleitstet"[308].

Mag auch das jüdisch-nichtjüdische Verhältnis in der Stadt Offenbach aus den genannten Gründen gut oder sogar sehr gut gewesen sein, spätestens nach der Wahl vom 5. März 1933, als die Nationalsozialisten auch hier die Macht endgültig in die Hände bekamen, begann ebenso für die Offenbacher Juden ein nicht für möglich gehaltener Leidensweg.

„Die Reaktion des deutschen Judentums auf die politische Umwälzung von 1933 (...) war nicht nur Schock und lähmendes Entsetzen, sondern auch Selbstbesinnung, Selbsthilfe und das Wiederentdecken eigener geistiger jüdischer Quellen"[309].

Auf den Aspekt der jüdischen Selbsthilfe werden wir später noch ausführlich zu sprechen kommen. An dieser Stelle wollen wir uns zunächst der allgemeinen Entwicklung bis zum Jahre 1939 zuwenden.

Auch in Offenbach hatten die veränderten Verhältnisse durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten konkrete Auswirkungen für die jüdischen Bürger der Stadt. So befand sich unter den Entlassenen anläßlich der Neubildung der Stadtverwaltung auch Julius Kahn,[310] der bisherige Vorsitzende des Offenbacher Einzelhandels, Oppenheimer, wurde „abgewählt",[311] und am 30. März 1933 wurden verschiedene Personen im Schulwesen beurlaubt, unter ihnen der Direktor der gewerblichen Abteilung der Berufsschule Gabriel.[312] Weiterhin wurden die jüdischen Tierärzte des Schlachthofes Strauß und Wolfstein beurlaubt,[313] und ein Jude namens Stiefel aus dem Kleinen Biergrund verhaftet, da er von „Greueltaten" in Deutschland gesprochen habe.[314]

Auf den Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 werden wir ebenfalls noch gesondert eingehen, den eigentlichen Beginn der ersten Hauptphase der nationalsozialistischen Judenverfolgung mit der „gesetzlichen" Ausschaltung aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens[315] kennzeichnet das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums"[316] vom 7. April 1933. Danach wurden alle Beamte, die auch nur einen jüdischen Großelternteil hatten, in den Ruhestand versetzt. Betroffen waren von diesem Gesetz u. a. über zweitausend Wissenschaftler und Hochschullehrer, darunter weltberühmte Gelehrte.[317]

308 K. Kwiet, S. 164.
309 D. Michaelis, S. 15.
310 ON vom 29.03.1933. Zitiert bei R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 141f.
311 ON vom 29.03.1933. Ebd., S. 139.
312 ON vom 30.03.1933. Ebd., S. 144.
313 ON vom 30.03.1933. Ebd., S. 145.
314 ON vom 08.04.1933. Ebd., S. 143f.
315 Vgl. H. Krausnick, S. 261 und W. Scheffler, S. 17.
316 RGBl I, S. 175ff.
317 Vgl. H. Krausnick, S. 262.

Auf Intervention des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“[318] erwirkte der Reichspräsident von Hindenburg, daß von diesem Gesetz diejenigen „nichtarischen“ Beamten ausgenommen wurden, die entweder vor dem 1. August 1914 bereits Beamte oder aber Frontkämpfer gewesen waren, oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen waren.[319] Diese Aufzählung zeigt jedoch, daß die Intervention und ihr Ergebnis nicht als in erster Linie projüdisch verstanden werden kann. Die Stattgabe des Einspruches an sich verdeutlicht aber, wie taktisch vorsichtig die Nationalsozialisten zunächst vorgehen mußten, solange ihre Macht noch nicht gefestigt war.

Insgesamt erfolgten bis zum Ende der Herrschaft der Nationalsozialisten im „Altreich“ 1.973 (eintausendneunhundertdreiundsiebzig) Gesetze, Verordnungen, Maßnahmen usw., wobei die Aufzählung des zugrundeliegenden Werkes keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.[320] Die „gesetzlichen“ Maßnahmen des Nationalsozialismus können jedoch keineswegs als Recht bezeichnet werden, da solche „Ausnahmegesetze“ gegen das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz verstoßen. Diese Scheinlegalität ist aber ein Merkmal totalitärer Herrschaft.[321]

Offenbar aufgrund des Gesetzes vom 7. April 1933 wurden in Offenbach die Lehrer Dr. Markus Strauß, Heinrich Lichtenstein und Jakob Strauß[322] sowie Dr. Schwarzschild vom Gymnasium beurlaubt.[323]

Dem Ausschluß der „nichtarischen“ Beamten und danach der Rechtsanwälte folgte bald die Beendigung der Tätigkeit „nichtarischer“ Ärzte, Zahnärzte und Zahntechniker bei den Krankenkassen.[324] Nach dem „Gesetz gegen die Überfüllung von deutschen Schulen und Hochschulen“[325] vom 25. April 1933 wurde ein „numerus clausus“ für die jüdischen Schüler und Studenten eingeführt. Ihr Anteil an den jeweiligen Lehranstalten durfte den relativen Bevölkerungsanteil fortan nicht mehr überschreiten.

Je nach ihrem Alter und ihren finanziellen Möglichkeiten verließen daraufhin manche der Offenbacher die Ausbildung in Schule und Universität, begannen eine Lehre oder aber beendeten ihre Schulausbildung im Ausland, wie z. B. Helmut Meyer in der Schweiz.[326]

Am 25. April 1933 meldeten die „Offenbacher Nachrichten“, am 26. April die „Offenbacher Zeitung“, daß in Offenbach Wandparolen von Schutzhäftlingen entfernt werden müssten, deren Parteien für die Parolen verantwortlich wären.[327]

318 Das Schreiben ist abgedruckt bei U. Dunker, S. 200ff.
319 Vgl. H. Krausnick, S. 262.
320 Vgl. J. Walk, S. 3–406.
321 Vgl. H. Krausnick, S. 261.
322 ON vom 23.04.1933. Zitiert bei R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 166.
323 ON vom 29.04.1933. Ebd., S. 169.
324 Vgl. H. Krausnick, S. 263.
325 RGBl I, S. 225.
326 Persönliche Auskünfte durch Helmut K. Meyer.
327 Zitiert bei R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 167.

Die „Offenbacher Nachrichten" berichteten dann am 28. April 1933 über die Durchführung dieser Säuberungsaktion: „Unter Aufsicht der Hilfspolizei sieht man manch bekannte und jetzt gefallene Größe aus dem marxistischen Lager (...) Auch die Herren Weinberg und Oppenheimer waren darunter"[328].

Diese Aussage war allerdings mit ziemlicher Sicherheit eine bloße Unterstellung. Der Rechstanwalt Weinberg verteidigte zwar oft Sozialdemokraten,[329] doch hatten die Nationalsozialisten noch andere Gründe, sich an ihm zu rächen. Er verhinderte nämlich als Vorsitzender des „Offenbacher Fußballclub Kickers", daß Adolf Hitler im Juni 1932 auf dem Vereinsgelände sprechen konnte. Hitler mußte damals auf ein nahegelegenes Sportfeld ausweichen. Diese Haltung war es höchstwahrscheinlich, die Weinberg noch im Jahre 1932 den Vorstandsposten kostete.[330]

Ernst Oppenheimer hingegen gehörte nach eigenen Aussagen keiner politischen Partei an. Er erinnert sich an die damaligen Vorgänge aber noch sehr genau. Aus dem am Marktplatz gelegenen Kaufhaus seines Vaters – in welchem er ebenfalls beschäftigt war – wurde er festgenommen und mußte der Gruppe zum Wilhelmsplatz folgen. Dort erhielten er und Dr. Weinberg Zahnbürsten in die Hand gedrückt, mit denen sie die mit Ölfarbe auf das Pflaster gemalten kommunistischen Parolen zu entfernen hatten. Die ganze Aktion spielte sich am Tage und in aller Öffentlichkeit ab, doch auch im einstmals so „roten" Offenbach erhob sich keine Stimme für die beiden Juden. Ganz im Gegenteil: Ernst Oppenheimer mußte sich noch obszöne und beleidigende Äusserungen aus der umstehenden Menge anhören. Nach einem anschließenden kurzen Aufenthalt in der Polizeistation konnte er dann aber wieder nach Hause gehen.[331]

Selbstverständlich war es den beiden Männern nicht gelungen, die Parolen mit derart lächerlichen Hilfsmitteln gänzlich zu entfernen. Dies lag auch gar nicht in der Absicht ihrer Peiniger. Es handelte sich um eine rein schikanöse Aktion, die eines ganz deutlich zeigte und auch zeigen sollte: Die öffentliche Diskriminierung durch die neuen Machthaber hatte auch in Offenbach nun massiv eingesetzt.

Als Grundlage der Verdächtigungen gegen Ernst Oppenheimer ist wohl zu sehen, daß sein Vater Hugo – der „Demokrat" gewesen sei – ungefähr in den Jahren 1925 bis 1928 auch in der kommunistischen „Arbeiterzeitung" Inserate aufgegeben hatte. Die Kommunistin Änne Salzmann empfahl daraufhin ihren Parteifreunden, vorzugsweise bei Oppenheimer zu kaufen.[332]

Am 30. April 1933 meldeten die „Offenbacher Nachrichten", Rechtsanwalt H. habe sein Büro mit dem jüdischen Anwalt Dr. (Bernhard) Katz vereinigt und sei daher sicherlich

328 Zitiert bei R. Kirchner/H. Schweitzer, S. 167.
329 Vgl. ebd., S. 12.
330 ON vom 17.06.1932 und vom 28.06.1932. Zitiert bei R. Kirchner/H. Schweitzer, S. 12 und S. 32.
331 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.
332 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer, Karl Schild und Änne Salzmann.

„blind für die Zeichen der Zeit". Kurze Zeit darauf erfolgte die Mitteilung, daß sich die Anwälte wieder getrennt hätten.[333]

Im Zusammenhang mit den schon bei der allgemeinen politischen Entwicklung Offenbachs geschilderten Feierlichkeiten zum 1. Mai 1933 durften die jüdischen Geschäfte zwar ihre Häuser beflaggen, dazu aber keine Hakenkreuzfahnen verwenden.[334] Zur Feier selbst wurden insgesamt 115 Häftlinge aus dem Konzentrationslager Osthofen entlassen, darunter jedoch keine Juden.[335]

Die öffentliche Meinungsäußerung – vor allem antinationalsozialistischer Art – barg nun auch in Offenbach unabsehbare Folgen in sich. Der jüdische Bäcker Moses Lind wurde wegen der Verbreitung von „Greuelmärchen" verhaftet[336] und wenig später in das Konzentrationslager Osthofen überführt.[337] Wilhelm Altschul wurde wegen „Beleidigung des Reichskanzlers" verhaftet,[338] Sofie Nachmann wegen „Beleidigung der Regierung und der SA" in Schutzhaft genommen.[339]

Im Sommer 1933 mußten sich auch Dr. Karl Kanka und Dr. Eduard Lachmann von Dr. Siegfried Guggenheim – dem Senior der Anwaltspraxis – trennen, blieben ihm jedoch bis zu seiner Auswanderung im Jahre 1938 und – soweit dies möglich war – darüber hinaus verbunden.[340]

In der Folgezeit schritten die Diskriminierung und Entrechtung der Juden immer stärker voran. Am 22. September 1933 erging das „Gesetz über die Errichtung der Reichskulturkammer",[341] nach welchem die Juden zu den neu zu bildenden Fachkammern nicht mehr zugelassen und auf eigene künstlerische und kulturelle Vereinigungen angewiesen waren. In enger Verknüpfung damit stand das „Schriftleitergesetz"[342] vom 4. Oktober 1933. Auf der Grundlage beider Gesetze beherrschte fortan Reichspropagandaminister Goebbels den gesamten Sektor der Presse, des Schrifttums, des Theaters, des Rundfunks, der Musik und der bildenden Kunst. Ihm oblag es auch, zu entscheiden, wer aufgenommen werden sollte. So schaltete er fast alle Juden aus dem Pressewesen und der Kultur aus, ließ sie aber auf dem Gebiet des Films und des Theaters weiterarbeiten, sofern er dies aus künstlerischen oder gesellschaftlichen Gründen für sinnvoll erachtete.[343]

333 Zitiert bei R. Kirchner/H. Schweitzer, S. 169.
334 ON vom 29.04.1933. Zitiert bei R. Kirchner/H. Schweitzer, S. 173.
335 ON vom 20.05.1933. Ebd., S. 176.
336 ON vom 16.05.1933. Ebd., S. 189.
337 ON vom 18.05.1933. Ebd., S. 192.
338 ON vom 16.06.1933. Ebd., S. 208.
339 ON vom 23.06.1933. Ebd., S. 212.
340 OP vom 03.10.1973 (Erinnerungen Dr. Karl Kankas).
341 RGBl I, S. 661.
342 RGBl I, S. 713.
343 Vgl. U. D. Adam, S. 79f.

Kehren wir an dieser Stelle nun aber wieder zur Situation in Offenbach zurück:

Am Abend des 13. Dezember 1933 hielt Dr. Dienemann einen Vortrag, und die regelmäßig zuhörenden Polizeibeamten machten sich offenbar ihren eigenen Reim auf das Gesagte. Jedenfalls wurde der Rabbiner am nächsten Tag verhaftet und in das KZ Osthofen bei Worms eingeliefert, obwohl von Zuhörern des Vortrages ein Bericht über dessen wahren Inhalt und Bedeutung an die Polizei geschickt wurde.[344]

Die „Hessische Polizeidirektion Offenbach a/M" stellte dem sich in „Schutzhaft" befindlichen Rabbiner daraufhin am 15. Dezember ein Schreiben folgenden Inhaltes zu:

„Wir nehmen Sie in Schutzhaft, weil sie in Ihrem Vortrag am 13. 12. 1933 im israelitischen Gemeindehaus in Offenbach a. M. sinngemäss etwa folgendes ausführten:
Herodes sei nach der Geschichtsschreibung Jude gewesen, man könne aber sagen, daß er ein getünchter gewesen sei, der sich nur durch seine brutale Barbarei habe durchsetzen können. Herodes sei ein Barbar Arabiens gewesen. Er habe nicht weniger als 10 Frauen gehabt. Seine erste Frau habe er hinrichten lassen. Auch sein Großvater und seine beiden Söhne seien durch seine Hand gefallen. Wollt Ihr noch mehr hören? Setzen wir uns zurück in die Zeit 30 Jahre vor Christus und 10 Jahre in bezug auf unsere heutige Zeit, als die Franzosen am Rhein waren. *Was kann uns daran liegen, ob wir von einem Polizeipräsidenten oder von einem französischen General regiert werden?*
Die Redewendung des letzten Satzes im Zusammenhang mit den Ausführungen bezüglich Herodes stellen eine gemeine Beschimpfung und Herabwürdigung deutscher Polizeipräsidenten dar, die als Organe des Staates für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit eingesetzt sind. Auch haben sie durch diese Äusserung eine äusserst staatsfeindliche Einstellung zum Ausdruck gebracht.
Durch Ihr Verhalten, das in die Öffentlichkeit gedrungen ist, ist in den national denkenden Kreisen eine derart feindliche Stimmung entstanden, daß Angriffe auf Ihre Person zu besorgen sind"[345].

Mally Dienemann – die sich um die Klarstellung der Angelegenheit und die Freilassung ihres Mannes bemühte – erhielt vom „Polizeidirektor in Offenbach a. Main" mit Datum vom 19. Dezember folgendes Schreiben:
„Auf Ihr Schreiben vom 16. 12. 1933 teile ich Ihnen mit, daß ich nicht in der Lage bin, von meiner Entscheidung abzugehen.
Die beiden Überwachungsbeamten bestätigen mit aller Bestimmtheit, daß die Äusserungen Ihres Mannes so gefallen sind, wie sie im Polizeibericht wiedergegeben sind.
Es ist ausgeschlossen, daß sich beide Beamte, die als besonders zuverlässig bekannt sind, so verhört haben können.
Selbst wenn Einzelheiten des Vortrags missverstanden sein sollten, so ist doch bezeichnend, daß Sie von einem Polizeipräsidenten in Ihrem ‚Referat' nichts erwähnen, während

344 Vgl. M. Dienemann, S. 55f.
345 LBInst, Signatur AR-C 1177 3050 I.4.

nach den Angaben der Beamten das Wort ‚Polizeipräsident' im Zusammenhang mit den Worten ‚französischer General' fiel. In diesem Vergleich liegt eine Beleidigung.
Ich bin der Ansicht, dass Ihr Mann wohl im schriftlichen Konzept seiner Rede, falls ein solches vorhanden ist, derartige Bemerkungen unterlassen hat, dass sie ihm aber beim mündlichen Vortrag spontan entschlüpft sind.
Da ich in der Tätigkeit der israelitischen Kultusgemeinde – auch soweit es sich um ausserreligiöse Dinge handelt – keine Schwierigkeiten bereitet hatte, ist es umso bedauerlicher, daß eine derartige Entgleisung geschah, die ich selbstverständlich nicht ungeahndet lassen kann"[346].

Der „Israelit" berichtete am 21. Dezember über die Inhaftierung des Rabbiners.[347] Auch im „Jewish Cronicle" erschien einen Tag später ein Bericht über den Vorfall. Hier wurde ergänzend ausgeführt, schon am Tage vor seinem Vortrag habe man Dienemanns Wohnung durchsucht und drei Bücher entfernt, darunter eine Novelle von Thomas Mann. Der Artikel schließt mit dem bezeichnenden Satz: "We learn, that police were present at a recent lecture that he gave to the Jewish Historical Society of Offenbach, which suggests that he was a marked man"[348].

Dienemann durfte in Osthofen jedoch sowohl Briefe schreiben als auch empfangen,[349] und sogar ein Besuch war gestattet. Ernst Oppenheimer fuhr die Frau des Rabbiners zunächst nach Wiesbaden, und dann mit dem Wiesbadener Rabbiner Dr. Lazarus zusammen nach Osthofen.[350]

Nach ca. einer Woche wurde Dienemann aus dem Konzentrationslager entlassen,[351] obwohl er zunächst ohne Verhandlung zu einer sechswöchigen Haft verurteilt worden war.[352] Seine Entlassung erfolgte, da sich ein führender Offenbacher Nationalsozialist für ihn einsetzte.[353]

Ein wesentlicher Effekt des antijüdischen Vorgehens war für die Binnenstruktur auch der Jüdischen Gemeinde in Offenbach, daß man näher zusammenrückte, sich auf Traditionen rückbesann und wieder verstärkt jüdisches Wissen aneignen wollte. Durch die veränderten Verhältnisse wuchsen auch die Aufgaben des Rabbiners. Er wurde in Fragen der Auswanderungsvorbereitung und der Berufsumschichtung konsultiert.[354] Auf diesen Fragenkomplex sowie die am 1. April 1934 eröffnete Jüdische Bezirksschule werden wir ebenfalls noch später zu sprechen kommen.

346 LBInst, Signatur AR-C 1177 3050 I.5.
347 Der „Israelit" vom 21. Dezember 1933, S. 5.
348 Jewish Cronicle vom 22. Dezember 1933, S. 12.
349 Vgl. M. Dienemann, S. 56f.
350 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.
351 Mally Dienemann erinnert sich an neun Tage Haft (Vgl. S. 57), der Jewish Cronicle vom 5. Januar 1934 berichtete dagegen von einer einwöchigen Inhaftierung (Vgl. S. 16).
352 Jewish Cronicle vom 5. Januar 1934, S. 16.
353 Vgl. M. Dienemann, S. 57.
354 Vgl. ebd.

Die Ausbildungsverordnung für Juristen vom 22. Juli 1934 verlangte die „arische" Abstammung nun auch als Voraussetzung für die Zulassung zu juristischen Prüfungen.[355] Unmittelbar von dieser Einschränkung war in Offenbach Walter Strauß, der Sohn des Lehrers Jakob Strauß, betroffen. Er hatte bis 1929 in Frankfurt Volkswirtschaft und danach in Gießen Jura studiert, wurde aber 1934 dann aus dem juristischen Vorbereitungsdienst ausgeschlossen.[356]

Wie wir schon erfuhren, verlief die nationalsozialistische „Judenpolitik" keineswegs kontinuierlich. Der antijüdische Terror von der Machtergreifung an bis in den Sommer 1933 hinein stand dabei noch ganz im Zusammenhang mit der Stabilisierung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in wechselseitiger Verbindung von Politik einerseits und Terror durch SS und SA andererseits.[357]

Im Jahre 1934 schwächten sich die Aktionen und Maßnahmen aufgrund des massiven Protestes aus dem Ausland wieder ab. Zudem nahm der Unmut der konservativen Kabinettsmitglieder gegen die Ausuferung der judenfeindlichen Gesetzgebung zu.[358]

Die weitaus schwerste Belastung für die Betroffenen war jedoch die den allgemeinen Terror der „Bewegung" und die „gesetzlichen" Ausschaltungsmaßnahmen begleitende menschliche Ächtung. Allem voran das einen primitiven – sexuell orientierten – Antisemitismus verbreitende Hetzblatt „Der Stürmer" des Gauleiters von Franken Julius Streicher, sowie die vielen diskriminierenden Schilder „Juden unerwünscht", suchten die jüdischen Mitmenschen zu Aussätzigen zu stempeln.[359]

Nichts wurde nun mehr geachtet, was die Juden in der Vergangenheit an Leistungen vollbracht hatten. „Selbst die Toten wurden von der Propaganda nicht in Ruhe gelassen und die Namen der jüdischen Gefallenen zum Teil von den Gedenktafeln für die Opfer des ersten Weltkriegs entfernt"[360].

Auch in Offenbach waren derartige Veränderungen konkret spürbar. Manche ehemaligen Freunde und Bekannte gingen nun auf der Straße an den Juden vorbei, als hätten sie diese nie gekannt.[361]

Selbst wenn das Jahr 1934 reichsweit im judenfeindlichen Vorgehen als Phase der Ruhe gelten kann, so gab es auf lokaler Ebene doch auch weiterhin Schikanen.

Der Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges Willy Bachrach stand in seinen vaterländischen Gefühlen mit Sicherheit den nichtjüdischen Deutschen keineswegs nach. Für ihn wie für

355 Vgl. H. Krausnick, S. 263f. und W. Hofer, S. 178.
356 Schriftliche Auskünfte durch Walter Strauß.
357 Vgl. U. D. Adam, S. 46.
358 Vgl. ebd., S. 83.
359 Vgl. H. Krausnick, S. 265f.
360 W. Scheffler, S. 19.
361 Persönliche Auskünfte durch Berthold Wolf; schriftliche Auskünfte durch H.A. Bachrach.

Gleichgesinnte war es daher ein kaum nachvollziehbarer Schock, zu sehen, was sich in *ihrem* Deutschland – für das sie ihr Leben eingesetzt hatten – nun abspielte.[362]

Den schlimmsten Schlag stellte es für ihn aber dar, als sein Sohn – wie alle anderen jüdischen Schüler – im August 1934 an der Realschule in Offenbach von der Trauerfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg ausgeschlossen wurde.

Höchstwahrscheinlich ebenfalls in diesem Jahr wurden nach den Erinnerungen des nichtjüdischen Zeitzeugen Philipp Neff einige der jüdischen Bürger Offenbachs zu weitgehend ehrenrührigen Arbeiten gezwungen. So säuberte Dr. Manko mit einem Reisigbesen die Straße, hatte sich dabei aber sein im Ersten Weltkrieg erworbenes Eisernes Kreuz angeheftet.[363]

Für das Jahr 1934 liegt uns auch ein „Verzeichnis nichtarischer Rechtsanwälte Deutschlands" vor, in welchem für Offenbach Dr. S. Heß, Dr. Arthur Eulau, Dr. Siegfried Guggenheim, Dr. Bernhard Katz, Dr. Rudolf Merzbach und Ernst Schloß genannt werden.[364]

Ebenfalls in diesem Jahr – möglicherweise aber erst 1935 – wurde Berthold Wolf mit der Begründung verhaftet, er habe „Greuelmärchen" verbreitet. Er wurde zwar nach einigen Stunden wieder entlassen, doch nun mit der Gewißheit, daß seine Briefe zensiert würden. Diese Angelegenheit bestärkte ihn jedoch nur in seiner vorgefaßten Absicht, auszuwandern.[365]

Die durch das relativ gering judenfeindliche Jahr 1934 hervorgerufene Rückwanderung bereits emigrierter Juden nutzten radikale Teile der NSDAP schon zu Beginn des Jahres 1935 zu immer stärkerer Hetze und zur Provokation von neuerlichen Ausschreitungen. Die Führung des Reiches war jedoch bemüht, durch Konzessionen die drohende Terrorwelle abzufangen.[366] „Es lag nun allein an der Staatsbürokratie, die durch die Propaganda der Öffentlichkeit eingepeitschten Forderungen gesetzlich zu verankern. Auch dies schien nur eine Frage der Zeit"[367].

Daß aber trotz der Ausschaltungsbestrebungen dennoch persönliche und berufliche Präferenzen weiterbestehen konnten, zeigt ein weiteres Dokument.[368] Das Personalamt des hessischen Staatsministers in Darmstadt berichtete dem Kreisleiter der NSDAP in Offenbach am 13. Februar 1935, die Beschwerden über den Tierarzt Dr. Sch. aus einer der Landgemeinden seien immer noch nicht verstummt. Das Personalamt bat weiterhin, von „parteiwegen" auf die Bauern einzuwirken, daß sie „es unterlassen, den *jüdischen* Tierarzt

362 Vgl. dazu und zum Folgenden die schriftlichen Auskünfte durch H. A. Bachrach.
363 Persönliche Auskünfte durch Philipp Neff.
364 NULib, Signatur 56 B 624.
365 Persönliche Auskünfte durch Berthold Wolf.
366 Vgl. U.D. Adam, S. 115.
367 Ebd., S. 121f.
368 HStA, Signatur N1/10098.

Dr. Strauß in Offenbach, der sich was leider zugegeben werden muß, eines besonders guten Ansehens erfreut, zu holen! Wenn die Bauern (...) kein Vertrauen zu Dr. Sch. haben, dann mögen sie wenigstens einen anderen arischen Tierarzt rufen".

Auf Reichsebene war das „Wehrgesetz"[369] vom 21. Mai 1935, nach welchem den Juden der Zugang zur Wehrmacht generell verschlossen blieb, dann ein erstes Anzeichen für eine angestrebte umfassende „rassische" Gesetzgebung.

Ausschließungen auf lokaler Ebene aus dem „normalen" Leben gab es ohnehin ständig. So meldeten die „Offenbacher Nachrichten" im Juli des gleichen Jahres, das städtische Mainbad in Bürgel erfreue sich bei der Offenbacher Jugend großer Beliebtheit, da kein Eintritt verlangt würde. Die Jugend tolle sich dort in harmloser und ausgelassener Fröhlichkeit. „Und weil jedermann wünscht, daß diese harmlose Fröhlichkeit der Offenbacher Jugend auf dem Badeplatz in Bürgel immer so harmlos bleiben möge, ist es gut, daß am Eingang des Platzes ein Schild angebracht ist mit der Aufschrift: ‚Juden haben im Mainbad nichts zu tun'"[370].

Im nachfolgenden Fall[371] wird nochmals sehr deutlich, wie auch in Offenbach (bzw. in Bieber) lokale Willkür dominierte. Fritz van de Bergh wandte sich am 31. Juli 1935 an die Kreisleitung der NSDAP in Offenbach mit der Bitte, den SS-Mann Herbert Z. aus Bieber zu vernehmen, da dieser schon seit Jahren Schulden bei ihm habe. Der Bieberer Ortsgruppenleiter Peterhänsel teilte jedoch mit, van de Bergh sei Jude (!) und die Angelegenheit erledigt (!).

Für die polykratische Struktur des Regimes ist ohnehin die Tatsache charakteristisch, daß die judenfeindlichen Aktionen und Maßnahmen nur teilweise auf Anordnungen der Parteizentrale beruhten. Sie standen sogar zeitweise im Gegensatz zu der auf Beschwichtigung des Auslandes gerichteten Regierungspolitik. Dies geschah jedoch im Sinne Hitlers.[372]

Im August des Jahres 1935 wurde in der Kaiserstraße ein von der Offenbacher Beamtenschaft gestifteter „Stürmerkasten" aufgestellt, in dem fortan die aktuellsten Infamitäten dieses Blattes aushingen. Der entsprechende Bericht in den „Offenbacher Nachrichten" liest sich u. a. wie folgt: „Schon von weitem ist er durch drei aus Holz geschnitzte, farbige, feiste, sinnlose, dicklippige, mit allen typischen Merkmalen ihrer Rasse versehenen Judengesichtern als ‚Stürmerkasten' kenntlich gemacht"[373].

Die antijüdischen Ausschreitungen des Sommers 1935 blieben im Reich zunächst ohne die solchen Aktionen üblicherweise folgenden gesetzlichen Bestimmungen, was wohl

369 RGBl I, S. 609.
370 ON vom 07.07.1935.
371 HStA, Signatur N1/10073.
372 Vgl. E. Noam/ W.A. Kropat, S. 4.
373 ON vom 07.08.1935 (Separierter Zeitungsausschnitt). ASO, Signatur ZAu (Juden).

auf eine allgemein doch widerwillig arbeitende Staatsbürokratie hindeutet.[374] „Am 8. September 1935, dem Vorabend des in Nürnberg stattfindenden ‚Parteitag der Freiheit', war über das Schicksal der deutschen Juden trotz aller Pressionen, Forderungen und Drohungen noch nichts entschieden. Völlig ungewiß war insbesondere die Haltung Hitlers (...) Wie auf dem Gebiet der Außenpolitik hatte Hitler bislang auch in der Judengesetzgebung die Methode des ‚coups' verfolgt: Entweder wurde der Gegner erpresserisch in die Ecke getrieben oder mit einem Schlag vor vollendete Tatsachen gestellt"[375].

Der Nürnberger Parteitag von 1935 brachte einen solchen überraschenden Schlag, und stellt in der Geschichte der Juden in Deutschland eine ganz entscheidende Wende dar, durch die endgültige Fixierung des „Rassenantisemitismus" per Gesetz.

Ein Blick auf die Genese der in Nürnberg beschlossenen und daher sogenannten „Nürnberger Gesetze" zeigt uns erneut, wie wenig geplant viele Entscheidungen im nationalsozialistischen Herrschaftssystem gefällt wurden.

Am 13. September 1935 wurde der Judenreferent des Reichsinnenministeriums Lösener überraschend von Berlin aus mit dem Hinweis nach Nürnberg beordert, es handele sich um ein Judengesetz. Am nächsten Tag eröffnete man ihm und weiteren Beamten in Nürnberg, der Führer habe den Auftrag gegeben, sofort ein Judengesetz zur Auffüllung des Programmes des Reichsparteitages zu entwerfen. Geregelt werden sollte der Fragenkomplex Ehe, außerehelicher Geschlechtsverkehr und die Beschäftigung von Dienstmädchen.[376]

In den folgenden Stunden fertigten die Ministerialbeamten in der Polizeidirektion von Nürnberg nacheinander mehrere Entwürfe, die dann jeweils Hitler vorgelegt wurden. Reichsärzteführer Dr. Gerhard Wagner, einer der schärfsten Antreiber der Judenfrage, hielt sich dabei ständig in Hitlers Nähe auf und forderte immer neue Verschärfungen.[377] Dies geschah jedoch höchstwahrscheinlich sogar auf ausdrücklichen Wunsch Hitlers.[378]

In der Nacht vom 14. auf den 15. September 1935 wurden die Beamten schließlich angewiesen, Hitler bis zum nächsten Vormittag die Reinschriften von vier Fassungen auszuarbeiten, die von der schärfsten Fassung A bis zur mildesten Fassung D reichen sollten. Zusätzlich aber forderte der Führer zur Abrundung der Gesetzgebung noch ein „Reichsbürgergesetz". Bemerkenswerterweise wählte Hitler den „mildesten" Entwurf, strich jedoch eigenhändig den Zusatz: „Dieses Gesetz gilt nur für Volljuden".[379]

374 Vgl. U. D. Adam, S. 125.
375 U. D. Adam, S. 125.
376 Vgl. W. Strauß, S. 273.
377 Vgl. ebd., S. 274.
378 Vgl. U. D. Adam, S. 129 Anm. 80.
379 Vgl. W. Strauß, S. 275f.

Beschlossen wurden somit auf dem Nürnberger Parteitag zunächst das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“[380]. Darin hieß es u.a.:

„Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des Deutschen Volkes ist (...) hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen (...):

§ 1,1 Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.
§ 2 Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.
§ 3 Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.
§ 4,1 Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten“.

Das zweite für die Juden bedeutsame der „Nürnberger Gesetze“ war das „Reichsbürgergesetz“.[381] Es bestimmte u.a.:

„§ 1,1 Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist (...)
§ 2,1 Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen (...)
§ 2,3 Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze“.

Die am 14. November 1935 erlassene „Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz“[382] führte dazu in § 4,1 aus:

„Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein. Ihm steht ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten nicht zu; er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden“.

Nach § 4,2 wurden dann auch die im „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ von 1933 gewährten Ausnahmen für jüdische Beamte aufgehoben.

Geregelt wurde durch diese Durchführungsverordnung nun auch, wer nach nationalsozialistischer Definition als „Volljude“ oder aber als „Mischling“ zu gelten hatte. Da der Begriff der „Rasse“ jedoch juristisch nicht exakt definierbar ist, vertauschte man in der dritten Generation einfach den Rassebegriff mit der juristisch exakt nachprüfbaren Zugehö-

380 RGBl I, S. 1146f.
381 RGBl I, S. 1146.
382 RGBl I, S. 1333.

rigkeit zur Religionsgemeinschaft. Dadurch allerdings wurde die ganze nationalsozialistische Rassenlehre ad absurdum geführt.[383]

Mit der hastigen Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze" wurden offensichtlich mehrere Ziele verfolgt. Hitler überrumpelte die zögernden Gesetzgebungsorgane, erwirkte so die den vorangegangenen Terroraktionen nicht sogleich folgenden gesetzlichen Regelungen und drohte sogar, die Zuständigkeit in der Judengesetzgebung gänzlich auf die Partei zu übertragen.[384]

Da die lokalen Maßnahmen untergeordneter Parteiführer schon lange und häufig über den gesetzlichen Rahmen hinausgegangen waren, sollten durch die entsprechenden Regelungen ferner eine reichseinheitliche Basis gefunden, „Straße" und „Gesetz" in Einklang gebracht und eine nachträgliche Legitimierung des „status quo" erreicht werden.

Die Konsequenz der Gesetze war aber, daß die Juden nun endgültig zu Menschen zweiter Klasse degradiert waren. Obwohl Julius Streicher mit der von Hitler gewählten Fassung des „Blutschutzgesetzes" nicht einverstanden war,[385] fand dadurch doch die Terminologie des „Stürmer" Eingang in die Gesetzgebung. Ganz besonders die intendierte Unterstellung vom „lüsternden" Juden in der beleidigenden Bestimmung, ein jüdischer Haushalt dürfe von nun an keine weiblichen Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren beschäftigen, hätte aus der Feder Julius Streichers stammen können.

Trotz allem wurde die Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze" von Teilen des deutschen Judentums mit einer gewissen Erleichterung aufgenommen. Da Hitler die Gesetze als abschließende Regelung angekündigt hatte, erwartete man das Ende „aller gesetzeswidrigen Maßnahmen und bereitete sich vor auf ein Leben innerhalb eines besonderen, jedoch endgültig fixierten und garantierten Rechtskreises"[386].

Tatsächlich hätten die Regelungen auch als die angestrebte „Lösung der Judenfrage" gelten können, stellten sie die Juden doch unter ein Sonderrecht und bedeuteten somit eine Teilerfüllung des Parteiprogrammes.[387] Die radikalen Antisemiten in der Partei waren jedoch mit diesem Status immer noch nicht zufrieden, wie wir noch sehen werden.

In Offenbach mußten aufgrund der „Nürnberger Gesetze" die Familien Dienemann[388] und Gottlob[389] ihr Dienstmädchen entlassen. Im Hause der Dienemanns arbeitete fortan eine jüdische Haushaltshilfe.

383 Vgl. U.D. Adam, S. 142.
384 Vgl. ebd., S. 129.
385 Vgl. W. Strauß, S. 276.
386 U. D. Adam, S. 131.
387 Vgl. H. Krausnick, S. 269.
388 Persönliche Auskünfte durch Gabi Jacobi.
389 Persönliche Auskünfte durch Hilde Lampert.

Aber auch für die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit der Ausnahmegenehmigung ist uns für Offenbach ein Fall überliefert.[390] Die NSDAP-Ortsgruppe „Büsing" meldete am 29. August 1936 an die Kreisleitung, daß der Jude Zeno Vogel in seinem Haushalt die arische Margot W. (geb. 1903) als Hausgehilfin beschäftigen würde: „Da dies gegen die Nürnberger Gesetze verstößt, bitte ich um weitere Veranlassung".

Die Kreisleitung ihrerseits wandte sich daraufhin am 4. September 1936 an die Gestapo in Offenbach: „Ich bitte um Prüfung, ob ein Verstoß gegen die Nürnberger Gesetze vorliegt und gegebenenfalls um scharfes Durchgreifen".

Die Gestapo teilte der Kreisleitung am 8. September 1936 dann mit: „Der Jude Zeno Vogel, wohnhaft in Offenbach a. M., Adolf-Hitler-Ring 17, ist durch in Abschrift beigefügte Verfügung des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 28. Jan. 1936 vom § 3 des Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. 9. 1935 befreit. Er darf in seinem Haushalt arische Hausangestellte beschäftigen. In der gleichen Angelegenheit haben wir der Kreisleitung schon früher Mitteilung gemacht".

Im allgemeinen brachte die Zeit nach der Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze" eine Phase relativer Ruhe, da in einem Teil der ausländischen Presse die Verlegung der bevorstehenden Olympiade gefordert wurde, Hitler die Spiele jedoch unter allen Umständen als Möglichkeit der Selbstdarstellung des Deutschen Reiches in Berlin stattfinden lassen wollte. Bereits am 7. Juni 1935 war dem Internationalen Olympischen Komitee zugesichert worden, daß auf sportlichem Gebiet keine Trennung durchgeführt werden würde. Auch die „Stürmer-Kästen" und antijüdische Aufschriften verschwanden vorübergehend aus dem Straßenbild.[391]

Trotzdem schritt die praktische Diskriminierung der Juden, sowie die Bespitzelung von Juden und Nichtjuden weiter voran. Für die Stadt Offenbach zeigt dies deutlich folgender Schriftwechsel.[392]

Die „Krankenkasse der Deutschen Angestellten V. a. G. (Ersatzkasse) Barmer Ersatzkasse" schrieb am 10. Januar 1936 an den „Herrn Kreisleiter Pg. Dr. Schranz": „Zufolge ihres Rundschreibens vom 25. 7. 35 gebe ich nachstehend die Versicherten der kaufm. Ersatzkassen an, die den Judenarzt Dr. Köhler in der Zeit vom 1. 10. – 31. 12. 35 auf Grund eines Krankenscheins in Anspruch nahmen. Erfreulicherweise sind es auch in diesem Quartal nur 8 artvergessene Christen (!) und 7 Juden, die diesen Arzt in Anspruch nahmen".

Es folgte in der Anlage dazu eine „Aufstellung über die für den Talmudjuden Dr. Köhler entnommenen Krankenscheine". Bei dieser Zusammenstellung wurde nicht nur nach der „Rasse" („Jude" – „arisch") unterschieden, sondern auch u. a. noch der Arbeitgeber des Genannten ausgewiesen!

390 HStA, Signatur N1/10100.
391 Vgl. H. Krausnick, S. 271.
392 HStA, Signatur N1/10083.

Die nächste erhaltene Aufstellung umfaßt den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. März 1936. Das Begleitschreiben vom 14. April 1936 lautet u. a.: „Wir wären ihnen dankbar, wenn sie uns Mitteilung geben könnten, ob die Liste weitergeführt werden soll, oder ob sie für die Folge hierauf verzichten, da es sich stets um die gleichen artvergessenen Volksgenossen (!) handelt, die anscheinend eine Lehre trotz mehrfach erfolgter Aufklärung nicht annehmen wollen, mit Ausnahme der jüdischen Zwangsversicherten, denen man die Inanspruchnahme ihres Rassegenossen nicht verübeln kann".

Der Kreisleiter wünschte in seinem Antwortschreiben vom 30. April die Weiterführung der Aufstellungen, uns ist jedoch nur noch eine weitere Liste für den Zeitraum des II. Quartals 1936 überliefert.

Weiterhin erstellte die Ortsgruppe „Buchrain" am 11. Januar 1936 ein politisches Gutachten über den uns schon bekannten ehemaligen Direktor der Berufsschule Gustav Gabriel:[393] „Er war ein Hauptzerstörer des nationalen Gedankens in Deutschland. Durch seine dienstliche Stellung hat er auf Jugend und Lehrer, die ihm unterstellt waren, schädlichen Einfluß gehabt. Bei einer Übung der Roten auf dem Wilhelmsplatz hat er den Winkerdienst versehen. Er wurde verhaftet (Schutzhaft) (...). Er kann nur als Staatsfeind bezeichnet werden (...). Es erscheint angebracht, ihn ständig zu überwachen".

Diese politische Beurteilung zeichnet sich – wie eine weitere vom 7. Mai 1936 – auch in ihrem sonstigen Vokabular (im nicht zitierten Textteil) eigentlich nur durch Gehässigkeit und Primitivität aus, und läßt überdies auf kein hohes geistiges Niveau des Verfassers schließen. Vordringlich sollte wohl eine völlig integere Persönlichkeit mit allen Mitteln verleumdet werden.

Ebenfalls im Jahre 1936 beantragte Robert Siegfried Grünebaum aus Bürgel eine Legitimationskarte.[394] Diese wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, daß er in früheren Jahren sehr gut Freund mit der SPD und den übrigen Linksparteien gewesen sei. Er sei ohnehin „der typische ‚Stürmer'-Jude", habe vor 1933 christliche Mädchen geschändet und sei zudem in Bürgel verschuldet.

Wie wir bereits erfuhren, wollte Hitler die Olympischen Spiele des Jahres 1936 unbedingt in Berlin halten, und war dafür bereit, der Welt ein tolerantes und friedfertiges Deutschland vorzuspielen.

Auch die aus Offenbach stammende und als Sprachlehrerin in Kalifornien tätige Fechterin Helene Mayer – offiziell eine „Halbjüdin" – wurde nach Deutschland zurückgebeten. Sie gewann eine Silbermedaille und kehrte in die Staaten zurück.

Helene Mayer wurde im Jahre 1910 als Tochter einer christlichen Mutter und des jüdischen Arztes Dr. Ludwig Mayer geboren. Sie gewann bereits als Primanerin eine Goldme-

393 HStA, Signatur N1/10069.
394 HStA, Signatur N1/10063.

daille bei den Olympischen Spielen 1928 in Amsterdam, 1929 die Europameisterschaft. Danach folgten eine Reihe von nationalen und internationalen Titeln. Nach der Olympiade 1932 in Los Angeles – bei der sie den fünften Platz belegte – blieb sie in Amerika, nachdem ihr der Akademische Austauschdienst ein Stipendium gewährt hatte.[395]

Bereits am 1. September 1928 erschien über die Religions- bzw. „Rasse"-Zugehörigkeit Helene Mayers ein spöttischer Artikel in den „Abwehr-Blättern". Er beschäftigte sich mit der zuvor in der völkischen Presse ergangenen Berichterstattung über das „blonde deutsche Mädel". Als jedoch bekannt wurde, daß es sich bei ihr um eine Jüdin handelte, sei es mit der Begeisterung der deutsch-völkischen und deutsch-nationalen Presse schnell vorbei gewesen.[396]

Am 29. Oktober 1931 beschäftigte sich das „Israelitische Familienblatt" erneut mit der Frage der Religionszugehörigkeit und kam zu dem eindeutigen Schluß, daß Helene Mayer als Tochter einer christlichen Mutter und eines jüdischen Vaters keine Jüdin sei! Sie habe jedoch ein jüdisches Herz, da sie sich u. a. der Jüdischen Altershilfe zur Verfügung gestellt habe.[397]

Zum Zeitpunkt der Olympiade – und nach der Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze" – hatten dergleichen Argumente jedoch schon lange kein Gewicht mehr in Deutschland. Allein die Selbstdarstellung des Deutschen Reiches, und der von der Sportlerin erhoffte Erfolg, waren für die Bitte um Teilnahme an der Olympiade entscheidend.

Nach dem Ende der Olympischen Spiele erfolgten dann auch bald weitere Ausschließungen, die u. a. Wirtschaftsprüfer, Bücherrevisoren, das Gaststättengewerbe, den Besuch deutscher Schulen, die Erlangung der Doktorwürde, die Kindesannahme, das Erbrecht und Schenkungen, Auslandspässe, Änderung von Familiennamen, die Zahnärzte und Dentisten, Vermessungsingenieure, Versteigerer, Steuerermäßigungen, Beihilfen, Grundsteuerbefreiung, Mietbeihilfen, jüdische Schulen, Börsenbesuch, Schöffendienst, „jüdische" Straßennamen, Krankenpflege, sowie Vormund- und Pflegschaft betrafen.[398] Die den Bereich der Wirtschaft betreffenden Ausschaltungsmaßnahmen werden wir dabei im folgenden Kapitel gesondert behandeln.

Für den 1. September 1937 liegt dann ein weiteres „Verzeichnis nichtarischer Rechtsanwälte Deutschlands" vor, in welchem für Offenbach Dr. Arthur Eulau, Dr. Siegfried Guggenheim, Dr. Bernhard Katz, Dr. Rudolf Merzbach und Ernst Schloß genannt werden.[399]

395 Israelitisches Familienblatt vom 30. Januar 1936, S. 11.
396 Abwehr-Blätter vom 1. September 1928.
397 Israelitisches Familienblatt vom 29. Oktober 1931, S. 10.
398 Vgl. H. Krausnick, S. 272.
399 NULiB, Signatur 56 B 624a.

Eine weitere Akte blieb erhalten, die für Offenbach schildert, wie sehr die Realität und der „Journalismus" des „Stürmer" voneinander entfernt waren.[400]

Im September 1937 erschien in der Nummer 38 des Hetzblattes ein Artikel, nach welchem in Offenbach ein älteres Ehepaar beim Einkauf von einem plötzlichen Gewitterregen überrascht worden und in das nächstgelegene Schuhgeschäft geflohen sei. Der Verkäufer sei derart freundlich gewesen, daß die Frau zu ihrem Ehemann gesagt habe: „Du, ich glaub' wir sind in einem Judenladen! Der Geschäftsführer benimmt sich gerade so, wie es im Stürmer immer wieder geschildert wird!" Die Beiden hätten sich daraufhin im Laden umgesehen und schließlich eine Verkäuferin gefragt, ob das Geschäft deutsch oder jüdisch sei. Die Antwort habe gelautet: „Ja, es sind hier lauter arische Angestellte". Die beiden Alten hätten aber den Sinn der Worte nicht verstanden, und daraufhin ein Paar Schuhe gekauft. Als sie jedoch später davon erfahren hätten, in einem jüdischen Schuhgeschäft gekauft zu haben, sei der Mann unverzüglich in den Laden zurückgekehrt. Erst nach der Androhung weiterer Schritte sei es ihm gelungen, die Ware zurückzugeben.

Der Artikel schließt mit den Worten: „Lieber Stürmer! Dieses Vorkommnis beweist uns wieder einmal, wie sich der Jude zu tarnen versteht und wie gut er seine Verkäuferinnen abgerichtet hat. Weiter erkennen wir wieder, wie notwendig es doch ist, daß endlich einmal sämtliche Geschäfte in allen Städten des Reiches gekennzeichnet werden".

Infolge des Artikels schaltete sich die Gestapo (Staatspolizeistelle Darmstadt) und die Polizeidirektion in Offenbach ein. Der Schriftverkehr ist nicht mehr vollständig, jedoch die Zeugenaussagen der anschließenden Untersuchung erhalten geblieben. Daraus ergibt sich eindeutig, daß der Artikel des „Stürmer" in weiten Passagen nicht der Wahrheit entsprach.

Das Lehrmädchen Elfriede Z., die angeblich angesprochene Angestellte, erklärte, die älteren Leute seien in der erklärten Absicht gekommen, in diesem Laden Schuhe zu kaufen, und vom Filialleiter Heinrich Sch. üblicherweise höflich empfangen worden. Z. habe das Ehepaar bedient, und von der auf den „Judenladen" bezogenen Bemerkung nichts gehört. Auch sei eine Frage nach „deutschem" oder „jüdischem" Geschäft nicht an sie gerichtet worden. Sie habe dementgegen den Eindruck gehabt, daß die beiden genau gewußt hätten, in welchem Geschäft sie sich befanden. Auch sei der Käufer nicht am gleichen Tag, sondern erst am Tag darauf erschienen, um die Schuhe wegen einer fehlenden Einlage zurückzugeben.

Ferner wurde der Käufer selbst zur Sache gehört, der zwar die Version des „Stürmer" bestätigte, aber hinzufügte, die Verkäuferin habe auf seine diesbezügliche Frage geantwortet: „Wir sind arisch". Die Schuhe habe er allerdings tatsächlich wegen der fehlenden Einlage zurückgegeben und auch sein Geld erhalten. Eigentlich habe er ja bei „Pauthner" einkaufen wollen.

400 HStA, Signatur N1/10090.

Auch die Verkäuferin Ella O. sagte aus, sie habe den Eindruck gewonnen, das Ehepaar sei mit dem Einkauf eigentlich zufrieden gewesen. Dem Kunden hätte ohnehin als alteingesessenem Offenbacher klar sein müssen, daß es sich beim „Schuhhaus Speier" um ein jüdisches Geschäft handele, zumal das übliche Schild „Deutsches Geschäft" fehle. Ferner sei der Filialleiter Arier und habe keineswegs „jüdische Verkaufsmanieren".

Die Gestapo teilte daraufhin am 13. Oktober 1937 dem „Reichsstatthalter in Hessen – Landesregierung – in Darmstadt" mit, daß in der Angelegenheit nichts unternommen würde. Offensichtlich waren auch die Gestapoleute von der Unhaltbarkeit der Vorwürfe schnell überzeugt.

Als ziemlich sicher darf angenommen werden, daß das ältere Ehepaar ganz bewußt im Schuhhaus Speier einkaufte. Vielleicht wurde der Vorgang beobachtet und die beiden daraufhin angesprochen, jedenfalls deutet das Verhalten des Mannes auf Angst vor Entdeckung und Repressalien hin. Er wollte später keinesfalls zugeben, wissentlich in dem jüdischen Geschäft eingekauft zu haben.

Andererseits paßt der diskriminierend-beleidigende Artikel der Art „Lieber Stürmer" in die allgemeine Hetze des Blattes. Vordringlich die auf die „Aufklärungskampagnien" des „Stürmer" anspielende Aussage der Frau zeigt mit ziemlicher Sicherheit, daß es sich hier um einen konstruierten Dialog handelte. Ein realer Vorgang wurde – von wem auch immer – dem „Stürmer" zugetragen, und dort in der Weise dieses Blattes bewußt verdreht.

Auf Reichsebene trat das „Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen"[401] vom 28. März 1938 rückwirkend zum 1. Januar 1938 in Kraft, und wandelte den Rechtsstatus der jüdischen Gemeinden von dem der Körperschaften des öffentlichen Rechts zu einem privaten Verein.

Die „Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz"[402] vom 25. Juli 1938 verbot nunmehr ab dem 30. September des Jahres auch den jüdischen Ärzten die Berufsausübung. Unter der Bezeichnung „Krankenbehandler" war es ihnen aber widerruflich genehmigt, ausschließlich Juden zu behandeln.

Am 17. August 1938 erging eine Verordnung,[403] nach welcher ab 1. Januar 1939 die männlichen Juden ihrem nichtjüdischen Vornamen den Namen „Israel", die weiblichen Juden den Vornamen „Sara" hinzuzufügen hatten.

Die „Fünfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz"[404] vom 27. September 1938 brachte die jüdischen Rechtsanwälte in die gleiche Situation wie die Ärzte. Sie waren vom 30. November 1938 an als „Rechtskonsulenten" ebenfalls nur noch für Juden zugelassen.

401 RGBl I, S. 338.
402 RGBl I, S. 969f.
403 RGBl I, S. 1044.
404 RGBl I, S. 1403f.

Nach einer Verordnung vom 5. Oktober 1938[405] hatten die Juden dann innerhalb von vierzehn Tagen ihre Reisepässe abzuliefern. Alle Pässe, die auch für das Ausland gültig sein sollten, wurden mit einem „J" gestempelt und wiesen den Inhaber somit eindeutig als Juden aus.

Durch die „Sechste Verordnung zum Reichsbürgergesetz"[406] vom 31. Oktober 1938 erfolgte schließlich das Berufsverbot auch für die jüdischen Patentanwälte, bezeichnenderweise jedoch ohne die Möglichkeit, Juden in Patentangelegenheiten zu vertreten.

Ein für die rechtlose und diskriminierende Lage der deutschen Juden in diesen Tagen überaus bezeichnendes Dokument liegt erneut für Offenbach vor.[407]

Am Buchrainweiher (zwischen Offenbach und Frankfurt) befand sich der Sportplatz des jüdischen Sportvereins „Schild" (der Sportorganisation des „RjF") aus Frankfurt. Am 22. September 1938 erging ein Schreiben des Kreisleiters der NSDAP an den Polizeidirektor Major Reichardt in Offenbach. Der Kreisleiter beschwerte sich, daß durch den normalen Sportbetrieb und insbesondere das Abhalten von Sportfesten eine Belästigung für Erholungssuchende gegeben wäre. Die Juden benähmen sich dabei so frech und anmaßend, man könne „schon von einer Provokation gegenüber der arischen Bevölkerung sprechen. Das laute Schreien, das Spielen von Lautsprechern und das abgeben (sic!) von Kommandos zerreissen die Stille des deutschen Waldes, sodass hierin eine Störung der arischen Bevölkerung erblickt werden muß". Ferner bestünde auch gar kein Bedürfnis zur Pflege des Sports bei der jüdischen Bevölkerung Offenbachs, und der Sportplatz würde nur von Juden aus dem Frankfurter Gebiet besucht.

Abschließend bemerkte der Kreisleiter: „Ich bitte sie daher, unter Ansehung der obengenannten Tatsachen zu erwägen, wie schnellstens dort einmal normale Verhältnisse hergestellt werden können und wie dieser Sportplatz der sporttreibenden deutschen Jugend zugeführt werden kann".

Das Hessische Forstamt Isenburg teilte am 15. Oktober 1938 dem Kreisleiter mit, das Gelände sei „fristgerecht auf den 31. März 1939 gekündigt" worden. Das Schriftstück trägt an dieser Stelle die handschriftliche Notiz: „Warum so spät?"

Die Ereignisse des Pogroms vom November 1938 – der wegen der unzähligen zerschlagenen Glasscheiben die zynische Bezeichnung „Reichskristallnacht" erhielt – und dessen direkte wirtschaftliche und politische Folgen sollen ebenfalls später eingehender beschrieben werden.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß das Bethaus (die Wochentagssynagoge) in Offenbach – wie auch die Synagogen im nahegelegenen Langen und Höchst am Main

405 RGBl I, S. 1342.
406 RGBl I, S. 1545f.
407 HStA, Signatur N1/10091.

– schon einmal kurz zuvor beschädigt worden waren, wie das „Israelitische Wochenblatt für die Schweiz" am 27. Juni 1938 berichtete. Die Zeitung kommentierte die Vorfälle folgendermaßen: „Interessant ist, daß gerade die Gegenden für die Überfälle auf Juden ausgesucht wurden, wo die österreichischen ‚Kraft durch Freude'-Besucher auf ihrer Deutschlandfahrt durchkamen" [408].

In der dem Novemberpogrom folgenden Besprechung am 12. November 1938 – auf deren Folgen für die Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben und den Aspekt der Emigration wir später erneut zurückkommen werden – erklärte Hermann Göring u. a.: „Wenn das deutsche Volk in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß wir auch in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung mit den Juden zu vollziehen" [409].

Das Resultat dieser für das weitere Schicksal der Juden so bedeutsamen Sitzung umriß Hermann Göring ebenso zynisch wie prägnant: „Im ürigen muß ich noch einmal feststellen: ich möchte kein Jude in Deutschland sein" [410].

Am Tage der sechsten Wiederkehr seiner Machtergreifung – am 30. Januar 1939 – erklärte Hitler in seiner Reichstagsrede: „Ich bin in meinem Leben sehr oft Prophet gewesen und wurde meistens ausgelacht. In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das mir mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen. Ich glaube, daß dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist. Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" [411].

Im Zusammenhang mit Görings Aussage vom 12. November 1938 dürfte an dieser Rede klar zu erkennen sein, daß die Entfesselung des Krieges schon längst ins Auge gefaßt war, und die Schuldzuweisung dafür vorsorglich erfolgte. Zudem sollten In- und Ausland wohl darauf vorbereitet werden, daß das Deutsche Reich die in seinen Grenzen verbliebenen Juden auch in ihrem „Pariadasein" nicht langfristig zu dulden bereit war, um somit der Auswanderungsbereitschaft einen neuerlichen Schub zu verleihen.

Infolge des „Gesetzes über die Mietverhältnisse mit Juden" [412] vom 30. April 1939 wurde ein Teil der noch in Deutschland lebenden Juden in bestimmten Häusern konzentriert,

408 Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz vom 27. Juni 1938.
409 IMT, Bd. XXVIII, S. 538f., Dok. PS-1816.
410 IMT, Bd. XXVIII, S. 538, Dok. PS-1816.
411 M. Domarus, S. 1058.
412 RGBl I, S. 864.

was faktisch eine Reghettoisierung bedeutete. In Offenbach war von dieser Regelung u. a. die Familie Sch. betroffen, die in den Kleinen Biergrund ziehen mußte.[413]

Am 1. September 1939 entfesselte Adolf Hitler dann mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg, den er nur wenige Monate zuvor mit Vorbedacht den Juden angelastet hatte.

413 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch.

6. Die Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben

6.1 Der Boykott vom 1. April 1933

Die im Folgenden zu behandelnde Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben in Deutschland bedeutet deren Verdrängung aus den führenden Sektoren jüdischer wirtschaftlicher Existenz, aus Handel und Verkehr, Industrie und Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, jedoch nicht die freien Berufe wie Anwälte, Ärzte und andere, die wir schon zuvor behandelten.[414]

Eine der Hauptversprechungen der nationalsozialistischen Propaganda an ihre Wählerschaft war, den angeblich das gesamte öffentliche Leben beherrschenden Einfluß der Juden zu brechen. Angesichts deren schon zuvor geschilderten Wirtschafts- und Sozialstruktur kam somit der Verdrängung aus dem Wirtschaftsleben zentrale Bedeutung zu.[415]

Es handelte sich dabei um die zwangsweise und zeitweilig auch gewaltsame Ausschaltung einer Bevölkerungsgruppe aus einem bedeutenden Teil des gesellschaftlichen Lebens, die in Friedenszeiten und größtenteils in aller Öffentlichkeit stattfand.[416]

Bereits in der Vorweihnachtszeit des Jahres 1932 hatten die nationalsozialistischen „Offenbacher Nachrichten" verstärkt antisemitische Artikel veröffentlicht, die zum Boykott jüdischer Geschäfte aufriefen. Ab dem 13. Dezember 1932 erschien im Anzeigenteil täglich der Spruch: „Du deutscher Christ! Hör und bedenke: Kauf nie beim Juden Christgeschenke"[417].

Weitere Hinweise – u.a. in der Ausgabe der „Offenbacher Nachrichten" vom 29. Dezember 1932[418] – könnten zudem Anspielungen darauf sein, daß das Kaufhaus Oppenheimer in seinem Lichthof regelmäßig zu Weihnachten einen Christbaum aufstellte.[419]

Untergeordnete nationalsozialistische Interessengruppen – quasi die „Basis der Bewegung" – forderten sofort nach der Machtergreifung rasche und umfassende Maßnahmen zur Verdrängung der Juden. Es fehlt jedoch Helmut Genschel zufolge „jeder Hinweis darauf, daß von seiten der Parteileitung oder gar der Reichsregierung 1933 Pläne zu wirtschaftlichen Umwandlungen, ja auch nur zu einer systematischen Zurückdrängung der Juden in der Wirtschaft bestanden"[420].

414 Vgl. H. Genschel, S. 12 Anm. 3.
415 Vgl. ebd., S. 43f.
416 Vgl. ebd., S. 13.
417 R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 78.
418 Vgl. ebd.
419 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.
420 H. Genschel, S. 55.

Sofort nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 kam es aber zu örtlichen Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte und Warenhäuser, die von der Spitze des neuen Regimes vorläufig nicht erwünscht waren. Die Folge der dennoch ansteigenden Zahl der Aktionen waren dann auch Gegenkundgebungen im Ausland und der Boykott deutscher Waren.[421]

Am Samstag, dem 11. März 1933, war es auch in Offenbach zu einem dieser Warenhausboykotte durch die SA gekommen, der jedoch von der Polizei aufgelöst worden war. Die „Offenbacher Nachrichten" hatten die Ereignisse jedoch befriedigt kommentiert: Es sei „recht erfreulich, daß an diesem Samstag in Offenbach 5000 Mark der jüdischen Hochfinanz entzogen und den reellen deutschen Geschäften zugeführt" worden seien.[422]

Gerade aber die Gegenmaßnahmen des Auslandes auf diese wilden Boykottaktionen gaben dem neuernannten Propagandaminister Dr. Joseph Goebbels die Gelegenheit, für den 1. April 1933 einen Boykott für ganz Deutschland als „Abwehrmaßnahme" gegen die „Greuel- und Boykotthetze" des Auslandes zu proklamieren.[423]

Dem am 29. März 1933 ergangenen Aufruf der Reichsleitung der NSDAP zufolge waren „Aktionskommitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte"[424]. Ausländer seien bei der „reinen Abwehrmaßnahme, die sich ausschließlich gegen das deutsche Judentum wendet", ohne Ansehen ihrer Konfession (!) zu schonen. Die Aktion sollte am 1. April pünktlich um 10 Uhr beginnen, und „das Judentum an seiner empfindlichsten Stelle treffen".

„Die Leitung des Boykotts lag bei einem der radikalsten und primitivsten Antisemiten, dem Gauleiter von Franken, Julius Streicher"[425].

Auch die „Offenbacher Nachrichten" veröffentlichten den Aufruf in ihrer Ausgabe vom 29. März 1933.[426] Am 30. März 1933 führte die SA in Offenbach auf dem Wilhelmsplatz dann ihre Kundgebung gegen die „jüdische Greuelpropaganda" durch.[427] Der hessische Polizeikommissar gab zudem nochmals die Anweisung des Aufrufs des „Abwehr-Komitees der NSDAP" bekannt, daß die Juden als Gegenmaßnahme keine Nichtjuden entlassen dürften.[428]

Auch der Bürgermeister der Stadt forderte in einem Schreiben vom 31. März 1933 an sämtliche städtischen Dienststellen alle Bediensteten auf, nicht in jüdischen Geschäften

421 Vgl. H. Genschel, S. 46f.
422 ON vom 14.03.1933. Zitiert bei R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 125.
423 Vgl. H. Genschel, S. 46.
424 Vgl. dazu und zum Folgenden H. Eschwege, S. 36ff.
425 H. Genschel, S. 49.
426 ON vom 29.03.1933. Zitiert bei R. Kirchner/ H. Schweitzer, S. 143.
427 ON vom 01.04.1933.Ebd., S. 144f.
428 ON vom 01.04.1933.Ebd.,S. 147. Vgl. auch H. Eschwege, S. 41.

zu kaufen. Ein weiteres Schreiben vom 11. April 1933 verdeutlicht, daß dieser Anweisung auch über den eigentlichen Boykottsamstag hinaus Folge geleistet werden sollte.[429]

Am Tage des Boykotts ließ der „Aktionsausschuß" Zettel an die jüdischen Geschäfte kleben und Posten aufstellen, die potentielle Kunden am Betreten hinderten. SA und SS selbst waren angewiesen, die Geschäfte nicht zu betreten, Disziplin zu wahren und Ausschreitungen zu verhindern. Von den Maßnahmen ausgeschlossen waren bezeichnenderweise die jüdischen Banken, um den Zahlungsverkehr nicht zu unterbrechen.[430]

„Die Mehrzahl der Bevölkerung wagte es nicht, die bewachten Geschäfte zu betreten und ihre Mißbilligung der Boykottaktion offen zu zeigen, aber ein nicht unbeträchtlicher Teil – besonders in den Großstädten – widersetzte sich dem psychologischen Druck der gemachten ‚öffentlichen Meinung' und kaufte bei Juden"[431].

In Offenbach konzentrierte sich das Geschehen hauptsächlich auf die Frankfurter Straße, da sich dort ein großer Teil der jüdischen Kaufhäuser, Konfektions- und Schuhgeschäfte befand. Boykottiert wurden u.a. die Geschäfte Oppenheimer,[432] Fuchs,[433] Hirschen,[434] Tietz[435] und die Metzgerei Fried[436]. Auch das Schuhgeschäft der Schweizer Familie Bernays (Schuhbaum Nachfolger)[437] sowie die Metzgerei Hess[438] waren von der Aktion betroffen.

Karl Gültig – welcher Tischler und Dachdecker gelernt hatte – arbeitete zum Zeitpunkt des Boykotts an dem Haus, in dem sich die Metzgerei Hess befand. Zwar hätten auch hier SA-Posten vor der Tür gestanden, doch habe sowohl er als auch eine ganze Reihe weiterer Leute trotzdem dort eingekauft.

Offensichtlich aus der Befürchtung heraus, das Ausland könne nun noch massiver reagieren, kündigte Goebbels schon am Vorabend des Boykotts dessen Ende vorsichtig an. Am 3. April schließlich erhielten die Ereignisse den nachträglichen Status einer „Generalprobe für eine Reihe von Maßnahmen"[439]. Zudem hatten die radikalen Antisemiten in der NSDAP die aktuelle Judenfeindschaft der Gesamtheit des deutschen Volkes offensichtlich unterschätzt, und waren vom Verlauf des Boykotts und der Passivität breiter Bevölkerungsteile enttäuscht.[440]

429 ASO, Signatur 97. Zitiert bei R. Kirchner/H. Schweitzer, S. 148f.
430 Vgl. H. Genschel, S. 51f.
431 H. Genschel, S. 52.
432 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.
433 Persönliche Auskünfte durch Shimon Fuchs.
434 Persönliche Auskünfte durch Fritz Bachenheimer.
435 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch.
436 Persönliche Auskünfte durch Erich Fried.
437 Schriftliche Auskünfte durch Alfred Bernays.
438 Dazu und zum Folgenden: Persönliche Auskünfte durch Karl Gültig.
439 VB vom 3. April 1933. Zitiert bei H. Genschel, S. 53.
440 Vgl. H. Krausnick, S. 260.

In der offiziellen Begründung des Boykottabbruches hieß es aber dementgegen: „Die Reichsregierung hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß der Abwehrboykott gegen die deutschfeindliche Hetze seine Wirkung im Ausland nicht verfehlt hat“[441].

Die eigentliche Absicht der ganzen Aktion lag darin, die inländischen Juden zur Einflußnahme auf ihre ausländischen Glaubensbrüder zu erpressen, und somit dem Warenboykott entgegenzuwirken. Weiterhin sollte dem Ausland, dem deutschen Volk und auch der eigenen Partei gegenüber die Stärke und Entschlossenheit der neuen Machthaber demonstriert werden. Dabei wurden die neuen Herrschaftsmethoden anschaulich vorgeführt. Auch bestand die Absicht, zu zeigen, daß die „Volkswut“ nur durch gesetzliche Schritte gegen die Juden zu besänftigen sei.[442] „Durchführung und Abbruch des Boykotts lassen deutlich erkennen, daß die NSDAP im Frühjahr 1933 noch nicht unumschränkter Herr der Lage war“[443].

6.2 Die Verdrängung bis zum Herbst 1937

Die radikalen Antisemiten in der Führung der NSDAP – wie der Reichspropagandaführer Goebbels und der Leiter der DAF Robert Ley –, aber auch die „Basis der Bewegung“, drängten schon relativ frühzeitig auf die Verdrängung der Juden auch aus dem Wirtschaftsleben. Der Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht – von „rassepolitischen“ Vorstellungen offenbar unbeeinflußt – und ihm gleichgesinnte Politiker wehrten sich aus wirtschaftlichen und außenhandelspolitischen Gesichtspunkten lange gegen die massiven Ausschaltungsbestrebungen. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Juden wurde noch auf Jahre hinaus benötigt, und ihre plötzliche Verdrängung hätte nur allzuschnell eine Krise auslösen können.[444] Helmut Genschel nennt daher die Zeit bis zur massiven „Arisierung“ der jüdischen Betriebe ab Herbst 1937 die „Periode der schleichenden Judenverfolgung“[445].

Die wirtschaftliche Ausschaltung geschah in vielfacher Form, vom freiwilligen Verkauf des Geschäftes bis hin zur Erpressung. Schon seit 1933 gab es Fälle, in denen Juden ihre Angestellten, Kunden oder Lieferanten baten, die Geschäfte zu kaufen, um so Mittel für die Auswanderung zu erhalten.[446] Im Regelfall erfolgten solche Übertragungen jedoch „unter dem ungesetzlichen Druck seitens der Partei unter wissentlicher Duldung oder Mithilfe untergeordneter Behörden“[447].

Die sich ständig verschlechternde Lage der Juden in Deutschland, die allgemeinen Diskriminierungen, Berufs- und gewerbliche Beschränkungen, illegale Maßnahmen sowie die Kennzeichnung der „Deutschen Geschäfte“ zogen mittelbar und unmittelbar auch ohne

441 Jüdische Rundschau (Berlin) vom 7. April 1933. Zitiert bei H. Genschel, S. 54.
442 Vgl. H. Genschel, S. 55.
443 Ebd., S. 59.
444 Vgl. ebd., S. 55; Vgl. W. Hofer, S. 180; Vgl. R. Vogel, S. 38.
445 Vgl. H. Genschel, S. 60ff. und S. 139.
446 Vgl. ebd., S. 138.
447 Ebd., S. 137.

großangelegte staatliche Aktionen eine wirtschaftliche Schädigung der deutschen Juden nach sich.[448]

Auch viele jüdische Angestellte – die häufig als bewährte und nahezu unersetzliche Kräfte galten – verloren im Laufe der Jahre ihre Stellungen. Dies geschah, obwohl keine zentrale Instanz den Betrieben hätte Anweisungen erteilen können. So mußte jedes Unternehmen seine Entscheidungen selbst treffen, und daher landeten auch viele Fälle vor Gericht. Je später ein Jude aber entlassen wurde, desto geringer waren seine Aussichten auf Abfindung oder Pension.[449]

Auch der gelernte Textilkaufmann Karl K. habe bald nach der Machtergreifung seine Tätigkeit aufgeben müssen. „Einen Arbeitsplatz konnte Herr K. nur deshalb bekommen, weil es in Offenbach drei kleine Firmen gab, deren Besitzer es ihm ermöglichten, bei ihnen abwechselnd zu arbeiten. Obwohl seine Beschäftigung für diese Leute ein Risiko für sie selbst und den Betrieb war, ließen sie die Familie K., solange dies nur irgend möglich war, nicht im Stich"[450].

Besonders bezeichnend für die Praktiken des nationalsozialistischen Regimes ist der Fall der Firma Mayer & Sohn in Offenbach. Nach der Machtergreifung emigrierte der Firmeninhaber Robert von Hirsch unter Zahlung von 1.500.000 Reichsmark „Reichsfluchtsteuer" in die Schweiz.[451] Der Kunstsammler von Hirsch konnte dabei seine kostbare Sammlung nach Basel überführen, nachdem er als „Tribut" ein Bild Cranachs („Urteil des Paris") an Göring abgegeben hatte.[452]

Er wollte dabei seine beiden jüdischen Direktoren Max Weil und Karl Stern-Roth mitnehmen, die jedoch in Offenbach blieben, da sie u.a. den Betrieb und die Belegschaft nicht im Stich lassen wollten, aber wohl vor allem die Gefahr nicht richtig einschätzten.[453]

Nach der Emigration des Firmeninhabers machte sich bald ein deutlicher Rückgang des Unternehmens bemerkbar, und es wurde an die Firma „Salamander Schuhfabriken" verkauft. In Paris entstand daraufhin eine Einkaufs- und in London eine Verkaufsgesellschaft; die Produktion verblieb jedoch in Offenbach selbst. Den Verantwortlichen wurde aber sehr schnell der Vorwurf gemacht, auf diese Weise minderwertige Ware eingeführt und Devisen ins Ausland gebracht zu haben. Im September 1936 erfolgte die Verhaftung von Max Weil und Karl Stern-Roth wegen „Devisenvergehens".[454]

448 Vgl. H. Krausnick, S. 274.
449 Vgl. R. Hilberg, S. 70f.
450 K. Schild/ W. Wöll, S. 28 (Zugrunde liegen die Erinnerungen der Witwe, einer Nichtjüdin).
451 HStA, Signatur N1/10078.
452 Vgl. P. Arnsberg, Frankfurt, Band 3, S. 198.
453 Schriftliche Auskünfte durch Brigitte Zimmer geb. Weil.
454 HStA, Signatur N1/10078.

Nach sechs Wochen schikanösen Verhöres durch den zuständigen Richter habe sich Karl Stern-Roth erhängt. Max Weil wurde infolge eines schweren Gallenleidens in ein bewachtes Sanatorium gebracht.[455]

Aus der erhaltenen „Niederschrift über die Sitzung des Vertrauensrates" der Firma vom 29. Dezember 1938 geht dann letztendlich hervor, daß das Verfahren kurz zuvor abgeschlossen wurde. Die Anklage gegen von Hirsch, Sch. und Weil wurde dabei eingestellt.[456]

Interessant ist an dieser Stelle sicherlich auch die Aussage des nichtjüdischen Zeitzeugen Philipp Neff, nach dessen Erinnerungen gerade in der Zeit der Weltwirtschaftskrise viele mittellose Offenbacher Paare ohne die kreditgewährenden jüdischen Geschäftsleute nicht ohne weiteres hätten heiraten und eine Existenz gründen können. Bei den Brüdern Boxenbaum – deren Vater eine Schusterei betrieben habe – hätten er und seine Frau Wäschestücke auf Abzahlung erwerben können. Die dafür zu zahlenden Zinsen seien im Verkaufspreis eingeschlossen, jedoch mäßig gewesen. Als die Familie Boxenbaum Deutschland verlassen mußte, seien die Restbeträge aber keinesfalls verfallen, sondern von der SA weiterhin kassiert worden.[457]

Einen weiteren Fall der Willkür in Offenbach meldete der „Israelit" im Dezember 1933: „Im Gegensatz zu den Bestimmungen in Frankfurt a. M., wo Juden wie Nichtjuden in gleicher Weise zur Belieferung der Bevölkerung im Rahmen der Winterhilfe herangezogen wurden, wurde in Offenbach bei der Zuteilung der Fleischgutscheine an die Bevölkerung ausdrücklich festgelegt, daß diese Gutscheine nur bei nichtjüdischen Fleischereien eingelöst werden können"[458].

Diese Bestimmung wurde offensichtlich im Januar 1934 dann aufgehoben,[459] ausländische Staatsangehörige waren von Anfang an – wohl infolge außenpolitischer Rücksichtnahmen – weniger diskriminiert worden. Der Familie Bernays jedenfalls gelang es mit Hilfe des Schweizer Konsuls, Bons für Schuhkäufe einzulösen.[460]

Im Zusammenhang mit dem Parteitag in Nürnberg meldete der „Jewish Cronicle" am 15. September 1935: "The advent of the Nazi Congress has been accompanied by a marked tightening of the economic and social boycott of Jews. Anti-Jewish boycott meetings have been held (...) in all the leading towns in South-West Germany, including Frankfort, Wiesbaden, Offenbach and Mannheim"[461].

455 Schriftliche Auskünfte durch Brigitte Zimmer.
456 HStA, Signatur N1/10078.
457 Persönliche Auskünfte durch Philipp Neff.
458 Israelit vom 14. Dezember 1933, S. 6.
459 Jewish Cronicle vom 12. Januar 1934, S. 15.
460 Schriftliche Auskünfte durch Alfred Bernays.
461 Jewish Cronicle vom 15. September 1935, S. 15.

Wer aber als Parteigenosse trotzdem weiterhin wirtschaftliche Beziehungen zu den Juden aufrecht erhielt, dem drohten ebenfalls Konsequenzen. Am 3. Januar 1936 beschloß das Parteigericht der NSDAP (Kreisgericht Offenbach), dem Parteigenossen W. einen Verweis zu erteilen, da dieser bei jüdischen Metzgern Wurstfleisch eingekauft habe.[462] Bei dem Angeklagten handelte es sich ebenfalls um einen Metzger, der zu seiner Verteidigung anführte, „daß in Offenbach a. M. unhaltbare Zustände in der Fleischversorgung bestanden hätten (...) Um nicht seine Existenz aufzugeben, habe er zwei Käufe bei dem Juden Lorsch getätigt. Die Kreisleitung sowie andere maßgebende Stellen hätten hiervon Kenntnis gehabt. Obwohl von dieser Seite aus versucht worden sei, eine Änderung dieser Zustände herbeizuführen, hätten es die maßgebenden, sich im Vorstand befindlichen, Pgn. H. und B., immer wieder fertig gebracht, dies zu vereiteln. Durch den Obermeister der Metzgerinnung, Pg. K., der der Genossenschaft nunmehr angehöre, sei es gelungen, den Juden in Offenbach a. M. aus dem Fleischerhandwerk auszuschalten".

Obwohl sich das Kreisgericht seiner Auffassung von der schlechten Versorgungslage anschloß, kam es nicht zu einem Freispruch, denn: „Als Parteigenosse mußte er wissen, in welchem Verhältnis die Bewegung zum Judentum steht".

Das vorerwähnte Verfahren enthält neben dem zur Verhandlung stehenden Sachverhalt einen weiteren für uns interessanten Aspekt, da explicit auf resistentes Verhalten zweier sich in einflußreicher Position befindlicher Parteigenossen eingegangen wird.

Als der sich auf Hochzeitsreise befindliche Ernst Oppenheimer von der Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze" hörte, stand sein Entschluß auszuwandern, unumstößlich fest. Sein Vater, der eigentliche Firmeninhaber, blieb jedoch zunächst in Deutschland.[463] Relativ rasch erfolgte danach die Übergabe des Kaufhauses. Die „Offenbacher Nachrichten" meldeten dazu am 1. Mai 1936: „Vor einigen Tagen wurde durch die Kalberlah-Kommanditgesellschaft das bisher jüdische Geschäftsunternehmen Oppenheimer in der Frankfurterstraße übernommen"[464].

Am 2. Juni 1936 lehnte die Ortsgruppe „Bieber" der NSDAP das Gesuch des Juden Samuel Augenblick (geb. 1885 in Tarnopol) auf Übernahme einer Verkaufsstelle für Lebensmittel mit der Begründung ab, er besäße nicht die erforderliche politische Zuverlässigkeit.[465] Ferner hieß es in dem Schriftstück: „Augenblick ist Jude. War Haupträdelsführer der SPD".

Zwar hatte die IHK in ihrem Schreiben vom 8. Juni 1936 an die Polizeidirektion in Offenbach keine Bedenken gegen die geplante Geschäftsübernahme, doch lehnte die NSDAP-Kreisleitung „Amt für Handwerk und Handel" schon am 4. Juni ebenfalls ab, da der Antragsteller Ausländer und nichtarisch, die Branche zudem überbesetzt sei.

462 HStA, Signatur N1/10101.
463 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.
464 ON vom 1. Mai 1936, Separierter Zeitungsausschnitt. ASO, Signatur ZAu (Juden).
465 HStA, Signatur N1/10048.

In zwei Schreiben des Bieberer Ortsgruppenleiters Roth vom 25. und 31. Oktober 1936 an das Personalamt der Kreisleitung wurde erneut darauf hingewiesen, daß Augenblick von 1907 bis zur Machtergreifung in der SPD organisiert, und zudem 1918/1919 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Bieber gewesen sei. Weiterhin führte der Ortsgruppenleiter aus: „Außerdem war er Mitglied der Eisernen Front, trug dessen (sic!) Uniform und hat sich somit öffentlich und bewußt gegen den Nationalsozialismus betätigt. Außerdem glaube ich, daß in Offenbach kein großer Mangel an Lebensmittelgeschäften besteht. Sollte es doch der Fall sein, so dürfte (sic!) bestimmt deutsche Volksgenossen zur Eröffnung bzw. Übernahme einer solchen genug vorhanden sein".

Am 5. Oktober 1936 leitete der „Viehwirtschaftsverband Hessen-Nassau" eine Beschwerde der jüdischen Metzgermeister Albert Wolf, Johanna Fried, Julius Oppenheimer, Alfred Rosenberg und Hermann Wolf an die Kreisleitung der NSDAP in Offenbach weiter.[466] Die Betroffenen hätten sich beschwert, überhaupt kein Schlachtvieh, oder aber nur solches von geringer Qualität zugeteilt zu erhalten. „Der Viehwirtschaftsverband Hessen-Nassau hat natürlich kein Interesse daran, in der heutigen Zeit diesen Juden auch nur mehr als unbedingt erforderlich zukommen zu lassen".

Der Viehwirtschaftsverband bat die Kreisleitung daher zu bescheinigen, daß eine Zuteilung an jüdische Metzger nicht in Frage kommen könne, da die Bevölkerung in Offenbach es ablehne, bei Juden zu kaufen. Eine entsprechende Erklärung erfolgte dann auch prompt am 17. Oktober 1936.

Höchstwahrscheinlich nicht sehr lange nach diesem Vorfall informierte einer der Gesellen der Metzgerei Fried – welcher in der SA organisiert war – die Inhaber davon, daß ihr Geschäft innerhalb weniger Tage beschlagnahmt werden solle. Da es einen Interessenten gab, der ebenfalls eine Metzgerei besaß, konnte die Familie Fried noch rechtzeitig – allerdings zu dem ihnen angebotenen Preis – verkaufen.[467]

Die Deutschlandberichte des SPD-Exilvorstandes vermeldeten für das Jahr 1936 weiterhin: „Wie wenig die Nürnberger Gesetze die Rechtssicherheit auf diesem Gebiet wiederhergestellt haben – und sei es auch nur eine Sicherheit im Unrecht –, ergibt sich schon aus der Berichterstattung der gleichgeschalteten Presse: (...) in Offenbach wurde wegen ‚verschmutzter Betriebsräume' eine jüdische Metzgerei geschlossen"[468].

Im gleichen Berichtszeitraum erwähnte die „SoPaDe", daß panikartige Verkäufe zu Schleuderpreisen eine Folge der Unsicherheit über die gegenwärtige Rechtslage seien.[469]

466 HStA, Signatur N1/10072.
467 Persönliche Auskünfte durch Erich Fried.
468 SoPaDe, Dritter Jahrgang 1936, S. 22.
469 Vgl. ebd., S. 21.

Sowohl die „SoPaDe“ als auch der „Jewish Cronicle“ meldeten im nächsten Jahr die Arisierung der Schuhfabrik Herz in Offenbach, einer der größten deutschen Schuhfabriken.[470]

Wie wir nun erneut mehrfach nachvollziehen konnten, betrieben die lokalen Parteiinstanzen auch in Offenbach sowohl vor als auch nach der Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze“ zum Teil ihre eigene „Judenpolitik“. In der von Helmut Genschel so genannten „Periode der schleichenden Judenverfolgung“ verschlechterte sich durch gesetzliche und ungesetzliche Maßnahmen somit die wirtschaftliche Situation der Juden in Offenbach sicherlich nicht in geringerem Maße, als dies auch reichsweit der Fall war.

6.3 Die endgültige Ausschaltung

Die Phase der schleichenden Judenverfolgung bzw. der Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben wurde vom Herbst 1937 an von der offenen Ausschaltung abgelöst. Sicherlich fällt diese Wende nicht zufällig mit der Beurlaubung und am 27. November endgültigen Entlassung Hjalmar Schachts aus dem Reichswirtschaftsministerium zusammen.[471]

Hermann Göring – der weit mehr als zuvor Schacht den Intentionen Hitlers folgte – leitete das Reichswirtschaftsministerium für einige Monate interimistisch und sorgte für eine personelle Umorganisation, indem er einen Großteil der Beamten Schachts versetzte und stattderen Leute seines Vertrauens holte. Innenpolitische Gründe für die Zurückhaltung bei der „Arisierung“ (Angst vor einer Strukturveränderungskrise und die Einstellung des nationalen Bürgertums) hatten mit der Konsolidierung der Macht und der Überwindung der kritischen Wirtschaftslage des Jahres 1936 durch verstärkte Produktionsaufträge im Rahmen des Vierjahresplanes an Bedeutung verloren. Auch die Reaktionen des Auslandes mußten infolge der außenpolitschen Erfolge und der gesunkenen wirtschaftlichen Abhängigkeit nicht mehr sonderlich berücksichtigt werden. Allein auf die Juden mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit wurde vorübergehend noch Rücksicht genommen. Endlich konnte nun auch der „offizielle“ Parteistandpunkt durchgesetzt werden. Die Übergabe des Reichswirtschftsministeriums an Funk erfolgte am 15. Februar 1938.[472]

Zu Beginn des Jahres 1938 mußte sich auch im Offenbacher Bankhaus Merzbach der alte Inhaber von der Firma trennen. Die „Deutsche Effecten- und Wechselbank“ in Frankfurt trat als Kommanditist in das Bankhaus ein, das nun unter „Friedrich Hengst & Co.“ firmierte.[473]

470 SoPaDe, Vierter Jahrgang 1937, S. 934 und Jewish Cronicle vom 2. April 1937, S. 14.
471 Vgl. H. Genschel, S. 136ff.
472 Vgl. H. Genschel, S. 140ff., H. Krausnick, S. 274 und U.D. Adam, S. 173ff.
473 Vgl. G. Gutsch, S. 54, H. Genschel, S. 175 und Jewish Cronicle vom 4. März 1938, S. 15.

Das dabei zu erwähnende faire Verhalten des 1923 in die Firma eingetretenen Friedrich Hengst gibt weiterhin ein Vorgang vom Herbst 1938 wieder. Die sich im Besitz der Familie Merzbach befindlichen Aktien der „Deutschen Klinker und Ziegelwerke" sollten an die „Tonwarenindustrie Wiesloch AG" übergeben werden. Offenbar lag der angebotene Preis aber weit unter dem eigentlichen Wert, und Friedrich Hengst wollte der Familie Merzbach zu einem angemesseneren Abschluß verhelfen. Wiesloch warf dem Bankhaus Hengst dann auch am 12. November 1938 Verschleppung vor und wollte die Verhandlungen abbrechen[474].

Kommen wir an dieser Stelle jedoch zur Entwicklung nach der Umstrukturierung des Reichswirtschaftsministeriums zurück, der sich eine Flut von Ausschaltungsmaßnahmen anschloß.

So wurde – um die Scheinübertragung von jüdischen Betrieben an „Arier" zu verhindern – am 22. April 1938 eine „Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe"[475] erlassen.

Sehr deutlich zeigt sich die mit den verstärkten Maßnahmen verbundene Absicht in der „Verordnung zur Anmeldung des Vermögens von Juden"[476] vom 26. April 1938, welche die Möglichkeit schuf, das Vermögen der Betroffenen exakt zu erfassen und zu kontrollieren. In § 7 hieß es: „Der Beauftragte für den Vierjahresplan kann die Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen".

Nach der am gleichen Tag erlassenen „Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens der Juden"[477] wurde jede Veräußerung, Verpachtung und Nießbrauchbestellung – also jede „Arisierung" – genehmigungspflichtig.

Als Ausdruck des verschärften Kurses ist wohl auch ein Brief des Hessischen Kreisamtes in Offenbach an das „Amt für Technik der Gauleitung der NSDAP Hessen-Nassau" in Frankfurt vom 27. April 1938 anzusehen, in dem es hieß: „Bei der Maingaswerke A.G. befindet sich z.Zt. noch der Jude Löwenstein in einflußreicher Stellung und soll sogar dem Vernehmen nach in nächster Zeit zum Prokuristen erhoben werden. Da die beiden Städte Frankfurt und Offenbach die einzigen Aktionäre sind, ist dieser Zustand untragbar. Wenn auch Löwenstein Frontkämpfer ist, so kann auf Grund unserer Weltanschauung doch nicht geduldet werden, daß ein Jude in einem Unternehmen, an welchem ausschließlich zwei Stadtgemeinden beteiligt sind, eine solche Rolle spielt. Ich bitte das Amt für Technik der Gauleitung seinen ganzen Einfluß dafür einzusetzen, dass die Maingaswerke judenfrei werden"[478].

474 HStA, Signatur N1/10044.
475 RGBl I, S. 404.
476 RGBl I, S. 414.
477 RGBl I, S. 415.
478 HStA, Signatur N1/10077.

Am 20. Mai 1938 schrieb der Leiter der Ortsgruppe „Senefelder" Kronenberger – dem wir im Zusammenhang mit den Ereignissen des Novemberpogroms nochmals begegnen werden – an die Kreisleitung über den Juden Jakob Fuld aus der Waldstraße 93: „Dieser betreibt in unserer Ortsgruppe einen Wäscheladen. Durch die Volksaktion[479] wurde F. vorübergehend gezwungen, seinen Laden zu schließen. Nun, nach dem er wieder etwas mehr Ruhe wittert, hat dieser Feigling (!) wieder seinen Laden geöffnet. Die pol. Leiter und Walter der NSV machen in anständiger Weise die Volksgenossen, die bei diesem schmierigen Juden kaufen wollen, auf die Unmöglichkeit ihres Vorhabens aufmerksam. Der Jude ist heute so fresch (sic!) und kann es einmal vorkommen, dass er dadurch eine ganz tüchtige Tracht Prügel erhält. Nun hat sich allerdings dieser Stinkjude etwas ganz Unerhörtes erlaubt. Gegenüber von ihm wohnt der Stellenleiter für Handel & Handwerk für Senefelder und Buchhügel, *Pg. N.*, der schon seit Jahr und Tag die Freschheiten (sic!) des Juden Fuld ertragen muß. Nun geht auch noch dieser Jude her und zeigt in einem vier Seiten langen Brief Pg. N. als den mutmasslichen Streicher der Fensterscheibe des Judengeschäftes und stellt allerhand unwahre Behauptungen an. N. wurde von der Polizei festgenommen und ihm gesagt, dass diese Angelegenheit aus formellen Gründen an die Polizeidirektion weitergegeben werden müsse. Wir wissen genau, dass N. nichts geschmiert hat. Überhaupt wurde bei Fuld nur einmal an die Scheibe geschrieben und das war zu Anfang der Aktion, irgendwelche Schmierereien wie Judennasen usw. wurden nicht angebracht.
Wir bitten Sie, sich doch einmal bei der Polizeidirektion über den Stand dieser Angelegenheit erkundigen zu wollen.
Für die Folge aber werden wir diesen Juden noch besser als bisher bewachen. Bisher hat er schon wiederholt die Schilder ‚Jüdisches Geschäft' entfernt, das Letzte erst heute morgen. Wir aber kleben immer weitere an.
Da wir die bestimmt richtige Vermutung haben, daß auch die Steuer und sonstige Preis = usw. Angelegenheiten bei Fuld nicht in Ordnung gehen, haben wir das einliegende Schreiben[480] an die Stapo gerichtet und bitten um Weitergabe. Die Stapo bitten wir Sie davon zu unterrichten, dass das Verhalten des Juden Fuld nicht dazu beiträgt, daß sich die Volksgenossen in allernächster Zeit durch Tätlichkeiten dem Juden gegenüber nicht erkenntlich zeigen werden"[481].

Das Schreiben trägt ferner, den letzten Absatz betreffend, die handschriftliche Notiz – wahrscheinlich vom Kreisleiter selbst –,: „Stapo u. Lebensmittelpolizei in Kenntnis gesetzt!"

Der ganze Stil, in welchem dieses Schreiben abgefaßt wurde, läßt beim Urheber kein allzuhohes geistiges Niveau vermuten, die Absicht wird jedoch nur zu deutlich. Einem Juden, der sich gegen die allgemeinen Schikanen offenbar zu Wehr gesetzt hatte – ein ohnehin seltener Fall –, sollten durch Verleumdungen und Denunziationen wohl noch zusätzliche wirtschaftliche Schwierigkeiten bereitet werden. Bemerkenswert ist zudem die

479 Es ist unklar, welche konkreten Maßnahmen damit vom Ortsgruppenleiter angesprochen wurden.
480 Das angesprochene Schreiben befand sich – wie zu erwarten – nicht in dieser Akte.
481 HStA, Signatur N1/10070.

Ankündigung weiterer „Tätlichkeiten durch die Volksgenossen", zu denen es schon bald – wie wir noch sehen werden – neuerlichen Anlaß geben sollte.

In der „Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz"[482] vom 14. Juni 1938 wurde der Begriff des „jüdischen Gewerbebetriebes" geschaffen, für welche ein Verzeichnis anzulegen war. Auch Zweigniederlassungen jüdischer Gewerbebetriebe, sowie Zweigniederlassungen nichtjüdischer Betriebe, deren Leiter Jude war, mußten aufgenommen werden.

Für den zu untersuchenden Bereich der Stadt Offenbach liegt uns – diese Verordnung betreffend – für insgesamt neununddreißig Fälle Schriftverkehr vor, größtenteils vom August 1938.[483] Danach wurde häufig Einspruch gegen die mitgeteilte Aufnahme in das Verzeichnis erhoben, da entweder die Firma mittlerweile „arisiert" oder der Geschäftsbetrieb eingestellt worden, der jüdische Gesellschafter ausgeschieden oder aber der Inhaber „arisch" sei.

Daß auf Verdienste jedweder Art keinerlei Rücksicht mehr genommen wurde, zeigt der Schriftwechsel, den Seligmann Wolf (geb. 1880) führte. Er legte am 26. August 1938 Beschwerde mit der Begründung ein, er sei als Kriegsteilnehmer und Frontkämpfer mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, sowie mit dem Frontkämpferabzeichen ausgezeichnet worden. Er glaube, daß „es nicht der Sinn des Gesetzgebers ist, die Frontkämpfer des vergangenen Krieges mit diesem Gesetz in seiner ganzen Härte durch den Geschäftsverlust zu treffen". Sein Einspruch wurde jedoch mit der lapidaren Bemerkung abgewiesen: „Aus den in Ihrem Schreiben angeführten Gründen kann eine Eintragung nicht unterbleiben".

Durch diese überlieferte Korrespondenz erhalten wir zugleich weitere Kenntnis von „Arisierungen", welche zu diesem Zeitpunkt schon erfolgt waren, oder aber kurz bevorstanden. Es handelt sich dabei um die Firmen Fleisch & Gumb, M. & S. Gottlob, Schuhfabrik „Hassia", Kistenschreinerei David Introligator, Schuhfabrik „Mainperle", Schuhaus Strauß, Michels & Fürth, Bade- und Sportartikel I. Stern und Joseph Heilbrunn (Inhaber: Nathan Grünewald).

Umfangreiche und vollständige Akten über erfolgte „Arisierungen„ sind für Offenbach nur sehr wenige vorhanden. Einer dieser überlieferten Vorgänge betrifft die Firma „Wendling & Co.". Uns liegt ein Schreiben der Kreisleitung vom 20. Juni 1938 an das Personalamt der Kreisleitung vor, in dem mitgeteilt wird, daß der bisherige Alleininhaber – Alfred Feibuschewitz – beabsichtige, die Firma an den Kaufmann Egon F. – einen entfernten Verwandten seiner arischen Frau – abzugeben. F. sei schon seit dem 3. Juni 1938 als Mitinhaber der Firma in das Handelsregister eingetragen, Feibuschewitz aber wolle ganz ausscheiden und auswandern. Die IHK habe ferner keine Bedenken gegen diese Form der Arisierung erhoben.[484]

482 RGBl I, S. 627f.
483 ASO, Signatur 1507.
484 HStA, Signatur N1/10047.

Auch die „Arisierung" des Fertigbekleidungsgeschäftes „Berger & Schmelzer" – Markt 11/12 und Kleiner Biergrund 3 – erfolgte vor den noch zu schildernden wirtschaftlichen Folgen der sogenannten „Reichskristallnacht". Egon B., Gerd C. und Erwin Z. (letzterer war Angestellter bei Berger & Schmelzer) begründeten ihren Übernahmeantrag vom 25. Juni 1938 an die zuständige Ortsgruppe damit, daß sich in der Stadt Offenbach mit ca. 90.000 Einwohnern zur Zeit drei Fertigbekleidungsgeschäfte befänden. Weiterhin würden bei „Zustandekommen der Angelegenheit" drei nicht mehr lebensfähige Geschäfte liquidiert, „ohne daß irgend jemand der Inhaber oder Angestellten dem Arbeitsamt oder sonst der öffentlichen Hand zur Last fiele". Als Kaufpreis wurde der Wert der vorhandenen Warenbestände und der Geschäftseinrichtung vereinbart, bei einem Abschlag von 40%.[485]

Das „Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich"[486] vom 6. Juli 1938 untersagte den Juden im „Altreich" weiterhin die Ausübung bestimmter – für sie jedoch wichtiger – Gewerbe wie z. B. die Hausverwaltungen und den Grundstückshandel.

Ein weiterer Vorfall zeigt nochmals sehr deutlich, daß auch nach der Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze" und des damit geschaffenen „gesetzlichen" Rahmens der Willkür untergeordneter Parteiinstanzen Tür und Tor geöffnet waren.[487]

Der Oberbürgermeister der Stadt Offenbach – der Stadtbaurat – schrieb am 19. Juli 1938 an die Kreisleitung der NSDAP, der Jude Max Becker betreibe in Frankfurt-Fechenheim eine Gärtnerei und beschicke den Wochenmarkt in Offenbach mit Blumen. Seine Ehefrau sei arischer Abstammung, und aus der Ehe zwei Kinder hervorgegangen. Am 16. Juli sei der Frau eröffnet worden, daß sie auf dem Wochenmarkt nicht mehr zugelassen werde. Daraufhin seien die Kinder erschienen und hätten mehrere Schriftstücke vorgelegt, aus denen hervorginge, daß das Geschäft auf den Sohn überschrieben werde. Der Stadtbaurat bat daraufhin um Stellungnahme, ob der Verkauf verweigert werden solle.

Das Schreiben wurde weitergeleitet, und am 12. September erhielt die Kreisleitung die Antwort der „Landesbauernschaft", in welcher mitgeteilt wurde, nach der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz sei unter bestimmten Voraussetzungen den „jüdischen Mischlingen" auf dem Gebiet der Wirtschaft freie Betätigung gewährleistet: „Nach Lage der Sache wird m. E. wohl das Verkaufsverbot gegen den Becker jr. nicht aufrecht erhalten werden können".

Kreisleiter Walther übermittelte die Auskunft der „Landesbauernschaft" in seinem Schreiben vom 20. September 1938 an den Oberbürgermeister fast wörtlich. Anstelle des oben zitierten Satzes schrieb er allerdings: „Ich lege trotzdem keinen Wert auf die Verkaufstätigkeit der jüdisch versippten Familie Becker in Offenbach/M.. Sie wollen daher das Verkaufsverbot aussprechen".

485 HStA, Signatur N1/10043.
486 RGBl I, S. 823f.
487 HStA, Signatur N1/10076.

Am 30. Juli 1938 fragte die „Fachgruppe Schneidwaren= Industrie der Wirtschaftsgruppe Eisen=, Stahl= und Blechwarenindustrie" in Solingen bei der Kreisleitung in Offenbach an:[488] „Der Vertreter A. Nathan, Offenbach Wilhelmstr. 22 ist mit dem Ersuchen an uns herangetreten, ihm die Vertretung einer Solinger Stahlwarenfabrik, die nach USA exportiert, nachzuweisen.
Da wir Bedenken haben ob der Antragsteller deutsch-blütiger Abstammung ist, wären wir ihnen dankbar, wenn Sie uns die Arier-Eigenschaft bestätigen könnten. Wir lehnen im anderen Fall selbstverständlich eine Bearbeitung der Angelegenheit ab".

Das Schreiben trägt ferner als Bearbeitungsvermerke einen Stempel der Ortsgruppe „Altstadt" und die maschinenschriftliche Notiz: „A. Nathan ist nicht Arier". Dies teilte der Kreisleiter am 10. August der Fachgruppe auch mit.

Kommen wir nun zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des Novemberpogroms. Die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben wäre sicherlich auch ohne die Aktionen der „Reichskristallnacht" weitergeführt worden, höchstwahrscheinlich mit den schon zuvor angewandten Methoden und bereits vorbereiteten Gesetzen. Der Pogrom beschleunigte und radikalisierte die eingeleitete Entwicklung jedoch.[489]

In einer Besprechung aller beteiligten Stellen – darunter ein Versicherungsfachmann (!) – im Luftfahrtministerium am 12. November 1938 erklärte sich Hermann Göring als von Hitler beauftragt, die Judenfrage zu zentralisieren und auch die wirtschaftliche Lösung durchzuführen. Er verurteilte dabei entschieden die während des Pogroms angerichtete sinnlose Zerstörung: „Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und nicht solche Werte vernichtet"[490].

Das Ergebnis der Konferenz bildeten am 12. November drei weitere Verordnungen, welche die Juden endgültig ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubten. Durch die „Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit"[491] wurde diesen eine Kontributionsleistung von einer Milliarde Reichsmark auferlegt, während es in der „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben"[492] hieß:

„§ 1. Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind vom jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.
§ 2,1 Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen.

488 HStA, Signatur N1/10084.
489 Vgl. H. Genschel, S. 177.
490 Vgl. die Niederschrift der Besprechung. IMT Bd. XXVIII, S. 499ff., Dok. PS-1816.
491 RGBl I, S. 1579.
492 RGBl I, S. 1581.

§ 2,2 Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt".

Von größerer Bedeutung war aber die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben",[493] welche die Entscheidung brachte, wie die „Arisierung" künftig praktiziert werden sollte. Den Juden wurde nun der Betrieb von Einzelhandelsverkaufstellen, Bestellkontoren, sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt. Weiter durften sie vom Tag der Inkraftsetzung dieser Verordnung an (1. Januar 1939) auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen keine Waren oder Leistungen mehr anbieten. Ferner konnten sie nun nicht mehr Betriebsführer, leitende Angestellte oder Mitglied einer Genossenschaft sein.

Ergänzend dazu regelte die „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens"[494] vom 3. Dezember 1938 die Durchführung der Enteignungen. Sie beinhaltete die Schließung von Betrieben, die zwangsweise Veräußerung von Betrieben und Grundstücken (ganz oder teilweise gegen Schuldverschreibungen des Reiches).

Gerade von letztgenannter Verordnung waren bis zum 31. Dezember 1940 zum Mindesten einhundertzwölf Offenbacher Betriebe und/oder Privatpersonen betroffen, jedenfalls ist eine entsprechende Anzahl von Schriftstücken erhalten, in welchen der „Reichsstatthalter in Hessen – Landesregierung – Abteilung VIII (Arbeit und Wirtschaft)" Genehmigungsbescheide zur Übernahme jüdischen Vermögens erteilte.[495] Es handelt sich dabei überwiegend um „Grundstücksverkäufe", bei denen u. a. Else Berg geb. Lachmann, Heinrich Feistmann, Heinrich Merzbach, Josef Kupczyk, Emil Liebmann, David Introligator, Dr. Arthur Eulau, Max Gottlob, Nathan Grünewald und „Hammel & Rosenfeld" mehr oder weniger enteignet wurden. Auch weitere „Arisierungen" von Betrieben bleiben somit aktenkundig, darunter die „Albert Meyer G. m. b. H." Einige wenige Vorfälle beziehen sich dabei auch auf die am 26. April des Jahres erlassene „Anmeldeverordnung". Hier läßt sich aufgrund des Datums des Kauf- bzw. Übergabevertrages folgern, daß einige Offenbacher schon vor dem November 1938 ihren Besitz verkaufen wollten.

Auch von der „Durchführungsverordnung über die Sühneleistung der Juden"[496] vom 21. November 1938 waren mit Sicherheit Offenbacher betroffen, jedoch blieb nur eine Akte erhalten. Aus ihr geht hervor, daß Ludwig Israel Kirschner am 22. November 1938 von Finanzamt Offenbach-Stadt mitgeteilt bekam, daß er RM 6.600 zu entrichten habe. Darauf folgten am 21. und am 23. Januar 1939 jeweils Berichtigungen der Summe. Am 10. November 1939 schließlich erging an ihn ein „Bescheid über einen weiteren Teilbetrag an Judenvermögensabgabe" gemäß der „Zweiten Durchführungsverordnung über die Sühneleistung der Juden"[497] vom 19. Oktober 1939, in welcher die Abgabe von 20% auf

493 RGBl I, S. 1580.
494 RGBl I, S. 1709.
495 ASO, Signatur 256/2.
496 RGBl I, S. 1638.
497 RGBl I, S. 2059.

25% des abgabepflichtigen Vermögens erhöht wurde, und er weitere RM 3.600 bis zum 15. November 1939 zu entrichten hatte.[498]

Die schon mehrfach erwähnten „Offenbacher Nachrichten" meldeten bald darauf unter Bezugnahme auf die „Anmeldeverordnung" – sicherlich jedoch aus ganz aktuellem Anlaß im Hinblick auf die zuvor geschilderte Verordnung – unter der Überschrift „117 Millionen Judengeld in Hessen (...). Zahlen aus fünf Städten, die zu denken geben":

„In Offenbach ist das Zahlenverhältnis folgendes: 14.006.375 RM beträgt das Vermögen der 282 anmeldepflichtigen Juden. Nach Abzug der Schuldlast von 2.211.277 RM bleibt ein Reinvermögen von 11.795.098 RM (...). Für Offenbach ergibt sich hiernach das gleiche Bild wie für alle übrigen Städte: Der Jude schlug überall da seine Zelte auf, wo ihm der Boden für sein Wuchern und Schachern gegeben war"[499].

Zwei weitere „Arisierungen" sind aktenkundig, die erst nach den Ereignissen im November 1938 abgeschlossen, jedoch schon zuvor begonnen wurden:

Einerseits handelt es sich um die Übernahme der „Setzkastenfabrik Grünebaum" in Offenbach-Bürgel durch Hans und Fritz M. Am 6. Mai 1938 erfolgte eine Anfrage des DAF-Kreisobmannes an die Kreisleitung der NSDAP in Offenbach, ob der Inhaber der Firma jede gewünschte Holzmenge erhalte, während andere Holzbearbeitungsfirmen große Schwierigkeiten in dieser Hinsicht zu überwinden hätten. Am nächsten Tag schrieb der Leiter der Ortsgruppe Offenbach-Bürgel ebenfalls an den Kreisleiter mit der Bitte, eine Besichtigung durch den Kreisleiter und den Kreisobmann zu veranlassen.

Weiterer Schriftverkehr erging nicht oder ist uns zumindest nicht mehr erhalten. Am 26. Mai 1939 erfolgte eine Stellungnahme des Kreiswirtschaftsberaters der Kreisleitung an den Kreisleiter über die inzwischen eingeleitete „Arisierung" der Firma. Darin hieß es: „Die bis jetzt von den Antragstellern geleisteten Vorarbeiten für die Übernahme der jüdischen Firma lassen erwarten, daß durch die neue Betriebsleitung ein Betrieb entstehen wird, der den anderen am Platze bestehenden Fabriken als Muster für einen nach nationalsozialistischem Wirtschaftsdenken eingerichteter (sic!) und auch geführter (sic!) Betrieb gelten wird. Die an sich in Bürgel schwierig zu leitende Ortsgruppe (konfessionelle Widerstände) wird durch die Errichtung eines Betriebes, der als Beispiel für die anderen dienen kann, eine wesentliche Stärkung erfahren. Die Wiederaufrichtung dieses Betriebes ist daher für den Platz eine politische Notwendigkeit.
Ich schlage vor, aus politischen Gründen den Antragstellern die Genehmigung zu erteilen".[500]

Die „Arisierung" der Firma „Kramp & Co." (Stern und Nickelsberg)[501] war in vorausgegangenen Verhandlungen offenbar schon geklärt worden, allerdings sollte nun nicht mehr

498 ASO, Signatur 251/2/19–22.
499 ON vom 26. November 1938.
500 HStA, Signatur N1/10046.
501 HStA, Signatur N1/10050.

der Parteigenosse D., sondern ein gewisser L., den betreffenden Betrieb übernehmen. Im entsprechenden Schreiben vom 15. November 1938 an die Gauleitung Hessen-Nassau bat der Kreisleiter jedoch zu prüfen, ob D. nicht dennoch in einen erweiterten Vertrag eintreten könne, denn „ich lege den aller größten Wert darauf, dass D. die Firma mit übernimmt, oder sonst irgendwie eingebaut wird, da die Person des D. ein Kräftezuwachs für die Bewegung in Offenbach bedeutet und gute Kräfte von auswärts haben wir in Offenbach/M. bitter nötig".

Im zweiten erhaltenen Schriftstück berichtete der Betriebsobmann der Firma über die erfolgte „Arisierung". „Kramp & Co." wurde demnach mit allen Aktiva und Passiva durch eine Kommanditgesellschaft übernommen. Der Name der Firma – welcher noch von den „arischen" Gründern stamme – würde aber beibehalten. Der Kaufvertrag sei unter dem 15. September 1938 abgeschlossen worden, von den bisherigen jüdischen Inhabern – Paul Nickelsberg und Julius Stern – würde Ersterer nach der Übergabe endgültig aus der Firma ausscheiden. Julius Stern hingegen solle – nach Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums – „das von ihm seit ca. 10 Jahren bearbeitete, außerordentlich wichtige Absatz-Gebiet im Balkan, Syrien, Egypten (sic!), Britisch- und Niederländisch-Indien, Singapore (sic!) und China als Angestellter der neuen Firma weiter bereisen. Es wäre von wesentlicher Bedeutung, daß das Reichswirtschaftsministerium wegen der ausfallenden Devisen (1937 ca. RM 500.000) eine Sonder-Regelung zuläßt, zumal an dieser Stelle bekannt ist, daß die Geschäftsbeziehungen des Julius Stern, besonders in China und Indien, vorwiegend persönlicher Natur sind. (Diese Abmachungen können m.E. nur von höchster Stelle entschieden werden)".

An dieser Stelle des Berichtes finden wir eine handschriftliche Randbemerkung, wohl vom Empfänger: „Kommt nicht in Frage!"

Weiter hieß es in dem Schreiben: „Am Donnerstag, den 10. November d.J., verließen die seitherigen Inhaber nach meiner Aufforderung um 9 Uhr vormittags den Betrieb, – am Sonnabend, den 12. November, gegen 11 Uhr vormittags, erfolgte ihre Verhaftung aus ihren Wohnungen. –"

Abschließend folgerte der Betriebsobmann: „Nun wird es wohl nicht zu umgehen sein, daß zur schnellstmöglichen Abwicklung und zur Bereinigung aller mit der Arisierung zusammenhängender Fragen, die jüdischen Inhaber anwesend sind (...). Es wird hier evtl. ein entsprechend begründeter Antrag an die Gestapo zu stellen sein, welche dann das letzte Wort zu sprechen haben wird. –"

Für die praktisch-politisch denkenden Nationalsozialisten um Hermann Göring war das wichtigste Ergebnis der „Arisierungen" die Sanierung der Staatsfinanzen, und vordringlich die Finanzierung der Rüstung. Das Hauptanliegen der Partei hingegen bestand darin, „alte Kämpfer" und die nationalsozialistischen Verbände am jüdischen Eigentum zu bereichern. Damit verbunden waren aber häufig auch persönliche Bereicherungen.[502]

502 Vgl. H. Genschel, S. 213.

Insgesamt erbrachten die „Sühneleistung" und die noch näher zu beschreibende „Reichsfluchtsteuer" einen Gesamtbetrag von zwei Milliarden Reichsmark. Allein im Steuerjahr 1938 bedeuteten die so eingenommenen achthunderteinundvierzig Millionen Reichsmark fünf Prozent der gesamten Steuereinnahmen.[503]

Ob die massiven „Arisierungen" die von Hjalmar Schacht und ihm gleichgesinnten Politikern befürchtete Strukturänderungskrise ausgelöst hätte, ist nicht nachprüfbar, da sich die deutsche Wirtschaft 1938 durch Autarkiebestrebungen und Aufrüstungen in einem Ausnahmezustand befand.[504]

„Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die negativen Folgen der überstürzten Arisierung teilweise durch die Ausbeutung des jüdischen Vermögens sowie durch die sachkundige Mitarbeit von Wirtschaft und Verwaltung abgefangen, teilweise durch die noch katastrophaleren Folgen der Kriegspolitik überdeckt wurden"[505].

Am 3. Februar 1939 meldete der „Jewish Cronicle" nochmals für Offenbach: "Nazis recently broke into the remaining Jewish business in Offenbach, a shoe-store owned by a Jew named Schneider, and helped themselves to all the stock. They then forced Herr Schneider to walk through the streets of the town with a white flag in his hand and shout: 'I am the last Jew in Offenbach'"[506].

Da die gesellschaftliche Stellung der deutschen Juden vordringlich auf ihrer wirtschaftlichen Position beruhte, bedeutete ihr Ausschluß aus dem Wirtschaftsleben noch vor der physischen Vernichtung das Ende ihrer Existenzmöglichkeit als gesellschaftliche Gruppe. Die Verdrängung war bereits zu Kriegsbeginn weitgehend abgeschlossen, alle weiteren Maßnahmen stellten praktisch die völlige Enteignung dar.[507]

Infolge von Kapitalverflechtungen oder ausländischer Beteiligungen waren einige der jüdischen Betriebe nur schwer zu „arisieren" oder zu liquidieren, und ihre Enteignung konnte sich noch bis 1942 hinziehen.[508]

Nach der „Dreizehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz"[509] vom 1. Juli 1943 fiel letztendlich auch noch das Vermögen der in Deutschland und in Theresienstadt verstorbenen Juden dem Deutschen Reich zu.

503 Vgl. R. Hilberg, S. 103.
504 Vgl. H. Genschel, S. 215.
505 Ebd., S. 216.
506 Jewish Cronicle vom 3. Februar 1939, S. 26.
507 Vgl. H. Genschel, S. 12 und S. 249ff.
508 Vgl. ebd., S. 249ff.
509 RGBl I, S. 372.

7. Die „Reichskristallnacht" in Offenbach

Wenden wir uns nun den Ereignissen zu, die direkt in den als „Reichskristallnacht" bekannt gewordenen Pogrom mündeten:

Am 6. Oktober erließ die polnische Regierung ein Dekret, nach welchem alle im Ausland lebenden Polen ausgebürgert werden sollten, sofern sie ihren Paß nicht bis zum Monatsende mit einem Sondervermerk stempeln ließen, der wiederum nur in Polen zu erhalten war. Im Besonderen richtete sich diese Maßnahme gegen die schon lange mit polnischer Staatsbürgerschaft in Deutschland lebenden Juden. In einer Blitzaktion ließ Reinhard Heydrich daraufhin am 28. Oktober ca. 17.000 Juden verhaften und an die deutsch-polnische Grenze transportieren.[510]

Unter ihnen befand sich auch Leni Mokotow, die in Hamburg verhaftet worden war. Sie erinnert sich, daß von dieser Aktion selbst Kinder – deren Eltern man nicht hatte auffinden können – nicht ausgenommen waren. Da sich die polnischen Grenztruppen weigerten, die Menschen aufzunehmen, mußten diese zunächst unter teilweise unmenschlichen Bedingungen im Niemandsland umherirren. Schließlich habe sich eine Frau den Mut gefaßt, und sei über die Grenze gelaufen. Als die polnischen Soldaten jedoch nur in die Luft schossen, wechselten auch alle anderen wartenden Personen auf die polnische Seite.[511]

Auch Idel und Czesja Mokotow brachte man zur Grenze, allerdings direkt von Offenbach aus. Sie marschierten mit all ihrem Gepäck sechs Stunden lang nach Polen hinein, erreichten die zuständigen Behörden jedoch erst nach Ablauf der gestellten Frist, und mußten ohne den Sondervermerk nach Offenbach zurückkehren.[512]

Isaac und Berta Fuchs waren ebenfalls von der Aktion betroffen, kamen in Polen später in das Ghetto Tschenstochau und wurden in Auschwitz ermordet.[513] David und Berta Introligator wurden als polnische Staatsbürger zunächst ebenfalls verhaftet, blieben jedoch von der Abschiebung verschont, da sie bereits kurz vor der Auswanderung standen.[514]

Von den Vorkommnissen an der Grenze erfuhr auch der siebzehnjährige Herschel Grynszpan, dessen engste Angehörige zu den Betroffenen gehörten, und der sich zu diesem Zeitpunkt bei seinem Onkel in Paris aufhielt. Er drang daraufhin am 7. November 1938 in das Gebäude der deutschen Botschaft vor und schoß den Gesandschaftsrat Ernst vom Rath nieder.

510 Vgl. W. Scheffler, S. 29f.
511 Persönliche Auskünfte durch Leni Hirschfeld.
512 Ebd.
513 Persönliche Auskünfte durch Shimon Fuchs.
514 Persönliche Auskünfte durch Rahel Schlafmann.

Schon am 8. November drohte der „Völkische Beobachter" mit Folgen,[515] und tatsächlich begannen am Abend des 8. November die ersten Ausschreitungen gegen jüdische Institutionen und Geschäfte in Kurhessen und Magdeburg-Anhalt, allerdings noch auf der Ebene einzelner Aktionen örtlicher Parteiführer.[516]

Am folgenden Tag berichteten die „Offenbacher Nachrichten" vom lebensgefährlichen Zustand vom Raths und vor allem, daß Herschel Grynszpan mit voller Überlegung gehandelt habe. Er sei schon mit dem festen Vorsatz nach Frankreich gekommen, „einen Deutschen zu töten". Im gleichen Artikel wurde auch von den „erheblichen spontanen Demonstrationen" in Kurhessen berichtet.[517]

Hitler selbst maß dem Ereignis zunächst offenbar keine größere Bedeutung bei, erwähnte er es doch in seiner traditionellen Ansprache im Bürgerbräukeller in München am Abend des 9. November 1938 mit keinem Wort.[518]

Zu diesem Zeitpunkt reiste Reichspropagandaminister Goebbels – dessen Einfluß in den Monaten zuvor erheblich gesunken war – nach München. Er nutzte die Gunst der Stunde – im Anschluß an ein vertrauliches Gespräch mit Hitler und mit dessen Rückendeckung – zu einer verschwommenen antisemitischen Rede vor SA- und Parteiführern, in welcher er den reichsweiten Pogrom auslöste. Wie geschickt er dabei die Aktionen provozierte, ohne sie direkt zu befehlen, zeigt der Bericht des Obersten Parteigerichts an Hermann Göring: „Die mündlich gegebenen Anweisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, daß die Partei nach außen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte"[519].

Die Parteivertreter begannen sofort, ihre örtlichen Untergebenen zu instruieren, und überall im Reich liefen Gewalttaten gegen jüdisches Leben und Eigentum an. Göring, Himmler und Heydrich, sowie anderen Spitzen des Reiches, war von den beginnenden Zerstörungsaktionen zunächst nichts bekannt.

In zwei Fernschreiben informierten jedoch Gestapochef Müller und SS-Gruppenführer Heydrich die Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen über die für ganz Deutschland zu erwartenden Aktionen. Müller wies am 9. November an, sie nicht zu stören, jedoch im Benehmen mit der Ordnungspolizei Plünderungen zu unterbinden. Vorzubereiten sei die Festnahme von etwa 20.000 bis 30.000 vorwiegend vermögender Juden und die Sicherstellung wichtigen Archivmaterials.[520]

515 VB vom 8. November 1938. Zitiert bei U.D. Adam, S. 206.
516 Vgl. W. Hofer, S. 181 und R. Vogel, S. 66.
517 ON vom 9. November 1938.
518 Siehe den Text der Rede bei M. Domarus, Bd. 1, S. 966ff.
519 IMT Bd. XXXII, S. 20ff., Dok. PS-3063.
520 IMT Bd. XXV, S. 377 f., Dok. PS-374.

Heydrich erteilte am 10. November um 1.20 Uhr früh die Anordnung, sich sofort nach Erhalt des Fernschreibens mit den zuständigen politischen Leitungen zwecks Durchführung der Aktionen in Verbindung zu setzen. Bei der Ausführung sollte deutsches Leben und deutsches Eigentum nicht gefährdet, und Plünderungen verhindert werden, ausländische Staatsangehörige (auch jüdische) unbehelligt bleiben. Die stattfindenden Demonstrationen sollten von der Polizei nicht verhindert, sondern deren Durchführung lediglich hinsichtlich der ausgegebenen Richtlinien überwacht werden. Vorhandenes Archivmaterial sei zu beschlagnahmen, um es vor der Zerstörung zu schützen. Auch Heydrich befahl, wohlhabende Juden zu verhaften, die gesund und in nicht zu hohem Alter wären.[521]

Waren auch die anderen Führungskräfte des Dritten Reiches zunächst nicht von Goebbels' Absicht informiert, so reagierten sie doch – wie wir sahen – unverzüglich, und versuchten, sich einzuschalten und eigenen Nutzen aus dem Pogrom zu ziehen (vordringlich ihre eigene Position zu stärken). Offensichtlich sollten dabei internationale Verwicklungen immer noch vermieden werden. Die ausdrückliche Anweisung, vorwiegend vermögende Juden zu verhaften, läßt den Schluß zu, daß die weitere Behandlung dieser Menschen noch nicht sicher, die Möglichkeit einer Lösegeldforderung aber schon bedacht wurde.

Auch in Offenbach wirkte sich der nun beginnende Pogrom ganz konkret aus:[522]

Etwa um vier Uhr morgens erhielt der Hauptsturmführer Karl Börner (geb. 1895) als Adjudant der SA-Standarte 168 in Offenbach einen Anruf des Brigadeführers Lucke aus Darmstadt, welcher zuvor vergeblich versucht hatte, den Standartenführer Otto Bode (geb. 1906) zu erreichen. Börner benachrichtigte daraufhin den vorübergehend im Hotel „Kaiserhof" wohnenden Standartenführer, der sich sofort – ebenfalls fernmündlich – vom SA-Standartenbüro aus in Darmstadt meldete, und den ungefähr so lautenden Befehl erhielt: „Die Synagoge ist zu zerstören unter Schonung der Nachbargebäude, worüber Vollzugsmeldung zu erstatten ist."

Bode ließ hierauf den Leiter des Pioniersturmes G. kommen, und dem Kraftfahrer und Truppenführer A. mitteilen, er habe sich bereitzuhalten. Börner holte mit seinem PKW A. und den Verwalter des Werkzeug- und Gerätedepots des Pioniersturmes Z. ab und fuhr mit A., Z. und G. zu dem auf der Mainhafeninsel gelegenen Depot. Während der Fahrt gab er den Zerstörungsbefehl aus. Mit Werkzeugen ausgerüstet erreichten sie danach die Synagoge und trafen dort auf Bode, der aus dem Standartenbüro kam, welches dem Gebäude schräg gegenüber lag. Alle Personen trugen Zivilkleidung.

G. und A. begaben sich um ca. 6 Uhr zu dem in die Vorhalle (mit dem Kuppelbau) führenden Eingang der Synagoge, während Bode und Börner in einer Entfernung von etwa

521 IMT Bd. XXXI, S. 515ff., Dok. PS-3051.

522 Vgl. hierzu und zum Folgenden die Urteilsbegründung des Landgerichtsprozesses 2 KLs 6/48. HStA, Signatur H 13 Darmstadt/ Nr. 911.

fünfzig Metern auf der Kaiserstraße zurückblieben. Z. hielt sich abseits und entfernte sich in der Dunkelheit in seine unweit gelegene Wohnung.

G. und A. brachen die Eingangstür mit einer Beilpicke auf und G. streute Pulver in einem langen Streifen auf den Fußboden. Das entzündete Pulver ergab eine Stichflamme, durch welche allerdings nur eine Fensterscheibe zertrümmert und der in der Vorhalle aufgehängte Kronleuchter beschädigt wurden. Gegen 6.30 Uhr entfernten sich die Männer wieder und Bode unternahm im Anschluß an die Vollzugsmeldung eine Fahrt in den Standartenbereich, um den Fortgang der Aktionen zu kontrollieren.

Eigentlich hätte die Synagoge in Offenbach somit diese Nacht fast völlig unbeschädigt überstehen können. Die nachfolgende Inbrandsetzung von Einrichtungsgegenständen und die Ausschreitungen gegen die am Morgengottesdienst im kleinen Betsaal teilnehmenden Männer wurden mit ziemlicher Sicherheit von Angehörigen der SS ausgeführt.

Gegen 7 Uhr beobachtete ein Zeuge auf der Kaiserstraße mehrere PKW der SS und zahlreiche Personen in Zivilkleidung, die in dem Gebäude ein- und ausgingen. Auch Z., der ungefähr gegen 9 oder 10 Uhr erneut an der Synagoge vorbeikam, erklärte, er habe dabei einen SS-Mannschaftswagen entdeckt.[523]

Auch Josef Sch. erinnert sich an die Vorfälle dieses Morgens noch sehr genau:[524] Er war damals erst fünfzehn Jahre alt und wurde von seinem Vater gebeten, für diesen am Morgengottesdienst teilzunehmen. Josef Sch. entsprach diesem Wunsch des öfteren, wenn sein Vater geschäftlich verhindert war. Mit ihm zusammen befanden sich der Kantor Markus Gottlieb, Herr Amsterdam, Herr Obritzki und einige andere Männer im Betsaal. Kaum hatten sie gegen sieben Uhr mit dem Gottesdienst begonnen, da stürmten sechs bis acht Männer in Zivil herein, schrien „Juda verrecke" und „Ihr habt den Rath ermordet", und schlugen mit Knüppeln aus Holz und Eisen auf die Anwesenden ein. Josef Sch. ließ zunächst seinen Mantel, seinen Schulranzen und sein Gebetbuch zurück, und flüchtete nach Hause. Dort riet ihm sein Vater jedoch, nochmals zurückzukehren, um möglicherweise sein Eigentum zu retten.

Am gleichen Morgen erschienen in der Wohnung des Rabbiners zwei Männer ohne Uniform und forderten ihn auf, sie zur Synagoge zu begleiten. Er wurde mißhandelt und mußte das brennende Gebäude, das Hinauswerfen der Papiere des Archives und das Zertrümmern der Möbel des Gemeindebüros und der Schule mitansehen.[525]

In Offenbach hielt man sich offensichtlich nicht an den Befehl Heydrichs, das Archivmaterial der Jüdischen Gemeinde zu schonen. Zwar hatte er zwischen historisch wichtigem

523 Die Angehörigen der SA wurden nach dem Krieg – sofern man ihrer habhaft werden konnte – vor Gericht gestellt und teilweise auch verurteilt. Die Täter aus dem Kreise der SS konnten jedoch nie ermittelt werden.

524 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch.

525 Vgl. M. Dienemann, S. 62.

Material und „neueren Steuerlisten" unterschieden,[526] in der Offenbacher Synagoge befand sich jedoch eine Bücherei mit ungefähr zweitausendfünfhundert Bänden Judaica und wertvollen Dokumenten, die offenbar größtenteils vernichtet wurden.[527]

Im Tätigkeitsbuch der Feuerwehr findet sich zum Brand der Synagoge und den damit verbundenen Ereignissen lediglich die lapidare Anmerkung: „8.15–11.20 Großfeuer in der Synagoge"[528].

Aufschlußreicher sind da schon die Erinnerungen einiger der mit den Löschaktivitäten betrauten Feuerwehrleute:[529] Durch die Einwirkung der anwesenden SA bzw. SS sei die Löschtätigkeit behindert und sogar unterbrochen worden, denn man habe das Wasser abgestellt. Erst auf Anweisung des herbeigerufenen Oberbürgermeisters Dr. Schranz habe man weiterlöschen können. Als die Feuerwehr zur Synagoge gekommen sei, wäre Rauch aus dem Kuppelbau gedrungen, und Fenster seien beschädigt gewesen. Auch während der Brandbekämpfung hätten sich verschiedene Personen in der Synagoge aufgehalten und teilweise Zerstörungen angerichtet. Im Innenraum des Gebäudes seien dabei Bekleidung, Vorhänge und Stuhlsitze aufgeschichtet und angezündet worden. Die für die Zerstörungen verantwortlichen Personen und Neugierige habe man aus der Synagoge weisen müssen.

Auch die Freiwillige Feuerwehr kam zur Brandstelle. Ihr seien zunächst die Löschschläuche von Unbekannten entrissen und später ebenfalls das Wasser abgestellt worden. Erst gegen 10.30 Uhr oder 11 Uhr habe man wieder Wasser zur Brandbekämpfung zur Verfügung gehabt.

Nach den Erinnerungen Dr. Guggenheims und eines weiteren von ihm – allerdings leider nicht namentlich – zitierten Vorstandsmitgliedes[530] habe es sich um eine recht auffallende und merkwürdige Art der Brandbekämpfung gehandelt. Es sei keinerlei Absperrung vorhanden und somit der Zutritt für jedermann möglich gewesen. Eine Reihe von Personen sei mit Werkzeugen, Hämmern und Beilen versehen in das Gebäude eingedrungen, die Brandstätte selbst jedoch später sorgfältig bekämpft worden.

Schon Monate zuvor sei zudem die Steuerfreiheit der „jüdischen Kultstätte" aufgehoben und die Jüdische Gemeinde gezwungen worden, 7000 Mark Grundsteuer aufzubringen. Auch die Hypothek und das „Communal-Darlehen" seien gekündigt worden. Weiterhin habe das bereits erwähnte Vorstandsmitglied – ebenfalls „Wochen und Monate vor dem Brande" – die Besichtigung der Synagoge durch zwei Männer – einer aus Offenbach und der andere aus Darmstadt – miterlebt und die lachende Frage des Darmstädters gehört, die etwa so gelautet habe: „Was wollen Sie denn mit dem Bau anfangen?".

526 IMT Bd. XXXI, S. 515ff., Dok. PS-3051.
527 CAHJP, Signatur JRSO Hessen 122.
528 Tätigkeitsbuch der Feuerwehr Offenbach vom 26. Mai 1938 – 8. August 1940, S. 88. ASO, ohne Signatur.
529 Vgl. dazu das eingestellte Ermittlungsverfahren gegen einen Feuerwehrmann vor dem Landgericht Darmstadt (2a Js 1101/50). HStA, Signatur H 13 Darmstadt Nr. 200.
530 Vgl. dazu und zum Folgenden LBInst, Signatur AR-C Z 46 144.

Der Kinobesitzerin Ruttmann zufolge sollen bereits im Frühjahr 1938 mehrere führende Herren der Jüdischen Gemeinde mit dem Vorschlag an sie herangetreten sein, die Synagoge in der Goethestraße zu erwerben, welche sich besonders gut für die Zwecke eines Filmtheaters eigne. Der Kaufvertrag sei jedoch nicht zustande gekommen, da sich die Stadt Offenbach eingeschaltet und nach dem November 1938 das Gebäude selbst erworben habe. Im Jahre 1940 habe die Stadt das Gebäude dann an Frau Ruttmann verkauft mit der ausdrücklichen Auflage, darin ein Filmtheater zu errichten.[531]

Sicherlich ist ein solches Vorhaben angesichts der schrumpfenden Mitgliederzahl der Jüdischen Gemeinde und ihrer steigenden finanziellen Bedrängnis denkbar, doch haben sich dergleichen Bestrebungen ansonsten weder schriftlich noch in den Erinnerungen ehemaliger Gemeindemitglieder niedergeschlagen. Eine Auflösung der Gemeinde war zwar befürchtet, doch wohl nicht angestrebt worden, gerade bei den älteren Menschen nicht, von denen ein Teil immer noch hoffte, daß der Spuk vorübergehen werde.

Wo auch immer die „Wahrheit" liegen mag, die geschilderten Vorgänge und Erinnerungen zusammen gesehen legen den Schluß nahe, daß manche Personen in Offenbach schon vor dem November 1938 an einer „Übernahme" des Gebäudes interessiert waren, und in der „Reichskristallnacht" eine willkommene Möglichkeit des Zugriffes sahen. Die Inneneinrichtung wurde demzufolge dann auch weitgehend zerstört, das Gebäude selbst aber geschont. Dies allein dürfte den „mysteriös" anmutenden lokalen Aspekt begründet haben, daß die Offenbacher Synagoge im Gegensatz zu hunderten anderer Gotteshäuser in ganz Deutschland die Pogromnacht weitgehend unbeschadet überstanden hat.

Kehren wir jedoch an dieser Stelle wieder zu den Ereignissen des 10. November 1938 zurück:

Josef Sch. begab sich nochmals zur Synagoge, vor der sich eine größere Menschenmenge zusammengefunden hatte, entdeckte tatsächlich seinen Schulranzen und begab sich zurück nach Hause. Dort hatte unterdessen ein Trupp Unbekannter schwere Verwüstungen angerichtet, Wertgegenstände geplündert und sowohl seine Schwester als auch seine Eltern mißhandelt.[532]

Auch der Rabbiner Dr. Dienemann kam nach etwa einer Stunde mit Nathan Grünewald zusammen in seine Wohnung zurück. Kurz darauf erschienen jedoch die gleichen Personen, welche ihn schon einmal abgeholt hatten, und brachten ihn in das Gefängnis, während wieder eine Stunde später zehn Männer die Dienemannsche Wohnung betraten und das Mobiliar zertrümmerten.[533]

Zwischen 10 Uhr und 12 Uhr erschienen im gleichen Haus in der Körnerstraße 12 eine Gruppe von drei Männern, unter ihnen Adolf D. In der im Erdgeschoß gelegenen Woh-

531 OP vom 28.03.1949 und vom 31.03.1949.

532 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch. Vgl. dazu auch die Landgerichtsprozesse 2 KLs 59/47 und KLs 140/47. HStA, Signatur H 13 Darmstadt Nr. 960.

533 Vgl. M. Dienemann,S. 62.

nung der Familie Gumb – die schon nach England auszuwandern im Begriff waren – standen die Einrichtungsgegenstände zum Versand verpackt bereit, ein Zollbeamter war mit der Aufnahme der Werte beschäftigt. Hans M., der mit seiner Frau den Oberstock des Hauses bewohnte, trat den Eindringlingen mit der Bemerkung entgegen, das Haus stehe unter Staatsschutz. D. und seine Begleiter beachteten ihn aber nicht und gingen an dem die Wohnung gerade verlassenden Zollbeamten vorbei in die Räume hinein. Als die drei Männer nach kurzem Aufenthalt die Wohnung wieder verließen, waren viele der Möbelstücke und der verpackten Gegenstände zerschlagen oder teilweise zerstört.[534]

Karl Gültig, der damals in der Austraße wohnte, sah im Biergrund und in der Fünfhäusergasse, wie Möbel und Gegenstände zum Fenster hinausgeworfen wurden. Vor den Häusern hätten zudem Prügeleien stattgefunden:

„Die Bevölkerung verhielt sich damals zwiespältig. Für viele war das einfach eine Sensation. Einige wenige haben wohl Mitleid mit den Juden gehabt. In dem Haus in der Austraße, in dem ich gewohnt habe, war eigentlich niemand Nazi. Die Leute haben gesagt: ‚Das ist ja verbrecherisch'.
Draußen aber waren Menschenmassen auf der Straße und haben gejohlt. Die ganze Bieberer Straße hat gewimmelt von Menschen (...) unzählige Geschäfte (sind) zerstört worden, vor allem Metzgereien, Textilgeschäfte, Schuhgeschäfte und Portefeuiller-Betriebe. Jüdisch-deutsche Mischbetriebe wie die Lederwarenfabrik Mayer & Sohn (...) wurden verschont. Was die rein jüdischen Geschäfte betrifft, so habe ich gegen 19 oder 20 Uhr gesehen, wie an der Filiale der tschechischen Schuhfabrik BATA an der Ecke Wilhelmsplatz/Bieberer Straße (heute Büchergilde), die ein Jude führte, die Scheiben eingeschlagen waren und die Schuhe auf der Straße lagen. So war es auch beim Schuhgeschäft Strauß am Alten Markt. Ebenso erging es den Textilgeschäften Kahn an der Ecke Geleitsstraße/Waldstraße und Hirschen in der Frankfurter Straße"[535].

Nach den Erinnerungen der nichtjüdischen Nachbarin Elisabeth Gräber verwüsteten mehrere Männer die Wohnung von Lina und Bernhard Meiberg im Kleinen Biergrund 31 mit Beilen und Hämmern.[536] Auch die Wohnungen von Julius Wolf,[537] Julius Schaul[538] sowie der Familien K.,[539] Kamberg und Bachrach[540] wurden von Nichtuniformierten heimgesucht und verwüstet.

Am Nachmittag des 10. November gegen 16 Uhr traf Werner A. in der Geleitsstraße in der Nähe der Kreisleitung der NSDAP die Parteigenossen Dieter B. und Egon C. Nach kurzer Zeit trat Theo D., der mit einem Zettel in der Hand die Kreisleitung verlassen hatte, mit der Aufforderung zu ihnen: „Auf zu Kupczyk!" Als die Männer daraufhin das

534 Vgl. die Landgerichtsprozesse 2 KLs 59/47 und KLs 140/47. HStA, Signatur H 13 Darmstadt Nr. 960.
535 OP vom 08.11.1983.
536 VVN.
537 Persönliche Auskünfte durch Berthold Wolf.
538 YVS, Signatur 02/1057.
539 Vgl. K. Schild/ W. Wöll, S. 13.
540 Schriftliche Auskünfte durch H.A. Bachrach.

vor der Kreisleitung stehende Fahrzeug von C. besteigen wollten, kam Hans E. hinzu, der sich ihnen nach der Aufforderung A.'s und kurzem Zögern anschloß.[541]

Vor der im August-Bebel-Ring 10 gelegenen Villa des Fabrikanten Kupczyk hielten sie an. Frau Kupczyk stand mit ihrem alten Vater in der Eingangstür, doch A. stieß sie beide zur Seite und begann schon im Flur, die Einrichtung zu zerschlagen. Auf seinen Ruf hin: „Mach mal Licht, daß man etwas sehen kann" schaltete die erschrockene Frau tatsächlich das Licht ein. A. betrat das Herrenzimmer und führte dort sein Zerstörungswerk fort. Frau Kupczyk – eine Nichtjüdin – versuchte, sich Gehör zu verschaffen, doch A. achtete nicht auf sie. Erst auf E.'s Bitte – der wie die anderen nichts angerührt hatte – unterbrach er sein Wüten. Er schickte Frau Kupczyk ins Nebenzimmer und telefonierte mit der Kreisleitung. Anschließend erkundigte er sich, welche Einrichtungsgegenstände dem jüdischen Hausherren gehören würden. Als er die Auskunft erhielt, daß alles Frau Kupczyk und ihrem Manne gleichzeitig gehören würde, gingen die Zerstörungen weiter. Sämtliche Räume wurden dabei heimgesucht, Bücherschrank, Schreibtisch und andere teilweise schwere Möbelstücke mit vereinten Kräften umgeworfen. Während die Zerstörungen im Gange waren, kamen etwa drei Männer hinzu, und vor dem Hause sammelten sich vom Lärm angelockte Menschen. Nach etwa zwanzig Minuten verließen die Männer das Haus. A. und einige der Beteiligten fuhren zu dem nahegelegenen Haus Murmann-Lorsch, wo dann ebenfalls Zerstörungen angerichtet wurden.

Am gleichen Nachmittag wurden auch die Wohnung und die Geschäftsräume Isidor Ladenburgers in der Frankfurter Straße demoliert. Wer dort zu den Eindringlingen gehörte, ließ sich nie mit Sicherheit klären.

In der Ortsgruppe „Senefelder" der NSDAP in Offenbach rief der Ortsgruppenleiter Kronenberger am 10. November nach acht Uhr morgens die Parteigenossen und SA-Mitglieder der Betriebe und Behörden seines Ortsgruppenbereiches zusammen. Nach einer Belehrung, als Vergeltungsmaßnahmen für das Pariser Attentat das jüdische Eigentum zu zerstören und den „Israeliten" den Aufenthalt im Lande zu verleiden, zog eine Gruppe von etwa einhundert Personen unter seiner Führung durch die Straßen (Arndtstraße – Hindenburgring – Waldstraße) und zerstörte jüdische Geschäfte und Wohnungen. Dabei stand der Kaufmann Jakob Fuld – welcher mit einer nichtjüdischen Frau verheiratet war – erneut im Mittelpunkt des „Interesses" der Ortsgruppenverantwortlichen.[542]

Neben den Ausschreitungen nutzten die Hauptakteure des Pogroms zudem die Gelegenheit zu Erpressungen. Die jüdischen Alteisenhändler Josef und Heinrich Windecker – deren Geschäftsräume und Wohnungen ebenfalls zerstört wurden – unterschrieben angesichts der drohenden Menge die Übereignung eines Kesselwagens als Ausgleich für eine bestehende Forderung des Schmiedemeisters M. Die Höhe der Forderung stand jedoch in keinem angemessenen Verhältnis zum Wert des Wagens.

541 Vgl. dazu und zum Folgenden die Landgerichtsprozesse 2 KLs 59/47 und KLs 140/47. HStA, Signatur H 13 Darmstadt Nr. 960.

542 Vgl. dazu und zum Folgenden die Urteilsbegründung des Verfahrens wegen Landfriedensbruch und Erpressung vor dem Landgericht Darmstadt (KLs 167/47), abgedruckt bei K. Moritz/ E. Noam, S. 165ff.

Auch der frühere Direktor der Fabrik „Faber & Schleicher", Dr. Wormser, sah sich den Erpressungen ausgesetzt. Er war im Frühjahr 1938 aus der Firma ausgeschieden und hatte noch eine Forderung vom RM 18.500 zur Abfindung von Gehaltsansprüchen an die Firma. Ein meist aus Angehörigen der betreffenden Firma bestehender Trupp unter Führung des besagten Ortsgruppenleiters suchte Dr. Wormser auf. Kronenberger und etwa zwanzig Personen wurde auch Einlaß gewährt, und Dr. Wormser unterzeichnete bald darauf die Abtretung seiner Forderung an die Betriebsgemeinschaft der Firma „Faber & Schleicher".[543]

Nachdem Reichspropagandaminister Goebbels am 10. November 1938 mit Göring zusammen bei Hitler die technischen Einzelheiten der künftigen Ausschaltungsmaßnahmen besprochen hatte,[544] und an gesetzlichen Folgen nicht mehr zu zweifeln war, erließ er einen Aufruf an die Bevölkerung, „von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden"[545].

Über die Vorfälle in Offenbach finden wir in der lokalen Presse lediglich zwei kleinere Hinweise. Die „Offenbacher Nachrichten" meldeten am 11. November unter der Überschrift „Den Juden eine Antwort gegeben":

„Wie in verschiedenen Städten des Reiches, kam es gestern auch in Offenbach zu spontanen judenfeindlichen Kundgebungen als Ausdruck der Volkswut über den heimtückischen Mordüberfall des jüdischen Verbrechers Grünspan auf den deutschen Gesandtschaftsrat vom Rath. Schon in den frühen Morgenstunden wurde die Feuerwehr alarmiert, da aus der Synagoge in der Goethestraße die Flammen herausschlugen. Die Wehr wurde durch den Einsatz mehrerer Schlauchleitungen des Brandes Herr. Auch in vielen anderen Straßen hörte man immer lauter Ausdrücke des Bedauerns über die Vernichtung dieses blühenden Menschenlebens Ernst vom Raths und bald machte sich die Erregung über den hinterlistigen jüdischen Überfall in judenfeindlichen Kundgebungen Luft. Auch in Frankfurt ist es zu ähnlichen Demonstrationen der Bevölkerung gekommen. Die Juden haben es sich ganz allein selbst zuzuschreiben, wenn die Bevölkerung einmal die Geduld verließ. Man kann dem deutschen Volk nach all den Leiden, die das Judentum über unser Land gebracht hat, nicht zumuten, daß es mit überirdischer Disziplin zuschaut, wie jüdischer Haß und jüdische Verbrechergesinnung den Revolver auf die im Ausland wirkenden Männer des neuen Deutschland richtet und sie hemmungslos niederstreckt"[546].

Die „Offenbacher Zeitung" äußerte sich da schon weitaus deutlicher: „In mehreren Straßen der Innenstadt wurden in jüdischen Geschäften, in die die Menge eingedrungen war,

543 Der Betrag wurde Dr. Wormser offensichtlich nach dem Ende des Krieges zurückerstattet. In der Urteilsbegründung heißt es jedenfalls „nach dem Umschwung".
544 Vgl. dazu Görings Aussage vor dem Militärtribunal in Nürnberg. IMT Bd. IX, S. 313f.
545 Der Aufruf erschien gleichlautend in allen deutschen Tageszeitungen. Hier ON vom 11. November 1938.
546 ON vom 11. November 1938.

Einrichtungsgegenstände zerstört, und soweit diese in höheren Etagen gelegen waren, zum Fenster hinausgeworfen"[547].

Die SA-Brigade 50 „Starkenburg" in Darmstadt erstattete am 11. November 1938 Bericht an die SA-Gruppe „Kurpfalz" in Mannheim: „Die Standartenführer wurden von mir sofort alarmiert und genauestens instruiert, und mit dem Vollzug sofort begonnen. Ich melde hiermit, es wurden zerstört im Bereich der (...) Standarte 168 (...) 2.) Synagoge in Offenbach durch Brand zerstört"[548].

Wie wir jedoch bereits erfuhren, gelang es weder SA noch SS, die Synagoge vollständig in Brand zu setzen und zu zerstören. Zwar wurden viele Einrichtungsgegenstände ein Raub der Flammen, doch konnte sich das Feuer infolge des vorhandenen Steinfußbodens und der durchgeführten Löscharbeiten nicht weiter ausbreiten. Die Meldung der SA-Brigade ist also zumindest in diesem Punkt nicht korrekt.

Ebenfalls am 11. November erfolgte der Bericht Heydrichs an Göring: „In zahlreichen Städten haben sich Plünderungen jüdischer Läden und Geschäftshäuser ereignet. Es wurde, um weitere Plünderungen zu vermeiden, in allen Fällen scharf durchgegriffen (...). Der Umfang der Zerstörungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen läßt sich bisher ziffernmäßig noch nicht belegen. Die in den Berichten aufgeführten Zahlen: 815 zerstörte Geschäfte, 29 in Brand gesteckte oder sonst zerstörte Wohnhäuser, geben, soweit es sich nicht um Brandlegungen handelt, nur einen Teil der wirklich vorliegenden Zerstörungen wieder (...). Die angegebenen Ziffern dürften daher um ein Vielfaches überstiegen werden. An Synagogen wurden 191 in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig demoliert. Ferner wurden 11 Gemeindehäuser, Friedhofskapellen und dergleichen in Brand gesetzt und weitere 3 völlig zerstört.
Festgenommen wurden rund 20.000 Juden, ferner 7 Arier und 3 Ausländer. Letztere wurden zur eigenen Sicherheit in Haft genommen.
An Todesfällen wurden 36, an Schwerverletzten ebenfalls 36 gemeldet. Die Getöteten bzw. Verletzten sind Juden. Ein Jude wird noch vermißt. Unter den getöteten Juden befinden sich ein, unter den Verletzten 2 polnische Staatsangehörige"[549].

Wie aber reagierte die deutsche Bevölkerung auf die Ereignisse dieser Tage? Die Deutschlandberichte der „SoPaDe" resümierten die ihnen vorliegenden Informationen für den November 1938 so, daß die Ausschreitungen von der großen Mehrheit des deutschen Volkes scharf verurteilt würden. Die Ereignisse hätten jedoch ebenso die Einschüchterung gesteigert.[550]

Aus dem von Ian Kershaw untersuchten Material für Bayern geht hervor, daß auch dort die Ausschreitungen und Zerstörungen sogar von einem Großteil der Parteigenossen scharf verurteilt wurde, allerdings vielfach nicht aus humanitären Gründen. Vielmehr

547 OZ vom 11. November 1938. Separierter Zeitungsausschnitt. ASO, Signatur ZAu (Juden).
548 IMT Bd. XXVII, S. 485ff., Dok. PS-1721.
549 IMT Bd. XXXII, S. 1f., Dok. PS-3058.
550 SoPaDe, Fünfter Jahrgang 1938, S. 1204f.

wurde der ungesetzliche Charakter der Aktionen und die sinnlose Zerstörung von Werten bedauert. Die nachfolgenden „gesetzlichen" Maßnahmen fanden indessen weitgehende Zustimmung, daneben gab es jedoch auch Hilfsbereitschaft den Juden gegenüber.[551]

Auch in Offenbach gab es sicherlich ebenfalls immer Nichtjuden, die weitgehend frei von Antisemitismus waren, sich von der nationalsozialistischen Propaganda nicht beeinflussen ließen, und auch weiterhin zu ihren jüdischen Freunden und Bekannten standen. Aktive Hilfe während des Novemberpogroms ist aber bisher nur in einem Fall bekannt. Max Weil wurde von Frau R. – einer Nichtjüdin und Ehefrau eines Parteigenossen – versteckt, und so vor Schlimmerem bewahrt.[552]

Kehren wir nun zum Schicksal der Inhaftierten in Offenbach zurück. Max Dienemann verbrachte eine Nacht im Gefängnis, zusammen mit anderen Gemeindemitgliedern. Die Verhafteten wurden am 11. November um sechs Uhr in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht.[553]

Insgesamt kamen im Zuge der dem Pogrom folgenden Verhaftungswelle 9.815 Juden nach Buchenwald, darunter 82 aus Offenbach.[554] Unter ihnen befanden sich Dr. Siegfried Guggenheim (geb. 1873),[555] Hugo Oppenheimer (geb. 1877),[556] Hermann Bachenheimer (geb. 1878),[557] Nathan Grünewald (geb. 1879),[558] Julius Schaul (geb. 1880),[559] Willy Bachrach (geb. 1882),[560] Julius Wolf (geb. 1882)[561] und Berthold Wolf (geb. 1920).[562]

Die Gemeindemitglieder Julius Wiener (geb. 1876),[563] Alfred Liepmannssohn (geb. 1875),[564] der Lehrer Jakob Strauß (geb. 1875)[565] und Karl K.[566] hingegen kamen in das Konzentrationslager Dachau.

In Offenbach erklärte Polizeikommissar Richmann der Frau des Rabbiners gegenüber: „Regen Sie sich nicht auf! Die Juden sind dort gut aufgehoben. Sie werden ein wenig hart und preußisch angefaßt und werden ihr überflüssiges Fett verlieren. Für ärztliche Versorgung ist gesorgt"[567].

551 Vgl. I. Kershaw, S. 329 und S. 335f.
552 Schriftliche Auskünfte durch Brigitte Zimmer.
553 Vgl. M. Dienemann, S. 63.
554 Vgl. E. Kogon, S. 220.
555 Schriftliche Auskünfte durch Bertl Mayer geb. Guggenheim.
556 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.
557 Persönliche Auskünfte durch Fritz Bachenheimer.
558 Schriftliche Auskünfte durch E. Grunewald.
559 YVS, Signatur 02/1057.
560 Schriftliche Auskünfte durch H.A. Bachrach.
561 Persönliche Auskünfte durch Berthold Wolf.
562 Ebd.
563 Schriftliche Auskünfte durch H.A. Wiener.
564 Schriftliche Auskünfte durch Alice Adler geb. Liepmannssohn.
565 Schriftliche Auskünfte durch Walter Strauß.
566 Vgl. K. Schild/ W. Wöll, S. 33.
567 M. Dienemann, S. 63.

Die Buchenwalder Realität sah jedoch allgemein anders aus. Schon auf dem Weg vom Bahnhof Weimar wurden Zurückbleibende erschossen, die Neuankömmlinge am Tor zum Konzentrationslager mit Prügeln empfangen.[568]

Die Gefangenen des Pogroms wurden nicht in das Hauptlager Buchenwald, sondern in ein Nebenlager gebracht,[569] da das Lager offensichtlich nicht auf die Zahl der plötzlich Eingelieferten vorbereitet war. Während der Raum in den Notbaracken nur für vierhundert bis fünfhundert Menschen berechnet war, mußten sich jeweils zweitausend Personen dort aufhalten.[570]

Auch die Offenbacher hausten in diesem Nebenlager.[571] Mally Dienemann gibt uns eine äußerst beklemmende Schilderung der dortigen Verhältnisse:

„Tatsächlich aber war ihre Schlafstelle ein großer, halbdunkler Raum mit vier übereinander gebauten Flächen, die ursprünglich zum Lagern für Säcke bestimmt gewesen waren. Auf diesen Fächern schliefen die Männer, einer dicht neben dem anderen, ohne Unterlage, ohne Kissen, ohne Decke. Dort konnten sie nur liegen oder sich in gebückter Stellung sitzend aufrichten, ein völliges Aufrichten war aber unmöglich. Es gab in dem Raum weder Tische noch Stühle. Die Gefangenen mußten sich den ganzen Tag im Freien aufhalten (...). Am ersten Tag bekamen die Gefangenen bis zum Abend nichts zu essen und zu trinken und dann die ersten drei Tage so wenig zu trinken, daß sie vor Durst verschmachteten. Sie mußten in den ersten Tagen nach ihrer Einlieferung viele Stunden, an manchen Tagen elf Stunden lang, stehen"[572].

Frau Dienemanns Worte wurden bestätigt durch die Erinnerungen Siegfried Guggenheims.[573] Auch er schilderte die menschenunwürdigen Zustände in den Baracken und führte ergänzend aus, die Gefangenen hätten aus Blechgefäßen essen müssen, die man nicht habe reinigen können. Einmal habe es 1.000 Flaschen Sprudel für 12.000 Gefangene gegeben. Wenn es regnete, habe man sich das Regenwasser in den Mund tropfen lassen. Auch die hygienischen Bedingungen seien „peinlich, ekelhaft und entwürdigend" gewesen. Auch er habe, wie die übrigen Gefangenen, die ganze Zeit des Aufenthaltes im KZ Buchenwald in den Kleidungsstücken zubringen müssen, die er bei seiner Verhaftung trug.[574]

Dr. Guggenheims Bericht endet schließlich mit den Worten: „Ich (...) habe während den 3 Wochen in Buchenwald etwas über 30 Pfund abgenommen – dies läßt ein (sic!) Schluß auf die Art der Ernährung zu".

568 Vgl. E. Kogon, S. 220f.
569 Vgl. G. Reitlinger, S. 17.
570 Vgl. E. Kogon, S. 220f.
571 Schriftliche Auskünfte durch Berthold Wolf.
572 M. Dienemann, S. 63.
573 LBInst, Signatur AR-C 51180, F.VIII.1.
574 Vgl. dazu auch M. Dienemann, S. 63; Schriftliche Auskünfte durch H.A. Bachrach.

Die Behandlung der Juden durch die Wachmannschaften der SS – welche die Notsituation der Menschen ferner zu schamlosen Erpressungen nutzten – war grausam, entwürdigend und unmenschlich.[575]

Das gemeinsame Schicksal brachte die Gemeindemitglieder aus Offenbach einander noch näher. Der Rabbiner forderte sie auf, das wenige Essen zu verzehren, auch wenn es nicht koscher sei, um zu überleben.[576] Er wollte jedoch keinen gemeinsamen Gottesdienst im Lager abhalten lassen: „Am Ort der Schande darf man den Namen Gottes nicht nennen"[577].

Dr. Dienemann hatte – so Mally Dienemann – das „Glück", im Lager seinen Schwiegersohn zu treffen, der Arzt war und sich um ihn kümmern konnte.[578] Dr. Guggenheim erinnerte sich ferner, daß die jüdischen Ärzte im Lager allgemein keine Instrumente und Medikamente zur Verfügung hatten.[579] Für ärztliche Versorgung – wie sich der Offenbacher Polizeikommissar ausdrückte – wäre also im Regelfall nicht gesorgt gewesen.

In London hörte unterdessen ein anderer Schwiegersohn Dienemanns, der mit der jüngsten Tochter des Rabbiners verheiratet und seinerzeit bei der Nachrichtenagentur „Reuters" beschäftigt war, durch eine Agenturmeldung von den Vorfällen in Deutschland und auch von der Verhaftung des Offenbacher Rabbiners. Er setzte sich daraufhin mit einem leitenden Mitglied des „Foreign Office" und dem „Second Command of the Bank of England" in Verbindung, die sich wiederum für Max Dienemanns Entlassung verwandten.[580]

Auch der „Jewish Cronicle" meldete am 18. November 1938 unter der Überschrift "Germany – The Toll of Destruction" von den Arrestierungen: "Many of the prisoners were sent to concentration camps in Buchenwald near Weimar, and Sachsenhausen near Oranienburg (...). Few names, too, of those arrested are available; but the victims are known to include (...) Dr. Dienemann, the Rabbi of Offenbach-on-Main"[581].

Am 29. November 1938 wurde Max Dienemann aus dem Konzentrationslager Buchenwald entlassen. Die ersten Worte, die er nach dem Verlassen des Zuges zu seiner Frau sprach, waren: „Noch einmal überlebe ich es nicht"[582]. Der Rabbiner mußte sich am nächsten Tag bei der Geheimen Staatspolizei in Darmstadt melden, wo er die Auflage erhielt, Deutschland sofort zu verlassen.[583]

575 Vgl. E. Kogon, S. 220f.
576 Persönliche Auskünfte durch Berthold Wolf.
577 M. Dienemann, S. 63.
578 Vgl. ebd.
579 LBInst, Signatur AR-C 51180, F.VIII.1.
580 Persönliche Auskünfte durch Gabi Jacobi.
581 Jewish Cronicle vom 18. November 1938, S. 34.
582 M. Dienemann, S. 63.
583 Vgl. ebd.



Abb. 20 Abteilung im Kaufhaus Oppenheimer.



Abb. 21 „Offenbacher Nachrichten“ vom 1. Mai 1936.

Offenbacher Nachrichten

Nationalsozialistische Tageszeitung

Samstag, 1. April 1933 | Geschäftsstelle: Offenbach, Große Marktstraße 45 | Nr. 91 / Jahrgang 1933

Ab heute Judenboykott!

Kein Deutscher kauft mehr bei Juden! – Rechnet ab mit der jüdischen Welthetze!

Bismarck und die Juden

Zum 118. Geburtstag des Altreichskanzlers am 1. April 1933.

[illegible]

Kein Boykott gegen Ausländer!

Die Pressestelle der Staatsregierung teilt mit: Der Staatskommissar für Polizeiwesen in Hessen, Dr. Best, hat an die zuständigen Behörden eine Verfügung erlassen, daß unbedingt dafür gesorgt werden soll, daß Ausländer, auch solche jüdischer Rasse, von dem Boykott nicht betroffen werden.

Schlagt den Weltfeind!

Von Julius Streicher, Leiter des Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Greuelhetze

NSK. In den Revolutionstagen des Jahres 1919 sagte der Jude Paul Landau in einer Judenversammlung im Lehrervereinshaus in Berlin:

„Wenn das deutsche Volk wüßte, was wir Juden während des Krieges gemacht haben, dann würde man uns (die Juden) auf der Straße totschlagen!"

Was die Juden während des Krieges gemacht haben, ist heute kein Geheimnis mehr. Soweit Juden in den Krieg zogen, taten sie es gezwungen durch die allgemeine Wehrpflicht; sie taten es gezwungen, weil sie kein Vaterland haben, das Deutschland heißt. Die übrigen Juden retteten ihr Leben als Kriegsgewinnler und Kriegsschieber hinein in die Nachkriegszeit. Als der Krieg zu Ende war, stellten sich jüdische Hetzer in Deutschland an die Spitze freigelassener Zuchthäusler, Deserteure und marxistischer Landesverräter. Sie rissen den Helden des Weltkrieges die Kokarden ab, hißten die roten Fahnen des Verbrechens auf die Amtshäuser des […]

Zur Abwehr!

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler, der Führer der deutschen Freiheitsbewegung, zum Kanzler des Deutschen Reiches ernannt. Am 5. März 1933 bekannte sich das deutsche Volk in einer wunderbaren Erhebung zu ihm und zu seinem Befreiungswerk. Die nationale Revolution schlug das alte System in Trümmer, der Marxismus liegt zerschmettert am Boden, Deutschland geht einem neuen Aufstieg entgegen.

Dieser grandiose Freiheitskampf erfüllt den

internationalen Juden

mit Haß und Grimm. Er sieht, daß es mit seiner Macht in Deutschland zu Ende geht. Er sieht, aus diesem Deutschland kann er keine sowjetjüdische Verbrecherkolonie mehr machen. Jetzt handelt er nach dem Programm, das der jüdische Zionistenführer Theodor Herzl im Jahre 1897 in Basel bei einem großen Juden[…] feierlich verkündete. ([…] aus der 7. Sitzung):

„[…] ein nichtjüdischer Staat es wagt, uns Juden Widerstand zu leisten, müssen wir in der Lage sein, seine Nachbarn zum Kriege gegen ihn zu veranlassen . . Als Mittel dazu werden wir die öffentliche Meinung vorschützen. Diese werden wir vorher durch die sogenannte ‚achte Großmacht – die Presse – in unserem Sinne bearbeiten. Mit ganz wenig Ausnahmen, die überhaupt nicht in Frage kommen, liegt die ganze Presse der Welt in unseren Händen."

Nach einem großangelegten Plane hat in diesen Tagen der Jude die öffentliche Weltmeinung […]

Abb. 22 „Offenbacher Nachrichten" vom 1. April 1933.

Das städt. Mainbad in Bürgel / Das Bad der Offenbacher Jugend

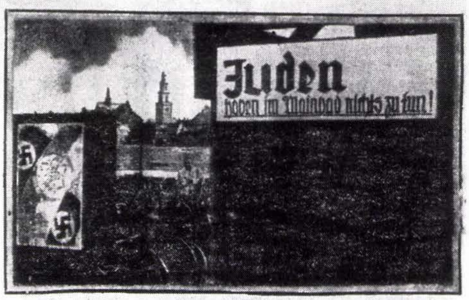


Photo: Schmidt

Wenn sich jemand der Mühe unterziehen wollte und würde das Durchschnittsalter der Besucher ausrechnen, die an einem Nachmittag die einzelnen städtischen Mainbäder aufsuchen, der käme unweigerlich zu dem Schluß, daß das städtische Mainbad in Bürgel, das Bad der Offenbacher Jugend ist.

Zu dieser „hohen Ehre" ist aber das Bürgeler Mainbad nicht etwa gekommen, weil es vielleicht größere landschaftliche Reize besitzt als die übrigen Offenbacher Mainbäder, oder weil in Bürgel das Mainwasser anders und besser wäre als in Offenbach. Das städtische Mainbad in Bürgel hat in dieser Beziehung gewiß anderen nichts voraus. Aber einen Vorteil hat das Bad doch und zwar den, daß es das einzige städtische Mainbad ist, bei dem man keinen Eintritt bezahlen muß. Diesem Umstand verdankt das Bad seine große Beliebtheit bei der Offenbacher Jugend.

Schon am frühen Mittag sieht man die Buben und Mädels in größeren und kleineren Trupps zu Fuß oder per Rad, manche Buben bereits in der Badehose und die Kleider in der Hand, zum Badeplatz ziehen. Der Weg dorthin ist sehr sonnig und auf dem Platz selbst gibt es auch keinen Schatten. Die Jugend weiß sich aber zu helfen und baut sich aus Hemd, Handtuch und Kolder ein schattiges Zelt. Hier könnte sich die Stadtverwaltung Dank erwerben, wenn sie den oberen Teil des Platzes mit Bäumen bepflanzen würde, die, als Schattenspender mit der Zeit den Badeplatz zu einer idealen Erholungsstätte machen würden.

Heute fühlt sich jedoch die Jugend auf dem Platze noch ohne schattenspendende Bäume wohl und tollt sich in harmloser ausgelassener Fröhlichkeit von Mittag bis Abend. Und weil jedermann wünscht, daß diese harmlose Fröhlichkeit der Offenbacher Jugend auf dem Badeplatz in Bürgel immer so harmlos bleiben möge, ist es gut, daß am Eingang des Platzes ein Schild angebracht ist mit der Aufschrift: „Juden haben im Mainbad nichts zu tun."

Abb. 23 „Offenbacher Nachrichten" vom 7. Juli 1935.

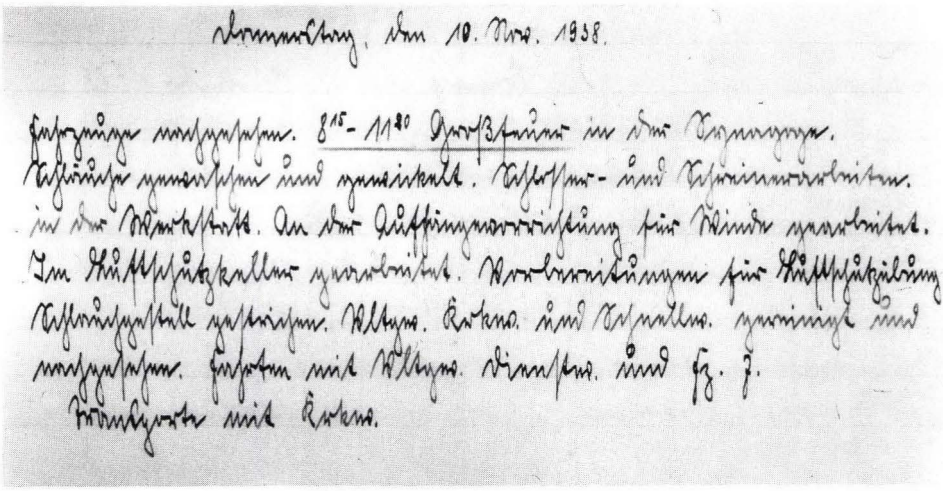


Abb. 24 Tätigkeitsbuch der Feuerwehr Offenbach (10. November 1938).

Den Juden eine Antwort gegeben

Wie in verſchiedenen Städten des Reiches, kam es geſtern auch in Offenbach zu ſpontanen judenfeindlichen Kundgebungen als Ausdruck der Volkswut über den heimtückiſchen Mordüberfall des jüdiſchen Verbrechers Grünſpan auf den deutſchen Geſandtſchaftsrat vom Rath. Schon in den frühen Morgenſtunden wurde die Feuerwehr alarmiert, da aus der Synagoge in der Goetheſtraße die Flammen herausſchlugen. Die Wehr wurde durch den Einſatz mehrerer Schlauchleitungen des Brandes Herr. Auch in vielen anderen Straßen hörte man immer lauter Ausdrücke des Bedauerns über die Vernichtung dieſes blühenden Menſchenlebens Ernſt vom Raths und bald machte ſich die Erregung über den hinterliſtigen jüdiſchen Ueberfall in judenfeindlichen Kundgebungen Luft. Auch in Frankfurt iſt es zu ähnlichen Demonſtrationen der Bevölkerung gekommen. Die Juden haben es ſich ganz allein ſelbſt zuzuſchreiben, wenn die Bevölkerung einmal die Geduld verließ. Man kann dem deutſchen Volk nach all den Leiden die das Judentum über unſer Land gebracht hat nicht zumuten, daß es mit überirdiſcher Diſziplin zuſchaut, wie jüdiſcher Haß und jüdiſche Verbrechergeſinnung den Revolver auf die im Ausland wirkenden Männer des neuen Deutſchlands richtet und ſie hemmungslos niederſtreckt.

Abb. 25 „Offenbacher Nachrichten“ vom 11. November 1938.

Kreis — Gemeinde — Stadtbezirke	Ständ. Bevölkerung am 17. 5. 1939	davon								Von je 100 Personen der ständ. Bevölk. sind		
		Christen			Glaubensjuden	Andere Nichtchristen	Gottgläubige	Glaubenslose	ohne Angabe	Evangelische	Römisch-Katholische	Gottgläubige
		Evangelische	Römisch-Katholische	Übrige								
Stadtkreis Darmstadt												
Polizei-Revier 1	17412	12800	3381	118	208	31	658	214	2	73,5	19,4	3,8
» » 2	18038	14035	2616	114	37	63	997	169	7	77,8	14,5	5,5
» » 3	19062	13543	3754	145	297	62	1000	260	1	71,0	19,7	5,2
» » 4	18556	13955	3161	160	30	67	900	280	3	75,2	17,0	4,8
» » 5	19016	14458	3262	103	57	65	827	236	8	76,0	17,2	4,4
Rev.-Zweigstelle Arheilgen	8728	7660	558	35	15	35	281	143	1	87,8	6,4	3,2
» » Eberstadt	9740	8099	1102	84	28	27	316	84	—	83,1	11,3	3,2
Stadtkreis Darmstadt zus.	110552	84550	17834	759	672	350	4979	1386	22	76,5	16,1	4,5
Stadtkreis Gießen zus.	42948	36063	4442	703	287	48	1164	231	10	84,0	10,4	2,7
Stadtkreis Mainz												
Mainz Alt	89936	32553	48129	341	1394	728	4894	1838	59	36,2	53,5	5,4
» Bretzenheim	6490	1758	4075	15	11	89	248	292	2	27,1	62,8	3,8
» Weisenau	8208	2095	5561	15	20	78	235	201	3	25,5	67,8	2,9
» Gonsenheim	9449	2258	6791	4	13	42	237	104	—	23,9	71,9	2,5
» Mombach	7439	2282	4719	6	—	79	223	130	—	30,7	63,4	3,0
» Kastel	9429	3072	5480	17	4	124	463	262	7	32,6	58,1	4,9
» Kostheim	10910	2620	7608	21	1	100	337	212	11	24,0	69,7	3,1
» Gustavsburg	2719	1479	1069	11	3	25	98	34	—	54,4	39,3	3,6
» Ginsheim	2983	2409	333	3	2	170	33	26	7	80,7	11,2	1,1
» Bischofsheim	6470	4847	1439	9	13	56	84	21	1	74,9	22,3	1,3
Stadtkreis Mainz zus.	154033	55373	85204	442	1461	1491	6852	3120	90	36,0	55,3	4,4
Stadtkreis Offenbach												
Altstadt	10582	5507	3503	231	100	257	583	393	8	52,0	33,1	5,5
Bürsing	9755	5153	3161	280	87	217	514	343	—	52,8	32,4	5,3
Buchhügel	6379	3527	1831	154	18	142	474	233	—	55,3	28,7	7,4
Senefelder	7614	3942	2170	248	5	248	673	328	—	51,8	28,5	8,8
Tulpenhof	7924	4162	2273	185	182	239	614	268	1	52,5	28,7	7,8
Taunus	10904	5656	3238	205	101	321	870	501	12	51,9	29,7	8,0
Rohrmühle	6761	3391	2401	128	22	187	405	218	9	50,2	35,5	6,0
Tempelsee	4636	2421	1227	106	3	175	455	249	—	52,2	26,5	9,8
Buchrain	8395	4544	2209	195	34	258	770	385	—	54,1	26,3	9,2
Bürgel	6028	2236	3296	38	27	67	228	135	1	37,1	54,7	3,8
Bieber	6150	1719	4149	24	1	34	148	73	2	28,0	67,5	2,4
Stadtkreis Offenbach zus.	85128	42258	29458	1794	580	2145	5734	3126	33	49,7	34,6	6,7
Stadtkreis Worms zus.	49654	32508	14178	162	317	219	1710	542	18	65,5	28,6	3,5
Landkreis Alsfeld												
Alsfeld	5811	5194	405	59	18	11	114	7	3	89,4	7,0	2,0
Altenburg	777	762	13	—	—	—	2	—	—	98,1	1,7	0,2
Altenhain	330	328	1	—	—	—	1	—	—	99,4	0,3	0,3
Angenrod	528	497	12	9	10	—	—	—	—	94,1	2,3	—
Appenrod	280	277	3	—	—	—	—	—	—	98,9	1,1	—
Arnshain	430	407	23	—	—	—	—	—	—	94,7	5,3	—
Atzenhain	526	520	—	6	—	—	—	—	—	98,9	—	—
Bernsburg	300	296	3	—	—	1	—	—	—	98,7	1,0	—
Bernsfeld	404	394	1	9	—	—	—	—	—	97,5	0,3	—
Bieben	239	237	2	—	—	—	—	—	—	99,2	0,8	—
Billertshausen	231	228	2	—	—	—	1	—	—	98,7	0,9	0,4
Bleidenrod	250	250	—	—	—	—	—	—	—	100,0	—	—
Bobenhausen 2	483	479	—	—	4	—	—	—	—	99,2	—	—
Brauerschwend	545	540	4	—	—	1	—	—	—	99,1	0,7	—
Büßfeld	216	215	—	1	—	—	—	—	—	99,5	—	—

Abb. 26 Mitteilungen des Hessischen Landesstatistischen Amtes Nr. 3/1941, S. 99.

Der größte Teil der Gefangenen des Konzentrationslagers Buchenwald wurde nach einiger Zeit wieder freigelassen, und sogar bis an die Grenzen oder auf die Auswanderungsschiffe gebracht.[584] Diese Vorgehensweise entspricht erneut der auf Forcierung der Emigration gerichteten Absicht des ganzen Pogroms.

Auch von den meisten der uns bekannten Offenbacher Häftlingen in Buchenwald – die nach der sogenannten „Reichskristallnacht" dorthin gebracht worden waren – wissen wir, daß sie unter der Bedingung freigelassen wurden, das Land sofort zu verlassen.

Die Altersangaben der inhaftierten Offenbacher zeigen weiterhin sehr deutlich, daß der Anordnung Heydrichs, vorwiegend Juden in nicht zu hohem Alter zu verhaften, keineswegs entsprochen worden war.

Zum Zeitpunkt der Auflösung des „Kleinen Lagers" in Buchenwald am 13. Februar 1939 waren etwa sechshundert Juden in den fünf Baracken ums Leben gekommen,[585] darunter am 28. November 1938 Leopold Strauß (geb. 1874) aus Offenbach.[586]

Ernst Oppenheimer hörte in Palästina von den Vorgängen in Deutschland und erhielt kurz darauf auch ein Telegramm, das ungefähr so lautete: „Hilf, Vater verreist!" Es gelang ihm daraufhin, für seine Eltern und seine Schwiegereltern eine Einreisemöglichkeit zu erhalten; die Männer wurden sodann aus der Haft entlassen. Seine Schwester durfte nicht mehr nach Palästina emigrieren, da sie die Altersgrenze überschritten hatte, um noch als Familienmitglied zu gelten.[587]

Berthold Wolf kam nach etwas mehr als vier Wochen Haft frei, und wurde sogar bis an die Offenbacher Stadtgrenze gebracht. Er ging nur zwei Monate später nach Schweden, von dort nach Amerika.[588]

Nach mehrwöchiger Haft wurde auch Karl K. mit der Auflage entlassen, nach seiner Rückkehr auszuwandern. Seine Frau war schon zuvor immer wieder zur Gestapo bestellt worden, wo sie sich verpflichten mußte, auf die Emigration ihres Mannes und ihrer Kinder hinzuarbeiten. Während der Haftzeit ihres Mannes hatte Frau K. Hilfe von Offenbacher Bürgern erhalten, die aber nicht genannt werden wollten (!).[589]

Der Gemeindediener Julius Schaul kam nach sechs Wochen frei. Seine Emigration nach England – durch die Garantie von Familienmitgliedern – verschob sich noch bis zum 15. April 1939, da er erst dann im Besitz aller erforderlichen Papiere war.[590]

584 Vgl. E. Kogon, S. 220ff.
585 Vgl. G. Reitlinger, S. 17 und S. 223.
586 YVS, Signatur 042/12-13.
587 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.
588 Persönliche Auskünfte durch Berthold Wolf.
589 Vgl. K. Schild/ W. Wöll, S. 23.
590 YVS, Signatur 02/1057.

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Offenbachs, Dr. Siegfried Guggenheim, kam nach seiner dreiwöchigen Lagerhaft zunächst in das jüdische Krankenhaus nach Frankfurt am Main, wo ihn sein früherer Sozius Dr. Karl Kanka besuchte.[591]

Als Siegfried Guggenheim dann im Dezember 1938 vom Frankfurter Hauptbahnhof aus die Fahrt in die Emigration antrat, fanden sich Dr. Kanka und seine Frau dort ein, um ihn zu verabschieden. Da der Zug streng bewacht wurde, stellte sich Dr. Kanka vor einen Fahrplan um zu lesen, und wie zufällig gesellte sich Siegfried Guggenheim zu ihm.

Auch die Familie des Rabbiners verbrachte die Tage und Wochen nach dessen Entlassung mit der Beschaffung der notwendigen Papiere. Viele Gemeindemitglieder waren zu diesem Zeitpunkt noch in den Lagern, so daß nur eine kleine Anzahl alter Menschen die letzte Rede ihres Rabbiners in Offenbach mitverfolgen konnte. Da die Synagoge innen beschädigt war, fand der Gottesdienst des Sabbath Channukah (am 24. Dezember 1938!) im notdürftig hergerichteten großen Festsaal der Gemeinde – innerhalb des Synagogenkomplexes – statt.[592]

In Dienemanns Ansprache hieß es u. a.: „Wie lange noch wird dieses Haus noch (sic!) das Haus einer jüdischen Gemeinde sein, wie lange noch wird es eine jüdische Gemeinde hier geben? (...) Es ist vermutlich nach menschlichem Ermessen das letzte Mal, daß ich als Rabbiner dieser Gemeinde zu Euch spreche (...) Es heißt, wenn man Abschied nimmt, soll man Abschied nehmen mit einem Wort der Halacha.[593] Sinngemäß nehme ich daher Abschied von Euch, indem wir uns rasch Wichtiges des jüdischen Denkens ins Bewußtsein heben. Unverbrüchlich bleibt uns der Glaube an den gleichen Wert aller Menschen. Unverbrüchlich bleibt uns der Glaube an die Unwandelbarkeit des Rechts, denn das Recht ist Gottes. Unabhängig ist es von jedem äußeren Stand. Und festhalten müssen wir, wo immer wir neu als Juden leben, das (sic!) es nichts Festes und Dauerndes gibt. Keine Stellung der Juden, selbst noch so hell und licht, ist dauernd, alles bleibt im Wandel, alles fließt.
Wenn ich jetzt zum Schluß den Segen über Euch spreche, er ist nicht nur für Euch bestimmt, sondern auch für diejenigen, die heute nicht hier sind – aus welchem Grunde immer – für diejenigen, die schon fortgegangen sind, für unsere Kinder und Kindeskinder (...).

Der Ewige segne Euch und behüte Euch
Der Ewige lasse sein Antlitz Euch leuchten
und sei Euch gnädig
Der Ewige wende sein Antlitz Euch zu
und gebe Euch Frieden“[594].

591 OP vom 03. 10. 1973 (Erinnerungen Dr. Karl Kankas) und persönliche Auskünfte durch Marie Kanka.
592 Vgl. M. Dienemann, S. 63f.
593 Halacha bezeichnet sowohl die einzelne gültige Vorschrift als auch die Gesamtheit aller Vorschriften, die als verbindlich gelten. So benennt der Begriff auch, was praktisch getan wird, worüber ein Konsensus der Lehrer besteht und was (heute) ein Gerichtshof entscheiden würde.
594 M. Dienemann, S. 71f.

Am 30. Dezember 1938 verließen die Dienemanns Offenbach. In London angekommen, verbrachten sie zwei Monate im Hause von Marian und Lilly Montagu, und Max Dienemann, versuchte, von England aus den Offenbachern zu helfen. Am 11. März verließen der Rabbiner und seine Frau London in Richtung Palästina – wo seinerzeit ihre zweite Tochter Paula Schindler lebte. Am 22. März erreichten sie Tel Aviv, wo Dr. Max Dienemann jedoch schon am 10. April verstarb.[595]

Er wollte, daß auf seinem Grabstein die Worte ständen:

„Nicht um des Lohnes Willen hat er Gott gedient".

Das Tel-Aviver orthodoxe Rabbinat erlaubte aber nicht, daß dieser Wunsch erfüllt wurde.

595 Vgl. dazu und zum Folgenden M. Dienemann, S. 64ff.

8. Emigration – Deportation – „Vernichtung"

8.1 Die Jüdische Bezirksschule in Offenbach

Nachdem weder im Kaiserreich noch in der Weimarer Republik eine repräsentative jüdische Reichsorganisation bestanden hatte, entstand unter dem Eindruck der veränderten Verhältnisse am 13. April 1933 der „Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau", und nachfolgend am 17. September 1933 die „Reichsvertretung der deutschen Juden". Die „Reichsvertretung" wurde von den Landesverbänden der jüdischen Gemeinden, dem „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland" und dem „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten" getragen, und übernahm die Aufgabe der Koordinierung der Gegenmaßnahmen zur nationalsozialistischen Entrechtungspolitik.[596]

Diese Aktivitäten betrafen die Erziehung und Bildung, die Auswanderung, die Ausbildung in auswanderungsfördernden Berufen (Erstausbildung und Berufsumschichtung), sowie die Wirtschaftshilfe und die Wohlfahrtspflege.[597]

Wenden wir uns an dieser Stelle zunächst der am 16. April 1934 eröffneten Jüdischen Bezirksschule zu, die aufgrund ihrer Zielsetzung thematisch in diesen Zusammenhang gehört.

Im Jahre 1932 betrug die Zahl der jüdischen Schulen in Deutschland lediglich einhundertfünfzig, von denen die überwiegende Mehrzahl kleine Volksschulen waren. Von den insgesamt 60.000 schulpflichtigen jüdischen Kindern besuchten jedoch nur etwa ein Viertel diese Schulen, alle anderen gleich ihren nichtjüdischen Altersgenossen die allgemeinen staatlichen Schulen. Die Ausgrenzung der jüdischen Schulkinder erfolgte zwar nur langsam, doch beschloß die „Reichsvertretung" noch 1933 die Gründung neuer jüdischer Lehranstalten. So entstanden zu Beginn des neuen Schuljahres zu Ostern 1934 jüdische Volksschulen (Bezirksschulen) in Aschaffenburg, Bonn, Breslau, Darmstadt, Lübeck, Mainz, Offenbach, Stettin und Stuttgart.[598]

Auch der „Jewish Cronicle" beschäftigte sich in einem Artikel vom 11. Mai 1934 mit der aktuellen Situation: "Moreover, the Government of Hessen has authorised the opening of Jewish private schools as district schools in Darmstadt, Offenbach and Mainz. Jewish schoolchildren in Hessen can transfer to any of these schools without regard to their place of residence"[599].

Über die Eröffnung der Offenbacher Schule berichtete das „Israelitische Familienblatt": „Im großen Festsaal unseres Gemeindehauses fand dieser Tage die feierliche Eröffnung der neuerrichteten jüdischen Schule für Offenbach am Main und Umgebung statt (...)

596 Vgl. S. Adler-Rudel, Selbsthilfe, S. 14.
597 Vgl. ebd., S. 16.
598 Vgl. ebd., S. 20ff.
599 Jewish Cronicle vom 11. Mai 1934, S. 22.

Dr. Guggenheim (...) bezeichnete als ihre Aufgabe die Vermittlung von jüdischem und deutschem Bildungsgut in engster Verbindung miteinander (...) Die Schule wird zur Zeit von 75 Schülern besucht, die in drei Klassen zusammengefaßt sind. Die beiden obersten Klassen sind solche mit erweiterten Lehrzielen. Es ist beabsichtigt, noch im Laufe dieses Jahres, spätestens im nächsten Frühjahr, ein 9. und 10. Schuljahr aufzubauen"[600].

Mally Dienemann beschrieb die Schule als Arbeitsschule mit ausgedehntem Sprachunterricht, Schulwerkstatt und Schulgarten.[601] Die Ausbildung war sicherlich auf die Emigration – vordringlich nach Palästina – ausgerichtet, und so standen das Erlernen der hebräischen Sprache und handarbeitender Berufe im Vordergrund.[602]

Dennoch besaß die Jüdische Bezirksschule in Offenbach offenbar ein volles Curriculum aus Sprachen, Mathematik, Wissenschaften und Religion.[603]

Als erster Leiter der Bezirksschule fungierte Dr. Herbert Strauß, nach dessen Auswanderung Heinrich Lichtenstein.[604] Der Lehrkörper bestand größtenteils aus den zuvor aus dem Staatsdienst ausgeschlossenen jüdischen Lehrern. Die Schule verlor natürlich im Laufe der Jahre durch die fortschreitende Auswanderung auch einen Teil ihrer Lehrkräfte.

Laut dem „Sendschreiben" vom November 1937 emigrierten in dieser Zeit Dr. Strauß, Lotte Lindauer und Rosi Metzler. In dem gleichen Schreiben hieß es weiter: „Das Bemühen bleibt, die Schule auf ihrer Höhe zu erhalten und die Schüler auswanderungsreif zu machen"[605].

Ein „Verzeichnis der von der Schule versicherten Lehrkräfte" nennt für den 5. Juli 1938 folgende zwölf Lehrerinnen und Lehrer: Heinrich Lichtenstein, Hedwig Jacobi, Selma Nathan, Mirjam Nothmann, Dr. Albert Chambré, Hugo Heyum, Prof. Schwarzschild, Sofie Oppenheimer, Dr. Max Dienemann, Markus Gottlieb, Jakob Strauß und Edith Joel.[606]

Die Zahl der Schüler stieg zunächst an, erreichte ihren höchsten Stand im Schuljahr 1936/1937[607] und sank danach infolge der fortschreitenden Emigration wieder. Bei der Eröffnung besuchten – wie schon erwähnt – 75 Schüler die Lehranstalt, im Schuljahr 1934/1935 bereits 85[608] und am 12. September 1935 dann 106 in 10 Klassen.[609] Am

600 Israelitisches Familienblatt vom 9. Mai 1934, S. 14.
601 Vgl. M. Dienemann, S. 58f.
602 Vgl. S. Adler-Rudel, Selbsthilfe, S. 25.
603 Persönliche Auskünfte durch Berthold Wolf.
604 Vgl. M. Dienemann, S. 58f.
605 NULib, Signatur PB 1014. Auf die „Sendschreiben" werden wir später noch näher eingehen.
606 YVS, Signatur 08/27.
607 NULib, Signatur PB 1014.
608 YVS, Signatur 08/27.
609 Ebd.

10. Mai 1937 wurde die Schule von 98[610] im März 1938 von 87[611] und am 10. Mai 1938 von nur noch 84 Kindern besucht.[612] Für den 31. Oktober 1938 nennt eine weitere Aufstellung 73 Schüler[613], und im Dezember 1938 besuchten – sicherlich infolge des Novemberpogroms – nur noch 30 Schüler die Schule.[614] Über das Ende der Schule liegen keine genauen Angaben vor, sie wurde jedoch mit Sicherheit im Zuge der dem Novemberpogrom folgenden Ausschaltungsmaßnahmen geschlossen.

In einigen der zuvor genannten Aufstellungen wird zudem eine der Jüdischen Bezirksschule angegliederte Berufsschule erwähnt. Ihre Schülerzahl belief sich im März 1938 auf 35[615] und am 1. Oktober 1938 auf 37.[616] Die bei K. Düwell zitierte Anzahl von 143 Schülern für den März 1937 bedeutet höchstwahrscheinlich eine Zusammenfassung beider Schularten.[617]

8.2 Möglichkeiten und Hindernisse der Emigration

Viele jüdische Deutsche hielten den Nationalsozialismus für eine Erscheinung temporärer Natur. Vordringlich die ältere Generation glaubte lange an die Prinzipien eines demokratischen Staatswesens, während die jüngeren Menschen schneller die Aussichtslosigkeit einer weiteren Existenz in Deutschland erkannten.[618]

Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft eines Teiles dieser jüngeren Menschen waren die Maßnahmen zur Berufsausbildung und Berufsumschichtung. Schulabgänger wurden in Berufen ausgebildet, für die im vorgesehenen Immigrationsland ein Bedarf bestand, und bereits im Beruf stehende ließen sich umschulen. Im Vordergrund standen dabei handwerkliche, gärtnerische und landwirtschaftliche Tätigkeiten im Hinblick auf eine Einwanderung nach Palästina. Bis 1938 erhielten auf diesem Wege insgesamt 23.230 Menschen eine Ausbildung entweder über eine reguläre Lehrstelle, meistens jedoch in eigens dafür geschaffenen Kollektivausbildungsplätzen im In- und auch im Ausland.[619]

Die Einwanderung nach Palästina konnte jedoch nicht in beliebigem Ausmaße erfolgen. Die britische Mandatsregierung sollte gemäß des Artikels 6 des Mandats vom Juli 1922 die jüdische Einwanderung in Zusammenarbeit mit der „Jewish Agency for Palestine" erleichtern und fördern. Hierzu gab die Mandatsbehörde zweimal jährlich eine Anzahl von

610 Mitteilungen des hessischen Landesstatistischen Amtes.
611 NULib, Signatur PB 1014.
612 Mitteilungen des hessischen Landesstatistischen Amtes.
613 YVS, Signatur 08/27.
614 Vgl. K. Düwell, Rheingebiete, S. 122.
615 NULib, Signatur PB 1014.
616 YVS, Signatur 08/27.
617 Vgl. K. Düwell, Rheingebiete, S. 122.
618 Vgl. S. Adler-Rudel, Selbsthilfe, S. 73.
619 Vgl. ebd., S. 47f. Eine Aufstellung der Ausbildungsplätze findet sich ebd., S. 199ff.

Einwanderungszertifikaten aus, die in vier verschiedenen Kategorien und weiteren Untergruppen aufgeteilt waren:[620]

Kategorie A: *Einwanderer mit eigenen Mitteln*

A1: Einwanderer im Besitz von mindestens LP 1000,-
A2: Einwanderer – Freie Berufe im Besitz von mindestens LP 500,-
A3: Einwanderer – Handwerker im Besitz von mindestens LP 250,-
A4: Rentenempfänger mit Monatseinkommen von mindestens LP 4,-
A5: Besitzer von mindestens LP 500,- mit begründeter Aussicht auf Erfolg in ihrem speziellen Beruf

Kategorie B: *Einwanderer mit gesichertem Lebensunterhalt*

B1: Waisenkinder mit gesichertem Unterhalt durch öffentliche Institutionen
B2: Religiöse Berufe
B3: Schüler und Studierende in Erziehungsinstitutionen

Kategorie C: *Einwanderer mit sicherer Aussicht auf Beschäftigung (Arbeiterzertifikate)*

Kategorie D: *Einwanderer auf Anforderung*

D1: Angehörige von Einwanderern
D2: Spezialarbeiter

Die Zertifikate der Kategorien A1 und A4 wurden meist direkt vom zuständigen britischen Konsulat verteilt, die übrigen vom „Palästinaamt" der „Jewish Agency for Palestine". Die Zertifikatempfänger konnten im allgemeinen ihre Ehefrauen und auch die Kinder bis zum Alter von achtzehn Jahren mitnehmen.[621]

Bei der Kategorie A1, den sogenannten „Kapitalistenzertifikaten", mußten die Einwanderer lediglich eine Summe von eintausend englischen Pfund vorweisen, und somit sicherstellen, daß sie sich im Lande eine Existenz zu gründen in der Lage waren. Diese Form der Einwanderung unterlag keinen Quota-Beschränkungen.[622]

Ernst Oppenheimer emigrierte auf diese Weise im April 1936 nach Palästina, nachdem er aufgrund der Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze" einen weiteren Verbleib in Deutschland als nicht mehr möglich empfand. Er eignete sich zunächst in einem Kibbutz landwirtschaftliche Kenntnisse an, und ging dann ins 1935 von deutschen Einwanderern gegründete Nahariya im Norden des Landes.[623]

Um über die Kategorie A2 einwandern zu können, war der Nachweis eines Bedarfes im jeweiligen Beruf notwendig. Dies gestaltete sich besonders für die vielen Akademiker des

620 Vgl. S. Adler-Rudel, Selbsthilfe, S. 47f. Die wiedergegebene Aufstellung ist abgedruckt bei W. Feilchenfeld, S. 38.
621 Vgl. S. Adler-Rudel, S. 82ff.
622 Vgl. W. Feilchenfeld, S. 38.
623 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.

deutsch-jüdischen Mittelstandes als äußerst schwierig, da es in Palästina bereits genügend Ärzte, Rechtsanwälte und andere Akademiker im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gab.[624]

Von den Quota-Einwanderungskategorien fiel die weitaus größte Bedeutung den Arbeiterzertifikaten zu, die von der Mandatsregierung nach der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes festgelegt wurde. Infolge der Unruhen von 1936 und des wachsenden arabischen Widerstandes gegen die jüdische Einwanderung erfolgte vom Jahre 1937 an eine entsprechend starke Begrenzung der Arbeitereinwanderung.[625]

Auch einige Offenbacher beschritten den Weg der Ausbildung oder Berufsumschichtung in handwerklichen und landwirtschaftlichen Berufen, und kamen mit einem Arbeiterzertifikat nach Palästina.

Erich Fried – der seinen Namen Jahre später in Meir Tamir änderte – wandte sich bereits im September des Jahres 1933 an die „Jewish Agency for Palestine", um ein Zertifikat der Kategorie A3 zu beantragen. Ihm wurde jedoch mitgeteilt, daß der Beruf des Portefeuillers in Palästina keine günstigen Aussichten habe, und er sich ferner mit zwanzig Jahren noch nicht als selbständiger Handwerker niederlassen könne.

Nach geraumer Wartezeit erhielt er dann eine Ausbildungsstelle in dem Umschulungsbetrieb „Landwerk Neuendorf" bei Fürstenwald, wo er vom September 1936 bis zum Juli 1937 seine schon zuvor in Eigeninitiative begonnene landwirtschftliche Ausbildung fortführen konnte. Infolge der wachsenden Schikanen der nichtjüdischen Arbeiter des Gutes ging er mit weiteren Praktikanten nach Dänemark. Dort arbeitete Erich Fried für weitere zwei Jahre in der Landwirtschaft und hat bis zum heutigen Tag nur die besten Erinnerungen an die Behandlung durch die dänische Bevölkerung. Im Februar 1939 ging er zusammen mit seiner Frau Rahel nach Palästina.[626]

Auch Rahel Introligator ging zur „Hachsharah" (berufliche Umschichtung), obwohl ihre Eltern ihr die Möglichkeit eröffnet hätten, die erforderlichen eintausend englische Pfund vorzuweisen. Sie wollte jedoch nicht unvorbereitet nach Palästina emigrieren.[627] Ihr Bruder Willi arbeitete schon zuvor als Handwerker in der Kistenfabrik des Vaters und mußte daher für seine Auswanderung kein „Hachsharah" ausüben.[628]

Shimon Fuchs studierte zunächst Volkswirtschaft an der Universität in Frankfurt am Main, brach sein Studium aber im Jahre 1933 notgedrungen ab, um als Vorbereitung auf die Emigration den Beruf des Portefeuillers zu erlernen. Da er im Anschluß an seine Ausbildung jedoch – ebenso wie schon Erich Fried – kein Zertifikat erhielt, begann er eine

624 Vgl. W. Feilchenfeld, S. 39.
625 Vgl. ebd., S. 38f.
626 Persönliche Auskünfte durch Erich Fried.
627 Persönliche Auskünfte durch Rahel Schlafmann.
628 Persönliche Auskünfte durch Willi Introligator.

weitere Umschulung zum Gärtner. Im August 1936 wanderte er dann mit einem Arbeiterzertifikat versehen nach Palästina aus.[629]

Fritz Bachenheimer arbeitete in Deutschland sowohl führend in der jüdischen Jugendbewegung, als auch in der Vorbereitung Jugendlicher auf die Auswanderung. Er selbst entschloß sich erst im Jahre 1937 zur Emigration nach Palästina.[630]

Lea Nathan hatte schon vor der „Machtergreifung" eine Ausbildung als Gewerbelehrerin abgeschlossen, und emigrierte bereits 1934 nach Palästina, obgleich sie diesen Ausbildungsweg nicht als Vorbereitung zur Auswanderung beschritten hatte.[631]

Palästina gewann für die deutschen Juden allgemein eine besondere Bedeutung, da es das einzige Land der Welt war, in welchem sie nicht als geduldete Flüchtlinge aufgenommen wurden; vielmehr konnten sie aktiv am Aufbau des Landes mitarbeiten.[632] Von den 212.000 in den Jahren 1933 bis 1941 legal Eingewanderten stammten allein 53.200, also etwa ein Viertel, aus Deutschland in seinen ursprünglichen Grenzen.[633]

Die Schwierigkeiten einer Auswanderung nach Palästina aufgrund eines entsprechenden Zertifikats lagen aber nicht nur in der auswanderungshemmenden Berufsstruktur der deutschen Juden mit einem hohen Anteil an kaufmännischen Tätigkeiten begründet. Viele, die berufsmäßig in Frage kamen, verfügten jedoch nicht über das notwendige Kapital. Vor allem aber waren die Ausbildungsplätze zur Berufsumschichtung nur begrenzt vorhanden, und die Zahl der zur Verfügung gestellten Zertifikate lag zudem weit unter den Bewerbungen.[634]

Die nicht-palästinische Auswanderung regelte – sofern sie offiziell und legal erfolgte – der „Hilfsverein der deutschen Juden", indem er Sprachkurse abhielt, Beratungen durchführte, Visa besorgte und notfalls Unterstützungen gewährte.[635]

Die Einwanderung war abhängig von den jeweiligen Aufnahmebestimmungen der einzelnen Länder, die Quoten festlegten, oder aber den Nachweis eigener Mittel verlangten.[636] Viele Länder wehrten sich aber gegen den Zustrom – vor allem mittelloser – Menschen, und schlossen nach und nach ihre Grenzen für die Flüchtlinge. England und Schweden reagierten dagegen allgemein großzügiger.[637]

Für die USA galt nicht nur die Vorbedingung eines entsprechenden Berufes, sondern eine für jedes Ursprungsland genau festgelegte Quote und ferner, ob ein in den Vereinigten

629 Persönliche Auskünfte durch Shimon Fuchs.
630 Persönliche Auskünfte durch Fritz Bachenheimer.
631 Persönliche Auskünfte durch Lea Kaminetzki geb. Nathan.
632 Vgl. W. Feilchenfeld, S. 39f.
633 Vgl. W. Feilchenfeld, S. 90.
634 Vgl. S. Adler-Rudel, Selbsthilfe, S. 82ff.
635 Vgl. ebd., S. 86.
636 Vgl. D. Michaelis, S. 28.
637 Vgl. R. Vogel, S. 57.

Staaten lebender Angehöriger ein Affidavit (eine Art der Bürgschaft) stellen konnte. Die Quote für Deutschland betrug jährlich 25.957, und nach der Angliederung Österreichs 27.310 Personen, Juden wie Nichtjuden. Die Quote wurde jedoch erst im Jahre 1939 voll ausgenutzt. Zwischen Juni 1933 und Juni 1943 wanderten insgesamt 97.374 deutsche Juden in die Vereinigten Staaten ein.[638]

Außer diesen vorgestellten organisierten und offiziellen Möglichkeiten der Emigration gab es natürlich noch vielfältige andere Wege und Schicksale.

Helmut K. Meyer besaß aufgrund seiner Tätigkeit als Reisender einen Paß und entschloß sich kurz vor der „Reichskristallnacht", nicht mehr aus England nach Deutschland zurückzukehren. Allerdings erhielt er zunächst als Ausländer keine Arbeitserlaubnis und konnte nur als Student eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, und unter vielfältigen Schwierigkeiten eine neue Existenz gründen.[639]

Auch Gabi Dienemann, die jüngste Tochter des Rabbiners, emigrierte nicht offiziell. Sie ging im Jahre 1937 mit einem zeitlich limitierten Paß nach England und besuchte dort fortan mit Hilfe von Freunden der Familie ein College in London.[640]

Die Familie Gottlob wanderte zwar schon in den Jahren 1937 und 1938 nach Belgien aus, wurde dort jedoch nach dem Kriegsbeginn von den Nationalsozialisten eingeholt und ging in den Untergrund. Sie lebten zwei Jahre in einem Dachstock und wurden von christlichen Nachbarn verpflegt.[641] Auch Anneliese Wolff-Gottlob, die bereits im Jahre 1936 nach Amsterdam übersiedelt war, lebte mit ihrem Mann und ihrer kleinen Tochter dreieinhalb Jahre versteckt.[642]

Eine außergewöhnliche Odyssee stellt auch der Weg von Lore Meyer – der Schwester Helmut K. Meyers – dar.[643] Sie begab sich nach dem Abitur im Jahre 1933 in die Schweiz, um dort das Studium aufzunehmen. Sie heiratete im Jahre 1935 und kehrte – da ihr ebenfalls deutscher Ehemann weder Aufenthalts- noch Arbeitserlaubnis erhielt – nach Deutschland zurück.

Als eines Tages im Jahre 1936 die Aufforderung der Polizei an sie erging, sich unter Vorlage der Reisepässe zu melden, flohen die Eheleute noch in der gleichen Nacht zurück in die Schweiz und von dort weiter nach Italien. Als Italien aber im Jahre 1938 begann, alle jüdischen Flüchtlinge auszuweisen, versuchten sie ein Visum in die Vereinigten Staaten zu erhalten. Als dies mißlang, beantragten sie ein englisches Visum. Am Tag ihrer voraussichtlichen Ausweisung aus Italien lag es jedoch immer noch nicht vor, und so vertrauten sie sich einer Organisation an, die Flüchtlinge illegal nach Frankreich brachte. In

638 Vgl. R. Vogel, S. 57 und S. Adler-Rudel, Selbsthilfe, S. 90.
639 Persönliche Auskünfte durch Helmut K. Meyer.
640 Persönliche Auskünfte durch Gabi Jacobi.
641 Persönliche Auskünfte durch Hilde Lampert.
642 Schriftliche Auskünfte durch Anneliese Wolff-Gottlob.
643 Schriftliche Auskünfte durch Lore Bloch geb. Meyer.

einem Fischerboot erreichten sie Nizza und wurden dort bald von den französischen Behörden verhaftet. Die Kaution für ihre Freilassung verschlang sodann einen großen Teil der ihnen verbliebenen Mittel.

Im August 1939 erhielten sie dann zwar das Transitvisum für England, wegen der schwebenden Gefängnisstrafe aber kein französiches Exitvisum. Es gelang ihnen jedoch, in dem völlig überfüllten Zug nach Calais den Paßkontrollen zu entgehen und nach England zu gelangen. Dies geschah am 31. August 1939, einen Tag vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Das Ehepaar lebte in den nächsten Monaten in der Nähe von London und wartete auf das amerikanische Visum. Im Frühjahr 1940 wurden sie jedoch von den Engländern als „Feindliche Ausländer" verhaftet, und lebten weitere viereinhalb Monate in einem Internierungslager auf der Isle of Man, bis die Nachricht vom amerikanischen Konsulat eintraf, die Zuteilung ihrer Quotennummer stünde kurz bevor.

Sie kamen daraufhin in ein Lager in der Nähe von London, wo sie die ersten schweren Bombenangriffe auf die Stadt miterlebten. Im November 1940 gelang es ihnen, eine Buchung auf der „SS Samaria" zu erhalten, mit welcher sie endlich Amerika erreichten. Die „SS Samaria" aber wurde auf dem Rückweg nach England von einem deutschen U-Boot versenkt.

Schon vor dem Beginn des Krieges war es Familie K. gelungen, ihre beiden Kinder Ruth (14 Jahre) und Lothar (9 Jahre) nach Belgien zu schicken; die Emigration des Vaters verzögerte sich jedoch immer wieder. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Belgien flohen die Kinder aus der Stadt Lüttich und wurden in Nordfrankreich Opfer eines deutschen Luftangriffes auf die Flüchtlinge.[644]

8.3 Möglichkeiten des Vermögenstransfers

Die sogenannte „Reichsfluchtsteuer" wurde erstmals am 8. Dezember 1931 erhoben und betraf auswanderungswillige Reichsangehörige mit einem Vermögen von mehr als 200.000 Reichsmark, oder einem Jahreseinkommen von mehr als 20.000 Reichsmark.[645] Am 18. Mai 1934 erfolgte die Senkung der Vermögensgrenze auf 50.000 Reichsmark.[646] Diese Erweiterung des betroffenen Personenkreises spiegelt auch schon den veränderten Zweck des Gesetzes wider. Sollte ursprünglich die Emigration und somit der Abfluß von Vermögenswerten behindert werden, so zielten die Ergänzungsmaßnahmen auf eine Ausnutzung der Auswanderung – vornehmlich der Juden – hin.[647]

644 Vgl. K. Schild/ W. Wöll, S. 33.
645 RGBl I, S. 699 und S. 731ff.
646 RGBl I, S. 392.
647 Vgl. R. Hilberg, S. 101.

Nach der Vermögensveräußerung und der Begleichung der anfallenden Steuern bestand für die Emigranten jedoch grundsätzlich keine Möglichkeit, das ihnen verbliebene Geld umzutauschen und ins Ausland mitzunehmen. Einige Wege waren dennoch gegeben, jedoch größtenteils mit hohen Verlusten verbunden, da die Nationalsozialisten ohnehin die Auffassung vertraten, das gesamte jüdische Kapital in Deutschland sei unrechtmäßig erworben worden und stünde daher dem deutschen Volk zu. Die Auswanderung kam so vielfach einer Enteignung gleich, und steht in engem Zusammenhang mit der ruinösen wirtschaftlichen Ausschaltung der deutschen Juden. So war es selbst reichen Juden nur schwer möglich, sich im Ausland eine neue Existenz aufzubauen.[648]

Prinzipiell durften die Emigranten nur 10 Reichsmark an Devisen, Waren im Gegenwert von 1.000 Reichsmark, sowie ihre persönlich Habe und den Hausrat mitnehmen, worüber sie aber den Behörden ein Verzeichnis zu erstellen hatten. Dies geschah mit dem Zweck, die Ausfuhr von Juwelen und anderen Wertgegenständen zu verhindern. Ferner war es möglich, die Reservierung von Eisenbahnabteilen und Schiffskabinen in Reichsmark vorzunehmen, falls die ausländische Gesellschaft dies akzeptierte.

Die „Altreu" (Allgemeine Treuhandstelle für die Jüdische Auswanderung) wurde als Umtauschstelle eingerichtet, um Reichsmark bei einem Verlust von fünfzig Prozent in ausländische Währung einzutauschen. Bis Oktober 1937 betrug die Obergrenze 8.000 Reichsmark, und wurde danach in einigen Fällen bis auf 50.000 Reichsmark erhöht. Bereits 1938 wurden jedoch schon keine neuen Anträge mehr angenommen.

Aufgrund des sogenannten „Haavara-Abkommens" hatten die nach Palästina auswandernden Juden eine besondere Möglichkeit des Vermögenstransfers. Dieses Verrechnungsabkommen wurde zwischen dem Deutschen Reich und der „Jewish Agency for Palestine" geschlossen. Dadurch konnte ein deutscher Exporteur, bezahlt mit dem bisher gesperrten Geld eines jüdischen Emigranten, Waren nach Palästina ausführen. Dort erhielt der Auswanderer nach seiner Ankunft palästinische Zahlungsmittel von der „Jewish Agency".

Hauptgründe für das Zustandekommen des Abkommens waren seitens der deutschen Regierung die Möglichkeit der inländischen Arbeitsbeschaffung, die Abschwächung des internationalen Warenboykotts, die allgemeine Förderung der Auswanderung deutscher Juden, die Schonung der Devisenbestände der Reichsbank und die Steigerung des deutschen Exports nach Palästina. Die Tätigkeit des Haavara-Transfers erlosch praktisch erst am 3. September 1939. Das nur für Juden aus Deutschland geltende Abkommen stellte für die Palästina-Einwanderung einen nicht zu unterschätzenden Faktor dar. Während nur 19,9% aller zwischen 1933 und 1942 Eingewanderten aufgrund eines „Kapitalistenzertifikats" ins Land kamen, betrug der Anteil bei den deutschen Juden 36%! Ein ähnliches Ungleichgewicht ist bei den Arbeiterzertifikaten der Kategorie C festzustellen, bei welchen der Anteil an der Gesamteinwanderung 46,5% betrug, bei der Einwanderung aus Deutschland jedoch nur 32,6%![649]

648 Vgl. dazu und zum Folgenden R. Hilberg, S. 103.
649 Vgl. D. Michaelis, S. 28 und S. 74ff.

8.4 Zum Verlauf der Emigration

Bei der Auswanderung der Juden aus Deutschland infolge der durch den Nationalsozialismus veränderten Lebensbedingungen sind im wesentlichen drei Phasen zu erkennen: Die erste Auswanderungswelle erfolgte sofort nach der eigentlichen Machtergreifung. Als der nationalsozialistische Terror 1934 vorübergehend nachließ, wirkte sich das sofort auch auf die Emigrationsbereitschaft dämpfend aus. Ein weiterer Anstieg ist nach der Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze" zu verzeichnen, und die dritte und bedeutendste Phase nach dem Pogrom „Reichskristallnacht".[650] Diese Entwicklung läßt sich – wie wir noch sehen werden – auch für Offenbach feststellen.

Zunächst wandten sich die Emigranten vordringlich den europäischen Ländern zu, wohl in der Hoffnung, in absehbarer Zeit nach Deutschland zurückkehren zu können. Je mehr sich jedoch die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland verfestigte, desto stärker wurde die Emigration nach Übersee. Im Jahre 1933 blieben noch 74% der Auswanderer in Europa, im Jahre 1937 waren es hingegen nur noch 25%.[651]

Aus einem von Nathan Grünewald erstellten statistischen Bericht für das „Gemeindeblatt" geht hervor, daß die Emigration aus Offenbach selbst erst relativ spät einsetzte. Am stärksten betraf sie ledige Männer über 21 Jahren. Vom 31. Dezember 1933 bis zum 1. April 1937 wanderten etwa 50% von ihnen aus. Die Jüdische Gemeinde in Offenbach zählte somit am 1. April 1937 nur noch 1.044 Mitglieder, davon 14% Ausländer.[652]

Weitere Informationen über die Situation in Offenbach können wir einem von Dr. Guggenheim zu Beginn des Jahres 1938 in der „CV-Zeitung" veröffentlichten Artikel entnehmen. Danach waren am 31. Dezember 1937 schon 44% der Gemeindemitglieder über 50 Jahre alt, darunter 20% über 70 Jahre. Die Prozentsätze wären denen in Gießen, Mainz, Worms, Bingen und Darmstadt ähnlich, während sie in den Landgemeinden noch höher lägen.[653]

Auf Vorschlag des Rabbiners versuchte der Vorstand der Jüdischen Gemeinde Offenbachs mit den ausgewanderten Gemeindemitliedern in Form von „Sendschreiben" in Verbindung zu bleiben. Diese Sendschreiben waren verbunden mit Informationen über die inneren Vorgänge, die Arbeit und die Bedürfnisse der Gemeinde, sowie mit Predigten des Rabbiners. Sie bedeuten für uns eine weitere Quelle, um die Atmosphäre und die Vorgänge in Offenbach nachzuvollziehen.

Auf das erste Sendschreiben vom 10. November 1937 hin erhielt die Gemeinde Briefe aus verschiedenen Teilen der Welt, in denen emigrierte Gemeindemitglieder ihre Verbunden-

650 Vgl. R. Vogel, S. 40.
651 Vgl. ebd., S. 40f.
652 Gemeindeblatt des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessens vom Juli 1937.
653 CV-Zeitung vom 18. März 1938, S. 17f.

heit mit Offenbach zum Ausdruck brachten, und von den ungewohnten Verhältnissen in ihrer neuen Heimat berichteten.[654]

Im zweiten Sendschreiben vom März 1938 hieß es dann: „Die Auswanderung geht ununterbrochen und unvermindert weiter. Seit unserem letzten Bericht hat sich die Gemeinde um 30 Seelen vermindert, sie zählt jetzt nur noch 950 Seelen"[655].

Auch im dritten und letzten Schreiben vom Oktober 1938 stand die Emigration im Vordergrund: „Die Auswanderung geht ununterbrochen vorwärts und steigert sich so, nimmt solche Außmaße an, daß bereits der Bestand der Gemeinde bedroht ist"[656].

Als sich die antijüdische Gesetzgebung in Deutschland zu verschärfen begann, tagte auf Initiative der USA vom 6. bis zum 15. Juli 1938 in Evian in der Schweiz ein „Zwischenstaatliches Komitee für politische Flüchtlinge", zu dessen Vorsitzenden der amerikanische Rechtsanwalt George Rublee gewählt wurde. Schon die Konferenz selbst zeigte, daß keine konkreten Ergebnisse zu erwarten sein würden, da die Vertreter der beteiligten Länder äußerst zurückhaltend reagierten und vordringlich die Europäer beklagten, daß die Flüchtlingsströme nicht mehr aufgenommen werden könnten.[657]

Rublee versuchte – da ein Erfolg des Komitees unbedingt von der deutschen Kooperationsbereitschaft abhängig war – mit den deutschen Behörden Kontakt aufzunehmen, was sich jedoch als äußerst schwierig erwies. Nach den Ereignissen der „Reichskristallnacht" führte Hjalmar Schacht im Dezember 1938 nochmals in London Verhandlungen über eine geregelte Auswanderung, die jedoch scheiterten, da Schacht wegen seines Protestes gegen die Finanzpolitk in Ungnade fiel.[658]

Während der schon angesprochenen Sitzung vom 12. November 1938 im Reichsluftfahrtministerium verwies Heydrich ferner auf die Tätigkeit der Auswanderungszentrale in Wien und empfahl die Errichtung einer entsprechenden Institution im Altreich, die von Göring auch sofort akzeptiert wurde.[659]

Am 24. Januar 1939 ordnete Göring dann die Schaffung dieser „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung" in einem Brief an den Innenminister Frick an:

„Die Auswanderung der Juden aus Deutschland ist mit allen Mitteln zu fördern.
Im Reichsministerium des Innern wird aus Vertretern der beteiligten Dienststellen eine Reichszentrale für die jüdische Auswanderung gebildet. Die Reichszentrale hat die Aufgabe, für das gesamte Reichsgebiet einheitlich

654 CAHJP, Signatur KGe 14/60.
655 NULib, Signatur PB 1014.
656 Ebd.
657 Vgl. U.D. Adam, S. 226f. und R. Vogel, S. 69f.
658 Vgl. U.D. Adam, S. 227 und K.D. Erdmann, S. 155.
659 IMT, Bd. XXVIII, S. 533, Dok. PS-1816.

1. alle Maßnahmen zur Vorbereitung einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen, u.a. eine zur einheitlichen Vorbereitung von Auswanderungsgesuchen geeignete jüdische Organisation ins Leben zu rufen (...)
2. die Auswanderung zu lenken, u.a. für eine bevorzugte Auswanderung der ärmeren Juden zu sorgen;
3. Die Durchführung der Auswanderung im Einzelfall zu beschleunigen, indem sie durch zentrale Bearbeitung der Auswanderungsanträge die für den einzelnen Auswanderer erforderlichen staatlichen Ausweise und Bescheinigungen schnell und reibungslos beschafft und den Vollzug der Auswanderung überwacht.

Die Leitung der Reichszentrale übernimmt der Chef der Sicherheitspolizei (...) Über die Arbeit ist mir laufend zu berichten. Vor grundsätzlichen Maßnahmen ist meine Entscheidung einzuholen (...)"[660].

Aufgrund der „Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz"[661] vom 4. Juli 1939 erfolgte der zwangsweise Zusammenschluß der staatsangehörenden und staatenlosen in Deutschland lebenden Juden in der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland". Dies war die oben angesprochene Organisation, welche die für eine gezielte Auswanderungspolitik notwendige Erfassung und Zusammenfassung des betroffenen Personenkreises darstellte, und fortan die Emigration unter Heydrichs Aufsicht zu organisieren hatte. Gleichzeitig bedeutete die neugeschaffene Institution das Ende der selbständigen „Reichsvertretung der deutschen Juden", wobei die Diskrepanz in der Definition zwischen „deutschen Juden" und „Juden in Deutschland" keineswegs zufällig ist. Die Verordnung hatte ferner das Ende der jüdischen Vereine und Organisationen zufolge, die in die „Reichsvereinigung" eingegliedert wurden.

Zum Geschäftsführer der „Reichszentrale" wurde zunächst der SS-Standartenführer Heinrich Müller (der bekannte und berüchtigte „Gestapo-Müller"), und im Oktober 1939 – als eine großangelegte Auswanderung schon kaum mehr möglich schien – Adolf Eichmann bestellt.[662]

Bei der Volkszählung am 17. Mai 1939 lebten noch 330.539 Juden (einschließlich der sogenannten „Mischlinge") in Deutschland. Dies entsprach einem Anteil von nur noch 0,42% der Gesamtbevölkerung. In Offenbach waren es zu diesem Zeitpunkt noch 580 Personen (0,7%).[663]

Der gewünschte Erfolg der neugeschaffenen Institution mußte aber aus vielfachen Gründen ausbleiben. Einerseits konnte die ältere Generation, und darunter besonders die Soldaten des Ersten Weltkrieges, die Entwicklung nicht begreifen. Sie empfanden vielfach deutsch-national und identifizierten sich völlig mit ihrem Heimatland. Viele hegten lange Zeit die Hoffnung, der Spuk würde vorübergehen, und ihnen nichts geschehen. Der Gedanke an Emigration war ihnen daher zumeist völlig unverständlich. Als dann auch sie

660 Nürnberger Dokument NG-2586. Zitiert bei H. Krausnick, S. 282f.
661 RGBl I, S. 1097ff.
662 Vgl. H. Krausnick, S. 284.
663 Mitteilungen des hessischen Landesstatistischen Amtes.

das Ausmaß der Gefährdung erkannten, sahen sie sich einer Palette von Problemen gegenüber, und für viele war es bereits zu spät. Haupthindernisse ihrer Emigration stellten sicherlich die Tatsachen dar, daß etwa die Hälfte von ihnen bereits über 50 Jahre alt, und zudem aus dem Beruf und dem Wirtschaftsleben weitgehend ausgeschlossen waren. Da zudem viele Juden mittlerweile so arm waren, daß sie nicht einmal mehr ihre Ausreise bezahlen konnten, gelang es ihnen nicht mehr, zu emigrieren.[664]

Bis zum Krieg spielte das ohnehin liberaler als andere Länder reagierende England für die deutschen Juden nochmals eine bedeutende Rolle, da von der britischen Regierung im Jahre 1939 Einreisebewilligungen für Flüchtlinge aus den „Naziländern" (Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei) gewährt wurden, die jedoch fast immer an die Bedingung der Weiterwanderung geknüpft waren. Von 1933 bis zum November 1938 kamen offiziell 5.500 Flüchtlinge nach England, vom Januar 1939 bis zum 3. September 1939 aber nochmals insgesamt 20.000.[665] Infolge der in diesen Bemühungen eingeschlossenen „Kindertransporte" gelangten auch Otto Hirschfeld[666] und Ellen Rozanski[667] rechtzeitig vor dem Ausbruch des Krieges nach England.

Nach dem Ausbruch des Krieges und der Besetzung verschiedener europäischer Länder durch die deutsche Wehrmacht verloren diese Länder zudem ihre Bedeutung auch als Transitaufenthalte, und viele der bereits emigrierten Juden befanden sich plötzlich erneut im Machtbereich des Nationalsozialismus. Ohnehin geriet die bis dahin einigermaßen geregelte Auswanderung nach dem Schock des Novemberpogroms zur reinen Flucht.[668]

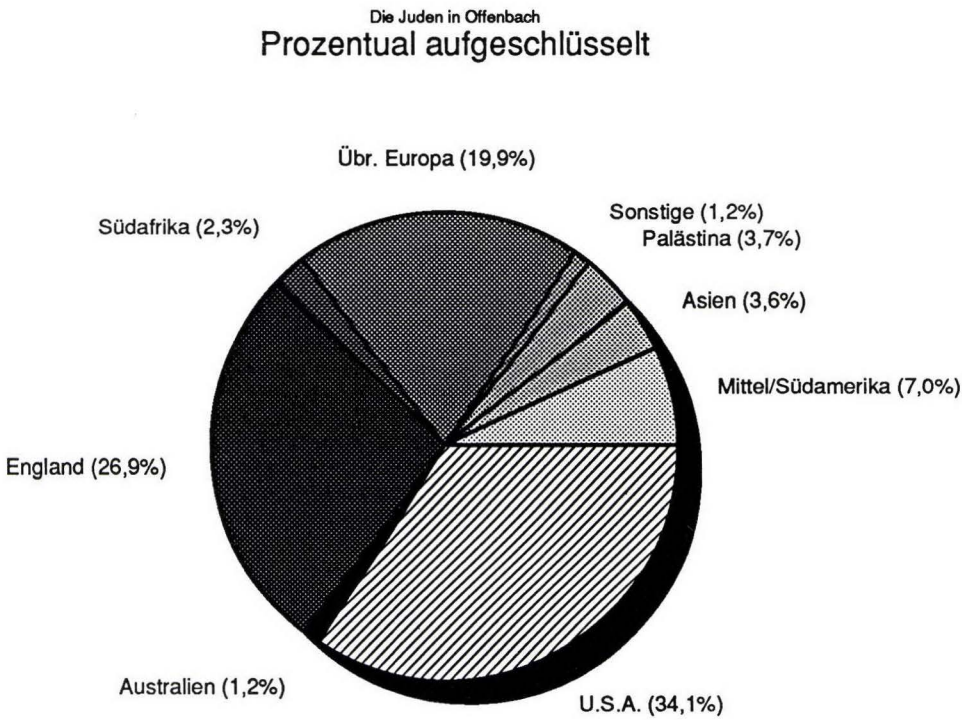
Nähere Informationen über den zeitlichen und zielorientierten Verlauf der Emigration aus Offenbach erhalten wir über eine am 22. April 1941 angefertigte Gemeindeliste.[669] Sie enthält für 807 Gemeindemitglieder den Zeitpunkt der Auswanderung und das Zielland.

Aufgeschlüsselt nach den angegebenen Ländern ergibt sich daraus folgende Aufstellung:

USA	277
England	219
Übriges Europa	162
Mittel- und Südamerika (inclusive Kanada)	57
Palästina	30
Asien	29
Südafrika	19
Australien	10
Sonstige (unbekannt usw.)	4

664 Vgl. S. Adler-Rudel, Selbsthilfe, S. 110.
665 Vgl. ebd., S. 113f.
666 Schriftliche Auskünfte durch Otto Hirschfeld.
667 Persönliche Auskünfte durch Berthold Wolf.
668 Vgl. S. Adler-Rudel, Selbsthilfe, S. 110 und S. 117f.
669 YVS, Signatur 08/27.

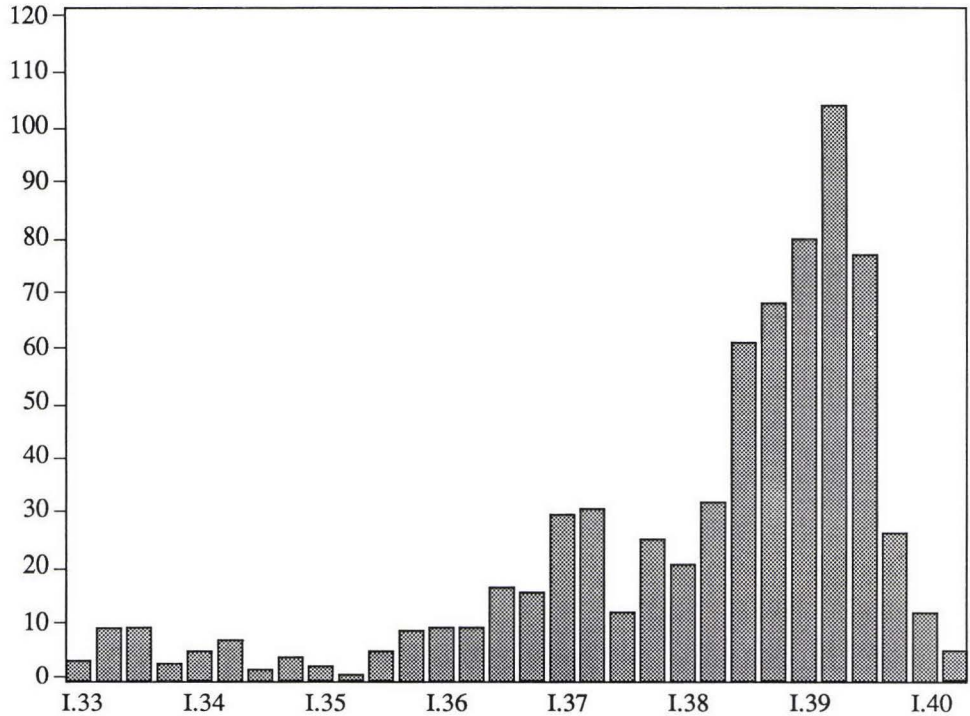
Prozentual aufgeschlüsselt ergibt sich folgendes Bild:



Aufschlußreich ist ebenso eine graphische Darstellung von Zeitpunkt und Häufigkeit der Emigration aus Offenbach (siehe nächste Seite). Deutlich zeigt sich dabei ein Anstieg nach der Machtergreifung und der nachfolgende Rückgang. Ein erneutes Anwachsen erkennen wir ab dem III. Quartal des Jahres 1935 – sicherlich bedingt durch die Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze" – mit einem Zwischentief in der Jahresmitte 1937, sowie den zu erwartenden überdimensionalen Anstieg nach der „Reichskristallnacht":
Die Gesamtauswanderung aus Deutschland betrug nach S. Adler-Rudel von 1933 bis 1939 schätzungsweise 236.000 Personen, von denen 57.000 (24%) nach Palästina, 74.000 (31%) nach Europa und 105.000 (45%) nach Übersee emigrierten.[670]
Für Offenbach galten bisher zumeist die auch für das gesamte deutsche Judentum geltenden Entwicklungen und Bedingungen, von diesem Gesichtspunkt aus gesehen erkennen wir jedoch erhebliche Abweichungen. Nach der vorerwähnten Gemeindeliste wanderten aus Offenbach lediglich 3,7% nach Palästina, jedoch 46,8% nach Europa und 49,5% nach Übersee aus. Diese auffällige Differenz beruht m.E. auf einem Mangel an verläßlichen Daten bei der Aufstellung der Liste, sowie auf der nicht exakt zu erfassenden Transferwanderung.

670 Vgl. S. Adler-Rudel, Selbsthilfe, S. 216.

EMIGRATION AUS OFFENBACH
(lt. Gemeindeliste – Quartal/Jahr)



8.5 Zweiter Weltkrieg – Deportationen – „Lebensvernichtung"

Wenden wir uns an dieser Stelle wieder dem Schicksal der Juden in Offenbach zu, deren Situation sich durch die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch die Nationalsozialisten ebenfalls weiter verschlechterte.

Am 9. September 1939 wurde u. a. Josef Sch. verhaftet, und bis zum 24. Oktober des Jahres zunächst im Polizeigefängnis interniert. Er erinnert sich an eine ausgesprochen gute Behandlung durch die Gestapo in Offenbach. Die Gefangenen erhielten gutes Essen, ärztliche Versorgung und waren auch keinerlei Mißhandlungen ausgesetzt. Der örtliche Dienststellenleiter habe ihnen sogar Vorwürfe gemacht, daß sie sich überhaupt in dieser Lage befänden. Er an ihrer Stelle wäre schon lange zuvor aus Deutschland geflohen.

Am 24. Oktober 1939 erfolgte die Überführung der Gefangenen zunächst nach Frankfurt – wo sie eine völlig andere Behandlung mit Schlägen und Brutalitäten zu erdulden hatten – und von dort aus zwei Tage später in das Konzentrationslager Buchenwald. Josef Sch.

überlebte mehr als fünf Jahre dieses Konzentrationslager, wo er am 11. April 1945 von der US-Armee befreit wurde.[671]

Am 23. September 1939 meldete die Ortsgruppe „Taunus" der NSDAP in Offenbach das „aufsässige und gemeine" Verhalten der Jüdin Lachmann an die Kreisleitung. Sie sei sogar nicht davor zurückgeschreckt, den Führer zu beleidigen. Offensichtlich kam die Angelegenheit der Ortsgruppenleitung durch mehrere Anzeigen von „Volksgenossen" zur Kenntnis, da im ensprechenden Schreiben gleich verschiedene Vorfälle und mehrer Zeugen benannt werden. Das Schriftstück endet mit der Bemerkung: „Die Lachmann ist inzwischen verhaftet worden"[672].

Daß im nationalsozialistischen Herrschaftssystem trotzdem längere Zeit zumindest Rudimente rechtsstaatlicher Ordnung existierten, zeigt ein Zivilprozeß aus Offenbach.[673] Er verdeutlicht aber auch gleichzeitig, wie sehr die Juden selbst nach einem gewonnenen Rechtsstreit der Willkür von Partei und Staat ausgesetzt waren.

Bereits seit dem 1. November 1937 wohnte Wilhelm R. im Hause von Felix Israel S. zur Miete, blieb aber vom 1. Juli 1939 an den Mietzins ganz oder teilweise schuldig. Schließlich verpflichtete sich der Mieter durch einen vor dem Amtsgericht Offenbach geschlossenen Vergleich, die Wohnung bis zum 1. März 1940 zu räumen. Er zog aber nicht aus, sondern versuchte stattdessen beim Amtsgericht mehrfach weiteren Aufschub zu erreichen. Zwar entschied das Amtsgericht Offenbach am 15. März 1940 zugunsten des jüdischen Hausbesitzers, der Oberbürgermeister der Stadt wies den „arischen" Mieter jedoch wieder in die Wohnung ein.

Zwei weitere Polizeibefehle des Oberbürgermeisters gewährten dem Mieter erneuten Aufschub bis zum 1. Oktober 1940. Als er schließlich ausgezogen war, blieben die Bemühungen des jüdischen Vermieters, die noch ausstehende Miete auf dem Wege der Lohnpfändung einzufordern, erfolglos. Vom Arbeitsamt Offenbach erhielt er „auf Grund der gegebenen Richtlinien" keine Auskünfte über den neuen Arbeitgeber des Wilhelm R.

Die Ortsgruppe „Buchrain" teilte am 11. Juni 1940 der Kreisleitung das „staatsgegnerische Verhalten" der Volksgenossin Dora Rh. mit. Das Schreiben schließt mit den Worten: „Es bleibt zu erwägen, sie einmal in dem (!) Konzentrationslager darüber nachdenken zu lassen, wie man deutsche Gesinnung bekommt. Zeuge ist der Architekt N."[674].

In einer weiteren Mitteilung berichtete der Ortsgruppenleiter Müller, Frau Rh. habe den Juden Neuhaus aus der Mainländerstraße 5 und seine Ehefrau eingeladen. „Die freundschaftliche Unterhaltung zwischen diesen beiden mußte auch schon früher beobachtet werden. Der Jude Neuhaus war der frühere Arbeitgeber der Dora Rh. (...) es ist eine bi-

671 Persönliche Auskünfte durch Josef Sch.
672 HStA, Signatur N1/10055.
673 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, 474/2 Nr. 198. Prozesse gegen Juden Nr. 19. Zitiert bei E. Noam/W. A. Kropat. S. 46ff.
674 HStA, Signatur N1/10097.

gott-katholische Familie; die Mutter läuft jeden Morgen um 6 Uhr zur Kirche und die Dora Rh. jeden Sonntag".

Mit Schreiben vom 11. November 1940 teilte Isidor Israel Klauber aus der Mittelseestraße 31 der Kreisleitung mit, sein Mieter sei erneut die Zahlung des Mietzinses schuldig geblieben. Im März des gleichen Jahres habe in ähnlicher Situation ein Herr der Partei vermittelnd eingegriffen und ihm zu seinem Recht verholfen. Er wolle aber beim Amtsgericht nicht erneut ein Räumungsurteil gegen den Mieter K. beantragen, denn dies wäre dann das vierte in zweieinhalb Jahren.[675]

Der Kreisleiter Jordan reagierte empört auf das Ersuchen, jedoch nicht über den eigentlichen Sachverhalt. Vielmehr teilte er dem Ortsgruppenleiter „Büsing" mit, daß nichts zu unternehmen sei und wollte gleichzeitig den politischen Leiter ermittelt wissen, der dem Juden zu seinem Geld verholfen habe.

Nach einer weiteren erhaltenen Akte[676] wurde Klara W. (geb. 1860) im Oktober 1940 zur Ortsgruppe „Büsing" bestellt. Über das dort geführte Gespräch bzw. Verhör erstattete der Ortsgruppenleiter am 10. Oktober 1940 dem Kreisleiter Bericht. Darin hieß es, daß sich Frau W. weiterhin weigere, das Mietverhältnis mit der Familie Grünewald zu lösen. Sie sei selbstherrlich und stehe „nicht auf dem heutigen Standpunkt der Zeit". Es sei ferner anzunehmen, daß sie „die Stellung des Nationalsozialismus zur jüdischen Rasse sabotieren" wolle. Die Stellungnahme endet dann mit dem bezeichnenden Satz: „Es hat sich gezeigt, daß mit dieser Frau keine Besserung möglich ist und da sie für das Konzentrationslager zu alt ist, müssen wir ihren Tod abwarten".

Das hier wiedergegebene Dokument zeigt eine ganz besonders perfide Denkweise der lokalen Machthaber. Erneut findet sich darin auch die Androhung der Einweisung in ein KZ, und als „belastenden Tatbestand" die Kontinuität einer persönlichen Freundschaft mit jüdischen Mitbürgern.

Am 6. April 1941 bat der „Mischling 1. Grades" Martha L. aus Bürgel um eine Ausnahmegenehmigung von den „Nürnberger Gesetzen", da sie den „Arier" Hermann M. – ebenfalls aus Bürgel – zu heiraten gedachte.[677] Bis zum Jahre 1933 habe niemand aus ihrer Familie – auch die getauften Kinder nicht – von der „jüdischen Herkunft" des Vaters gewußt, der sich habe im Jahre 1893 taufen lassen. Ihr Vater und zwei Brüder seien im Weltkrieg, die Familie „für das Dritte Reich tätig" gewesen. Sie selbst habe sich „niemals anders als deutsches Mädel oder deutsche Frau gefühlt".

Die Reichsleitung der NSDAP (Rassenpolitisches Amt) in Berlin teilte am 12. Juni 1941 dem Kreisamt der NSDAP (Rassenpolitisches Amt) in Offenbach am Main mit, eine Eheschließung käme nicht in Betracht. Dementgegen sei M. über die möglichen Folgen seines

675 HStA, Signatur N1/10058.
676 HStA, Signatur N1/10106.
677 HStA, Signatur N1/10096.

Handelns zu belehren, Frau L. zu verwarnen, und ferner die Anschrift des jüdischen Vaters zu ermitteln.

Am 1. Juli 1941 wurde dessen Anschrift nach Berlin gemeldet, M. weiterhin wegen „Rassenschande" angezeigt. Das entsprechende Verfahren kam aber zum Erliegen, da Frau L. am 15. September 1935 nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hatte. Die Angelegenheit zog jedoch weitere Kreise, da nun auch die Schwester des Vaters als Jüdin galt. Sie hatte zuvor im Jahre 1940 zur goldenen Hochzeit ein Diplom des Führers erhalten, das ihr nun wieder aberkannt werden sollte. Der Ausgang des Verfahrens ist in den Akten nicht mehr belegt.

Am 19. Januar 1942 teilte der Offenbacher Polizeidirektor der NSDAP-Kreisleitung mit, ihm liege das Gesuch der „Walter Israel G. Witwe Gerda" vor, die um die Anerkennung ihres Sohnes Hans Israel G. als „Mischling 1. Grades" bat: „Ich bitte um Stellungnahme zu dem oben bezeichneten Gesuch. Bestehen gegen die Anerkennung (...) als Mischling ersten Grades Bedenken?"[678].

Die Ortsgruppe „Tulpenhof" antwortete auf das Schreiben am 3. Februar 1942: „Gegen die Anerkennung des G. als Mischling I. Grades bestehen Bedenken, die darin begründet sind, dass derselbe ein echt jüdisches Gebaren zur Schau trägt und die Judenschule besucht, in welcher er ja nur jüdische Erziehung erhält".

Erneut wurde in dem vorliegenden Fall die „gesetzliche" Grundlage verlassen, und noch nicht einmal die ansonsten aufgrund der „Nürnberger Gesetze" angewandte Abstammung anerkannt.

Die oben vorgestellten Dokumente zeigen für den zu untersuchenden Bereich der Stadt Offenbach größtenteils die fast rechtlose Stellung der Juden in Deutschland, wie auch die schon hinlänglich bekannte Willkür und „lokale Judenpolitik" auf unterer Parteiebene. Erfreulicherweise sind uns durch diese Dokumente auch einige Fälle nonkonformen bzw. resistenten Verhaltens seitens der nichtjüdischen Bevölkerung Offenbachs – die ebenfalls nicht ausnahmslos bestehenden Freund- und Bekanntschaften mit Juden aufgab – nachprüfbar bekannt geworden.

Nach Ian Kershaws Untersuchung flaute das Interesse an der „Judenfrage" innerhalb der deutschen Bevölkerung im Kriege jedoch allgemein stark ab. „Aufgrund der nach dem Novemberpogrom 1938 einsetzenden verschärften Gesetzgebung zur Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben und der Wirtschaft wurden die Juden schon vor dem Beginn der Deportationen im Jahre 1941 nahezu völlig aus dem gesellschaftlichen Leben hinausgedrängt. Ihr weiteres Schicksal wurde außerhalb von Parteikreisen kaum noch zur Kenntnis genommen und erörtert"[679].

678 HStA, Signatur N1/10086.
679 I. Kershaw, S. 337.

Wenden wir uns an dieser Stelle nun wieder der reichsweiten Entwicklung – und dabei besonders dem Aspekt der endgültigen Entscheidungsfindung bei der sogenannten „Endlösung der Judenfrage" – zu.

Die Politik der Vertreibung wurde nach Kriegsbeginn auf Reichsebene durch die sprunghaft steigende Zahl der sich im Machtbereich der Nationalsozialisten befindlichen Juden noch schwieriger. Kurzfristig tauchte die Idee eines Judenreservates nahe der Kleinstadt Nisko am San in Polen auf, die aber im April 1940, vor allem auf Intervention des Generalgouverneurs Hans Frank, wieder aufgegeben werden mußte.[680]

Nach dem Sieg über Frankeich gewann der „Madagaskar-Plan" an Bedeutung. Danach sollte Frankreich im Friedensvertrag die Insel Madagaskar an das Deutsche Reich abtreten, und die dort lebenden Franzosen aussiedeln. Stattdessen würde ein teilautarker Judenstaat unter der Kontrolle eines deutschen Gouverneurs entstehen. Dieses Projekt wurde noch lange vom RSHA verfolgt und offenbar erst im Frühjahr des Jahres 1942 endgültig aufgegeben.[681]

Der Begriff des „Endzieles" begegnet uns erstmals am 21. September 1939 in einem Schnellbrief Heydrichs an die Chefs der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei zum Zweck der Konzentration der Juden vom Lande in die größeren Städte („im besetzten Gebiet").[682]

Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, daß dies schon die berüchtigte „Endlösung" in der uns bekannten Form bedeuten sollte. Weit wahrscheinlicher dürfte es sich um vorbereitende Maßnahmen einer geplanten „territorialen Lösung" gehandelt haben. Durch die Ghettoisierung sollte der Zugriff auf den in Frage kommenden Personenkreis erleichtert werden.

Der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion im Juni des Jahres 1941 eröffnete neue Möglichkeiten der Abschiebung der Juden, die auch – im Gefühl des sicheren Sieges innerhalb weniger Wochen – sofort aufgegriffen wurden.

Am 31. Juli 1941 erging folgendes Schreiben von Göring an Heydrich:

„In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24. Januar 1939 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.

680 IMT, Bd. XXVI, S. 633.

681 Vgl. dazu das Nürnberger Dokument XXXVIII-67 (Aussage Dieter Wislicenys, eines Mitarbeiters im RSHA), zitiert bei L. Poliakov/ J. Wulf, S. 90 und den Schriftverkehr des Legationsrates Rademacher im Auswärtigen Amt, zitiert bei R. Vogel, S. 334ff.

682 Nürnberger Sokument PS-3363. Zitiert bei G. Schönberger, S. 47f.

Sofern hierbei die Zuständigkeit anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen.
Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen"[683].

Diese Anweisung ist sicherlich immer noch in vorstehendem Sinne der „Evakuierung", d.h. der Abschiebung nach Osten, und noch nicht als Befehl zur physischen Vernichtung der Juden zu verstehen. Es handelte sich vielmehr um eine erweiterte Rechtsgrundlage für die Zuständigkeit Heydrichs, die „Judenfrage" zu bearbeiten und die Arbeit der beteiligten Ressorts zu koordinieren.

Durch die bald festgelaufene Ostoffensive waren Deportationen weiter nach Osten nicht mehr möglich, die Ghettos überfüllt. Zudem war im Reich selbst der „freigewordene" Wohnraum schon längst wieder verplant. Zumindest während einer kurzen Zeitspanne müssen mehrere Lösungsmöglichkeiten nebeneinander existiert haben. Bis zum Beginn des Jahres 1942 war bis in die Spitzen des RSHA eine territoriale Lösung in Form des bereits erwähnten „Madagaskar-Planes" akut, daneben begannen schon die ersten Versuchsvergasungen im November/Dezember 1941 in Chelmno. Die Erprobung der Vernichtungsanlagen und die dabei gewonnenen Erfahrungen des Bedienungspersonals beim sogenannten „Euthanasie"-Programm[684] bildeten eine wesentliche Voraussetzung für die Mordaktionen.

Anders als bei der „Euthanasie" wurde für die Massentötung der Juden bisher kein entsprechender schriftlicher Befehl Hitlers gefunden. In der Zeitgeschichtsforschung bestehen ohnehin auch weiterhin zwei sich ausschließende Thesen über die Genese der „Endlösung der Judenfrage" in der uns bekannten furchtbaren Konsequenz.

Manche Forscher vertreten die Ansicht einer kontinuierlichen und geplanten Entwicklung von den frühesten Zeugnissen des hitlerschen und nationalsozialistischen Antisemitismus' bis hin zum organisierten Massenmord in den Vernichtungslagern.[685]

Für andere Historiker wiederum bestand keine Kontinuität zwischen verbalen Forderungen und letztendlicher Ausführung, und weder die Nationalsozialisten noch Hitler selbst hätten ein Konzept zur Verwirklichung ihrer weltanschaulichen Programmpunkte gehabt.[686]

Der Historiker Martin Broszat geht ferner nicht von einem generellen Vernichtungsbefehl, sondern von einer reinen eigendynamischen Entwicklung von Einzelaktionen aus, die zusammenwuchsen und nach der Errichtung der Vernichtungslager bestimmenden

683 IMT, Bd. XXVI, S. 266f., Dok. PS–710.
684 Der Name ist insofern irreführend, als es sich bei diesen Aktionen um eine Massentötung von Anstaltspfleglingen handelte, und nicht um eine individuelle Hilfe, die dem Sterbenden gewährt wird.
685 Vgl. dazu u.a. E. Jäckel, Weltanschauung, S. 63ff.
686 Vgl. B. Martin, S. 297 und U. D. Adam, S. 357f.

Charakter erhielten. Die Verantwortlichkeit Hitlers für die Judenvernichtung steht für ihn jedoch außer Frage.[687]

Auch der Historiker Hans Mommsen sieht – allerdings anders akzentuiert – Hitler nicht allein als auslösenden Faktor der „Endlösung" an, sondern ebenso die schon angesprochene polykratische Entscheidungsstruktur im „Dritten Reich", „die zu einer fortschreitenden kumulativen Radikalisierung führte"[688]. Zur Praxis der „Endlösung" habe es keines förmlichen, geschweige denn schriftlichen Befehls bedurft. Ohne das Buhlen um die Gunst Hitlers durch gegeneinander wirkende Kräfte wäre es schwerlich zu den uns bekannten Auswirkungen des nationalsozialistischen Rassenwahnes gekommen, obwohl Hitler die Ausrottungspolitik uneingeschränkt befürwortet und Untergebene dazu angetrieben habe.[689]

Adolf Eichmann – der Leiter des Referates IV B 4 (Judenangelegenheiten/Räumungsangelegenheiten) im RSHA – gestand hingegen bei seiner Vernehmung in den Jahren 1960/1961 in Jerusalem: „Im Juni 1941, glaube ich, war der Kriegsbeginn gegen die Sowjetunion. Und glaublich zwei Monate später mag es wohl gewesen sein, es kann auch drei Monate später gewesen sein, als Heydrich mich zu sich befahl. Meldete mich. Und er sagte mir: 'Der Führer, also mit der Auswanderung ..' Mit einem kleinen Speech vorher: 'Der Führer hat die physische Vernichtung der Juden befohlen'. Diesen Satz sagte er mir"[690].

Der Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz – Rudolf Höss – schrieb in seinen autobiographischen Aufzeichnungen: „Im Sommer 1941, den genauen Zeitpunkt vermag ich z. Zt. nicht anzugeben, wurde ich plötzlich zum Reichsführer SS nach Berlin befohlen, und zwar direkt durch seine Adjutantur. Entgegen seiner sonstigen Gepflogenheit eröffnete er mir, ohne Beisein seines Adjutanten, dem Sinne nach folgendes: Der Führer hat die Endlösung der Judenfrage befohlen, wir – die SS – haben diesen Befehl durchzuführen. Die bestehenden Vernichtungsstellen im Osten sind nicht in der Lage, die beabsichtigten großen Aktionen durchzuführen. Ich habe daher Auschwitz dafür bestimmt, einmal wegen der günstigen verkehrstechnischen Lage und zweitens läßt sich das dafür dort zu bestimmende Gebiet leicht absperren und tarnen (...). Nähere Einzelheiten erfahren sie durch Sturmbannführer Eichmann vom RSHA, der in nächster Zeit zu ihnen kommt (...) Nach Erhalt dieses schwerwiegenden Befehles fuhr ich sofort nach Auschwitz zurück (...) Kurze Zeit später kam Eichmann zu mir nach Auschwitz"[691].

Die Juden waren allerdings in den Jahren 1941/1942 ohnehin endgültig völlig rechtlos geworden. Infolge der „Polizeiverordnung über die Kennzeichnung von Juden"[692] vom 1. September 1941 mußten sie fortan einen gelben „Judenstern" tragen, und durch die

687 Vgl. M. Broszat, Genesis, S. 750ff.
688 H. Mommsen, Nationalsozialismus, S. 66.
689 Vgl. H. Mommsen, Hitlers Stellung, S. 66.
690 J. von Lang, S. 69.
691 M. Broszat, Kommandant, S. 157.
692 RGBl I, S. 547.

„Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz“[693] vom 25. November 1941 wurde ihnen sogar noch die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen.

Gemäß der Ermächtigung durch Göring, die zuständigen Instanzen zu beteiligen, lud Heydrich für den 9. Dezember 1941 zu einer Besprechung ein, verschob sie dann aber auf den 20. Januar 1942. In dieser als „Wannseekonferenz“ bekanntgewordenen Besprechung ging es darum „Klarheit in grundsätzlichen Fragen zu schaffen“,[694] wie das Protokoll aussagt.

Nach Erwähnung des inzwischen von Himmler erlassenen Auswanderungsverbots heißt es weiter: „An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.
Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichsmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind“[695].

Jene angesprochenen praktischen Erfahrungen lassen auf die gleichzeitig ablaufenden Vergasungsaktionen schließen.

Bezeichnenderweise wurden bei der Schätzung auf 11 Millionen Juden, die für die Endlösung in Betracht kämen, auch die Juden in England, Irland und in der Türkei berücksichtigt, in Ländern also, die nicht im Einflußbereich der Nationalsozialisten lagen.[696]

Die immer wieder als entscheidend zitierten Absätze des Protokolls sind diese:

„Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.
Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte)“[697].

Ferner heißt es dort: „Im Zuge des Endlösungsvorhabens sollen die Nürnberger Gesetze gewissermaßen die Grundlage bilden, wobei Voraussetzung für die restlose Bereinigung des Problems auch die Lösung der Mischehen und Mischlingsfragen ist“[698].

693 RGBl I, S. 722ff.
694 Nürnberger Dokument NG-2586. Zitiert bei L. Poliakov/J. Wulf, S. 120.
695 Ebd., S. 121.
696 Vgl. ebd., S. 121f.
697 Ebd., S. 122f.
698 Ebd., S. 126f.

Tatsächlich nimmt in der erhaltenen Protokollabschrift die Behandlung der „Mischlinge" (wohl auch als erste Bestimmung des betroffenen Personenkreises) breiten Raum ein,[699] was aber auch darauf schließen läßt, daß so ganz genaue Vorstellungen über den weiteren Verlauf der Dinge nicht vorhanden waren.

Ein auch für unsere lokale Darstellung bedeutender Abschnitt des Protokolls lautet:

„Es ist beabsichtigt, Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern in einem (sic!) Altersghetto – vorgesehen ist Theresienstadt – zu überstellen.
Neben diesen Altersklassen – von den am 31. Oktober 1941 sich im Altreich und der Ostmark befindlichen etwa 280.000 Juden sind etwa 30% über 65 Jahre alt – finden in den jüdischen Altersghettos weiterhin die schwerkriegsbeschädigten Juden und Juden mit Kriegsauszeichnungen (EK I) Aufnahme. Mit dieser zweckmäßigen Lösung werden mit einem Schlag die vielen Interventionen ausgeschaltet"[700].

Das Protokoll zeigt deutlich, daß die Planungen der Verantwortlichen von einer „Vernichtung durch Arbeit" und einer Sterilisation der widerstandsfähigen Überlebenden ausgingen. Alte Juden und solche mit Verdiensten aus dem Ersten Weltkrieg sollten den Lebensabend in einem Sonderghetto verbringen, welches gleichzeitig als Beruhigung des Auslandes gedacht war. Alles in allem sollte die jüdische „Rasse" auf die geschilderte Weise ganz einfach „aussterben".

Da die Konferenz jedoch verschoben wurde, und erst nach der Kriegserklärung an Amerika und der russischen Gegenoffensive stattfand, hatte der Kriegsverlauf neue Verhältnisse geschaffen. Weitere Deportationen in die Weiten der Sowjetunion waren nicht mehr möglich, und in der Konferenz klang an, was kurz darauf realisiert wurde: die „Vernichtungspraxis" erhielt Priorität.

Der im RSHA zuständige Abteilungsleiter – SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann – stellte in der Folgezeit in Zusammenarbeit mit dem Reichsverkehrsministerium Fahrpläne und Transportzüge für die Deportation der Juden aus Deutschland und den deutschbesetzten Gebieten zusammen. Die Fahrt führte in die zwischen Dezember 1941 und Juli 1942 entstandenen Vernichtungslager. Das im September 1941 in Auschwitz erprobte – und von Höss und Eichmann für weitere Tötungen ausersehene – Blausäuregas „Zyklon B" wurde bei der nun einsetzenden systematischen Ermordung der deportierten Juden angewandt.[701]

Infolge der Auswanderung wechselte die Führung der Jüdischen Gemeinde in Offenbach mehrfach, und der Lehrer Jakob Strauß übernahm immer mehr Funktionen. Ihm soll es auch gelungen sein, das Leben der in der Stadt verbliebenen Juden „einigermaßen erträglich" zu gestalten. Der örtliche Gestapo-Leiter sei zudem kein fanatischer Nationalso-

699 Vgl. das Nürnberger Dokument NG-2586. Zitiert bei L. Poliakov/J. Wulf, S. 126ff.
700 Ebd., S. 122ff.
701 Vgl. M. Broszat, Kommandant, S. 159.

zialist gewesen, habe „Milde" walten lassen und „Erleichterungen gewährt", was für ganz Hessen eine Ausnahme gewesen sei. Aus diesem Grund sei er dann auch strafversetzt worden.[702]

Laut eines Berichtes aus dem Nachlaß Siegfried Guggenheims vom 4. Februar 1941[703] zählte die Jüdische Gemeinde Offenbachs zu diesem Zeitunkt nur noch 280 Seelen. Als Kantor fungierte Herr Ehrmann, die Sozialarbeit regelte Fräulein Dr. Goldschmidt. Fast alle männlichen Gemeindemitglieder waren in „Arbeit", den Arbeitseinsatz regelte Herr Strauß. Für die Wohnungsfrage war Herr Strauß zusammen mit Herrn Wolf zuständig. Die Kleiderkammer führten die Herren Bachrach und Wolf, Gemeindediener war Herr Baum. Als erster Vorsitzender der Gemeinde wird Herr Stern, und als zweiter Vorsitzender Herr Lehmann genannt. Sie regelten ihre Arbeit gemeinsam mit Herrn Strauß, welcher „mehr als seine Pflicht tue" und jedem mit Rat und Tat zur Seite stehe. Die Friedhöfe in der Bismarckstraße und in der Mühlheimer Straße waren von der Stadt aufgekauft worden, der Verkauf des Friedhofes in Bürgel noch in der Schwebe.

Im Frühjahr 1942 mußten dann von den zuständigen Verwaltungsstellen der „Reichsvertretung der Juden in Deutschland" verschiedene Listen erstellt und der „Bezirksstelle Hessen" zugeleitet werden.

In Offenbach lebten danach am 5. Februar 1942 noch 344 Juden, davon aber nur noch 3 Ausländer (1 Russe und 2 Türken). Insgesamt 7 Personen befanden sich in Lagerhaft oder im Polizeigefängnis.[704]

Am 23. Februar fertigte die „Verwaltungsstelle Offenbach" weitere Aufstellungen an, die laut des erhaltenen Schriftverkehrs im Auftrag der Gestapo anzulegen, und in vierfacher Ausfertigung einzureichen waren. Mehrfach wurden Ergänzungen und Änderungen erforderlich. Es sind dies folgende Listen, welche eindeutig den Vorbereitungen zur Deportation dienten:[705]

„I. Verzeichnis der deutsch-jüdischen Mischehen (35 Personen) mit dem Zusatz „hiervon sind gebrechlich zwischen 55 und 65 Jahren: Keine".
„II. Verzeichnis der über 65 Jahre alten Juden, ausgenommen der auf Liste I. genannten Juden". (19 Personen).
„III. Verzeichnis aller besonders gebrechlichen Juden zwischen 55 und 65 Jahren, ausgenommen Liste I". (31 Personen).
„IV. Verzeichnis der Ausländer". (3 Personen).[706]
„V. Verzeichnis aller übrigen Juden". (195 Personen).

702 Schriftliche Auskünfte durch Walter Strauß.
703 LBInst, Signatur AR-C 51 180, B.I. 30.
704 YVS, Signatur 08/16.
705 YVS, Signatur 08/27.
706 Hier erkennen wir offenbar einen „Anachronismus", denn zum Zeitpunkt der Anfertigung der Listen wurde schon keine Rücksicht mehr auf das Ausland genommen.

Weiterhin gehören zu diesen Aufstellungen mit Sicherheit die Nachtragslisten „A. Völlig körperbehinderte Juden unter 55 Jahren" mit 8 Personen und „B. Nicht vollarbeitseinsatzfähige Juden unter 55 Jahren" mit 11 Personen.[707]

Ferner besitzen wir zwei Aufstellungen von Personen, die in den vorerwähnten Listen zum Teil bereits genannt wurden. Es handelt sich um ein „Verzeichnis der Frontkämpfer, die im Weltkrieg 1914–1918 eine Kriegsauszeichnung erhalten haben" (35 Namen) und um ein „Verzeichnis der Frontkämpfer, die im Weltkrieg 1914–1918 das Ehrenkreuz für Frontkämpfer erhalten haben".[708] Die Anweisung zur Anfertigung dieser beiden letztgenannten Listen erging bereits am 28. November 1941.[709]

Der vorliegende Schriftverkehr zwischen der „Verwaltungsstelle Offenbach" und der „Bezirksstelle Hessen" in Mainz trägt die Unterschriften von Jakob Israel Strauß, Anna Sara Schloß und Moritz Israel Stern, welche in dieser Zeit offensichtlich die Geschicke der Gemeinde in Händen hielten.

Indirekt können wir auch auf „polizeiliche Unterlagen"[710] zurückgreifen, nach welchen folgende „Gruppenabmeldungen erfolgten:

August	1941	3
September	1941	6
Oktober	1941	8
Juni	1942	6
Juli	1942	2
August	1942	5
September	1942	24
Oktober	1942	205

In der gleichen Aufstellung sind für das Jahr 1940 „Einzelabmeldungen" von 47 Personen, sowie 11 „natürliche Todesfälle" angegeben. Im Jahre 1941 meldeten sich 22 Personen ab, 14 weitere starben. Im Jahre 1942 erfolgten 13, und im Jahre 1943 nochmals 3 Abmeldungen, jeweils 13 Personen sollen in diesen beiden Jahren eines natürlichen Todes gestorben sein, im Jahre 1944 nochmals 3 Personen.

Ob es sich bei den erwähnten „Gruppenabmeldungen" im September und im Oktober des Jahres 1942 um Deportationen handelte, vermag ich nicht zu sagen. Es besteht zwar eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, doch weichen diese Angaben erheblich von den Zahlen der noch zu besprechenden Deportationslisten ab.

707 YVS, Signatur 08/27.
708 Ebd.
709 Ebd.
710 ASO, Signatur 250/2. Es handelt sich um einen ausgefüllten Fragebogen gemäß einer Anfrage aus Israel vom 6. September 1960.

In der Namensliste der am 12. September 1942 erfolgten Massendeportation („Wohnsitzverlegung") von 1.288 Juden nach Theresienstadt[711] finden sich auch 101 Menschen aus Offenbach, darunter Henriette und Siegmund Fried, Hermann Hirschen, Hugo Hirschfeld, Ludwig Kirschner, Isidor Ladenburger, Lina und Bernhard Meiberg und Rahel Obritzki.

Der Transport wurde von der „Geheimen Staatspolizei Darmstadt – IV B 4" durchgeführt. Von der Deportation waren einerseits alle Altersstufen betroffen, andererseits handelte es sich – wie nach all den bisherigen Erkenntnissen nicht anders zu erwarten war – überwiegend um ältere Menschen: 989 Personen (77%) waren über 65 Jahre alt!

Das Konzentrationslager Theresienstadt in der Tschechoslowakei war im November 1941 errichtet worden, und erfüllte gewissermaßen die Funktion eines „Potemkinschen Dorfes", um das Ausland zunächst noch über das wahre Ausmaß der Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager hinwegzutäuschen. Für viele Juden war es dagegen eine Durchgangsstation in die Gaskammern von Auschwitz.

Am 30. September 1942 wurden weitere 883 Juden von Darmstadt aus, dieses Mal „nach dem Generalgouvernement",[712] deportiert.[713] Unter ihnen befanden sich 177 aus Offenbach, so u.a. Berta und Willy Bachrach, Harry Sander, Selma Schiff und Kaja Sch.

Nach den Erinnerungen der nichtjüdischen Zeitzeugin Elisabeth Gräber mußten sich die im Kleinen Biergrund Nr. 31 wohnenden Juden vor dem Haus versammeln, und durften nur wenige Habseligkeiten bei sich tragen. Frau Sch., die nicht mehr habe laufen können, sei von zwei SS-Männern auf einen Karren geworfen worden und habe furchtbar geschrien. Vor dem Haus habe sich derweilen eine johlende Menschenmenge eingefunden. Herr Meiberg habe den Karren schieben müssen, und so sei man vom Kleinen Biergrund zum Main hinuntergezogen. Hinter der Synagoge befand sich zu dieser Zeit ein freies Gelände, welches als Sammelplatz für die zusammengetriebenen Juden genutzt worden sei.[714]

Außer dem geschilderten bedrückenden Tatbestand gewinnt diese Aussage noch in einer anderen Beziehung an Bedeutung für uns. Kaja Sch. und Bernhard Meiberg wurden zwar zum gleichen Zeitpunkt aus ihren Wohnungen abgeholt, jedoch in zwei verschiedenen Transporten in unterschiedliche Lager verschickt. Das bedeutet ferner, daß die Offenbacher Juden geschlossen nach Darmstadt verbracht wurden, die Aufteilung auf die verschiedenen Deportationszüge aber erst dort erfolgte.[715]

Weitere Informationen über durchgeführte Transporte finden sich in dem von Martin Gilbert zusammengestellten Atlas zur Vertreibung und Vernichtung der Juden. Er nennt die

711 YVS, Signatur 08/36.
712 Der Begriff „Generalgouvernement" bezeichnet das von Deutschland eroberte Westpolen.
713 YVS, Signatur 08/36.
714 VVN.
715 Schriftliche Auskünfte durch H. A. Bachrach.

Verschickung von 759 Personen aus Offenbach direkt in das Vernichtungslager Auschwitz zwischen dem 15. und dem 31. Oktober 1942. Dabei dürfte es sich aber um einen Sammeltransport (von Belgien aus?) gehandelt haben, da sich zu diesem Zeitpunkt nach unseren Informationen bei weitem nicht mehr so viele jüdische Menschen in der Stadt befanden.[716]

Am 10. Februar 1943 hingegen erfolgte eine weitere „Wohnsitzverlegung nach Theresienstadt", von welcher wiederum 7 Juden aus Offenbach betroffen waren.[717]

Anhand einer nach den erhaltenen SS-Unterlagen angefertigten Aufstellung[718] ist es möglich, das weitere Schicksal der nach Theresienstadt deportierten Juden zumindest teilweise nachzuzeichnen. In der Festung selbst „verstarben" demnach von den 184 eingelieferten Offenbachern mindestens 52, weitere 27 wurden in zehn Transporten vom 29. Januar 1943 bis zum 28. Oktober 1944 zusammen mit insgesamt 16.890 Menschen nach Auschwitz verbracht. Der größte Teil der Ankömmlinge wurde – sofern sie nicht arbeitsfähig waren – von der „Rampe" weg in die Gaskammern gebracht.[719]

Als Überlebende dieser Transporte in das Vernichtungslager konnten nach Kriegsende lediglich 1.719 Personen (etwa 10%) registriert werden.[720] Es ist kaum wahrscheinlich, daß die Offenbacher eine größere Überlebenschance hatten.

Während die „bürokratische" und „fabrikmäßige" Lebensvernichtung in vollem Gange war, schnitt Hitler das Thema in Reden des öfteren an, so z. B. am 30. September 1942: „Die Juden haben einst auch in Deutschland über meine Prophezeiungen gelacht. Ich weiß nicht, ob sie auch heute noch lachen, oder ob ihnen das Lachen bereits vergangen ist. Ich kann aber auch jetzt nur versichern: Es wird ihnen das Lachen überall vergehen. Und ich werde auch mit diesen Prophezeiungen recht behalten"[721].

Auch Himmler sprach das Morden unverhüllt an, und mußte zumindest einige seiner Männer im Glauben an die moralische Rechtmäßigkeit ihres Handelns bestätigen. So führte er bei der SS-Gruppenführertagung in Posen am 4. Oktober 1943 aus: „Ich will hier vor Ihnen in aller Offenheit, auch ein ganz schweres Kapitel erwähnen (...) Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes (...) Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1.000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte (...) Wir hatten das moralische Recht, wir hatten die Plicht gegenüber un-

716 Vgl. M. Gilbert, S. 130 (Karte 164).
717 YVS, Signatur 08/36.
718 YVS, Signatur MR 5.
719 Die Auswertungen wurden vom Autor anhand der vorerwähnten SS-Unterlagen und der bei Z. Lederer, S. 199ff. wiedergegebenen Tabellen erstellt.
720 Ebd.
721 M. Domarus, S. 1920.

serem Volk, dieses Volk, das uns umbringen wollte, umzubringen (...) Insgesamt aber können wir sagen, daß wir diese schwerste Aufgabe in Liebe zu unserem Volk erfüllt haben. Und wir haben keinen Schaden in unserem Innern, in unserer Seele, in unserem Charakter daran genommen"[722].

Diese nahezu unglaubliche Beschreibung des millionenfachen Mordes zeigt überdeutlich die perfide, psychopathische Geisteshaltung der Spitzen des „Dritten Reiches".

Daß sich der von den Deportations- und Tötungsmaßnahmen betroffene Personenkreis immer mehr ausweiten würde, war fast abzusehen. Für den 2. März 1943 notiert das „Tagebuch" der jüdischen Gemeinde Mainz: „Viele Verhaftungen der jüdischen Teile aus Mischehen in Mainz, Darmstadt, Offenbach, auch in Frankfurt, Wiesbaden. Im ganzen Gau"[723].

Vom Darmstädter Referatsleiter der Gestapo – Kriminalrat Hellenbroich – erhielten die zuständigen Stellen entsprechende Weisungen, die Betroffenen zu vernehmen, und sie dann mit den Akten zusammen nach Darmstadt zu überstellen. Diese Überführung erfolgte meist nach zwei oder drei Tagen durch die Offenbacher Schutzpolizei. Von Darmstadt aus wurden die Menschen in ein Konzentrations- oder Arbeitslager gebracht und mit wenigen Ausnahmen dort getötet. Im Bezirk der Außenstelle Offenbach fielen diesen Aktionen mindestens neun Menschen zum Opfer.[724]

Auch der jüngste Bruder von Walter Strauß – Herbert Strauß – war mit einer Nichtjüdin verheiratet und blieb somit länger als die übrigen Juden von den Deportationen verschont. Im Frühjahr 1943 wurde er schließlich doch verhaftet und Anfang Juni 1943 im Gefängnis in Frankfurt ermordet.[725]

Karl K. verhaftete die Gestapo am 14. März 1943. Er kam in das Konzentrationslager Auschwitz, wo er am 14. September 1943 ermordet wurde. Im November des gleichen Jahres erfuhr seine Frau vom Tod ihres Mannes und konnte ein Nachlaßpaket in Empfang nehmen, in welchem sie seine wenigen Habseligkeiten zurückgesandt erhielt. Darunter befand sich ein Kartonstück, auf dem die Häftlingsnummer 122713 eingetragen war.[726]

Am 30. April 1943 wurden in Hessen erneut 23 Juden verhaftet, unter ihnen Fanny Burghardt (sic!) aus Offenbach.[727] Als sie nach Auschwitz deportiert wurde, beging ihr nichtjüdischer Ehemann Selbstmord.[728]

722 IMT Bd. XXIX, S. 145f., Dok. PS-1919.
723 A. Keim, S. 95.
724 Vgl. A.L. Rüter-Ehlermann, S. 260ff.
725 Schriftliche Auskünfte durch Walter Strauß.
726 Vgl. K. Schild/ W. Wöll, S. 34.
727 Vgl. A. Keim, S. 101f.
728 Schriftliche Auskünfte durch Leo Burckhardt.

Wegen angeblicher „Arbeitsbummelei" wurde der „Halbjude" Harald S. – beschäftigt bei der Firma MSO in Offenbach – am 20. Oktober 1944 festgenommen und ebenfalls in ein Konzentrationslager eingewiesen.[729]

Noch am 18. Februar 1945 (!) erreichte ein Sammeltransport „jüdischer Mischlinge" Theresienstadt.[730] Von den 664 in den Listen erfaßten Personen kamen 616 im Konzentrationslager an und wurden nach ärztlicher Untersuchung „in die Entwesung gebracht". Unter den Ankömmlingen befanden sich erenut 45 Menschen aus Offenbach. Während das Deutsche Reich und Europa in Trümmern versanken, funktionierte die „Vernichtungsbürokratie" nach wie vor.

Der einzige Transport in die Freiheit erfolgte am 22. Februar 1945 von Theresienstadt aus, mit dem 1200 Häftlinge in die Schweiz gelangten. „Das Ziel dieser Aktion war, in der internationalen Presse eine günstige Stimmung hervorzurufen, um dadurch für spätere Zeiten eine bessere Atmosphäre für Deutschland zu schaffen.[731]".

Als für die Fahrt Freiwillige gesucht wurden, meldeten sich anfangs nur einige hundert Menschen, da „alle der festen Überzeugung waren, es handele sich bei diesem Transport um eine der bekannten Todesfahrten nach Auschwitz. Noch als der Zug bereits auf der Fahrt war, gab es eine große Anzahl namentlich älterer Leute, die an die Fahrt in die Freiheit nicht recht glauben wollten"[732]. Zu den Geretteten gehörten aus Offenbach auch Jakob Strauß und seine Frau Klementine, welche am 12. September 1942 nach Theresienstadt gekommen waren.[733]

Wie psychopathisch zumindest die Spitzen des „Dritten Reiches" unvermindert in ihrem Haß auf die Juden fixiert waren, zeigt nochmals überdeutlich der Schlußsatz des hitlerschen „politischen Testaments", aufgeschrieben am 29. April 1945: „Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassegesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen die Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum"[734].

Wieviele Juden während des „Dritten Reiches" ums Leben kamen, läßt sich nicht mit Sicherheit ermitteln. Vorsichtige Schätzungen über den Umfang der Ausrottungsmaßnahmen ergeben eine Zahl zwischen vier und fast sechs Millionen Opfern.[735] Einer Aussage Dr. Wilhelm Hoettels – eines Referenten im RSHA – zufolge sei die Zahl der in den Vernichtungslagern Getöteten vier Millionen, und der auf andere Weise ums Leben Ge-

729 HStA, Signatur N1/10056.
730 Der Bericht über den ankommenden Transport ist wiedergegeben bei H. Eschwege, S. 213. Vgl. auch M. Gilbert, S. 219 (Karte 287).
731 Bericht von Franz Göring, Zitiert bei H. Eschwege, S. 210ff.
732 Ebd.
733 Schriftliche Auskünfte durch Walter Strauß.
734 Zitiert bei: H. Gerold, S. 41.
735 Vgl. G. Reitlinger, S. 573 und G. Fleming, S. 207.

kommenen zwei Millionen gewesen. Diese Angaben habe ihm Adolf Eichmann Ende August 1944 gemacht.[736]

Wieviele der ehemaligen jüdischen Einwohner der Stadt Offenbach umkamen, wird sich ebenfalls nie exakt feststellen lassen. Die im Anhang dieser Studie abgedruckte Liste der Opfer der Verfolgung nennt annähernd 400 Namen, wobei von einer noch höheren Zahl ausgegangen werden muß!

Vielen Gemeindemitgliedern gelang es glücklicherweise dennoch, rechtzeitig zu emigrieren, manche überlebten die Lager, andere im Untergrund. Wieder andere, die schon länger im Ausland lebten, oder aber nach 1933 auswanderten, wurden von den Nationalsozialisten im besetzten Europa eingeholt, deportiert und kamen ebenfalls um, wie z.B. die Familie Pinto[737] und Trude Oppenheimer,[738] jeweils von den Niederlanden aus.

Leopold Orbach war bereits im Jahre 1927 nach Brüssel ausgewandert. Er mußte im Jahre 1942 seine in Belgien aufgebaute Lederwarenfabrik schließen und überlebte danach versteckt im Untergrund. Meistens schlief er nachts in einem Hühnerstall![739]

Ellen Hammel (geb. 1897) – ein Ausnahmeschicksal sicherlich – überlebte in Deutschland selbst. Sie wurde siebenmal von der Polizei bzw. Gestapo verhaftet, konnte jedoch immer wieder entfliehen, so auch am 29. April 1944 vom Güterbahnhof in Halle an der Saale. Sie wurde daraufhin im „Deutschen Fahndungsblatt Nr. 4887 vom 24. Mai 1944“[740] ausgeschrieben, ihre Schwester Lilly infolgedessen in „Sippenhaft“ genommen und nach Auschwitz gebracht. Lilly Gruffke geb. Hammel überlebte das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz zwar, jedoch mit bleibenden gesundheitlichen Schäden.[741]

W.-A. Kropat schließt seinen Aufsatz über die „hessischen Juden im Alltag der NS-Diktatur“ mit den treffenden Worten, denen wohl kaum etwas hinzuzufügen sein dürfte:

„Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß sich viele der antijüdischen Maßnahmen und Aktionen vor den Augen der Öffentlichkeit ereigneten. Viele der antijüdischen Gesetze und Verordnungen sind in nationalsozialistischen Presseorganen abgedruckt und damit weiten Kreisen bekannt gemacht worden. Auch zahlreiche Gewalttaten und öffentliche Diskriminierungen konnten der Bevölkerung nicht verborgen bleiben. Hunderttausende, wenn nicht Millionen Menschen haben in der Nacht zum 9./10. November 1938 auf den Straßen gestanden und die brennenden Synagogen und die Aktionen der SA gegen jüdische Gemeindehäuser, Wohnungen und Geschäfte beobachtet. Auch als in den Jahren 1941/42 Tausende von hessischen Juden plötzlich von zuhause weggeholt und deportiert wurden,

736 IMT Bd. XXXI, S. 85ff., Dok. PS-2738.
737 Persönliche Auskünfte durch Clary Keren, Baruch und Moshe Frommen.
738 Persönliche Auskünfte durch Ernst Oppenheimer.
739 Schriftliche Auskünfte durch Leopold Orbach.
740 Kopie im Besitz des Verfassers.
741 Persönliche Auskünfte durch Ellen Hilgers geb. Hammel.

schien sich kaum einer der Nachbarn, der Polizisten und Eisenbahner zu fragen, in welcher Absicht und mit welchem Ziel die hessischen Juden ‚in den Osten umgesiedelt' wurden, wie es offiziell hieß. Gewiß waren nicht alle Deutschen mit der nationalsozialistischen Politik gegenüber den Juden einverstanden; nicht wenige haben sich auch mit jüdischen Bekannten und Geschäftsleuten solidarisch gezeigt. Festzustellen ist aber auch, daß Reichsregierung und Parteiführung die Verfolgung der deutschen Juden durchführen konnten, ohne daß – anders als bei der Euthanasie – jemals in der Bervölkerung eine spürbare Beunruhigung zu verzeichnen gewesen wäre. Diese fühlte sich von den Maßnahmen gegenüber der jüdischen Minderheit nicht betroffen"[742].

742 W.-A. Kropat, NS-Diktatur, S. 441.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gau Hessen-Nassau | Ortsgr. Offenbach/M.-Taunus | Kreis Offenbach a. M.

Geschäftsstelle: Mozartstraße 14
Geschäftsstunden:
Dienstags und Freitags 20 – 22 Uhr

Bankkonto: 654
Städtische Sparkasse Offenbach a. M.
Amtliches Organ Offenbacher Nachrichten

Abteilung: Ortsgruppenleiter.

Unser Zeichen: | Ihr Zeichen: | Briefs. Nr.

Offenbach a. M., den 23. September 1939

An den Kreisleiter der NSDAP
Kreisleitung

Offenbach/M.

Betrifft : Jüdin Lachmann
Bez: Telef. Gespräch mit Pg.

In der letzten Zeit benimmt sich die Jüdin Lachmann - Taunusstr. 48- Hinterhaus I. Stock- gegen im Hause und in der Nachbarschaft wohnende Volksgenossen äusserst aufsässig und gemein. Sie lässt sich Beleidigungen zu schulden kommen und schreckt auch nicht zurück, den Führer zu beleidigen.

Abb. 27 Schreiben der Ortsgruppe „Taunus“ der NSDAP.

Amerikanisches Konsulat
Stuttgart-N, Königstraße 19 a

36

Stadt-Archiv Offenbach/M.

An: Herrn Herbert Kirschner
(Name)

Offenbach/Main, Frankfurterstr. 97 III.Stck.
(Adresse)

Sie sind unter der Nummer 23110 in der Warteliste der Visumantragsteller eingetragen, und sollten jede Adresseänderung prompt mitteilen.

Wenn zufriedenstellende Beweise über die Sicherstellung Ihres Lebensunterhaltes in Amerika hier vorliegen, und wenn Sie an der Reihe sind, wird Ihnen eine Vorladung zur formellen Antragstellung zugeschickt werden. Die Vorladung wird ca. 4 Wochen vor dem Untersuchungstermin zugeschickt werden.

Bei sämtlichen Zuschriften ist Ihre Wartenummer anzugeben.

Abb. 28 Mitteilung über die Nummer in der Warteliste.

Finanzamt Offenbach-Stadt

St.-Nr. 1/303

Die Namen und Unterschriftsproben der zur Quittungserteilung berechtigten Beamten sind im Kassenraum angeschlagen.

Die Finanzkasse ist für den Zahlungsverkehr geöffnet:

Montag bis Freitag von 8 - 12 Uhr

Offenbach (Main) 21. JAN 1939 193 21

Fördert den unbaren Zahlungsverkehr, er erspart längeres Warten in der Finanzkasse!

Das Finanzamt (Finanzkasse) hat folgende Konten:

Postscheckkonto Frankfurt am Main No. 1233
Reichsbanknebenstelle Offenbach a. M.

Berichtigung!

Bescheid über die Judenvermögensabgabe

Auf Grund der Durchführungsverordnung über die Sühneleistung der Juden vom 21. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1638) wird die von Ihnen zu entrichtende **Abgabe festgesetzt auf**

14400 RM (7200)

Die Abgabe beträgt 20 vom Hundert des von Ihnen auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 414) angemeldeten Vermögens (unter Berücksichtigung angezeigter Veränderungen).

Die Abgabe ist zu entrichten in vier Teilbeträgen von je

3600 RM

Der **erste Teilbetrag** ist bis zum 15. Dezember 1938, 3600 auf Postscheck Frankfurt
die weiteren Teilbeträge sind bis zum 15. Februar, 3600 Postscheck Frankfurt
15. Mai und bar durch Hengst
15. August 1939 Postscheck Hengst

unter Bezeichnung als Judenvermögensabgabe und unter Angabe der oben vermerkten St.-Nr. zu leisten.

Wird eine Zahlung nicht rechtzeitig entrichtet, so ist mit Ablauf des Fälligkeitstags ein Säumniszuschlag in Höhe von zwei vom Hundert des rückständigen Betrags verwirkt. Nach Ablauf der Zahlungsfrist werden rückständige Beträge ohne vorhergehende Mahnung eingezogen und erforderlichenfalls beigetrieben. Die Zwangsvollstreckungskosten fallen dem Zahlungspflichtigen zur Last.

Finanzamt

Herrn Karl Kirschner
Frau
in Offenbach (Main)
Ludwigstr. 7

Abb. 29 Bescheid über die „Judenvermögensabgabe".

Lfd. Nr.	Zuname	Vorname	Fam. Stand	Geburts- Datum	Wohnort und Strasse
436	Löwenstein	Jakob J.	led.	14.1o.34	Offenbach, Domstr. 66
437	Marx	Paula S.	"	11.12.88	" Luisenstr. 6
438	Mayer geb. Lilienthal	Rosa S.	verw.	21.5.81	" Bettineastr. 68
439	Metz geb. Markus	Paula S.	verw.	5.2.81	" Taunusstr. 39
44o	Müller geb. Weißstock	Berta S.	gesch.	16.9.95	" Luisenstr. 6
441	Neuhaus	Ludwig J.	verh.	3.1o.77	" Kaiserstr. 115
442	Neuhaus geb. Sternberg	Flora S.	"	28.9.85	" " 115
443	Neuhaus	Irma S.	led.	1.5.14	" " 115
444	Oppenheimer	Else S.	"	13.1o.89	" Luisenstr. 6
445	Reichmann	Ludwig J.	verh.	18.6.79	" Kaiserstr. 83/10
446	Reichmann geb. Boley	Jenny S.	"	28.5.88	" " 83/10
447	Reichmann	Eva S.	led.	6.8.16	" " 83/10
448	Reichmann	Hans J.	"	18.12.29	" " 83/10
449	Reinhardt geb. Grünewald	Frieda S.	verw.	7.5.79	" Domstr. 66
45o	Reinhardt	Rosa S.	led.	19.4.84	" " 79
451	Reinhardt	Sally J.	verh.	28.11.79	" " 7o
452	Reinhardt geb. Kahn	Fanny S.	"	25.8.79	" " 7o
453	Reinhardt	Siegfried J.	"	31.5.o6	" " 64
454	Reinhardt geb. Sender	Hilde S.	"	21.1o.12	" " 64
455	Reinhardt	Leo J.	led.	2o.5.32	" " 64
456	Rollmann	Johanna S.	"	1.4.93	" Luisenstr. 82
457	Rosenberg	Emil J.	verh.	1o.12.87	" Kaiserstr. 115
458	Rosenberg geb. Blum	Fanny S.	"	11.4.99	" " 115
459	Rosenberg	Ruth S.	led.	1o.7.2o	" " 115
46o	Rosenberg geb. Hahn	Frieda S.	verw.	2o.5.85	" Luisenstr. 6
461	Rothschild	Hermine	led.	13.7.91	" Geleitstr. 36
462	Rothschild	Max J.	verh.	22.4.83	" Kaiserstr. 115
463	Rothschild geb. Brody	Charlotte S.	"	4.11.96	" " 115
464	Rozenski geb. Schiller	Henriette S.	verw.	4.5.87	" " 115
465	Sander	Harry J.		1.1.83	" Domstr. 68
466	Sichel	Bella S.		17.4.83	" Kaiserstr. 115
467	Tobias	Ernst J.		9.3.13	"
468	Silberberg	Mania S.	led.	7.1.22	" Luisenstr. 6
469	Sznizer	Lea S.	verw.	1.12.99	" Taunusstr. 44
47o	Sznizer	Gerda S.	led.	5.9.2o	" " 44
471	Sznizer	Jean J.	led.	2o.2.27	" " 44
472	Schiff	Selma S.		6.1.o6	" Gr. Biergrund 6
472	Schiff	Dorothea S.	led.	28.1.33	" " 6

Die Nummer 472 ist doppelt angeführt.

Abb. 30 Aus der „Liste der am 27. September 1942 nach Theresienstadt evakuierten Juden".



Abb. 31 Neue Synagoge in der Kaiserstraße.



Abb. 32 Max Willner, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Offenbachs und des „Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Hessen".

9. Die Wiederentstehung der Jüdischen Gemeinde nach 1945

Bei ihrem Einmarsch in das besiegte Deutschland fanden die alliierten Truppen 1945 noch etwa 15.000 Juden außerhalb der Konzentrationslager vor. Der überwiegende Teil von ihnen hatte durch die Tatsache überlebt, daß sie mit einem nichtjüdischen Ehepartner in „privilegierter Mischehe" verheiratet waren, oder aber als „Halbjuden" galten, um in der NS-Terminologie zu bleiben. Von den übrigen hatten ca. 2.000 in der Illegalität ihr Leben retten können. Eine kleine Gruppe deutscher Juden wurde zudem lebend aus den Lagern befreit.[743]

Die Angehörigen dieser Restgruppe waren durch die Verfolgung durch den Nationalsozialismus zu einer fast geschlossenen Gruppe Verfemter geworden. Obwohl sie bislang zumeist an der Peripherie des Judentums gelebt hatten, wollten doch viele von ihnen den bisherigen zwangsweisen Zusammenschluß freiwillig fortsetzen.[744] So gehörten die Partner aus den „Mischehen" nach dem Ende des Krieges häufig zu den Gründern der neuen jüdischen Gemeinden. Die meisten Lagerhäftlinge und Illegalen hingegen strebten nach unverzüglicher Auswanderung.[745]

Internationale jüdische Hilfsorganisationen sicherten unmittelbar nach dem Kriege angesichts der großen Not das Fortleben der sich noch in Deutschland befindlichen Juden, gingen jedoch davon aus, daß in Kürze alle Juden Deutschland verlassen und die neugegründeten Gemeinden nur Übergangsgemeinden darstellen würden.[746]

Nach dem Bekanntwerden des Ausmaßes der nationalsozialistischen Verbrechen bestand bei den Juden in vielen Ländern ein Konsens darüber, daß in Deutschland keine Juden mehr leben sollten. Diese Annahme bestätigte sich jedoch nicht. Eine kleine Zahl deutscher und eine weitaus größere Anzahl osteuropäischer Juden wurde wieder seßhaft, jedoch unter Mißbilligung von Juden in aller Welt.[747]

Da sich die Juden in Polen schon unmittelbar nach dem Ende des Krieges „neuem" Antisemitismus ausgesetzt sahen, blieben Zehntausende befreiter osteuropäischer Juden entweder direkt in Deutschland oder flohen aus Polen in das besiegte Land.[748]

Vor allem in Bayern wurden für diese Flüchtlinge („Displaced Persons") Lager eingerichtet, die über eigene Betsäle, Schulen und jiddisch-sprachige Zeitungen verfügten. In den Jahren bis 1950 hielten sich zeitweise nahezu 200.000 jüdische DPs in Deutschland auf. Die großen Lager waren in dieser Zeit die eigentlichen Zentren jüdischen Lebens und Überlebens in Deutschland. Die angestrebte Weiterwandung kam erst 1952 zum Ab-

743 Vgl. M. Richarz, BRD und DDR, S. 16; H. Maor, S. 1; G. Rosenfield, S. 314.
744 Vgl. H. Maor, S. 5f.; W.-A. Kropat, Nach 1945, S. 448f.
745 Vgl. M. Richarz, BRD und DDR, S. 16; B. Sapir, S. 366.
746 Vgl. M. Richarz, BRD und DDR, S. 16.
747 Vgl. ebd., S. 14f.
748 Vgl. dazu und zum Folgenden ebd., S. 16ff.

schluß. Ca. 200.000 jüdische Überlebende aus Osteuropa wanderten auf diese Weise nach Israel und in die USA aus.

Dennoch verblieben ca. 12.000 Menschen aus der Gruppe der DPs in Deutschland und bildeten zusammen mit den deutschen Juden die Mitgliedschaft der jüdischen Gemeinden. Die beiden Gruppen unterschieden sich aber grundlegend in Kultur, Sprache, Mentalität und Verfolgungserlebnissen.

Mitte der fünfziger Jahre setzte zudem eine gewisse Rückwanderung früherer deutscher Juden ein, die ihren Höhepunkt vor 1960 hatte und in geringem Umfang bis heute andauert.

Bei dieser Reemigration spielten sicherlich die unterschiedlichsten Gründe eine Rolle, „ausschlaggebend für den gewiß nicht leichten Entschluß dürfte das Gefühl der Zugehörigkeit zu dem Land gewesen sein, in dem man aufgewachsen war und das mancher trotz des Geschehens immer noch als seine Heimat ansah"[749].

Am 1. Oktober 1953 trat dann das „Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung" in Kraft, welche es vielen Rückwanderern überhaupt erst finanziell ermöglichte, aus der Emigration nach Deutschland zurückzukehren.[750]

Durch die Rückwanderung erhöhte sich die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinden allmählich und beträgt seit 25 Jahren kontinuierlich ca. 28.000. Da aber ein Teil der Einwanderer – vor allem Israelis – den Gemeinden nicht beitrat, wird die Zahl der Juden in der Bundesrepublik heute auf etwa 50.000 geschätzt.[751]

Die Gemeinden bestanden jedoch immer überwiegend aus älteren Menschen. Die durch einen hohen Sterbeüberschuß bedingte Bevölkerungsabnahme wurde statistisch aber durch einen entsprechenden Einwanderungsüberschuß ausgeglichen. Die Rückwanderung deutscher Juden allein wäre hierfür nicht ausreichend gewesen.

Die jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik sind somit heute vornehmlich Einwanderungsgemeinden für ausländische Juden, und stellen keine Kontinuität des deutschen Judentums dar. Wahrscheinlich nur noch 10 bis 20 Prozent der Gemeindemitglieder sind frühere deutsche Juden. Die Überalterung und starke Fluktuation weisen zudem deutlich darauf hin, daß bisher keine dauerhafte Neuansiedlung von Juden in Deutschland stattgefunden hat.

Gründe hierfür sind neben der fortbestehenden Mißbilligung der Einwanderung durch die Juden in aller Welt vor allem die antisemitische Kontinuität in der Bundesrepublik.

749 W.-A. Kropat, Nach 1945, S. 465.
750 Vgl. ebd., S. 476.
751 Vgl. dazu und zum Folgenden M. Richarz, BRD und DDR, S. 22ff.

Daß Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus trotz einer jahrezehntelangen demokratischen Entwicklung, sowie mannigfaltiger Aufklärung über die nationalsozialistischen Verbrechen, in der nichtöffentlichen Meinung in der Bundesrepublik einen hohen Stellenwert haben, belegen immer wieder wissenschaftliche Studien.[752]

„Dieser sozialwissenschaftliche Befund besagt, daß es seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine antisemitisch eingestellte Gruppe in der Bevölkerung gibt, deren Zahl mindestens zwölf Millionen beträgt, das heißt zwölf und mehr Millionen Frauen und Männer verfügen über eine latente Bereitschaft, die lediglich des auslösenden Anlasses bedarf, um zu offenem Antisemitismus zu werden"[753].

Die „ZEIT" konstatierte in ihrer Ausgabe vom 14. Februar 1986, daß *das* deutsche Tabu nach Auschwitz offenbar immer mehr an Verbindlichkeit verliere. Neu sei nicht der Vorrat an antisemitischen Tendenzen, sondern die Schamlosigkeit, mit der dieses Repertoire wieder aufgenommen werde. Für die negativen Folgen der Moderne benötige man wieder einmal Sündenböcke und greife dabei auf die alten Stereotypen zurück. Das Dilemma vieler Antisemitismus-Diskussionen läge darin, daß sich der „dunkle Drang" desto entschiedener ausprägte, je gründlicher man ihm aufklärend zuleibe rücke.

Ereignisse der jüngsten Vergangenheit wie die Diskussion um die Aufführung des Fassbinder-Stückes „Der Müll, die Stadt und der Tod" im Herbst 1985, sowie die Äußerungen verschiedener Politiker, bildeten den Hintergrund, vor dem Abgeordnete der SPD, der FDP und der GRÜNEN eine „Aktuelle Stunde" zum Thema Antisemitismus beantragten, die am 27. Februar 1986 im Deutschen Bundestag abgehalten wurde. An der Debatte beteiligten sich insgesamt 14 Redner. Die einhellige Meinung von Parlament und Bundeskanzler lautete, antisemitischen Tendenzen in der Bundesrepublik entgegenzutreten und für Informationen und Wachsamkeit zu sorgen.[754]

Eine stete Erscheinungsform des Antisemitismus' war und ist auch weiterhin die Schändung jüdischer Friedhöfe! Zwei junge Sozialwissenschaftler an der Universität Duisburg haben festgestellt, daß sich Jahr für Jahr zwei Hauptzeiten für die Schändung von Friedhöfen ausmachen lassen (Frühjahr und Spätherbst). Sie vermuten, daß die Aktionen im Frühjahr im Zusammenhang mit dem christlichen Osterfest stehen, im Herbst dagegen mit dem Jahrestag des Novemberpogroms 1938, und zudem mit dem in dieser Jahreszeit ohnehin im Bewußtsein der Bevölkerung besonders präsenten Totenkult.[755]

Zur Darstellung jüdischen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland gehören sicherlich auch weitere Aspekte wie die „Entnazifizierung", die mangelhafte Aufarbeitung der NS-Verbrechen im Nachkriegsdeutschland, die Entstehung und Entwicklung rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen mit ihren antisemitischen Inhalten, sowie das Pro-

752 Vgl. K. Rosen, S. 258ff.
753 Ebd., S. 264.
754 Das PARLAMENT Nr. 10 vom 08.03.1986.
755 Maschinenschriftliche Hausarbeit von Rainald Becker und Alexander W. Venneckel. Zitiert bei J. Schoeps, S. 33.

blem der „jüdischen Identität". Auf diese Gesichtspunkte soll jedoch hier nicht mehr näher eingegangen werden.

Nach dieser allgemeinen Darstellung wird dagegen nun wieder die konkrete Situation in Offenbach beleuchtet:

Nur 16 der ehemaligen Einwohner jüdischen Glaubens sollen im Jahre 1945 aus den Lagern nach Offenbach zurückgekehrt sein.[756] Als Chaim Tyson im Mai 1945 aus dem KZ in die Stadt zurückkehrte, hätten zudem nur drei oder vier Frauen „die Zeit getarnt überstanden"[757].

Chaim Tyson (geb. 1896) entstammte einer frommen jüdischen Familie aus dem polnischen Westen. Mit 18 Jahren ging er nach Frankreich und nach Deutschland, und blieb schließlich im Jahre 1920 in Offenbach, wo er in einer jüdischen Lederwarenfabrik arbeitete.

Später gehörte Tyson dem Vorstand der jüdischen Gemeinde an und hatte seine Wohnung neben der Synagoge. Im Herbst 1939 wurde er verhaftet, verbrachte zunächst sechs Wochen im Polizeikeller in der Ludwigstraße – wo ihn seine Frau noch täglich besuchen und ihm Essen bringen konnte –, und kam in die Konzentrationslager Buchenwald und Auschwitz.

Mit Unterstützung des jüdischen US-Soldaten Sally Landau erhielt Chaim Tyson die Genehmigung zur Neugründung einer Gemeinde. Am 20. Juli 1945 wurde der 12 Seelen zählenden Gemeinde ein Betsaal übergeben.[758]

Die Synagoge in der Goethestraße war zunächst von der amerikanischen Besatzungsmacht beschlagnahmt worden, und sollte nach ihrer Freigabe wieder als Kino und Theater genutzt werden. Die jüdische Gemeinde widersetzte sich diesem Vorhaben jedoch. Nach Verhandlungen zwischen der Stadt Offenbach und der „Jewish Restitution Successor Organization" (JRSO) wurde das Gebäude endgültig an die Stadt verkauft und dient heute als Theater.[759]

Die neue (vierte) Offenbacher Synagoge in der Kaiserstraße entstand in den Jahren 1955/1956 und wurde am 2. September 1956 eingeweiht. Max Willner – der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Offenbach – hielt die Festrede und konnte ferner ein von Dr. Guggenheim aus New York übersandtes Grußwort verlesen. In dem in Ost-West-Richtung erbauten Gotteshaus finden ca. 60 Männer und ca. 30 Frauen Platz. Über dem Eingang ist in schwarz-schwedischem Granit eine hebräische Inschrift eingemeiselt, die über-

756 OP vom 31.03.1949.
757 Vgl. dazu und zum Folgenden FR vom 22.12.1966 und P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 176.
758 Vgl. P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 176.
759 Vgl. ebd. sowie OP vom 28.03.1949 und vom 31.03.1949.

setzt bedeutet: „An jeder Stelle, an der du meinen Namen nennen wirst, werde ich kommen und dich segnen".[760]

Auch die jüdische Gemeinde in Offenbach ist im Grunde eine Einwanderungsgemeinde, und stellt keine Kontinuität zur Vorkriegsgemeinde dar. Nicht mehr als ein halbes Dutzend ehemaliger Offenbacher waren und sind wieder in der Stadt ansässig, die meisten Gemeindemitglieder stammen hingegen aus Osteuropa.[761]

Nachdem die Gemeinde im Juli 1945 – wie bereits erwähnt – 12 Seelen zählte, waren es 1945/1946 dann 14 und im Jahre 1948 bereits 86.[762] In den fünfziger Jahren sank die Mitgliederzahl auch in Offenbach und erreichte erst im Jahre 1957 mit 90 Personen wieder einen ähnlichen Stand. Danach stieg die Zahl der Gemeindemitglieder fast stetig an, und heute stellt Offenbach mit 924 Personen (für das Jahr 1986) die stärkste Gemeinde im „Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen".[763]

Da in Hessen – wie auch in den meisten jüdischen Gemeinden Deutschlands – niemand automatisch Mitglied der Gemeinde ist, kann man davon ausgehen, daß in Offenbach weitere ca. 300–400 jüdische Bürger leben. Einige von ihnen bekennen sich aus Angst vor persönlichen Bedrohungen und beruflichen Nachteilen nicht zu ihrem Glauben; eine Tatsache, die zu denken geben müßte.[764]

Die „Religiosität" der heutigen Offenbacher Gemeinde ist durchaus mit den Verhältnissen während der „Weimarer Republik" zu vergleichen, die zuvor schon dargestellt wurden: Zwar findet während der Woche kein Gottesdienst statt, doch kommt am Freitagabend und am Samstag regelmäßig die vorgeschriebene Mindestzahl von zehn religiös mündigen Männern („Minjan") zum gemeinsamen Gebet zusammen. An den hohen Feiertagen ist dann auch die neue Synagoge bis auf den letzten Platz gefüllt.

Vorsitzender der Gemeinde ist nach wie vor Max Willner, weiteres Vorstandsmitglied Ignaz Jacoby. Religionsunterricht erhalten die Kinder durch einen auswärtigen Kantor, der sie auch auf „Bar Mitzwah" und „Bat Mitzwah" (Tochter des Gebotes) vorbereitet. Beisetzungen werden von der CHEWRA KADISCHA e. V. Frankfurt am Main durchgeführt.

Am 18. November 1977 eröffnete die jüdische Gemeinde Offenbachs einen eigenen Kindergarten, der 25 Kinder aufnehmen konnte. Abgesehen von Frankfurt – das nicht dem „Landesverband" angehört – war dies der erste jüdische Kindergarten in Hessen. Er mußte aber am 21. Dezember 1984 wieder geschlossen werden, da nicht mehr genügend jüdische Kinder angemeldet werden konnten. Heute besuchen die Kinder aus Offenbach

760 OP vom 03.09.1956 und persönliche Auskünfte durch Max Willner.
761 Persönliche Auskünfte durch Max Willner.
762 Vgl. H. Maor, S. 235.
763 Statistik des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Hessen (Kopie im Besitz des Verfassers).
764 Vgl. dazu und zum Folgenden die persönlichen Auskünfte durch Max Willner.

entweder entsprechende Einrichtungen in Frankfurt, oder aber die allgemeinen Kindergärten in Offenbach selbst.[765]

Wesentlichen Anteil am Neuaufbau der jüdischen Gemeinde in Offenbach nach Kriegsende hatten neben dem bereits erwähnten Chaim Tyson vor allem Max Willner und Professor Dr. Herbert Lewin.

Max Willner wurde am 24. Juli 1906 in Gelsenkirchen geboren. Er war in den Konzentrationslagern Sachsenhausen, Auschwitz, Flossenbürg und Dachau inhaftiert, überlebte den berüchtigten „Todesmarsch" und wurde schließlich von den amerikanischen Truppen aus dem Konzentrationslager Dachau befreit. Von 1946 bis 1952 war er als Stadtamtmann in Offenbach tätig, seit 1. April 1954 ist er Direktor und seit dem 6. März 1983 Vorsitzender des „Landesverbandes".[766]

In Würdigung der großen Verdienste, die sich Max Willner um die Aussöhnung und Verständigung zwischen Juden und Nichtjuden erworben hat, verlieh ihm Offenbach kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahres die Ehrenplakette der Stadt.

Professor Dr. Herbert Lewin wurde am 1. April 1899 in Schwarzenau/Ostpreußen geboren. Er war als Arzt von 1933 bis 1937 in Berlin und von 1937 bis 1941 in Köln tätig. Im Jahre 1941 erfolgte seine Deportation in das Ghetto Lodz, später kam er in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Theresienstadt. Im Jahre 1945 habilitierte er sich an der Universität Köln, arbeitete ab 1946 in der Universitäts-Frauenklinik in Köln und seit 1950 als Chefarzt der Frauenklinik in Offenbach. Gleichzeitig wirkte er als Professor an der Universtität in Frankfurt. Von 1957 bis 1982 war Professor Lewin Vorsitzender des „Landesverbandes". Er verstarb am 21. November 1982.[767]

Auch der Landesrabbiner Dr. I. E. Lichtigfeld war mit der Jüdischen Gemeinde in Offenbach sehr eng verbunden. Dr. Lichtigfeld wurde im Jahre 1894 geboren, nahm als Offizier am 1. Weltkrieg teil und war danach als Jurist in Düsseldorf tätig. Er ging 1929 zunächst nach Köln und Ende 1933 nach London. Dort absolvierte er das Jewish College und erhielt die Anerkennung als Rabbiner. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges verbrachte er kurze Zeit in der Britischen Besatzungszone, danach begab er sich nach Zypern, um den jüdischen Menschen in den Lagern beizustehen. Im Jahre 1954 wurde Dr. Lichtigfeld zum Landesrabbiner von Hessen gewählt, eine Tätigkeit, die er mit großem persönlichen Engagement bis zu seinem Tode am 24. Dezember 1967 ausübte.[768]

Dem langjährigen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Offenbachs – Dr. jur. Siegfried Guggenheim – verlieh die Stadt am 9. September 1948 das Ehrenbürgerrecht. Dr. Guggenheim kehrte lebend nicht mehr nach Offenbach zurück. Er verstarb am 31. Januar

765 OP vom 19./20. 11. 1977 und persönliche Auskünfte durch Max Willner.
766 Vgl. P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 177; K. Schild/ W. Wöll, S. 26f.; Persönliche Auskünfte durch Max Willner.
767 Vgl. P. Arnsberg, Hessen, Band 2, S. 177; L. Freed, S. 71; Persönliche Auskünfte durch Max Willner.
768 Vgl. E. Roth/ A. Haas, S. 7f.; M. Willner, S. 15ff.

1961 in Flushing/New York. Seine Asche wurde im März des gleichen Jahres auf dem Alten Friedhof in Offenbach beigesetzt.[769] Seine Witwe Eugenie verstarb 1984 im Alter von 105 Jahren und fand ihre letzte Ruhestätte ebenfalls auf dem Alten Friedhof in Offenbach.[770]

Auch Ernst Oppenheimer ließ den Kontakt zu seiner Heimatstadt nie abreißen und blieb ein treuer Freund Offenbachs bis zu seinem Tode im Sommer 1987. Häufig waren im Laufe der Jahre Bürger der Stadt Gäste in seinem Haus in Nahariya. Auf Veranlassung Ernst Oppenheimers wurde am 9. November 1977 (40. Jahrestag der Pogromnacht) eine Gedenktafel an der ehemaligen Synagoge in der Goethestraße angebracht, welche an die ursprüngliche Bedeutung des Gebäudes erinnern soll:

„Dieses Haus diente von 1916 bis 1938 als Synagoge dem Gebet und der Erfüllung der Gebote. Es wurde geschändet in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938. Nach Wiederherstellung sittlicher Wertordnungen überließ die jüdische Gemeinde der Stadt Offenbach dieses Haus zur kulturellen Nutzung"[771].

Doch auch in Offenbach ist der alte Ungeist keineswegs verschwunden, und so kam es nach dem Kriege erneut und wiederholt zu Aktionen gegen die jüdischen Friedhöfe.[772]

Auf dem Alten Friedhof an der Friedhofstraße wurden

– am 02. Februar 1948	60 Grabsteine umgeworfen,
– am 21. August 1973	5 Grabsteine umgeworfen,
– am 01. Oktober 1976	3 Grabsteine umgeworfen,
– am 26. Oktober 1983	Grabsteine mit Nazi-Symbolen beschmiert,
– am 29./30. Oktober1984	11 Grabsteine umgeworfen,
– am 17. September 1985	5 Grabsteine umgeworfen.

Auf dem jüdischen Friedhof in Offenbach-Bürgel wurden

– am 13. Juni 1972	38 Grabsteine umgeworfen,
– am 26./27. Dezember 1980	12 Grabsteine umgeworfen,
– am 28. Oktober 1982	8 Grabsteine umgeworfen,
– am 06. April 1983	1 Grab ausgehoben,
– am 19. April 1983	1 Grabmal aus der Verankerung gerissen,
– am 28. Januar 1985	1 Grab ausgehoben,
– im September 1985	Grabstätte Simon ausgehoben,
– am 20. Dezember 1985	Grabstätte Grünbaum ausgehoben,
– am 09/10. März 1986	4 Grabsteine umgeworfen,
– am 23./24. Juni 1986	1 Grabstein vom Sockel gerissen.

769 Vgl. B. Knapp, S. 30 und S. 33.
770 OP vom 11./12.08.1984.
771 OP vom 10./11.11.1979. Hierzu sei jedoch noch angemerkt, daß die neue Jüdische Gemeinde das Gebäude de jure gar nicht überlassen konnte, da nicht sie, sondern die „JRSO" der Rechtsnachfolger der ehemaligen Jüdischen Gemeinde Offenbachs war.
772 Vgl. A. Diamant, S. 143 und S. 204ff.; Persönliche Auskünfte durch Max Willner.

Sofern bei den zuvor geschilderten Vorfällen Grabsteine mit Nazi-Symbolen beschmiert oder Gräber sogar gänzlich ausgehoben wurden, darf als sicher angenommen werden, daß es sich dabei um gezielte Aktionen gegen jüdische Menschen bzw. ihr Andenken handelte. In einigen anderen Fällen – dies soll nicht verschwiegen werden – zog sich die Spur der Verwüstung von einer Seite des Friedhofes zur anderen, wobei die Täter (in diesen Fällen wohl wirklich „Rowdys") an der Grenzstraße über die Mauer stiegen und ihr Zerstörungswerk in der jüdischen Abteilung begannen.

10. Zusammenfassung und Ausblick

In der vorangegangenen Lokalstudie habe ich zunächst zum Zwecke der Hintergrundinformationen und des besseren Verständnisses lokaler Gegebenheiten die politische und wirtschaftliche Entwicklung der „Lederwaren- und Arbeiterstadt" Offenbach am Main dargestellt.

Weiterhin wurden die Wurzeln der jahrhundertealten Judenfeindschaft und des speziellen „nationalsozialistischen Rassenantisemitismus'", sowie die vielfältigen Veränderungen, die sich durch die rechtliche Gleichstellung seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts für die Juden in Deutschland ergaben, aufgezeigt.

Die lokalen Entwicklungen und Begebenheiten habe ich sodann mit den allgemeinen Erkenntnissen über das deutsche Judentum verglichen und dabei festgestellt, daß für die Juden in Offenbach so gut wie alle Bedingungen und Tendenzen gleichermaßen Gültigkeit hatten.

Die Offenbacher Juden hatten ferner maßgeblichen Anteil am Aufstieg Offenbachs zur modernen Großstadt und an der Entwicklung der Lederwarenindustrie. Die allgemein liberale Politik der Isenburger Regenten, sowie deren merkantilistische Wirtschaftspolitik, bedeuteten für die Juden in Offenbach beim Übergang zur modernen bürgerlichen Gesellschaft und zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung möglicherweise eine im Vergleich zur Situation im Deutschen Reich noch günstigere Ausgangsposition. Auch ihre Wirtschafts- und Sozialstruktur könnte – wenn auch sicherlich nur geringfügig – infolge der branchenspezifischen Konzentration der Stadt ebenfalls etwas vom Reichsdurchschnitt abweichen. Dies ist jedoch aufgrund des Mangels an aussagefähigen Daten nicht quantifizierbar. Auch der relative Bevölkerungsanteil der Juden lag in Offenbach teilweise erheblich über dem Durchschnitt im Deutschen Reich und in den einzelnen Ländern.

Ferner wurden die innere Struktur, sowie die „Religiosität" der Jüdischen Gemeinde in Offenbach aufgezeigt. Vordringlich in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts bestand ein reges kulturelles und religiös-traditionelles jüdisches Leben in der Stadt. Die Aussage Mally Dienemanns, es habe sich um eine „einheitlich liberale Gemeinde" gehandelt, muß wohl dahingehend verstanden werden, daß die orthodoxen und liberalen Strömungen innerhalb der Jüdischen Gemeinde Offenbachs relativ tolerant miteinander lebten. Die überwiegende Mehrzahl der Offenbacher Juden darf dabei als assimiliert und integriert sowie als liberal eingestellt gesehen werden. Sie fühlten sich als Deutsche jüdischen Glaubens und identifizierten sich völlig mit ihrer Heimat.

In den darauffolgenden Kapiteln der Untersuchung wurden sodann die Etappen der Diskriminierung, Entrechtung, Ausschaltung und Vertreibung der deutschen Juden, und somit auch der Juden in Offenbach, dargestellt. Beim behandelten Aspekt der „Emigration" ergab sich dabei eine erhebliche Abweichung. Im Vergleich zur Gesamtauswanderung der Juden aus Deutschland emigrierten aus Offenbach auffallend wenige Personen nach Palästina. Es könnte sich dabei um einen Hinweis auf eine im Gegensatz zum Reichsdurchschnitt noch stärker emigrationshemmende Berufsstruktur der Offenbacher

Juden handeln, doch führe ich diese Abweichungen – wie bereits erwähnt – eher auf die unvollständige Quellenlage und die nur schwer zu erfassende Transferwanderung zurück.

Die beiden zentralen Leitfragen der Studie lauteten einerseits, inwieweit sich die „polykratische" Struktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems anhand der „Mikroanalyse" der Stadt Offenbach nachvollziehen, und andererseits, ob das „rote" Offenbach in der Behandlung seiner jüdischen Einwohner eine Sonderstellung erkennen läßt.

In Beantwortung der ersten Frage war sehr deutlich festzustellen, wie auch in Offenbach lokale, untergeordnete Parteifunktionäre sowohl vor als auch nach der Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze" ihre eigene – über den geforderten „gesetzlichen" Rahmen hinausgehende – „Judenpolitik" betrieben. Die Offenbacher Juden waren zumeist völlig der Willkür dieser Instanzen ausgeliefert. Wie aus verschiedenen Dokumenten deutlich wurde, befanden sich auch in Offenbach unter den Parteifunktionären offensichtlich einige, die nicht gerade zu den Intelligenten und Gebildeten gezählt werden können. Im Nationalsozialismus kamen ohnehin viele zuvor gescheiterte Existenzen an die Macht, welche ihre neugewonnene Position und Befugnis weidlich zur inhumanen Behandlung der neuen „unterprivilegierten" Schicht ausnutzten.

Bei vielen nichtjüdischen – aber auch bei einigen jüdischen – Offenbachern gehen die Einschätzungen dahin, der Nationalsozialismus habe sich in der Stadt infolge der sozialdemokratischen und kommunistischen Tradition nur sehr schwer durchsetzen können. Aus diesem Grund sei auch das allgemeine Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden besser als in anderen Städten, von Antisemitismus dagegen nur verhältnismäßig wenig zu spüren gewesen.

Die überdurchschnittlichen Wahlerfolge für die Kommunisten und die Sozialdemokraten lassen sich zwar tabellarisch erfassen und nachvollziehen,[773] nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten befand sich das einstmals „rote" Offenbach dennoch erstaunlich schnell in den Händen der neuen Machthaber.

Aber auch im Verhältnis zwischen Nichtjuden und Juden brachten die neuen Herrschaftsverhältnisse einen krassen Bruch. Wie an einigen Beispielen zu sehen war, wurden Freundschaften aufgegeben, und es kam nicht selten zu Denunziationen. Ein desinteressiertes und indifferentes Verhalten breiter Bevölkerungsschichten darf zudem vorausgesetzt werden.

Auch wenn es die Nationalsozialisten im „roten" Offenbach schwer hatten, heißt das noch lange nicht, daß man sich in der Stadt aus diesem Grunde auch mehr als anderswo für die jüdischen Mitbürger eingesetzt hätte. Ganz im Gegenteil: die von Ernst Oppenheimer geschilderte Szene von der zwangsweisen Beseitigung von Parolen mit Hilfe einer Zahnbürste – als sich keine Hand zugunsten der beiden Juden regte – spricht eine ganz

773 Vgl. B. Klemm, S. 48.

andere Sprache. Allein mit der vielzitierten „Angst" ist ein solches Verhalten für die Anfangsjahre der nationalsozialistischen Herrschaft nicht zu erklären. Im Jahre 1933 und auch noch einige Zeit später war die Macht des NS noch längst nicht endgültig gefestigt, und Verweigerung oder sogar Widerstand wäre – zumal in einer Stadt mit solchem Hintergrund und Anspruch – durchaus möglich gewesen.

Es ist jedoch nicht belegbar überliefert, daß sich aus der politischen Tradition Offenbachs heraus Hilfe für die jüdischen Mitbürger ergeben hätte. Die aus den Akten bekanntgewordenen Beispiele nonkonformen und resistenten Verhaltens spielten sich fast ausschließlich auf konfessionellem (katholischem) Hintergrund ab. Auch die von zwei (jüdischen) Seiten geschilderte „menschliche" Behandlung durch die örtliche Gestapo mag völlig zutreffen – und auch eine große Ausnahme dargestellt haben – letztendlich erfüllten die Beamten bei den nachfolgenden Verhaftungen und Deportationen dennoch ihre „Pflicht".

Doch auch in Offenbach habe es das „wackere Häuflein Aufrechter" gegeben, die den Juden beigestanden hätten, wie es W. Katz formulierte und auch einige – lokal zum Teil sehr bekannte – Namen nannte. Die Hilfe habe u. a. aus „moralischem Beistand", telefonischer Vorwarnung bei Eingriffen von SS und SA, Ankauf von Vermögenswerten zu normalen Preisen und der Unterstützung beim Einkauf und der Versorgung bestanden. Unter den so Genannten befindet sich auch der Rechtsanwalt und spätere Bundestagsabgeordnete Dr. Karl Kanka.[774]

Auch der Arzt Dr. Kallab habe viel für seine jüdischen Mitbürger riskiert, sei dafür 1943 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden und habe in den letzten Kriegsmonaten sogar seine Approbation entzogen bekommen. Zudem sei Dr. Kallab als „aufopferungsvoller Armenarzt" beliebt gewesen.[775]

Zwar sind somit einige Fälle von mehr oder minder konkreter Hilfe für jüdische Mitbürger bekannt geworden, doch sind sie m. E. „nur" Ausdruck einer persönlichen humanitären Einstellung zum Mitmenschen. Sie sind hingegen gering zu nennen – auch wenn einige weitere nicht aktenkundig oder sonst in Erinnerung geblieben sind – in Relation zum Anspruch, den Offenbach für sich selbst als liberale und „rote" Arbeiterstadt stellt.

Die Stadt Offenbach am Main – bzw. ihre Bürger – können somit nach all den uns vorliegenden Informationen keinerlei Sonderstellung in der Behandlung der jüdischen Mitmenschen während des „Dritten Reiches" – schon gar nicht aus einer „politischen Tradition" heraus – für sich geltend machen. In der Weimarer Republik hingegen war das jüdisch-nichtjüdische Verhältnis und Zusammenleben auch in vielen anderen Städten relativ so gut, problemfrei und tolerant wie noch nie zuvor in der Geschichte.

Auf die schon angesprochene Forschungskontroverse über die Genese des „Holocaust" sei an dieser Stelle nochmals kurz eingegangen. Den programmatischen Kern der hitler-

774 Schriftliche Auskünfte durch W. Katz.
775 Vgl. W. Dirks, S. 39.

schen „Weltanschauung", von der wir ohne weiteres sprechen können, bildeten einerseits der „Rassenantisemitismus" und andererseits die Eroberung von Lebensraum im Osten bzw. letztendlich die Welthegemonie. Die Ermordung der weltanschaulichen und rassischen Gegner war wahrscheinlich schon als Maximallösung, als eine utopische Möglichkeit, vorhanden. Ein Konzept oder sogar ein Programm zur Verwirklichung seiner Vorstellungen besaß Hitler nach meiner Meinung nicht, allenfalls waren Leitlinien vorhanden.

Ich kann ferner auch keinerlei Kontinuität zwischen der ersten bekannten Forderung zur Behandlung der Juden und der letztendlichen Ausführung des Massenmordes entdecken. Vielmehr sind deutliche Übereinstimungen in Aussagen seines Briefes aus dem Jahre 1919, dem Parteiprogramm der NSDAP und den „Nürnberger Gesetzen" auszumachen. Hitler wollte die Juden in Deutschland mit ziemlicher Sicherheit zunächst unter eine besondere Gesetzgebung stellen und sie vor dem Ausbruch des Eroberungskrieges im Osten mittels schikanöser Behandlung, Entrechtung, und letztendlicher ausbeuterischer Vertreibung aus seinem Einflußbereich „entfernen". Durch den Ausbruch und Verlauf des Krieges wurde diese Praxis jedoch zunehmend problematischer. Territoriale Pläne wurden erwogen und wieder aufgegeben. Nach den auf der „Wannseekonferenz" geäußerten Anschauungen war das europäische Judentum zu jenem Zeitpunkt dazu verurteilt, auf verschiedene Weise einfach „auszusterben". Der weitere Kriegsverlauf machte jedoch auch solche Überlegungen schnell zunichte.

M.E. befahl Hitler in dieser Situation zwar nicht wörtlich und unverhüllt, die Juden zu töten, sondern vielmehr die „Lösung der Judenfrage". Die an ihr Mordhandwerk gewöhnten Schergen, gestärkt durch die häufigen, mit kriegerischer Terminologie geführten Reden und Ausführungen Hitlers, wußten aber, was sie unter „Endlösung" zu verstehen hatten. Verborgen blieb Hitler die Praxis der Ermordung nicht, ganz im Gegenteil: sie war in seinem Sinne und fand seine Zustimmung, er förderte und verteidigte sie. So wurde nun doch noch Realität, was für ihn lange Zeit nur ein utopischer Wunschtraum gewesen sein mag.

Diese Deutung der „kumulativen Radikalismen" entlastet jedoch keineswegs – wie es auf den ersten Blick erscheinen mag –, sondern belastet vielmehr die vielen „Mitläufer" und solche Personen, die das Regime stützten, ohne es (angeblich) zu unterstützen. Es war eben nicht so, wie es gerne behauptet und auch geglaubt wird, daß die vielen Diskriminierungen auf zwingenden Befehlen beruhten, und daß der millionenfache Mord nur von Hitler, Himmler, Heydrich und anderen Führungskräften begangen wurde. Die „Mikroanalyse" dieser Studie zeigt erneut deutlich die Möglichkeiten und Triebkräfte untergeordneter Instanzen und sogar solcher Personen, die keineswegs „in der Pflicht" waren.

Die „politische Kultur" der Nachkriegszeit läßt sodann sehr deutlich statt Gewissenserforschung, Selbstbesinnung und Schärfung des Bewußtseins für die Mitverantwortlichkeit am nationalsozialistischen Unrecht eine mangelhafte Aufarbeitung der Bedeutung des Regimes, eine allgemeine Selbstrechtfertigung und Verdrängung, und ferner die Kontinuität von Denkweisen und Stereotypen erkennen. „Vergangenheitsbewältigung" geht ohnehin über die politischen und juristischen Bewältigungsformen hinaus in den rein persönlichen und moralischen Bereich hinein.

Niemand kann sich jedoch aus der Vergangenheit seines Volkes oder seiner Nation stehlen. Wir Deutsche haben nach den schrecklichen Ereignissen der Vergangenheit eine ganz besondere Verantwortung vor der Geschichte, der Welt und den nachfolgenden Generationen.

Es gibt nur eine ernsthafte und glaubwürdige Auseinandersetzung mit diesem dunklen Kapitel in der Menschheitsgeschichte: Es gilt, so viel wie möglich an Informationen über die Bedingungen seiner Entstehung zu sammeln, das ganze Ausmaß der Verbrechen offenzulegen, und jedweden Anfängen einer erneuten Diskriminierung von Minoritäten entgegenzutreten.

Die Geschichtsschreibung – d.h. konkret die vorliegende wie auch vergleichbare Studien – aber kann und soll gerade eine spezielle Betroffenheit als Basis für eine solche Auseinandersetzung auslösen.

In letzter Zeit wird wieder einmal in zunehmendem Maße der Ruf nach dem berühmten „Schlußstrich" unter den Nationalsozialismus und die Judenverfolgung laut. Jedoch erst wenn wir in ausreichendem Umfang Kenntnis über die Verbrechen der Vergangenheit haben werden, und zudem sensibel genug das Fortbestehen bzw. das Wiedererstarken von Vorurteilen erkennen und uns diesen Tendenzen entgegenstellen, erst dann wäre eine ständige Aufklärung und Mahnung vielleicht nicht mehr nötig. Die Erinnerung aber muß für immer wachgehalten werden, und Auschwitz darf nicht in wenigen Generationen ein bloßer Städtename sein!

Daß wir jedoch noch sehr weit von einem solchen erstrebenswerten Zustand entfernt sind, zeigen überdeutlich die antisemitischen Äußerungen der jüngsten Zeit, die ansteigende Fremden- und Ausländerfeindlichkeit, und nicht zuletzt der sogenannte „Historikerstreit", in welchem die Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden bestritten wurde.

Angesichts dieser Tatsachen besitzen die Worte von Bert Brecht im Epilog seines Stückes „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui" heute nicht weniger Aktualität:

„Ihr aber lernet wie man sieht statt stiert
und handelt, statt zu reden noch und noch.
So was hätt einmal fast die Welt regiert!
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Daß keiner uns zu früh da triumphiert
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!"

11. Verzeichnis der Abkürzungen

Abb.	Abbildung
Art	Artikel
ASO	Archiv der Stadt Offenbach am Main
Bd	Band
BVP	Bevollmächtigter für den Vierjahresplan
CAHJP	Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem
DAF	Deutsche Arbeitsfront
Dok	Dokument
FR	Frankfurter Rundschau
Gen	Buch Genesis (1. Buch Moses) der Bibel
Gestapo	Geheime Staatspolizei
Hrsg	Herausgeber/Herausgegeben
HStA	Hessisches Staatsarchiv Darmstadt
IHK	Industrie- und Handelskammer
IMT	Internationales Militärtribunal Nürnberg
KZ	Konzentrationslager
LBInst	Leo Baeck-Institut, New York
NS	Nationalsozialismus – nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NULib	The Jewish National and University Library, Department of Manuscripts and Archives, Jerusalem
OA	Offenbacher Abendblatt
ON	Offenbacher Nachrichten
OP	Offenbach-Post
OZ	Offenbacher Zeitung
Pg/Pgn	Parteigenosse – Parteigenossin
RGBl	Reichsgesetzblatt
RMdI	Reichsministerium/Reichsminister des Inneren
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SA	Sturmabteilung
SPD (SoPaDe)	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
VJhefteZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten
WHW	Winterhilfswerk
YVS	Forschungs- und Gedenkstätte „Yad Va Shem", Jerusalem

12. Quellen- und Literaturverzeichnis

12.1 Archive

Archiv der Stadt Offenbach am Main (Zitiert: ASO).

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (Zitiert: CAHJP).

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (Zitiert: HStA).
H 13 Staatsanwaltschaften bei Landgerichten
N 1 NSDAP Hessen-Nassau

Leo Baeck-Institut, New York (Zitiert: LBInst).
„Courtesy of the Leo Baeck Institute, New York, N. Y."
AR-C 1177 3050 Dienemann Collection
AR-C 51 180 Guggenheim Collection
AR-C Z 46 144 Gemeinde Offenbach

The Jewish National and University Library, Department of Manuscripts and Archives, Jerusalem (Zitiert: NULib).

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Offenbach, Karl Schild (Zitiert: VVN).
Kassette 22 Interview Karl Schild mit Elisabeth Gräber am 10. September 1983.

Forschungs- und Gedenkstätte „Yad Va Shem", Jerusalem (Zitiert: YVS).
02 Collection of Testimonies (aus der „Wiener Library")
08 Collection of Germany 1933 –
042 S. Brückheimer Collection on the Novemberpogrom 1938 in Germany
MR 5

12.2 Periodika

Abwehr-Blätter. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Berlin).

Allgemeine Zeitung des Judentums. Ein unparteiliches Organ für alles jüdische Interesse (Berlin).

Central-Verein-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum. Organ des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V.

Der Israelit. Ein Zentralorgan für das orthodoxe Judentum (Mainz).

Israelitisches Familienblatt (Berlin).

Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz (Zürich).

Jewish Cronicle (London).

Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Rabbinerverbandes.

Mitteilungsblatt des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessens (Mainz).

Offenbacher Abendblatt.

Offenbacher Nachrichten.
Offenbach-Post.
Offenbacher Zeitung.

12.3 Persönliche Auskünfte (Interviews)

Fritz Bachenheimer (Micha Bachan)	– Kibbutz Maayan Zvi (Israel)
Erich Fried (Meir Tamir)	– Kfar Saba (Israel)
Baruch und Moshe Frommen	– Moshav Moledet (Israel)
Thea Faust geb. Frey (nichtjüdisch)	– Roßbach-Rodheim
Shimon Fuchs	– Giwath Shmuel (Israel)
Karl Gültig (nichtjüdisch)	– Offenbach am Main
Gertrude Hänsler geb. Parr (nichtjüdisch)	– Offenbach am Main
Ellen Hilgers geb. Hammel	– Düsseldorf
Leni Hirschfeld geb. Mokotow	– Haifa (Israel)
Willi Introligator (Zeev Gati)	– Kfar Saba (Israel)
Gabi Jacoby geb. Dienemann	– Luton (England)
Lea Kaminetzki geb. Nathan	– Jerusalem
Marie Kanka (nichtjüdisch)	– Offenbach am Main
Clary Keren geb. Frommen	– Nahariya (Israel)
Philipp Kohlmann (nichtjüdisch)	– Mühlheim am Main
Hilde Lampert geb. Gottlob	– Nahariya (Israel)
Helmut K. Meyer	– Llanidloes (Wales)
Philipp Neff (nichtjüdisch)	– Offenbach am Main
Ernst Oppenheimer (†)	– Nahariya (Israel)
Karl Schild/Änne Salzmann (nichtjüdisch)	– Offenbach am Main
Paula Schindler geb. Dienemann	– London
Rahel Schlafmann geb. Introligator	– Kfar Saba (Israel)
Josef Sch.	– Migdal Ha Emeq (Israel)
Max Willner	– Offenbach am Main
Berthold Wolf (Das Gespräch wurde auf meinen Wunsch von Sven Beckert in New York geführt)	– New York

12.4 Schriftliche Auskünfte (Nur die im Text zitierten werden aufgeführt)

Alice Adler geb. Liepmannssohn	– Santa Rosa (USA)
H. A. Bachrach	– Melbourne (Australien)
Alfred Bernays	– Basel (Schweiz)
Lore Bloch geb. Meyer	– New York
Ernst Feibusch	– North Miami Beach (USA)
E. Grunewald	– Groningen (Niederlande)
Otto Hirschfeld	– Montreal (Kanada)
W. Katz	– Paris
Bertl Mayer geb. Guggenheim	– New York
Leopold Orbach	– Brüssel
Walter Strauß	– New York
H. A. Wiener	– London
Anneliese Wolff-Gottlob	– Zug (Schweiz)
Brigitte Zimmer geb. Weil	– München

12.5 Gedruckte Quellen und Literatur

Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. Unveränderter Nachdruck der Originalausgabe von 1972, Königstein 1979.

S. Adler-Rudel: Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck-Instituts 1, Tübingen 1959.

S. Adler Rudel: Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck-Instituts 29, Tübingen 1974.

Paul Arnsberg: Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang, Untergang, Neubeginn, 2 Bände und ein Bildband, Frankfurt am Main 1971.

Paul Arnsberg: Die Geschichte der Frankfurter Juden seit der Französischen Revolution, 3 Bände, Darmstadt 1983.

Esra Bennathan: Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden. In: Werner E. Mosse/Arnold Paucker (Hrsg): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck-Instituts, 2. Auflage, Tübingen 1966, S. 87–131.

Heinz Boberach (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich. Die Geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945, Band 2, Herrsching 1984.

Hermann Bösch: Politische Parteien und Gruppen in Offenbach am Main 1860–1960. Offenbacher Geschichtsblätter 23, Offenbach am Main 1973.

Artur E. Bratu: Vorwort. In: Georg Kaul, Artur E. Bratu, Siegfried Scholz (Hrsg.): Die Stromer vom roten Stinkblatt. Von den Anfängen der Offenbacher SPD und ihrer Zeitung, Offenbach am Main 1980.

Martin Broszat: Soziale Motivation und Führerbindung des Nationalsozialismus. In: VJhefteZG 18 (1970), S. 392–409.

Martin Broszat: Hitler und die Genesis der „Endlösung". Aus Anlaß der Thesen von David Irving. In: VJhefteZG 25 (1977), S. 739–755.

Martin Broszat (Hrsg.): Rudolf Höss. Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen, 8. Auflage, München 1981.

Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SoPaDe) 1934–1940, Frankfurt am Main 1980.

Adolf Diamant: Jüdische Friedhöfe in Deutschland – eine Bestandsaufnahme, Frankfurt am Main 1982.

Mally Dienemann: Max Dienemann (1875–1939). Ein Lebensbild. Offenbacher Geschichtsblätter 13, Offenbach am Main 1964.

Walter Dirks: Der Fall Offenbach. In: Eugen Kogon/Walter Dirks (Hrsg.): Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik 5.1 (1950), S. 32–40.

Max Domarus (Hrsg.): Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. 1. Band: Triumpf (1932–1938), Würzburg 1962.

Kurt Düwell: Die Rheingebiete in der Judenpolitk des Nationalsozialismus vor 1942. Beitrag zu einer vergleichenden zeitgeschichtlichen Landeskunde, Bonn 1968.

Kurt Düwell: Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse. Forschungsaufgaben zur „Praxis im kleinen Bereich". In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 9 (1983), S. 287–344.

Ulrich Dunker: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Düsseldorf 1977.

Karl Dietrich Erdmann: Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933–1939. In: Herbert Grundmann (Hrsg.): Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, 9. Auflage, Nachdruck dtv. Taschenbuch, Band 20, München 1981.

Helmut Eschwege (Hrsg.): Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933–1945, Frankfurt am Main 1979.

Werner Feilchenfeld: Die Durchführung des Haavara-Transfers. In: Werner Feilchenfeld/Dolf Michaelis (Hrsg.): Haavara-Transfer nach Palästina und die Einwanderung deutscher Juden 1933–1939. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck-Instituts 26, Tübingen 1972, S. 37–88.

Gerald Fleming: Hitler und die Endlösung. „Es ist des Führers Wunsch ...", Wiesbaden/München 1982.

Leonard Freed: Deutsche Juden heute, München 1965.

Jürgen W. Fritz: Die beginnende Nazi-Diktatur und der Mord an Christian Pleß in Offenbach am Main, Frankfurt am Main 1984.

H. H. Fuchs/C. F. Rüter/Adelheid L. Rüter-Ehlermann (Hrsg.): Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, Band XI, Amsterdam 1974.

Heinrich Galm: Ich war halt immer ein Rebell. Politische Erinnerungen von Heinrich und Marie Galm, nach Gesprächen zusammengestellt von Werner Fuchs und Bernd Klemm, Offenbach am Main 1980.

Helmut Genschel: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.

Horst Gerold: Gesetze des Unrechts. Ein Faksimiledruck von Gesetzen des NS-Regimes von 1933–1943, der Kapitulationsurkunden sowie dem politischen Testament Hitlers, St. Augustin 1979.

Martin Gilbert: Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas, Reinbek bei Hamburg 1982.

Friedrich Grünewald: Tausend Jahre Offenbach. In: Offenbacher Geschichtsverein (Hrsg.): Tausend Jahre Offenbach 977–1977. Offenbacher Geschichtsblätter 27, Offenbach am Main 1977, S. 9–16.

Paul Grünewald: KZ Osthofen. Materialien zur Geschichte eines fast vergessenen Konzentrationslagers, Frankfurt am Main 1979.

Gerhard Gutsch: Ein Privatbankhaus in seinem Wirtschaftsraum. Hrsg. anläßlich des 125-jährigen Bestehens des Bankhauses S. Merzbach-Fr. Hengst und Co., 1832–1957, o. O. 1957.

Eike Hennig: „Offenbach war das röteste Nest der Frankfurter Umgebung". Die Darstellung rechtsgerichteter Organisationen und der NSDAP in den Polizeiberichten. In: Bernd Klemm (Hrsg.): „... durch polizeiliches Einschreiten wurde dem Unfug ein Ende gemacht". Geheime Berichte der politischen Polizei Hessen über Linke und Rechte in Offenbach 1923–1930, Frankfurt am Main/New York/Offenbach am Main 1982, S. 379–404.

Peter Herde: Gestaltung und Krisis. Juden und Nichtjuden in Deutschland vom Mittelalter bis zur Neuzeit. In: Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen (Hrsg.): Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, Wiesbaden 1983, S. 1–40.

Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Frankfurt am Main/Olten/Wien 1982.

Klaus Hildebrand: Das Dritte Reich, 2. Auflage, München/Wien 1980.

Andreas Hillgruber: Tendenzen, Ergebnisse und Perspektiven der gegenwärtigen Hitler-Forschung. In: Historische Zeitschrift 226 (1978), S. 600–621.

Adolf Hitler: Mein Kampf, 42. Auflage, München 1936.

Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924. Hrsg. von Eberhard Jäckel und Axel Kuhn, Stuttgart 1980.

Walter Hofer: Stufen der Judenverfolgung im Dritten Reich 1933–1939. In: Herbert A. Strauß/Norbert Kampe (Hrsg.): Antisemitismus. Von der Judenfeindlichkeit zum Holocaust, Bonn 1984, S. 172–185.

Peter Hüttenberger: Nationalsozialistische Polykratie. In: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 417–442.

Eberhard Jäckel: Rückblick auf die sogenannte Hitlerwelle. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 28 (1977), S. 695–710.

Eberhard Jäckel: Hitlers Weltanschauung, 2. Auflage, Stuttgart 1983.

Anton Keim (Hrsg.): Tagebuch einer jüdischen Gemeinde, Mainz 1968.

Ian Kershaw: Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung. In: Martin Broszat/Elke Fröhlich (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Band 2, München/Wien 1979, S. 281–348.

Fritz Kesselschläger: Die Urkunde Kaiser Otto II. vom 12. April 977. In: Offenbacher Geschichtsverein (Hrsg.): Tausend Jahre Offenbach 977–1977. Offenbacher Geschichtsblätter 26, Offenbach am Main 1977, S. 9–57.

Rolf Kirchner/Harry Schweitzer: „Die Flamme verzehre das Gift". Offenbach 1932/33 im Spiegel der Tageszeitungen, Offenbach am Main 1983.

Bernd Klemm (Hrsg.): „... durch polizeiliches Einschreiten wurde dem Unfug ein Ende gemacht". Geheime Berichte der politischen Polizei Hessen über Linke und Rechte in Offenbach 1923–1930, Frankfurt am Main/New York/Offenbach am Main 1982.

Bruno Knapp: Die Ehrenbürger der Stadt Offenbach. In: Offenbacher Geschichtsverein (Hrsg.): „Alt-Offenbach", Neue Folge 10/11 (1984).

Eugon Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Lizenzausgabe Bertelsmann, Gütersloh o. J.

Helmut Krausnick: Judenverfolgung. In: Hans Buchheim u. a. (Hrsg.): Anatomie des SS-Staates, dtv-Taschenbuch, Band 2, 3. Auflage, München 1982.

Wolf-Arno Kropat: Die Emanzipation der Juden in Kurhessen und in Nassau im 19. Jahrhundert. In: Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen (Hrsg.): Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, Wiesbaden 1983, S. 325–349.

Wolf-Arno Kropat: Die hessischen Juden im Alltag der NS-Diktatur 1933–1939. In: Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen (Hrsg.): Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, Wiesbaden 1983, S. 411–446.

Wolf-Arno Kropat: Jüdische Gemeinden, Wiedergutmachung, Rechtsradikalismus und Antisemitismus nach 1945. In: Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen (Hrsg.): Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, Wiesbaden 1983, S. 447–508.

August Kubizek: Adolf Hitler mein Jugendfreund, Graz/Göttingen 1953.

Alfred Kurt: Wahlen und Wähler im Wahlkreis Offenbach. Eine historisch-statistische Untersuchung zur politischen Struktur der Stadt und des Landkreises Offenbach im Wandel der letzten anderthalb Jahrhunderte. Offenbacher Geschichtsblätter 16, Offenbach am Main 1966.

Alfred Kurt: Gebietshoheit und Siedlungsentwicklung in tausend Jahren Offenbacher Geschichte. In: Offenbacher Geschichtsverein (Hrsg.): Tausend Jahre Offenbach 977–1977. Offenbacher Geschichtsblätter 26, Offenbach am Main 1977, S. 59–108.

Konrad Kwiet: Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 27 (1980), S. 149–192.

Jochen von Lang (Hrsg.): Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre, Berlin 1982.

Walter Laquer: Was niemand wissen wollte: Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers „Endlösung", Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1981.

Zdenek Lederer: Ghetto Theresienstadt, London 1953.

Jakob Lestschinsky: Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums, Berlin 1932.

Harry Maor: Über den Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinden in Deutschland seit 1945, Mainz 1961.

Bernd Martin: Judenverfolgung und -vernichtung unter der nationalsozialistischen Diktatur. In: Bernd Martin/Ernst Schulin (Hrsg.): Die Juden als Minderheit in der Geschichte, 2. Auflage, München 1982, S. 290–315.

Maria Meissner: Die wirtschaftliche Entwicklung Offenbachs unter dem Hause Isenburg-Birstein. Offenbacher Geschichtsblätter 22, Offenbach am Main 1972.

Dieter Mertens: Christen und Juden zur Zeit des ersten Kreuzzuges. In: Bernd Martin/Ernst Schulin (Hrsg.): Die Juden als Minderheit in der Geschichte, 2. Auflage, München 1982, S. 46–67.

Dolf Michaelis: Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Auswanderungs- und Transferfrage im nationalsozialistischen Deutschland. In: Werner Feilchenfeld/Dolf Michaelis (Hrsg.): Haavara-Transfer nach Palästina und die Einwanderung deutscher Juden 1933–1939. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck-Instituts 26, Tübingen 1972, S. 15–36.

Wolfgang Michalka: Geplante Utopie: Zur Ideologie des Nationalsozialismus. In: Neue Politische Literatur 18 (1973), S. 210–224.

Mitteilungen des hessischen Landesstatistischen Amtes 1934–1941.

Hans Mommsen: Nationalsozialismus oder Hitlerismus? In: M. Bloch (Hrsg.): Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte. Historische Bestandsaufnahme und didaktische Implikationen, Düsseldorf 1977, S. 62–71.

Hans Mommsen: Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. In: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hrsg.): Der Führerstaat: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 43–72.

Klaus Moritz/Ernst Noam (Hrsg.): NS-Verbrechen vor Gericht 1945–1955. Dokumente aus hessischen Justizakten mit einem Nachwort von Richard Schmid, Wiesbaden 1978.

Ernst Noam/Wolf-Arno Kropat (Hrsg.): Juden vor Gericht 1933–1945. Dokumente aus hessischen Justizakten mit einem Vorwort von Johannes Streliz, Wiesbaden 1975.

Arnold Paucker: Der jüdische Abwehrkampf. In: Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck-Instituts 13, 2. Auflage, Tübingen 1966, S. 405–499.

Arnold Paucker: Die Abwehr des Antisemitismus in den Jahren 1893–1933. In: Herbert A. Strauß/Norbert Kampe (Hrsg.): Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Bonn 1984, S. 143–171.

Reginald H. Phelps: Hitlers „grundlegende" Rede zum Antisemitismus, VJhefteZG 18 (1968), S. 390–420.

Heinrich Pingel-Rollmann: Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933–1945, Darmstadt/Marburg 1985.

Leon Poliakov/Joseph Wulf (Hrsg.): Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze, Berlin 1961.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg (IMT) 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Nürnberg 1949.

Dieter Rebentisch/Angelika Raab (Hrsg.): Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand. Dokumente über Lebensbedingungen und politisches Verhalten 1933–1945, Neu-Isenburg 1978.

Theodor Reichert: Die Entwicklung der israelitischen Gemeinde zu Offenbach a. M., Offenbach am Main 1935 (maschinenschriftlich).

Reichsgesetzblatt 1931–1942.

Gerald Reitlinger: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945, Berlin 1979.

Monika Richarz (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Band 1: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780–1871, New York 1976.

Monika Richarz (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Band 2: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich, New York 1979.

Monika Richarz (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Band 3, Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945, Stuttgart 1982.

Monika Richarz: Juden in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945. In: Micha Brumlik/Doron Kiesel/Cilly Kugelmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main 1986, S. 13–30.

Werner Röder/Herbert A. Strauss (Hrsg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Band 1; Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, München/New York/London/Paris 1980.

Klaus-Henning Rosen: Vorurteile im Verborgenen. Zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Herbert A. Strauss/Norbert Kampe (Hrsg.): Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Bonn 1984, S. 256–279.

Geraldine Rosenfield: Germany. In: American Jewish Year Book 48 (5707 = 1946/1947), Philadelphia 1946, S. 302–315.

Ernst Roth/Alexander Haas: Landesrabbiner Dr. I. E. Lichtigfeld-Museum in Michelstadt/Odenwald. Zur Eröffnung, Frankfurt am Main 1978.

Ernst Roth/Max Willner: Die Juden im 1000jährigen Offenbach am Main. Sonderdruck aus „UDIM" Zeitschrift der Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland, Band VII–VIII, Frankfurt am Main 1977/78, S. 159–174.

Reinhard Rürup: Vorwort. In: Monika Richarz (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Band 1: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780–1871, New York 1976.

Boris Sapir: Germany and Austria. In: American Jewish Year Book 48 (5708: 1947/1948), Philadelphia 1947, S. 363–380.

Wolfgang Scheffler: Judenverfolgung im Dritten Reich 1933–1945, Frankfurt am Main/Wien/Zürich o. J.

Karl Schild/Walter Wöll: Judenpogrom in Offenbach, Frankfurt am Main 1978.

Ellen Schneider: Die Stadt Offenbach im Frankfurter Raum, Frankfurt am Main 1962 (maschinenschriftlich).

Gerhard Schönberger: Der gelbe Stern. Die Judenverfolgungen in Europa 1933–1945. Fischer-Taschenbuch, Frankfurt am Main 1982.

Julius H. Schoeps: Sepulcra hostium religiosa nobis non sunt. Zerstörung und Schändung jüdischer Friedhöfe in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945. In: Alphons Silbermann/Julius H. Schoeps (Hrsg.): Antisemitismus nach dem Holocaust. Bestandsaufnahme und Erscheinungsformen in deutschsprachigen Ländern, Köln 1986, S. 33–39.

Walter Strauß: Das Reichsministerium des Inneren und die Judengesetzgebung. Aufzeichnungen von Dr. Bernhard Lösener, VJhefteZG 9 (1961), S. 262–313.

Rolf Vogel (Hrsg.): Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden, München/Zürich 1977.

Hannah Vogt: Schuld oder Verhängnis? Zwölf Fragen an Deutschlands jüngste Vergangenheit, 9. Auflage, Frankfurt am Main/Berlin/Bonn/München 1968.

Josef Walk: Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien, Heidelberg 1981.

Robert Weltsch: Entscheidungsjahr 1932. In: Werner E. Mosse/Arnold Paucker (Hrsg.): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck-Instituts 13, 2. Auflage, Tübingen 1966, S. 535–562.

Max Willner: Landesrabbiner Dr. I.E.Lichtigfeld, In: Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen (Hrsg.): Festschrift. Dr. I. E. Lichtigfeld, Landesrabbiner von Hessen zum 70. Geburtstag, Frankfurt am Main 1964, S. 15–19.

Max Meir Ydit: Schadchen, Schul und Schammes. Aus dem osteuropäischen Gemeindeleben. In Michael Brocke (Hrsg.): Beter und Rebellen. Aus 1000 Jahren Judentum in Polen, Frankfurt am Main 1983, S. 51–78.

Meir Ydit: Kurze Judentumkunde für Schule und Selbstunterricht, Neustadt a. d. Weinstraße 1984.

Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (Hrsg.): Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 1932–1933, o. O., o. J.

Register

Innerhalb des nachfolgenden Orts-, Personen- und Sachregisters wurde auf Begriffe wie „Antisemitismus", „Rassenlehre", Nationalsozialismus" sowie „Jüdische Gemeinde Offenbach" gänzlich verzichtet, da sie den eigentlichen Gegenstand der Untersuchung darstellen. Auch die Dokumentation der Opfer der Verfolgung fand keine Berücksichtigung.

Abwehr-Blätter 74
Ägypten 96
Altschul, Wilhelm 63
Akademikerengpaß 52
Allgemeiner Deutscher Rabbinerverband 21
Alligator-Lederwaren GmbH 41
Altreich 61, 92, 124, 136
Altreu (Allgemeine Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung) 122
Altstadt (Ortsgruppe der NSDAP) 93
Amsterdam 101
Amt für Handwerk und Handel 86
Amt für Technik der Gauleitung der NSDAP Hessen-Nassau 89
Andorn, Jakob 41
d'Angelo, Karl-Heinrich 7
Anordnung aufgrund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens der Juden 89, 94
Antisemitenliga 50
Arbeiterzeitung 62
Arier/Arisch 51, 54, 71, 72, 75, 76, 77, 89, 91, 107, 129, 130
Arisierung/Arisiert 83, 88, 89, 91, 92, 94, 95, 96, 97
Aschaffenburg 114
Augenblick, Samuel 86, 87
Auschwitz (KZ) 98, 134, 136, 139, 140, 141, 142, 143, 146, 150
Ausgrenzung der Juden 49

Bachenheimer, Bein-, Celluloid und Kunsthornwarenfabrik 40
–, *Familie* 27
–, *Fritz* 30, 119
–, *Hermann* 24, 27, 29, 38, 108
Baeck, Leo 21
Bachrach, (Herr) 137
–, *Berta* 139
–, *Familie* 57, 104
–, *Willy* 66, 108, 139
Baer, Dr. Richard 40
Bar-Kochba 29
Bar-Mitzwah 149
BATA (Schuhfabrik) 104
Bat-Mitzwah 149
Baum, (Herr) 137
Bayern 107
Becker, Max 92
Beerdigungsgesellschaft (Chewra Kadischa) 23, 24, 149
Berg, Else geb. Lachmann 94
Berger & Schmelzer 40, 92
van de Bergh, Fritz 68
Berlin 12, 20, 21
Berufsumschichtung siehe „Hachsharah"
Beschneider (Mohel) 23
Bernays, Familie 85
–, *Schuhgeschäft (Schuhbaum Nachfolger)* 82
Betstube(n) 15, 17, 26, 27
Bezirksschule siehe Jüdische Bezirksschule
Bieber 3, 22, 68, 86, 87
Bingen 123
Bloch, Dr. 52
–, *Jacob* 24
Bloch & Hirsch 24
Bode, Otto (Standartenführer SA) 100, 101
Böckel, Otto 50
Börner, Karl (Hauptsturmführer SA) 100

Bonn 114
Boxenbaum (Boksenbaum), Daniel 42
–, *Familie* 18, 85
–, *Jankel* 42
Breidenbach, Wolf 17
Brentano di Tremezzo, Otto von 24, 25
Breslau 20, 114
Britisch-Indien 96
Buber, Martin 21, 25
Buchenwald (KZ) 108, 109, 110, 111, 128, 147
Buchhügel (Ortsgruppe der NSDAP) 90
Buchrain (Ortsgruppe der NSDAP) 73, 129
Buchrainweiher 77
Bücherverbrennung 9
Bürgel 3, 16, 68, 73, 95, 130, 137, 151
Büsing (Ortsgruppe der NSDAP) 72, 130
Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung 146
Burg, (Frau) 24
Burghardt, Fanny 141

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) 28, 114
Chamberlain, Houston Stewart 51
Chambré, Dr. Albert 115
Channukah-Verein 23
Chewra Kadischa siehe Beerdigungsgesellschaft
China 96
Chorverein 30

Dachau (KZ) 108, 150
Darmstadt 100, 102, 107, 114, 123, 139, 141
Darré, Walter 55
Darwin, Charles 51
Deportation 128, 131, 133, 136, 137, 138, 139, 141, 155
Deutsche Arbeiterpartei 54
Deutsche Effecten- und Wechselbank 88
Deutsche Klinker- und Ziegelwerke 89
Deutz 16
Dienemann, Familie 27, 71
–, *Gabi* 26, 120
–, *Mally* 20, 25, 44, 64, 65, 109, 110, 114, 153
–, *Dr. Max* 20, 21, 22, 28, 30, 64, 65, 103, 108, 110, 112, 115
–, *Paula* 29, 45
Dietesheim 22
Dietzenbach 22
Displaced Persons (DP) 145, 146
DNVP (Deutsch-Nationale Volkspartei) 8
Dreieichenhain 22
Dreyfuß, Eduard 41
Drexler, Anton 54
Dürkheim, Wolf 36
Dudenhofen 22
DVP (Deutsche Volkspartei) 5

Eberhardt, Hugo 24
Eckart, Dietrich 55
Ehrmann, (Herr) 137
Eichmann, Adolf 125, 134, 136
Einheitsgemeinde 13, 20, 25
Eiserne Front 87
Endlösung (der Judenfrage) 132, 133, 134, 135, 156
Emigration 123, 125, 126, 127, 153
England 113, 119, 120, 121, 126, 135
Elbogen, Ismar 21
Emanzipation 11, 12, 13, 22, 28, 31, 33, 49
Eulau, Dr. Arthur 42, 67, 74, 94
–, *H.* 42
Euthanasie 133, 144
Evian 124

Faber & Schleicher 106
FDP 147
Fechenheim 93
Feder, Gottfried 55
Feibuschewitz, Alfred 91
–, *Leopold* 29, 30, 41
Feistmann, Heinrich 94
–, *Josef* 37
–, *Otto* 41
Fettmilch, Vincenz 16

Fleisch & Gumb 41, 91
Flossenbürg (KZ) 150
Foreign Office 110
Formstecher, Salomon 21
Frank, Hans 132
Frankfurt am Main 16, 18, 20, 26, 31, 34, 37, 77, 85, 89, 112, 118, 141, 149, 150
Frankfurt-Fechenheim siehe Fechenheim
Frankfurt-Höchst siehe Höchst am Main
Frauenkrankenkasse 23
Frey, Elisabetha 27
–, *Thea* 27
Frick, Wilhelm 124
Fried, Erich 26, 29, 30, 118
–, *Familie* 23, 87
–, *Johanna* 87
–, *Metzgerei 23, 82, 87*
–, *Rahel* 118
–, *Siegmund* 24, 29, 42, 139
Friedberg 16
Fuchs, Berta geb. Mitbreit 17, 98
–, *Geschäft* 82
–, *Isaak* 17, 20, 39, 41, 98
–, *Shimon* 118
Fürstenwald 118
Fürth, Manfred 30
–, *Theodor* 22, 24
Fuld, Emil 40
–, *Jakob* 41, 90, 105

Gabriel, Emil 23
–, *Familie* 27
–, *Gustav* 27, 29, 60, 73
Galm, Heinrich 8
Gassner (Regierungsrat) 19
Geheime Staatspolizei siehe Gestapo
Gemeindeblatt 123
Gemeindediener (Schammes) 22
Gemeinderechner 22
Gemeindesekretär 22
Gemlich, Adolf 53
Gesellschaft der Freunde 29
Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung des Deutschen Reiches 92
Gesetz über die Errichtung der Reichskulturkammer 63
Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden 78
Gesetz über die Rechtsverhältnisse jüdischer Kultusvereinigungen 76
Gesetz zum Schutz des deutschen Volkes und der deutschen Ehre 70
Gesetz gegen die Überfüllung von deutschen Schulen und Hochschulen 61
Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums 60
Gestapo (Geheime Staatspolizei) 72, 74, 75, 96, 99, 110, 111, 128, 136, 137, 139, 141, 143, 155
Ghetto 11, 49, 132, 133, 150
Gießen 123
Gobineau, Graf von 51
Goebbels, Dr. Joseph 63, 81, 82, 83, 99, 100, 106
Göring, Hermann 78, 84, 88, 93, 96, 99, 106, 107, 124, 132, 135
Goldschmidt, Dr. (Fräulein) 137
–, *Dr. Max* 21, 22, 24, 42
–, *Dr. (Rabbiner)* 20
Gottesdienst 11, 16, 17, 22, 25, 26
Gottlieb, (Frau) 24
–, *Markus* 22, 25, 101, 115
Gottlob, Familie 27, 71, 120
–, *Max* 38, 94
–, *Siegfried* 38
–, *M & S* 38, 41, 91
Gräber, Elisabeth 104, 139
Groß-Steinheim siehe Steinheim
GRÜNE 147
Grünebaum, Friedrich 41
–, *Max* 41
–, *Siegmund* 42
Grünewald, Nathan 21, 22, 41, 91, 94, 103, 108, 123
–, *Familie* 130
Grünspahn, Herschel siehe *Grynszpan*
Gruffke, Lilly geb. Hammel 143
Grynszpan (Grünspahn), Herschel 98, 106
Gültig, Karl 82, 104

Guggenheim, Bertha geb. Merzbach 24
–, *Eugenie geb. Bloch* 24, 151
–, *Dr. Siegfried* 19, 22, 24, 25, 28, 30, 42, 67, 74, 102, 108, 109, 110, 112, 114, 123, 137, 148
Gumb, Familie 104
–, *Sally* 22

Haavara-Abkommen 122
Hachsharah (Berufsumschichtung) 116, 118
Hainhausen 22
Hainstadt 22
Hammel, Ellen 143
–, *Max* 41
Hammel & Rosenfeld 41, 94
Hannover 20
Hassia AG (Schuhfabrik) 42, 91
Heidenheim, Wolf 36
Heilbrunn, Josef 41
Heilmann (Stadtverordneter) 19
Hellenbroich (Kriminalrat) 141
Hengst, Friedrich 89
Friedrich Hengst & Co 88
Herz (Schuhfabrik) 88
Hess, Julius 29
–, *(Metzgerei)* 82
–, *Dr. S.* 67
Hessen 113
Hessen-Nassau 96
Heusenstamm 3, 22
Heydrich, Reinhard 98, 99, 100, 101, 107, 111, 124, 125, 132, 133, 134, 135, 156
Heyum, Hugo 115
Hilfsverein Deutscher Juden 119
Himmler, Heinrich 140, 156
Hindenburg, Paul von 61, 67
Hirsch, Martin 30
–, *Robert von* 37, 41, 84, 85
Hirschen, Hermann 40, 139
–, *Geschäft* 82, 104
Historikerstreit 157
Hirschfeld, Hugo 28, 29, 126, 139
Hitler, Adolf 1, 6, 52, 53, 54, 55, 56, 59, 68, 69, 72, 73, 78, 79, 88, 93, 99, 106, 140, 156
Höchst am Main 77
Höss, Rudolf 134, 136
Hollander, Dr. 58
Hoettels, Dr. Wilhelm 142
Homburger, Familie 27
Hostienschändung 47
Hugenotten 4, 16

Introligator, Berta geb. Inowloki 17
–, *Chaim* 42
–, *David* 17, 24, 40, 91, 94, 98
–, *Familie* 27
–, *Rahel* 26, 118
Isenburg (Fürstenhaus) 4, 16, 17, 153
Israelitische Hilfskasse 23

Jacobi, Hedwig 115
Jacoby, Ignaz 149
Jahrzeittag 26
Jerusalem 48, 134
Jewish Agency for Palestine 116, 117, 118, 122
Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) 148
Joel, Edith 115
Jom Kipur (Versöhnungstag) 26
Jordan (Kreisleiter NSDAP) 130
Judengasse 17, 49
Judenrecht, kaiserliches 48
Jüdisch-Theologisches Seminar Breslau 12, 20
Jüdische Bezirksschule 114, 115, 116
Jüdischer Jugendbund 30
Jügesheim 22
Jugendbund siehe Jüdischer Jugendbund

Kahn, Adolf 41
–, *AG* 38
–, *Julius* 60
–, *Max* 22
–, *M. AG* 40
–, *(Textilgeschäft)* 104
„Kaiserhof" (Hotel) 100
Kalberlah KG 85
Kallab, Dr. (Herr) 155
Kamberg, Familie 104

Kanka, Dr. Karl 25, 63, 111, 155
Kantor siehe Vorbeter
Katz, Dr. Bernhard 62, 67, 74
–, *Moritz* 41
–, *W.* 155
Kaufmann, Hermann 24
Kaul, Georg 8
Kiesel, Hermann 30
Kirschner, Ludwig 94, 139
Kisselbach, Johann 41
Kittel, Rudolf 21
Klauber, Isidor 130
Klein-Auheim 22
Klein-Krotzenburg 22
Kleiner Biergrund 60, 79, 92, 104
Koch, Rudolf 24, 25
Köhler, Dr. 72
Köln 16
Koscher siehe Speisevorschriften
KPD 5, 6, 7
KPO 5
Krakowsky, Mojseh 42
Krankenkasse der deutschen Angestellten V.a.G. (Ersatzkasse) Barmer Ersatzkasse 72
Kramp, Louis 37
–, *& Co. (Stern und Nickelsberg)* 37, 95, 96
Kreuzzüge 48
Kristallnacht siehe Reichskristallnacht
Kronenberger (Ortsgruppenleiter) 90, 105
Krotoschin 20
Kubizek, August 52
Kupczyk, (Frau) 105
–, *Josef* 94, 104, 105
Kurhessen 99

Lachmann, Dr. Eduard 25, 63
–, *(Frau)* 129
Ladenburger, Isidor 105, 139
Landau, Sally 148
Landesverband der israelitischen Religionsgemeinden Hessens 21
Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen 149
Landwerk Neuendorf 118
Langen 77
Lazarus, Dr. (Rabbiner) 65
Lehahn, Josef 41
Leipzig 20
Levi, Jakob 43
Levinger, Dr. A. 42
Lewin, Prof. Dr. Herbert 150
Ley, Robert 83
Lichtenstein, Heinrich 29, 61, 114
Lichtigfeld, Dr. I. E. 150
Liebmann, Emil 94
Liepmannssohn, Alfred 41, 108
Lind, Moses 63
Lindauer, Lotte 114
Lodz 150
Löwenstein, Hermann 40
–, *Leo* 28
–, *M. & Co.* 41
London 110, 113, 120, 121, 150
Lorsch (Metzgerei) 85
Lucke (Brigadeführer SA) 100
Lübeck 114

Madagaskar-Plan 132, 133
Männerkrankenkasse 23
Magdeburg-Anhalt 99
Maingaswerke AG 89
Mainperle GmbH (Schuhfabrik) 42, 91
Mainz 48, 114, 138, 141
Makkabi Hazair 30
Mannheim 21, 107
Manko, Dr. Felix 29, 40, 67
Marr, Wilhelm 50
Mayer, Albert 38
–, *Albert GmbH* 38
–, *Carl Nathan* 24
–, *Ludo* 37, 38
–, *Dr. Ludwig* 28, 40
J. Mayer & Sohn 37, 41, 84, 104
Meiberg, Bernhard 104, 139
–, *Lina* 104, 139
Merzbach, Adolph 41, 47
–, *Bankhaus* 36, 37, 40, 88
–, *Hedwig* 30
–, *Heinrich* 37
–, *Hermann* 37

–, *Siegmund* 36, 37
–, *Wilhelm* 28
Metzler, Rosi
Meyer, Albert GmbH 41, 94
–, *Helmut K.* 61, 120
–, *Lore* 120
Michels & Fürth 41
Minjan 26, 27, 149
Mischehe 44, 137, 141, 145
Mischling 70, 130, 131, 136, 142
Moczydlower 41
Mohel siehe Beschneider
Mokotow, Czesja geb. Zimdiowicz 17, 98
–, *Julius (Idel)* 17, 38, 41, 98
–, *Leni* 98
Der „Morgen" 21
MSO (Firma) 142
Müller, Heinrich 99, 125
Müller (Ortsgruppenleiter) 129
Mühlheim am Main 22
München 54, 99

Nachmann, Sofie 63
Nahariya 117, 151
Najmann, Moses 42
Nathan, Abraham 42
–, *Lea* 30, 119
–, *Selma* 114
Neff, Philipp 67, 85
Neu-Isenburg 22, 77
Neuhaus, (Herr) 129
Neujahrsfest siehe „Rosh Ha Shanah"
Nichtarisch 61, 86
Nickelsberg, Leopold 37
–, *Paul* 96
Niederländisch-Indien 96
Nisko am San 132
Nothmann, Mirjam 115
NSDAP 6, 7, 8, 54, 58, 59, 67, 68, 72, 77, 81, 82, 83, 85, 86, 87, 92, 95, 104, 105, 129, 130, 131, 156
Nürnberger Gesetze 69, 70, 71, 72, 74, 85, 87, 88, 92, 108, 123, 130, 131, 135, 154, 156
Numerus clausus 61

Obertshausen 22, 39
Obritzki, Familie 18
–, *Israel* 42
–, *Rahel* 139
–, *(Herr)* 101
Offenbacher Fußballclub „Kickers" 62
Olympische Spiele 72, 73, 74
Oppenheim, Magnus 24
–, *Max* 41
Oppenheimer, (Herr) 60
–, *Ernst* 30, 62, 65, 85, 111, 117
–, *Familie* 27
–, *Hugo* 38, 40, 62
–, *J. jr. Nachfolger GmbH* 42
–, *Julius* 42, 87, 108
–, *Kaufhaus* 38, 80, 82, 85
–, *Sofie* 115
–, *Trude* 143
Orbach, Leopold 143
Osthofen (KZ) 7, 8, 62, 64, 65
Osthofen (Ort) 16
Ostjuden (im weitesten Sinne) 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 25, 26, 32, 33, 44, 46, 50, 57, 98, 99
Ostjüdischer Unterstützungsverein 24

Palästina 111, 113, 114, 116, 117, 118, 119, 122, 127, 153
Palästinaamt 117
Paris 84, 98
Pest 16, 48
Peterhänsel (Ortsgruppenleiter) 68
Pinto, Familie 143
–, *(Firma)* 40
Pleß, Christian 7
Pogrom 48, 49, 53, 77, 78, 93, 100, 105, 108, 109, 123, 131, 146, 151
Polen 98, 145
Polnisch 98
Polizeidirektion Offenbach 64
Polizeidirektor in Offenbach 64
Polykratie (polykratische Struktur) 1, 58, 154
Posen, Eduard 37
–, *Eduard & Co* 37

Preminger, Benjamin Ehefrau 40
Psychohistorie 52, 53

Quota-Einwanderungskategorie 117, 118

Rabbinat Offenbach 3, 22, 101
Rabbinerverband siehe Allgemeiner Deutscher Rabbinerverband
Rath, Ernst vom 98, 99, 106
Ratibor 20
Reformbewegungen 12
Reichardt (Major, Polizeidirektor) 77
Reichsbanner 7
Reichsbürgergesetz 70, 76, 77
Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) 28, 29, 61, 114
Reichsfluchtsteuer 121
Reichskristallnacht 77, 92, 97, 103, 110, 123, 124, 127
Reichsparteitag 69, 70
Reichssicherheitshauptamt siehe RSHA
Reichsvertretung der Juden in Deutschland 137
Reichsvertretung deutscher Juden 114, 125
Reichszentrale für die jüdische Auswanderung 124, 125
Reis, Seligmann und Hirz 36
Richmann (Polizeikommissar) 108
Ritualmordbeschuldigung 47
Ritzmann, Heinrich 21
Rochwerg, Familie 18
–, *Philipp* 30
Rosenberg, Alfred 42
Rosenzweig, Franz 21
Rosh Ha Shanah (Neujahrsfest) 26
Roth (Ortsgruppenleiter) 87
Rothschild, Ludwig 22, 30
Rozanski, Ellen 126
–, *Familie* 18
–, *Max* 41
RSHA (Reichssicherheitshauptamt) 132, 133, 134, 136, 142
Rublee, George 124
Rückwanderung 146
Rumpenheim 3
Ruttmann (Frau) 103

SA 1, 6, 63, 66, 81, 82, 85, 87, 99, 100, 102, 105, 107, 143, 155
Sabbath 12, 26, 27
Sachsenhausen (KZ) 150
Salamander-Schuhfabriken 84
Sander, Harry 139
Sch., Familie 27
–, *Kaja* 139
–, *Salomon* 17, 27, 42
–, *Sara geb. Friedrich* 17
Salzmann, Änne 62
Schabbes-Goj 27
Schacht, Hjalmar 83, 88, 97, 124
Schächter (Schochet) 23
Schammes siehe Gemeindediener
Schaul, Julius 22, 104, 108, 111
Schiff, Selma 139
Schild (Sportverein) 77
Schloß, Anna 138
–, *Ernst* 67, 74
Schochet siehe Schächter
Schranz, Dr. 72, 101
Schwarzschild, Prof. Dr. 61, 115
Second Command of the Bank of England 110
Seligenstadt 22
Seligmann, Dr. (Rabbiner) 20
Semiten 51
Senefelder (Ortsgruppe der NSDAP) 90, 105
J. Simon & Dürkheim 36
Singapore 96
Sowjetunion 132, 133
SoPaDe 87, 88, 107
Sozialdarwinismus 51, 55
von Sonneberg, Liebermann 57
Spätantike 47
SPD 5, 6, 7, 8, 10, 73, 86, 87, 147
Speier, J. 42
–, *Schuhhaus* 76
Speisevorschriften 12, 23, 27, 47, 110
Spitz, Abraham und Hirsch 36
Sprendlingen 22

SS 1, 6, 66, 82, 99, 101, 102, 107, 110, 134, 139, 140, 155
SS Samaria 121
Stein, Friedrich 22
Steinheim 22
Stern, Jakob 137, 138
–, *Julius* 96
Stettin 114
Stiefel, (Herr) 60
Strauß, Herbert 141
–, *Jakob* 22, 61, 66, 108, 115, 136, 137, 138, 142
–, *Dr. Jakob* 43, 60, 68
–, *Klementine* 142
–, *Leopold* 111
–, *Dr. Markus* 61
–, *Michels und Fürth (Schuhhaus)* 91, 104
–, *Schuhhaus* 42
–, *Walter* 66, 141
Streicher, Julius 66, 71, 81
Der „Stürmer" 66, 71, 74, 75
Stürmerkasten 68
Stuttgart 21, 114
Synagoge(n) 15, 17, 22, 25, 77, 100, 101, 102, 103, 107, 112, 143, 147, 148, 151
Syrien 96
Sznicer, Leijbos 41

Leonhard Tietz AG 40, 82
Tarnopol 86
Taunus (Ortsgruppe der NSDAP) 129
Tel Aviv 113
Theresienstadt (KZ) 97, 136, 139, 140, 142, 150
Tonwarenindustrie Wiesloch AG 89
Tulpenhof (Ortsgruppe der NSDAP) 131
Tyson, Chaim 148

Ulrich, Carl 57
Universität Frankfurt 118
Urbanisierung 12, 13, 31, 34, 38
USA 15, 119, 120, 126, 127, 148
USPD 5

Verein für Jüdische Geschichte und Literatur 30
Verein zur Förderung der Bodenkultur unter den Juden Deutschlands. Ortsgruppe Offenbach a/M 19
Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben 94
Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens 94
Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit 93, 94
Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe 89
Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben 93
Versöhnungstag siehe Jom Kipur
Verzeichnis nichtarischer Rechtsanwälte Deutschlands 67, 74
Viehwirtschaftsverband Hessen-Nassau 87
Völkischer Beobachter 99
Volljude 69, 70
Vogel, Zeno 72
Vorbeter (Kantor) 22, 25

Wagner, Dr. Gerhard 69
Waldenser 4, 16
Wallerstein, Eugen 42
Wannseekonferenz 135, 156
Wehrgesetz 68
Weil, Max 41, 84, 85, 108
Weimar 109
Weinberg, Dr. 42
–, *Julius* 41, 43, 62
Weiskirchen 22
Wendling & Co. 91
Wiener, Julius 40, 108
Wien 52, 53
Wiesbaden 65, 141
Wildmann, Peter 23
Willner, Max 148, 150
Windecker, Heinrich 105
–, *Josef* 105

Wochentagssynagoge siehe Betstube
Wohltätigkeitsverein russischer Juden 24
Wolf, (Herr) 137
–, *Bertholt* 67, 108, 111
–, *Hermann* 42, 87
–, *Seligmann* 91
Wolff-Gottlob, Anneliese 120
Wolffenstein, Julius 41
Wolfstein, Dr. 60
Wolpe, Dr. Hilde 40
–, *Paul* 30
Wolpert, Rubin 41
Worms 48, 49, 123
Wormser, Dr. 106
S. Wronker & Co. Nachfolger 40

Die „ZEIT" 147
Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau 114
Zentrum 5
Zionistische Vereinigung für Deutschland 114
Zweiter Weltkrieg 120, 128, 150
Zwischenstaatliches Komitee für politische Flüchtlinge 124
Zyklon B 136

Tabellen und Graphiken

- Demographische Entwicklung 33, 39
- Wirtschaftsgliederung 34, 40, 41, 42, 43
- Soziale Stellung im Beruf 35, 43
- Hauptsächlicher Beruf 35, 45
- Kategorien der Einwanderungszertifikate 117
- Emigration 126, 127, 128

Nachweis der Abbildungen

Abb. 1, 2, 3, 5, 6, 8, 31	Stadtarchiv Offenbach, Signatur M 16.
Abb. 4	Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen.
Abb. 7	Stadtarchiv Offenbach, Signatur M 672a/14.
Abb. 9, 18, 19	Stadtarchiv Offenbach, Zeitgeschichtliche Sammlung (aus Privatbesitz Meir Tamir=Erich Fried).
Abb. 10	„Offenbacher Geschichtsblätter" Nr. 13.
Abb. 11	Stadtarchiv Offenbach, Signatur M 660.
Abb. 12	Stadtarchiv Offenbach, Zeitgeschichtliche Sammlung (aus Privatbesitz Rahel Schlafmann geb. Introligator).
Abb. 13, 14, 15, 16	Stadtarchiv Offenbach, Signatur O 1423.
Abb. 17	„Berliner Illustrirte Zeitung" vom 18. 11. 1928, Nr. 47, S. 2044.
Abb. 20	Stadtarchiv Offenbach, Signatur M 63/5 (aus Privatbesitz Frau Böhler, Offenbach).
Abb. 21, 22, 23, 25	Stadtarchiv Offenbach, Zeitungen.
Abb. 24	Stadtarchiv Offenbach.
Abb. 26	Bibliothek Hessisches Staatsarchiv Darmstadt.
Abb. 27	Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Signatur N1/10055, Blatt 69.
Abb. 28, 29	Stadtarchiv Offenbach, Signatur 251/2.
Abb. 30	Bundesarchiv Koblenz, Signatur ZSg 138/88, S. 133.
Abb. 32	Stadtarchiv Offenbach, Zeitgeschichtliche Sammlung (aus Privatbesitz Max Willner).

Die Opfer von Verfolgung und Deportation 1933–1945

Grundlage dieser Namensliste war das „Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–45", das die Namen aus Berlin und den heute zur Bundesrepublik Deutschland gehörenden Gebiete des Deutschen Reiches enthält und 1986 vom Bundesarchiv Koblenz in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Suchdienst Arolsen und dem Archiv der Gedenkstätte Yad Va Shem in Jerusalem herausgegeben wurde.

Es enthält die Namen von annähernd 400 Personen, überwiegend mit dem Herkunftsort Offenbach a.M. Der Herkunftsort war dabei in der Mehrzahl der letzte Wohnort, von dem aus die Personen verhaftet bzw. deportiert wurden. Die Liste enthält aber auch die Namen von Offenbacher Juden, die zum Zeitpunkt der Deportation nicht mehr hier gelebt haben und als Flüchtlinge, vor allem in Holland und Belgien, verhaftet wurden.

Soweit möglich, wurde die Liste aus Unterlagen des Stadtarchivs ergänzt bzw. berichtigt. Hinzugefügt wurde der jeweilige Geburtsort. Trotzdem hat es sich bei der Bearbeitung gezeigt, daß die Namensliste nicht vollständig sein kann.

Hans-Georg Ruppel

ABRAHAM, Anna, geb. 23. 9. 1893 Hillesheim/Rhh.; verschollen KZ Auschwitz

ABRAHAM, Irene, geb. 31. 8. 1887 Hillesheim/Rhh.; verschollen Polen

ALEXANDER, Alwine geb. BLEITMANN, geb. 21. 1. 1881 Dielkirchen, Kr. Rockenhausen; gest. 15. 3. 1943 KZ Theresienstadt

ALEXANDER, Isaak, geb. 1. 1. 1875 Illingen, Kr. Ottweiler; gest. 15. 3. 1943 KZ Theresienstadt

ALTMANN, Leontine geb. ARPNER, geb. 15. 4. 1892 NN; verschollen Gurs

AMSTERDAM, Salka geb. RICHTER, geb. 7. 5. 1876 Lodz/Polen; gest. 17. 9. 1944 Forli/Italien

ANDORN, Florentine geb. ISAAK, geb. 20. 3. 1889 Wallertheim, Kr. Alzey; verschollen Polen

ANDORN, Jakob, geb. 22. 4. 1885 Niederrodenbach, Kr. Hanau; verschollen Polen

ANDORN, Karoline geb. SCHUSTER, geb. 31. 7. 1859 Niederrodenbach, Kr. Hanau; gest. 11. 10. 1942 KZ Theresienstadt

ANDORN, Rudolf, geb. 25. 1. 1927 Frankfurt/Main; verschollen Polen

ARNSBERG, Jettchen, geb. WESTHEIMER, geb. 30. 10. 1877 Rimbach, Kr. Erbach; verschollen Polen

ASNIN, Fanny, geb. 19. 7. 1905 Antwerpen/Belgien; verschollen KZ Ravensbrück

ASSENHEIM, Margarete geb. WEILL, geb. 16. 4. 1882 Straßburg/Frankreich; verschollen Riga

AUGENBLICK, Samuel, geb. 7. 7. 1885 Tarnopol; gest. 27. 1. 1944 KZ Auschwitz

AUREK, Louis, geb. 11. 3. 1915 NN; verschollen KZ Auschwitz

BACHRACH, Bertha geb. KAMBERG, geb. 17. 7. 1892 Offenbach; für tot erklärt Polen

BACHRACH, Willi, geb. 2. 1. 1882 Neustadt, Kr. Kirchhain; für tot erklärt Polen

BAER, Hannchen geb. ROSENBAUM, geb. 3. 8. 1876 Spangenberg; Kr. Melsungen; gest. 2. 10. 1943 KZ Theresienstadt

BÄHR, Henny (Henriette), geb. 6. 6. 1886 Bischofswerda, Kr. Rotenberg; verschollen Polen

BAER, Karoline, geb. 6. 7. 1856 Bruchsal; gest. 30. 9. 1942 KZ Theresienstadt

BAUER, Kathinka geb. SCHOENMANN, geb. 2. 6. 1874 NN; gest. 18. 7. 1943 KZ Auschwitz

BAUM, Alice, geb. 29. 12. 1913 Straßburg/Frankreich; verschollen Polen

BAUM, August, geb. 23. 8. 1878 Wallertheim, Kr. Alzey; verschollen Polen

BAUM, Elisabeth, geb. 10. 2. 1887 Wallertheim, Kr. Alzey; verschollen KZ Auschwitz

BAUM, Jenny geb. WOLF, geb. 9. 7. 1887 (Hamburg-)Altona; verschollen Polen

BAUM, Judis geb. 11. 4. 1939 Frankfurt/Main; verschollen Polen

BAUM, Kathinka geb. ANDORN, geb. 4. 3. 1884 Niederrodenbach, Kr. Hanau; verschollen Polen

BAUM, Otto, geb. 26. 3. 1879 Schornsheim, Kr. Oppenheim; verschollen Polen

BAUM, Richard, geb. 16. 11. 1873 Wallertheim, Kr. Alzey; gest. 26. 1. 1943 KZ Theresienstadt

BECKER, Bernhard, geb. 27. 12. 1868 (Ffm.-) Fechenheim; gest. 28. 10. 1942 KZ Theresienstadt

BERENZ, Ernst, geb. 1. 7. 1918 Offenbach; gest. 7. 8. 1941 KZ Mauthausen

BERENZ, Hans, geb. 14. 5. 1922 Offenbach; gest. 2. 10. 1941 KZ Mauthausen

BERG, Else geb. LACHMANN, geb. 20. 12. 1893 Flatow/Westpreußen; verschollen Polen

BERG, Eugen, geb. 22. 3. 1886 Offenbach; verschollen Polen

BERG, Ruth, geb. 11. 5. 1922 Offenbach; verschollen Polen

BERNEY, Frieda geb. KIRCHHAUSEN, geb. 14. 11. 1880 Schlüchtern, Kr. Gelnhausen; verschollen KZ Auschwitz

BLATT, Sara geb. SCHNUR, geb. 20. 6. 1908 Offenbach; für tot erklärt KZ Auschwitz

BLOCK, Jenni geb. FROHMANN, geb. 15. 2. 1893 Offenbach; für tot erklärt KZ Sobibor

BODENHEIMER, Max Dr., geb. 16. 4. 1863 Rastatt/Baden; gest. 16. 10. 1942 KZ Theresienstadt

BÖSSMANN, Katharina geb. BÖSSMANN, geb. 18. 6. 1857 Zutphen/Holl.; gest. 12. 2. 1943 KZ Theresienstadt

BÖSSMANN Adolf, geb. 4. 10. 1862 Groß-Winternheim, Kr. Bingen; gest. 26. 2. 1943 KZ Theresienstadt

BÖSSMANN, Rosa geb. MANNHEIMER, geb. 10. 7. 1860 Heidelberg; gest. 13. 3. 1943 KZ Theresienstadt

BOKSENBAUM, Frieda, geb. 27. 4. 1918 Offenbach; verschollen Polen

BOKSENBAUM, Jankel, geb. 10. 11. 1876 Kunow/Polen; gest. 21. 12. 1940 KZ Dachau

BOLEY, Albert, geb. 23. 11. 1878 Offenbach; verschollen Polen

BOLEY, Klara geb. REICHHOLD, geb. 7. 4. 1883 Jugenheim/Franken; verschollen Polen

BOMS, Moschek, geb. 23. 12. 1896 Kamyk/Tschenstochau; gest. 3. 12. 1942 KZ Auschwitz

BORNHEIMER, Dina, geb. 20. 10. 1874 Offenbach; gest. 28. 11. 1942 KZ Theresienstadt

BURG, Hedwig Henriette, geb. 12. 8. 1911 Offenbach; verschollen Polen

BURG, Samuel, geb. 7. 8. 1882 Fischelbach, Kr. Arnsberg; verschollen Polen

BURCKHARDT, Fanny geb. STRAUS, geb. 20. 6. 1877 Helfersdorf, Kr. Gelnhausen; verschollen KZ Auschwitz

BUSEK, Johanna geb. BLOCH, geb. 25. 1. 1876 Offenbach; für tot erklärt KZ Sobibor

CHLEWICKI, Henri, geb. 22. 3. 1923 Offenbach; verschollen KZ Majdanek/Lublin

COLLIN, Samuel, geb. 16. 8. 1866 Offenbach; gest. 3. 1. 1943 KZ Theresienstadt

DEUTZ, Willy, geb. 11. 7. 1898 Frankfurt/Main; gest. 23. 8. 1943 KZ Auschwitz

DIETZ, Hermann David, geb. 5. 11. 1900 Offenbach; für tot erklärt Polen

DIETZ, Leopold, geb. 1. 11. 1867 Offenbach; gest. 15. 2. 1943 KZ Theresienstadt

DOINY, Alex, geb. 11. 10. 1875 Heusenstamm, Kr. Offenbach; gest. 28. 1. 1943 KZ Theresienstadt

DOINY, Pauline geb. KAHN, geb. 28. 11. 1879 (Ober-)Ingelheim a. Rh. gest. 19. 2. 1943 KZ Theresienstadt

DOINY, Samuel, geb. 14. 9. 1877 Heusenstamm, Kr. Offenbach; gest. 16. 7. 1943 KZ Theresienstadt

DREIFUSS, Emanuel, geb. 8. 11. 1882 Schmieheim/Baden; für tot erklärt KZ Sobibor

DREIFUSS, Hendrina geb. DE LEVIE, geb. 18. 6. 1889 Jever i.O.; für tot erklärt KZ Sobibor

EHRMANN, Otto, geb. 24. 11. 1898 Germersheim/Pfalz; für tot erklärt Polen

EHRMANN, Sophie geb. NUSSBAUM, geb. 18. 4. 1908 Mittelsinn/Amt Gemünden; für tot erklärt Polen

EICHEL, Martin M. geb. 13. 2. 1897 Offenbach; gest. 25. 8. 1943 KZ Auschwitz

ENGLAENDER, Anna geb. HIRSCH, geb. 6. 5. 1871 Landeck/Westpreußen; gest. 15. 1. 1943 KZ Theresienstadt

EYSSEN, Elisa, geb. 29. 5. 1921 Offenbach (?); verschollen KZ Auschwitz

FEFER, Cilly, geb. 29. 1. 1908 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

FEFER, Leo Siegfried, geb. 8. 2. 1909 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

FELDMEIER, Lotte, geb. 19. 4. 1907 Offenbach; für tot erklärt 15. 11. 1942 Polen

FELDMEIER, Sofie geb. HAHN, geb. 15. 9. 1869 Frankfurt/Main; gest. 13. 11. 1942 KZ Theresienstadt

FINGERHUT, Moses, geb. 4. 10. 1907 Offenbach; verschollen KZ Majdanek/Lublin

FRANKFURTER, Berta, geb. 12. 4. 1922 Offenbach; verschollen Polen

FRANKFURTER, Eleonore, geb. 6.6. 1923 Offenbach; verschollen Polen

FRANKFURTER, Lina geb. LINDENBERGER, geb. 19. 2. 1896 Bochnia/Galizien; verschollen Polen

FREIER, Karl Paul, geb. 11. 11. 1905 Offenbach; gest. 14. 3. 1942 KZ Buchenwald

FRIED, Jenny geb. HESS, geb. 9. 7. 1882 Reichenberg, Kr. Würzburg; für tot erklärt Polen

FRIED, Johanna, geb. 2. 12. 1880 Mühlheim/Main, Kr. Offenbach; für tot erklärt Polen

FRIED, Klara geb. WOLF, geb. 24. 4. 1875 (OF-) Bürgel; gest. 5. 2. 1943 KZ Theresienstadt

FRIED, Laura, geb. 9. 5. 1879 Mühlheim/Main, Kr. Offenbach; für tot erklärt Polen

FRIED, Siegmund, geb. 20. 7. 1877 Röllbach/Unterfranken; für tot erklärt KZ Auschwitz

FRIEDBERGER, Johanna geb. SENDER, geb. 28. 5. 1880 Herchweiler, Kr. St. Wendel; verschollen Polen

FRIEDBERG, Walter, geb. 21. 12. 1901 St. Wendel; verschollen Polen

FUCHS, Berta geb. MITBREIT, geb. 11. 10. 1888 Tatarok/Polen; für tot erklärt KZ Auschwitz

FUCHS, Isaak, geb. 11. 9. 1888 Bendzin/Polen; für tot erklärt KZ Auschwitz

FUERTH, David Theodor, geb. 24. 5. 1863 Offenbach; gest. 7. 5. 1943 KZ Sobibor

FUERTH, Johanna geb. MARXHEIMER, geb. 29. 5. 1872 Wiesbaden; für tot erklärt KZ Sobibor

FUERTH, Manfred, geb. 17. 5. 1899 Offenbach; für tot erklärt KZ Auschwitz

GABRIEL, Amalie geb. SELIGMANN, geb. 24. 6. 1889 Bingen; verschollen KZ Auschwitz

GABRIEL, Emanuel, geb. 12. 2. 1877 Hillesheim/Rhh.; gest. 1. 11. 1942 KZ Theresienstadt

GABRIEL, Ruth, geb. 5. 4. 1916 Offenbach; für tot erklärt KZ Auschwitz

GARDE, Julius, geb. 18.10.1867 Offenbach; gest. 4.1.1943 KZ Theresienstadt

GERSTNER, Bertha geb. SCHÄCHTER, geb. 24. 9. 1906 Offenbach; für tot erklärt KZ Sobibor

GINDINGS, Marie geb. KERSZENBAUM, geb. 12. 2. 1913 Offenbach; verschollen KZ Majdanek/Lublin

GLIKES, Heinrich Max, geb. 6. 8. 1921 Offenbach; gest. 18. 3. 1945 KZ Buchenwald

GOHR, Johanna geb. KAHN, geb. 3. 4. 1888 Friedberg/Hess.; gest. 8. 7. 1943 KZ Auschwitz

GOLDBERG, Julius Wilhelm, geb. 10. 10. 1914 Offenbach; gest. 27. 11. 1942 KZ Auschwitz

GOLDMANN, Erich, geb. 19. 4. 1925 Offenbach; gest. 00. 6. 1944 KZ Auschwitz

GOLDMANN, Josker, geb. 8. 8. 1896 Wegrow/Rußland; gest. 9. 8. 1943 KZ Auschwitz

GOLDSCHMIDT, Bertha geb. LÖWENSTEIN, geb. 29. 3. 1869 Offenbach; gest. 29. 9. 1942 KZ Theresienstadt

GOLDSCHMIDT, Karoline, geb. 30. 5. 1896 Offenbach; verschollen Polen

GOLDSCHMIDT, Minna, geb. 15. 3. 1878 Offenbach; verschollen Polen

GOLDSCHMIDT, Rosa, geb. 9. 2. 1895 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

GOROVITSCH, Simon, geb. 14. 9. 1909 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

GOTTLOB, Gretel Emmi, geb. 1. 1. 1914 Offenbach; für tot erklärt KZ Sobibor

GOTTLOB, Rosa geb. OPPENHEIM, geb. 14. 8. 1890 Frankfurt/Main; für tot erklärt KZ Sobibor

GOTTLOB, Siegfried, geb. 7. 11. 1887 Rothenburg o. d. Tauber; verschollen Mecheln/Belgien

GRAF, Lea geb. KATZ, geb. 10. 9. 1881 Zedra/Rußland; verschollen Polen

GRAF, Simon, geb. 20. 2. 1876 Jaroslau/Galizien; gest. 18. 1. 1940 KZ Oranienburg

GRAJEK, David, geb. 11. 5. 1914 Offenbach; verschollen KZ Majdanek/Lublin

GRUENEBAUM, Flora, geb. 13. 6. 1886 (OF-) Bürgel; verschollen Polen

GRUENEBAUM, Friedrich, geb. 20. 4. 1889 (OF-) Bürgel; verschollen KZ Auschwitz

GRUENEBAUM, Ida geb. BAER, geb. 30. 12. 1868 Friedberg/Hess.; gest. 3. 6. 1944 KZ Theresienstadt

GRUENEBAUM, Julius, geb. 6. 9. 1897 (OF-) Bürgel; verschollen KZ Buchenwald

GRUENEBAUM, Mathilde geb. LÖWENSTEIN, geb. 24. 2. 1871 (OF-) Bürgel; gest. 7. 11. 1944 KZ Theresienstadt

GRUENEBAUM, Max, geb. 7. 8. 1881 (OF-) Bürgel; für tot erklärt Polen

GRUENEBAUM, Sofie, geb. 17. 8. 1893 (OF-) Bürgel; verschollen Polen

GRUENEBAUM, Sofie geb. REIS, geb. 21. 3. 1888 (OF-) Bürgel; verschollen KZ Auschwitz

GRUENEWALD, Bertha geb. KAUFMANN, geb. 18. 9. 1859 Langenschwalbach/Untertaunus; gest. 29. 10. 1942 KZ Theresienstadt

GRUENEWALD, Heinrich, geb. 7. 10. 1887 (OF-) Bürgel; gest. 21. 1. 1944 KZ Auschwitz

GUGGENHEIM, Anna Maria, geb. 30. 3. 1921 Tiengen, Kr. Waldshut; für tot erklärt unbekannt

GUTENSTEIN, Isidor, geb. 19. 6. 1896 Heusenstamm, Kr. Offenbach; gest. 11. 9. 1943 KZ Auschwitz

GUTHMANN, Richard, geb. 14. 7. 1906 Worms; verschollen unbekannt

GUTRAD, Israel, geb. 21. 12. 1901 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

HAAS, Jenny geb. REINHEIMER, geb. 10. 9. 1892 (DA-) Eberstadt; verschollen Polen

HAAS, Moritz, geb. 20. 5. 1862 NN; verschollen KZ Auschwitz

HAAS, Semi, geb. 2. 3. 1882 Offenbach; verschollen Polen

HAAS, Theodor, geb. 8. 7. 1883 (OF-) Bürgel; gest. 24. 8. 1943 KZ Auschwitz

HAHN, Gustav, geb. 26. 3. 1883 Offenbach; verschollen Polen

HAHN, Julie geb. ROTHSCHILD, geb. 5. 11. 1898 Aschaffenburg; verschollen Polen

HALBERSTADT, Fanny verw. MENDEL geb. SCHLOSS, geb. 18. 12. 1988 Offenbach; für tot erklärt Polen

HALBERSTADT, Richard, geb. 27. 9. 1889 Offenbach; für tot erklärt Polen

HALBERSTADT, Gerta geb. HIRSCHFELD, geb. 30. 3. 1889 Berlin; für tot erklärt Polen

HAMMEL, Leo, geb. 4. 10. 1893 Offenbach; gest. 10. 10. 1942 Polen

HAMMEL, Max geb. 6. 3. 1922 Offenbach; für tot erklärt Osten

HAMMEL, Theresia geb. GÖTZ, geb. 13. 2.1897 Mainz; gest. 10. 10. 1942 Polen

HECHT, James, geb. 23. 12. 1866 Braunschweig; gest. 27. 10. 1942 KZ Theresienstadt

HEILBRUNN, Henri, geb. 13. 12. 1863 NN; verschollen KZ Auschwitz

HEINEMANN, Erna geb. SENDER, geb. 10. 4. 1888 St. Wendel; verschollen KZ Auschwitz

HEINEMANN, Rudolf, geb. 2. 9. 1879 Nieder-Weisel, Kr. Friedberg; gest. 5. 1. 1943 KZ Theresienstadt

HEIST, Rosa geb. SCHUSTER, geb. 5. 3. 1896 Romsthal, Kr. Schlüchtern; gest. 23. 7. 1943 KZ Auschwitz

HERRSCHER, Frieda geb. COLLIN, geb. 23. 8. 1883 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

HERRSCHER, Josef, geb. 27. 2. 1874 (OF-) Bürgel; gest. 16. 11. 1942 KZ Theresienstadt

HERRSCHER, Klara geb. STRAUSS, geb. 22. 6. 1877 Niederstetten, Kr. Gerabronn; verschollen Polen

HERRSCHER, Selma, geb. 7. 5. 1901 Offenbach; verschollen Polen

HEYMANN, Else geb. JESSEL, geb. 14. 6. 1879 Weilburg/Lahn; für tot erklärt KZ Auschwitz

HEYMANN, Werner, geb. 7. 9. 1907 Sobernheim, Kr. Bad Kreuznach; verschollen unbekannt

HIRSCH, Caecilie geb. HERRSCHER, geb. 27. 3. 1893 Offenbach; verschollen Polen

HIRSCH, Gertrud, geb. 16. 1. 1884 Ostrowo/Polen; verschollen KZ Theresienstadt

HIRSCH, Karl, geb. 25. 9. 1887 Frankfurt/Main; verschollen Polen

HIRSCH, Margot Else geb. 20. 11. 1923 Offenbach; verschollen Polen

HIRSCHEN, Johanna geb. LEVI, geb. 26. 1. 1887 Offenbach; gest. 18. 8. 1943 KZ Theresienstadt

HIRSCHFELD, Charlotte, geb. 14. 11. 1882 NN; verschollen Polen

HIRSCHFELD, Hedwig geb. CAHN, geb. 5. 1. 1891 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

HIRSCHFELD, Hugo, geb. 29. 10. 1876 Offenbach; gest. 15. 3. 1944 KZ Theresienstadt

HIRSCHWEH, Paul, geb. 5. 4. 1885 Berlin; verschollen Polen

HOFFA, Berthold Dr., geb. 12. 1. 1872 Frankfurt/Main; gest. 14. 1. 1943 KZ Theresienstadt

HOHENWARTER, Klara geb. ROSENBERG, geb. 26. 5. 1897 Mühlbach, Kr. Homberg; gest. 11. 12. 1944 KZ Auschwitz

JACOBI, Hedwig, geb. 17. 3. 1892 Worms; verschollen Polen

JOSEPHS, Frieda geb. RUDAWER, geb. 9. 5. 1913 Offenbach; für tot erklärt KZ Auschwitz

KAHN, Abraham, geb. 26. 1. 1879 Bonbaden, Kr. Wetzlar; verschollen Polen

KAHN, Amalie geb. LIEBMANN, geb. 20. 4. 1878 Eller, Kr. Limburg; verschollen Polen

KAHN, Berthold, geb. 13. 3. 1879 Frankfurt/Main; gest. 21. 11. 1943 verschollen KZ Auschwitz

KAMBERG, Lazarus, geb. 31. 3. 1868 Obertshausen, Kr. Offenbach; verschollen unbekannt

KANN, Otto, geb. 6. 4. 1896 Gießen; gest. 11. 1. 1941 KZ Dachau

KATZ, Lina geb. FRANKFURTER, geb. 24. 5. 1895 Heusenstamm, Kr. Offenbach; verschollen Polen

KATZ, Moritz, geb. 16. 5. 1879 (OF-) Bürgel; verschollen Polen

KAUFMANN, Emma, geb. 2. 8. 1864 Offenbach; gest. 23. 2. 1943 KZ Theresienstadt

KAUFMANN, Jettchen geb. KAHN, geb. 25. 4. 1881 Friedberg/Hess.; verschollen Polen

KAUFMANN, Karl, geb. 2. 2. 1895 Langenschwalbach/Untertaunus; gest. 14. 9. 1943 KZ Auschwitz

KAUFMANN, Max, geb. 15. 9. 1881 Bremm, Kr. Cochem; verschollen Polen

KERSZENBAUM, Johanna, geb. 17. 11. 1910 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

KIRSCHNER, Charlotte, geb. 11. 10. 1903 Offenbach; verschollen Polen

KIRSCHNER, Herbert, geb. 17. 4. 1908 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

KIRSCHNER, Ludwig, geb. 1. 7. 1875 Offenbach; gest. 16. 10. 1942 KZ Theresienstadt

KLASEN, Helene geb. REINHARDT, geb. 27. 11. 1882 Dudenhofen, Kr. Offenbach; gest. 21. 8. 1943 KZ Auschwitz

KLAUBER, Berta geb. DRUCKER, geb. 1. 9. 1869 Offenbach; gest. 11. 10. 1942 KZ Theresienstadt

KLEIN, Gertrude Bertha, geb. 26. 9. 1904 Offenbach; für tot erklärt Polen

KLEIN, Rosa geb. WILLSTÄDT, geb. 6. 12. 1869 Mainz; gest. 26. 10. 1942 KZ Theresienstadt

KOCH, Ludwig, geb. 20. 10. 1882 Offenbach; für tot erklärt Polen

KOCH, Rosalie geb. REINHEIMER, geb. 12. 6. 1894 Wallhalben, Kr. Pirmasens; für tot erklärt Polen

KRAMER, Anna geb. HERZ, geb. 9. 8. 1874 Essen/Ruhr; gest. 16. 2. 1943 KZ Theresienstadt

KRAMER, Leo, geb. 8. 2. 1868 (Krefeld-) Uerdingen; gest. 31. 3. 1943 KZ Theresienstadt

KRANZMANN, Esther Eva, geb. 14. 1. 1918 Offenbach; verschollen unbekannt

KRANZMANN, Leopold, geb. 10. 5. 1923 Offenbach; gest. 26. 4. 1942 KZ Mauthausen

KRANZMANN, Pinkus Benzian, geb. 13. 9. 1885 Plonks/Polen; gest. 26. 2. 1941 KZ Buchenwald

KRONBERGER, Kurt, geb. 23. 10. 1922 NN; verschollen KZ Auschwitz

KUPERWASSER, Martha geb. COLLIN, geb. 13. 9. 1895 Offenbach; für tot erklärt KZ Auschwitz

LAMBERT, Rosa geb. MEZBACH, geb. 2. 6. 1871 NN; verschollen KZ Auschwitz

LAMEL, Rosa geb. SCHÜRATZKI, geb. 19. 5. 1890 Striesen b. Dresden; verschollen Polen

LAMEL, Josef, geb. 14. 5. 1885 Krakau/Polen; gest. 12. 6. 1940 KZ Buchenwald

LATTERBAUM, Friederike geb. CONTENT, geb. 14. 4. 1893 Amsterdam/Holl.; verschollen Polen

LATTERBAUM, Fritz, geb. 21. 11. 1923 Vrooms Koop/Holl.; verschollen KZ Auschwitz

LATTERBAUM, Markus, geb. 30. 3. 1897 Frankfurt/Main; gest. 28. 2. 1943 KZ Auschwitz

LEHMANN, Emil, geb. 11. 7. 1872 Anrath, Kr. Krefeld; gest. 31. 3. 1943 KZ Theresienstadt

LEIB, Cilli geb. HECHT, geb. 20. 3. 1891 Gelnhausen; gest. 17. 9. 1943 KZ Auschwitz

LEIB, Leopold, geb. 20. 8. 1889 Dresden; gest. 26. 8. 1943 KZ Auschwitz

LEVINGER, Anna Friederike geb. SIMON, geb. 28. 7. 1895 Köln; verschollen Polen

LEVY, Emilie geb. REINHEIMER, geb. 23. 2. 1888 Wallhalben, Kr. Pirmasens; verschollen Polen

LEVY, Frieda geb. GOTTLOB, geb. 6.6 1884 Rothenburg o. d. Tauber; verschollen Polen

LIERMANN, Ludwig, geb. 21. 4. 1883 NN; verschollen KZ Auschwitz

LILIENTHAL, Karl, geb. 13. 1. 1883 Spachbrücken, Kr. Dieburg; gest. 20. 3. 1943 KZ Theresienstadt

LILIENTHAL, Margarete geb. WINDECKER, geb. 16. 8. 1887 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

LILIENTHAL, Theodor, geb. 11. 5. 1921 Offenbach; verschollen Polen

LIND, Kurt, geb. 6. 2. 1906 (OF-) Bürgel; verschollen unbekannt

LIND, Moses, geb. 12. 7. 1877 Hüttengesäß, Kr. Hanau; verschollen unbekannt

LINDENBERGER, Schaier (Schaia), geb. 25. 12. 1887 Bochnia/Polen; gest. 11. 6. 1941 KZ Dachau

LOEB, Ernestine geb. GOLDSCHMIDT, geb. 12. 10. 1895 Offenbach; verschollen Polen

LOEB, Ferdinand, geb. 27. 4. 1924 Offenbach; verschollen unbekannt

LOEB, Hermann, geb. 21. 8. 1883 Frankenthal/Pfalz; verschollen Polen

LOEB, Karl Ferdinand geb. 27. 4. 1924 Offenbach; verschollen Polen

LOEWENBERGER, Bernhard, geb. 17. 5. 1892 Michelbach, Kr. Gerabronn; verschollen Polen

LOEWENSTEIN, Adolf Arthur, geb. 6. 12. 1897 Offenbach; verschollen Polen

LOEWENSTEIN, Alice geb. FRIEDBERGER, geb. 18. 8. 1903 St. Wendel; verschollen Polen

LOEWENSTEIN, Dorothea geb. ROSENTHAL, geb. 24. 6. 1871 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

LOEWENSTEIN, Henny geb. SCHIFF, geb. 13. 1. 1900 Hanau; verschollen Polen

LOEWENSTEIN, Jakob Arthur, geb. 14. 10. 1934 Offenbach; verschollen Polen

LOEWENSTEIN, Margot, geb. 23. 8. 1931 Offenbach; verschollen Polen

LOEWENSTEIN, Richard Jakob, geb. 12. 10. 1902 Offenbach; verschollen Polen

LOEWENSTEIN, Siegfried, geb. 10. 10. 1868 Offenbach; gest. 22. 5. 1943 KZ Theresienstadt

MARMORSTEIN, Julius Max, geb. 28. 9. 1900 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

MARX, Paula, geb. 11. 12. 1888 Darmstadt; verschollen Polen

MARX, Rudolf, geb. 28. 1. 1867 Grüsen, Kr. Frankenberg; gest. 7. 2. 1943 KZ Theresienstadt

MAURER, Johanna geb. GRÜNEBAUM, geb. 26. 6. 1880 (Ffm.-) Niederursel; verschollen KZ Auschwitz

MAURER, Rubin, geb. 12. 5. 1877 Garsden/Rußland; verschollen KZ Auschwitz

MAYER, Johanna geb. LICHTENSTEIN, geb. 15. 8. 1868 Marköbel, Kr. Hanau; verschollen unbekannt

MAYER, Michael, geb. 21. 10. 1895 Mannheim; gest. 4. 3. 1944 KZ Auschwitz

MAYER, Robert, geb. 14. 6. 1888 (Ober-) Ingelheim a. Rh.; gest. 22. 3. 1943 Offenbach (Freitod)

MAYER, Rosa geb. LILIENTHAL, geb. 21. 5. 1881 Spachbrücken, Kr. Dieburg; verschollen Polen

MEER, Paula geb. VAN JACOBY, geb. 30. 10. 1877 NN; für tot erklärt KZ Auschwitz

MEIBERG, Bernhard, geb. 15. 9. 1876 Offenbach; gest. 13. 1. 1944 KZ Theresienstadt

MEIBERG, Lina geb. JAKOB, geb. 25. 12. 1869 Niederaula, Kr. (Bad) Hersfeld; gest. 27. 12. 1943 KZ Theresienstadt

METZ, Paula geb. MARCUS, geb. 15. 2. 1881 Gommersheim, Kr. Landau; verschollen Polen

MEYER, Luise, geb. 19. 10. 1902 NN; verschollen KZ Ravensbrück

MOCYDLOWER, Salomon, geb. 20. 7. 1910 NN; für tot erklärt KZ Auschwitz

MORGENTHAU, Siegfried, geb. 27. 3. 1894 Mainz; verschollen KZ Auschwitz

MOXTER, Ida geb. MAYER, geb. 16. 7. 1894 Laufersweiler, Kr. Simmern; verschollen KZ Auschwitz

MUEHLSTEIN, Fritz, geb. 16. 12. 1869 Teplitz, Kr. Leitmeritz; gest. 29. 1. 1943 KZ Theresienstadt

MUELLER, Bertha Auguste geb. WEISSTOCK, geb. 11. 9. 1895 Frankfurt/Main; gest. 30. 9. 1943 Polen

NACHTIGALL, Levi, geb. 15. 11. 1871 Sambor/Galizien; gest. 28. 5. 1942 KZ Oranienburg

NETTER, Bertha geb. KOCH, geb. 27. 10. 1859 NN; für tot erklärt KZ Sobibor

NEUHAUS, Flora geb. STERNBERG, geb. 28. 9. 1885 Frankfurt/Main; für tot erklärt Polen

NEUHAUS, Irma, geb. 1. 5. 1914 Offenbach; für tot erklärt Polen

NEUHAUS, Ludwig, geb. 9. 10. 1877 Offenbach; für tot erklärt Polen

NEUHAUS, Selma, geb. 29. 8. 1886 Seligenstadt, Kr. Offenbach; gest. 18. 5. 1944 KZ Auschwitz

NEUHAUS, Wilhelm, geb. 10. 7. 1876 Offenbach; gest. 18. 5. 1944 KZ Auschwitz

OBRITZKI, Faibel, geb. 15. 3. 1876 Staviski, Kr. Kolno; gest. 24. 7. 1940 KZ Buchenwald

OBRITZKI, Moses Isaak, geb. 6. 2. 1908 Offenbach; verschollen Warschau

OBRITZKI, Rachel geb. NEUMANN, geb. 27. 3. 1876 Warschau; verschollen KZ Auschwitz

OPPENHEIM, Heinz, geb. 22. 3. 1925 NN; verschollen unbekannt

OPPENHEIM, Klara geb. KATZENSTEIN, geb. 23. 5. 1878 (Bad) Hersfeld; gest. 29. 1. 1943 KZ Theresienstadt

OPPENHEIM, Magnus, geb. 19. 7. 1867 Schenklengsfeld, Kr. (Bad) Hersfeld; gest. 12. 12. 1942 KZ Theresienstadt

OPPENHEIMER, Else, geb. 13. 10. 1889 Frankfurt/Main; verschollen Polen

OPPENHEIMER, Trude, geb. 21. 5. 1919 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

ORBACH, Arthur, geb. 22. 2. 1915 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

ORBACH, Wilhelm, geb. 1. 5. 1894 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

PELS, Rosa A. geb. WOLFF, geb. 19. 4. 1897 NN; verschollen Litzmannstadt/Lodz;

PERLHEFTER, Samuel, geb. 17. 4. 1873 NN; gest. 30. 4. 1942 KZ Dachau

PHILIPPSOHN, Sophie Bertha geb. ORBACH, geb. 5. 12. 1902 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

PINTO, Bernhard, geb. 15. 3. 1886 Groningen/Holl.; für tot erklärt KZ Sobibor

PINTO, Eugen, geb. 25. 6. 1920 Offenbach; gest. 28. 2. 1943 KZ Auschwitz

PINTO, Mathilde geb. GRÜNEWALD, geb. 6. 7. 1890 (OF-) Bürgel; für tot erklärt KZ Sobibor

PREMINGER, Benjamin, geb. 10. 2. 1873 Nadworina/Galizien; gest. 10. 4. 1943 KZ Theresienstadt

PREMINGER, Channe geb. ZELMEISTER, geb. 15. 5. 1887 Warschau; gest. 1. 5. 1944 KZ Theresienstadt

PREMINGER, Uriel, geb. 31. 1. 1918 Offenbach; gest. 20. 5. 1940 KZ Buchenwald

REICHMANN, Eva, geb. 6. 8. 1916 Offenbach; verschollen Polen

REICHMANN, Hans Joachim, geb. 18. 12. 1929 Offenbach; verschollen Polen

REICHMANN, Jenny Anna geb. BOLEY, geb. 28. 5. 1888 Offenbach; verschollen Polen

REICHMANN, Ludwig, geb. 18. 6. 1879 Prag; verschollen Polen

REICHMANN, Otto, geb. 13. 5. 1882 Worms; verschollen KZ Theresienstadt

REINHARDT, Albert, geb. 14. 1. 1873 Offenbach; gest. 25. 11. 1942 KZ Theresienstadt

REINHARDT, Fanny geb. KAHN, geb. 25. 8. 1879 NN; für tot erklärt Polen

REINHARDT, Frieda geb. GRÜNEWALD, geb. 7. 5. 1879 Heldenbergen, Kr. Friedberg; verschollen Polen

REINHARDT, Hildegard geb. SENDER, geb. 21. 10. 1912 Monzernheim, Kr. Worms; für tot erklärt Polen

REINHARDT, Leo, geb. 25. 6. 1932 Monzernheim, Kr. Worms; verschollen Polen

REINHARDT, Rosa, geb. 19. 4. 1884 Jügesheim, Kr. Offenbach; verschollen Polen

REINHARDT, Sally, geb. 28. 11. 1879 Wachenbuchen, Kr. Hanau; für tot erklärt Polen

REINHARDT, Siegfried Wilhelm, geb. 31. 5. 1906 Heusenstamm, Kr. Offenbach; verschollen Polen

REISS, Gertrude, geb. 15. 12. 1913 (OF-) Bürgel; verschollen Polen

REISS, Irene, geb. 24. 9. 1909 (OF-) Bürgel; verschollen Polen

REISS, Lili geb. LÖWENSTEIN, geb. 26. 10. 1893 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

REISS, Salomon, geb. 15. 2. 1882 (OF-) Bürgel; gest. 6. 7. 1943 KZ Theresienstadt

ROLLMANN, Johanna, geb. 1. 4. 1893 Offenbach; verschollen Polen

ROSENBERG, Emil, geb. 10. 12. 1887 (OF-) Bürgel; für tot erklärt Polen

ROSENBERG, Fanny geb. BLÜM, geb. 11. 4. 1899 Göttingen; für tot erklärt Polen

ROSENBERG, Frieda geb. HAHN, geb. 20. 5. 1885 Offenbach; verschollen Polen

ROSENBERG, Ruth, geb. 15. 7. 1929 Offenbach; verschollen Polen

ROSENHEIM, Walter Rudolf, geb. 2. 1. 1902 Stuttgart; gest. 17. 12. 1941 KZ Groß Rosen

ROSENTHAL, Arthur, geb. 26. 9. 1890 Wimpfen, Kr. Heppenheim; gest. 8. 10. 1943 KZ Auschwitz

ROTHSCHILD, Charlotte geb. BRODY, geb. 4. 11. 1896 Offenbach; verschollen Polen

ROTHSCHILD, Franziska geb. WORMS, geb. 15. 9. 1859 Offenbach; gest. 27. 10. 1942 KZ Theresienstadt

ROTHSCHILD, Hermine, geb. 13. 7. 1891 Offenbach; verschollen Polen

ROTHSCHILD, Max, geb. 22. 4. 1883 (Stgt.-) Bad Cannstatt; für tot erklärt Polen

ROTHSCHILD, Samuelgen Siegfried, geb. 31. 3. 1867 Offenbach; verschollen unbekannt

ROZANSKI, Henriette geb. SCHILLER, geb. 4. 5. 1887 Plaschken, Kr. Tilsit; verschollen Polen

SANDER, Harry, geb. 1. 1. 1883 Offenbach; verschollen Polen

SCHIFF, Dorothea, geb. 28. 1. 1933 Offenbach; verschollen Polen

SCHIFF, Selma Jeanette, geb. 6. 1. 1906 Offenbach; verschollen Polen

SCHILLER, Johanna geb. EICHEL, geb. 11. 5. 1903 Offenbach; verschollen Polen

SCHILLER, Marie Miranda, geb. 22. 4. 1892 Offenbach; verschollen Polen

SCHILLER, Max, geb. 26. 5. 1890 Plaschken, Kr. Tilsit; verschollen Polen

SCHLOSS, Alice, geb. 15. 12. 1885 Offenbach; verschollen KZ Theresienstadt

SCHLOSS, Anna, geb. 15. 2. 1892 Offenbach; verschollen Polen

SCHMINKE, Wilhelmine geb. HOHE, geb. 7. 6. 1892 Hanau; verschollen KZ Auschwitz

SCHNUR, Anna geb. MOHRER, geb. 10. 11. 1879 Skrzyzowie/Polen; für tot erklärt KZ Sobibor

SCHNUR, Markus, geb. 7. 3. 1881 Gorlice/Galizien; für tot erklärt KZ Sobibor

SCHOENHOF, Paula Luise geb. LÖWENSTEIN, geb. 6. 1. 1881 Frankfurt/Main; für tot erklärt KZ Auschwitz

SCHOENHOF, Heinz Richard, geb. 15. 9. 1908 Offenbach; verschollen KZ Majdanek/Lublin

SCHOENHOF, Otto, geb. 25. 8. 1870 Offenbach; gest. 14. 10. 1942 KZ Theresienstadt

SCHUERATZKI, Adolf Elias, geb. 22. 9. 1898 Dresden; gest. 26. 8. 1943 KZ Auschwitz

SCHUERATZKI, Bernhard, geb. 25. 1. 1895 Leipzig; verschollen Polen

SCHUERATZKI, Friederike, geb. 29. 3. 1883 Posen; verschollen Riga

SCHUERATZKI, Helene, geb. 30. 3. 1897 Dresden; verschollen Polen

SCHUERATZKI, Johanna geb. MANNHEIM, geb. 17. 9. 1871 Posen; gest. 31. 12. 1942 KZ Theresienstadt

SCHUERATZKI, Minna geb. COHN, geb. 10. 11. 1905 Kiel; verschollen Polen

SCHUERATZKI, Ruth, geb. 22. 12. 1934 Offenbach; verschollen Polen

SCHWANTHALER, Dorothea geb. STEIN, geb. 5. 2. 1894 Offenbach; verschollen Polen

SCHWANTHALER, Max, geb. 9. 4. 1892 (Ffm.-) Höchst; verschollen Polen

SCHWANTHALER, Ruth Johanna, geb. 15. 12. 1928 Offenbach; verschollen Polen

SCHWANTHALER, Walter Josef, geb. 25. 1. 1923 Offenbach; verschollen Polen

SCHWARZWALD, Emma, geb. 15. 9. 1911 NN; verschollen Polen

SCHWARZWALD, Chaja geb. FEDER, geb. 21. 9. 1891 NN; verschollen Polen

SCHWARZWALD, Salomon, geb. 5. 5. 1883 NN; gest. 20. 7. 1941 KZ Buchenwald

SICHEL, Bella geb. BACHRACH, geb. 17. 4. 1883 Neustadt, Kr. Marburg; für tot erklärt Polen

SICHEL, Thea Berta, geb. 11. 3. 1926 Offenbach; für tot erklärt KZ Auschwitz

SILBERBERG, Mania, geb. 17. 1. 1922 Worms; verschollen Polen

SIMON, Alfred, geb. 3. 12. 1920 NN; gest. 16. 7. 1942 KZ Majdanek/Lublin

SIMON, Paula, geb. 21. 5. 1871 Frankfurt/Main; gest. 8. 3. 1943 KZ Theresienstadt

SIMONS, Mathilde geb. BACHARACH, geb. 17. 2. 1862 Seligenstadt Kr. Offenbach; gest. 3. 10. 1942 KZ Theresienstadt

SPEIER, Alice geb. ALTHOF, geb. 19. 7. 1877 Bad Homburg v. d. H.; gest. 10. 4. 1943 KZ Theresienstadt

SPETH, Elisabeth Franziska geb. SCHLOSS, geb. 1. 4. 1876 Offenbach; gest. 26. 7. 1943 KZ Auschwitz

STEIGERWALD, Jenny geb. SÜNDERMANN, geb. 13. 7. 1879 Westheim, Kr. Haßfurt; verschollen Polen

STEIGERWALD, Julius, geb. 18. 12. 1909 Hiesenfeld, Kr. Karlstadt; gest. 1. 7. 1944 KZ Auschwitz

STEIGERWALD, Mina, geb. 14. 11. 1912 Hiesenfeld, Kr. Karlstadt; gest. 1. 1. 1944 KZ Auschwitz

STEIMANN, Anschel, geb. 4. 12. 1881 Mlotzini/Rußland; verschollen Polen

STEIMANN, Klara geb. GOLDSCHMIDT, geb. 21. 4. 1883 Offenbach; verschollen Polen

STEIN, Hedwig geb. HERZ, geb. 19. 11. 1898 Gaulsheim/Rhh.; gest. 23. 3. 1943 Offenbach (Freitod)

STEIN, Heinrich, geb. 2. 11. 1885 Offenbach; verschollen Polen

STEIN, Hermann geb. 11. 10. 1872 Kl. Krotzenburg, Kr. Offenbach; verschollen unbekannt

STEIN, Ilse, geb. 22. 2. 1922 Offenbach; verschollen Polen

STEIN, Rina geb. GÜNEBAUM, geb. 24. 8. 1892 (OF-) Bürgel; für tot erklärt KZ Auschwitz

STEIN, Rosette geb. WOLF, geb. 3. 10. 1888 Frankfurt/Main; verschollen Polen

STEIN, Selma geb. STEIN, geb. 19. 2. 1894 Büttelborn, Kr. Groß-Gerau; verschollen Polen

STEINLAUF, Samuel, geb. 23. 7. 1907 Offenbach; gest. 18. 8. 1942 KZ Auschwitz

STERN, Hildegard geb. SIMON, geb. 26. 1. 1903 Cochem/Mosel; für tot erklärt Polen

STERN, Marion, geb. 29. 6. 1929 Offenbach; verschollen Polen

STERN, Moritz, geb. 10. 3. 1886 Meerholz, Kr. Gelnhausen; verschollen Polen

STERN, Therese geb. WETTENDORF, geb. 18. 8. 1869 Wien; für tot erklärt KZ Sobibor

STERN, Werner, geb. 17. 4. 1924 Offenbach; verschollen Polen

STIEL, Laja geb. HOCHHAUSER, geb. 8. 6. 1872 Piwnicza/Polen; verschollen KZ Auschwitz

STRAUSS, Else, geb. 31. 8. 1899 Babenhausen, Kr. Dieburg; verschollen Polen

STRAUSS, Herbert, geb. 28. 11. 1911 Sprendlingen, Kr. Alzey; ermordert 5. 6. 1943 Gefängnis Frankfurt/Main

STRAUSS, Liesel, geb. 22. 11. 1922 Offenbach; verschollen Polen

STREITMANN, Alfred, geb. 19. 12. 1916 Storndorf, Kr. Alsfeld; verschollen Polen

STREITMANN, Rosa geb. STRAUSS, geb. 23. 6. 1883 Storndorf, Kr. Alsfeld; für tot erklärt Polen

SZNICER, Gerda, geb. 5. 9. 1929 Offenbach; verschollen Polen

SZNICER, Jean, geb. 20. 2. 1927 Offenbach; verschollen Polen

SZNICER, Lea Lisa geb. STOFFMACHER, geb. 1. 12. 1899 Berditschew/Rußland; verschollen Polen

SZNICER, Lejbus, geb. 20.12. 1900 Poremba/Polen; verschollen KZ Buchenwald

TOBIAS, Edith geb. RONSHEIM, geb. 9. 10. 1921 Abterode, Kr. Eschwege; verschollen Polen

TOBIAS, Erich, geb. 9. 3. 1913 Betzdorf/Sieg; verschollen Polen

TOBIAS, Friedrich, geb. 12. 4. 1908 Betzdorf/Sieg; verschollen Polen

TOBIAS, Theodor, geb. 13. 9. 1904 Betzdorf/Sieg; verschollen Polen

TUCHER, Morduch, geb. 19. 5. 1871 Milanow/Rußland; verschollen unbekannt

TUNKO, Regine, geb. 8. 4. 1897 NN; verschollen KZ Auschwitz

VAN HEER, Paula geb. JACOBY, geb. 30. 10. 1877 NN; verschollen KZ Auschwitz

WALDMANN, Fradel geb. SEEMANN, geb. 28. 10. 1879 Lemberg; verschollen Polen

WALDMANN, Jakob, geb. 22. 1. 1879 Lemberg; gest. 10. 5. 1940 KZ Buchenwald

WALDMANN, Ottilie, geb. 26. 4. 1904 Leipzig; verschollen Polen

WEIL, Elise, geb. 25. 12. 1906 Offenbach; gest. 24. 5. 1943 KZ Auschwitz

WEIL, Hermann, geb. 8. 10. 1885 Büdingen; verschollen Polen

WEIL, Ida geb. KUGELMANN, geb. 3. 1. 1889 Witzenhausen/Hess.; verschollen Polen

WEIL, Ida Gertrud, geb. 9. 12. 1909 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz

WEIL, Simon, geb. 27. 11. 1855 Friedelsheim/Pfalz; gest. 12. 10. 1942 KZ Theresienstadt

WEINBERG, Abraham, geb. 1. 11. 1863 Allendorf, Kr. Gießen; gest. 22. 11. 1942 KZ Theresienstadt

WEINBERG, Margot H. geb. GRÜNEWALD, geb. 9. 11. 1924 Dresden; für tot erklärt KZ Sobibor

WEISSTOCK, Max, geb. 22. 1. 1899 Offenbach; gest. 1. 12. 1943 Polen

WENIG, Emil, geb. 15. 3. 1896 (OF-) Bürgel; gest. 24. 8. 1943 KZ Auschwitz

WERTHEIMER, Minna geb. TRAUGOTT, geb. 8. 8. 1892 Nieder-Marsberg, Kr. Brilon; verschollen Polen

WINDECKER, Frieda geb. LÖWENTHAL, geb. 12. 6. 1904 Somborn, Kr. Gelnhausen; verschollen Polen

WINDECKER, Heinrich, geb. 15. 11. 1898 Offenbach; verschollen Polen

WINDECKER, Julie geb. KANTHAL, geb. 18. 10. 1896 Langenselbold, Kr. Hanau; verschollen Polen

WINDECKER, Siegfried, geb. 15. 1. 1924 Offenbach; verschollen Polen

WINKLER, Ida Marianne geb. HÖBER, geb. 24. 3. 1883 Frankfurt/Main; verschollen Polen

WOLF, Alice geb. LIEBRECHT, geb. 23. 9. 1893 Offenbach; verschollen Polen

WOLF, Emma, geb. 1. 12. 1871 Fürth; gest. 20. 2. 1943 KZ Theresienstadt

WOLF, Ernst, geb. 13. 8. 1882 NN; verschollen Polen

WOLF, Ernst, geb. 13. 8. 1912 Offenbach; verschollen unbekannt

WOLF, Ida geb. ANDORN, geb. 7. 12. 1882 Niederrodenbach, Kr. Hanau; verschollen Polen

WOLF, Ilse Käthe geb. STIEFEL, geb. 1. 5. 1909 Limburg/Lahn; verschollen Polen

WOLF, Jettchen geb. WOLF, geb. 26. 10. 1877 Dietzenbach, Kr. Offenbach; verschollen Polen

WOLF, Julius, geb. 27. 1. 1881 (OF-) Bürgel; verschollen Polen

WOLF, Louis, geb. 4. 4. 1884 Neustadt/Posen; verschollen Polen

WOLF, Martha, geb. 17. 2. 1893 Frankfurt/Main; verschollen Polen

WOLF, Mathilde geb. SIMON, geb. 29. 8. 1883 Egelsbach, Kr. Offenbach; verschollen Polen

WOLF, Minna geb. STRAUSS, geb. 6. 7. 1879 Langenselbold, Kr. Hanau; verschollen KZ Auschwitz

WOLF, Seligmann, geb. 27. 9. 1880 Dietzenbach, Kr. Offenbach; gest. 2. 11. 1942 KZ Theresienstadt

WOLF, Siegfried, geb. 19. 3. 1914 Offenbach; verschollen Polen

WOLF, Wilhelm, geb. 16. 4. 1873 (OF-) Bürgel; gest. 24. 1. 1943 KZ Theresienstadt

WOLFSTEIN, Leo, Dr., geb. 31. 1. 1882 Bochum; verschollen Polen

WOLFSTEIN, Paula geb. SCHWABE, geb. 1. 4. 1896 Kassel; verschollen Polen

WOLFSTEIN, Ruth, geb. 15. 4. 1920 Kassel; verschollen KZ Auschwitz

ZUCKERMANN, Mathilde geb. WEINSTOCK, geb. 29. 6. 1880 Kitzingen; verschollen Polen

ZUREK, Hermann, geb. 18. 10. 1913 Offenbach; verschollen KZ Auschwitz